

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Ludwig Erhard, Adolf Weber
und die schwierige Geburt
des ifo Instituts

Meinhard Knoche

DATEN UND PROGNOSEN

Europäischer Bausektor:
Aufschwung verliert bis 2020
spürbar an Kraft

Ludwig Dorffmeister

Investitionen und Leasing:
Nachlassende Dynamik

Magnus Reif und Arno Städtler

IM BLICKPUNKT

ifo Konjunkturumfragen
Juni 2018

Klaus Wohlrabe

IFO JAHRESVERSAMMLUNG 2018

69. Jahresversammlung des ifo Instituts

Digitalisierung und Innovation und ihre Bedeutung für Wachs- tum und Wettbewerbs- fähigkeit

Gisbert Rühl, Irene Bertschek, Rupert Lehner



ifo Schnelldienst
ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.
Redaktion: Dr. Marga Jennewein.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Annette Marquardt, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.
Erscheinungsweise: zweimal monatlich.
Bezugspreis jährlich:
Institutionen EUR 225,-
Einzelpersonen EUR 96,-
Studenten EUR 48,-
Preis des Einzelheftes: EUR 10,-
jeweils zuzüglich Versandkosten.
Layout: Kochan & Partner GmbH.
Satz: ifo Institut.
Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

im Internet:
<http://www.cesifo-group.de>

IFO JAHRESVERSAMMLUNG 2018**69. Jahresversammlung des ifo Instituts****Digitalisierung und Innovation und ihre Bedeutung für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit**

3

Am 28. Juni 2018 fand die 69. Jahresversammlung des ifo Instituts in der Großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) statt. Zu Beginn des öffentlichen Teils der Jahresversammlung, die unter dem Motto »Digitalisierung und Innovation und ihre Bedeutung für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit« stand, begrüßte Martin Wirsing, Vizepräsident der LMU, die zahlreich erschienenen Gäste. Im Anschluss daran stellte Clemens Fuest den diesjährigen Festredner Gisbert Rühl, Vorstandsvorsitzender der Klöckner & Co SE, vor. Zu Beginn seines Vortrags ging Gisbert Rühl auf das Thema »Plattform« ein. Aus seiner Sicht sei zwar bei der Etablierung und dem Betreiben der konsumbezogenen internetbasierten Plattformen der Wettbewerb zuungunsten Deutschlands und Europas entschieden – man denke nur an Google, Facebook oder Netflix –, aber auf dem Gebiet der Industrie 4.0 gebe es durchaus die Möglichkeit, dass Deutschland die Führerschaft übernehme. Durch seine mittelständisch geprägte Industriestruktur, aber auch seinen innovativen Großkonzernen biete es gute Voraussetzungen dafür. Im weiteren Verlauf seines Vortrages schilderte Gisbert Rühl, wie bei Klöckner die Digitalisierung vorangetrieben wurde. ifo-Präsident Clemens Fuest ging in seinem Impulsreferat auf einen Teilaspekt bei den ökonomischen Veränderungen durch die Digitalisierung ein, auf die Steuerpolitik. Seiner Ansicht nach laufe die Steuerpolitik hier in eine völlig falsche Richtung. Unstrittig seien ökonomische Veränderungen, die die Digitalisierung mit sich bringe, z.B. eine wachsende Bedeutung von Daten für die Wertschöpfung und eine wachsende Bedeutung immaterieller Wirtschaftsgüter mit hoher Mobilität. Zudem erforderten digitale Geschäftsmodelle oftmals keine physische Präsenz in Absatzmärkten. Es gebe auch die Befürchtung über die wachsende Marktmacht der Digitalunternehmen, also eine Verschiebung weg von den Konsumenten hin zu den Unternehmen. Die Europäische Kommission treibe nun ein Vorhaben stark voran: die *Digital Service Tax* als Ausgleichssteuer. Die Kommission gehe von einem dramatischen Steuereffekte zwischen der herkömmlichen und der digitalen Wirtschaft aus, da beispielsweise die Abschreibungsregeln für digitale und nicht-digitale Investitionsgüter unterschiedlich seien. Diese These sei aber »vorsichtig ausgedrückt, schlecht belegt« und biete kein Argument für die Einführung einer neuen Ausgleichssteuer. Die nachfolgende Expertenrunde, an der neben Clemens Fuest und Gisbert Rühl, Irene Bertschek, ZEW, Mannheim, Rupert Lehner, Bitkom, und Friedrich W. Hesse, Leibniz-Institut für Wissensmedien und Vizepräsident der Leibniz-Gemeinschaft, teilnahmen, vertiefte die Diskussion um die Herausforderungen durch und die Auswirkungen der Digitalisierung. Als Fazit der Diskussion hielten die Referenten fest: Die Digitalisierung stelle zwar eine enorme Herausforderung dar – zumal für ein Land wie Deutschland mit einer alternden Gesellschaft –, aber sie biete mehr Vor- als Nachteile. Diese Vorteile konkret zu benennen, helfe den Menschen, ihre Ängste vor der Digitalisierung zu überwinden und sich an die Veränderungen anzupassen. Die Fähigkeit dazu sei durchaus vorhanden. Man solle anfangen, mit den neuen Instrumenten zu arbeiten und zu experimentieren.

Die Digitalisierung des eigenen Unternehmens ist kein PR-Projekt

7

*Gisbert Rühl***Genug der Fakten – jetzt ist Handeln gefragt!**

10

*Irene Bertschek***Digitalisierung: Eine unermessliche Chance**

12

*Rupert Lehner***FORSCHUNGSERGEBNISSE****Ludwig Erhard, Adolf Weber und die schwierige Geburt des ifo Instituts**

14

Meinhard Knoche

Das ifo Institut wurde nicht auf dem Reißbrett entworfen und neu gegründet. Es entstand im Januar 1949 durch Zusammenschluss des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit der im April 1948 vom Bayerischen

Statistischen Landesamt ins Leben gerufenen Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung und setzte die Arbeit beider Vorgänger nahtlos fort. Ludwig Erhard war die zentrale Figur der Entstehungsgeschichte des ifo Instituts, die bis ins Jahr 1942 zurückreicht, als Erhard in Nürnberg das Institut für Industrieforschung gegründet hatte und sich fortan mit Fragen des Wiederaufbaus Deutschlands nach Kriegsende beschäftigte. Er legte in diesen schwierigen Jahren zusammen mit dem großen deutschen Nationalökonom Adolf Weber die Grundlagen für die angewandte politikorientierte Wirtschaftsforschung in München, auf denen sich das ifo Institut ab 1949 erfolgreich entwickeln konnte. Wesentlichen Anteil am Zustandekommen der Fusion hatte die Bayerische Staatsregierung, insbesondere das Wirtschaftsministerium, das frühzeitig im Hintergrund die Fäden in die Hand genommen hatte.

DATEN UND PROGNOSEN

Europäischer Bausektor: Aufschwung verliert bis 2020 spürbar an Kraft

61

Ausgewählte Ergebnisse der EUROCONSTRUCT-Sommerkonferenz 2018

Ludwig Dorffmeister

Die europäische Bauwirtschaft erlebte 2017 einen länderübergreifenden Aufschwung. Infolgedessen erhöhte sich die Bauproduktion um fast 4% – dies war der drittstärkste Anstieg in den vergangenen 26 Jahren. Für dieses Jahr rechnen die Bauexperten des EUROCONSTRUCT-Netzwerks zwar mit einer erneuten deutlichen Zunahme um mehr als 2½%. In den kommenden Jahren wird sich das Wachstumstempo dann aber weiter spürbar verlangsamen und zum Ende des Jahrzehnts nur noch knapp 1½% betragen. Während der Hochbausektor im Zeitraum 2018 bis 2020 spürbar an Dynamik verlieren wird, dürfte der Tiefbau im laufenden sowie im kommenden Jahr zu einem bemerkenswerten Zwischenspur ansetzen. Mit einer Ausweitung der Baumaßnahmen in der Größenordnung von jeweils 4½% werden nämlich Zuwachsraten in Rekordhöhe erwartet. Umfangreiche Investitionsmittel fließen vor allem in die Straßennetze und Schienenwege – aber auch in die Energieinfrastruktur. Neben der Verbesserung der öffentlichen Finanzsituation spielen in diesem Zusammenhang der vielerorts gestiegene Investitionsbedarf sowie die europäischen Strukturhilfen eine maßgebliche Rolle. Trotz der weiterhin sehr günstigen Rahmenbedingungen wird sich bis zum Ende des Jahrzehnts die Baunachfrage in etlichen Ländern deutlich schwächer entwickeln als zuletzt. Mancherorts neigt sich die Aufwärtsentwicklung sogar ihrem baldigen Ende zu. So dürfte die Bautätigkeit im Jahr 2019 in drei und 2020 dann in fünf Mitgliedsländern zurückgehen. Hierzu zählen Finnland, Schweden, die Slowakei, Ungarn und auch Deutschland. In Anbetracht der inzwischen erreichten Marktvolumina und der vorhergesagten, eher überschaubaren Einbußen besteht dort allerdings kein Grund zur Panik.

Investitionen und Leasing: Nachlassende Dynamik

69

Magnus Reif und Arno Städtler

Der auf der Geschäftslage und den Geschäftserwartungen der Leasinggesellschaften basierende Investitionsindikator, den das ifo Institut und der Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen gemeinsam ermitteln, signalisiert für das Jahr 2018 einen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen von nominal 4,1%, nach einem Anstieg um 4,3% im Vorjahr. Auch für das kommende Jahr ist nochmals mit Wachstum zu rechnen, wenn auch mit verminderter Dynamik. Ursächlich für die weitere Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen dürfte der inzwischen acht Jahre anhaltende Aufschwung und die ständige Zunahme des Auslastungsgrads der deutschen Wirtschaft sein, die inzwischen in eine deutliche Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten übergegangen ist, insbesondere im Baugewerbe. Es ist damit zu rechnen, dass kapazitätserweiternde Investitionen weiterhin zunehmen.

IM BLICKPUNKT

ifo Konjunkturumfragen Juni 2018 auf einen Blick: Der Rückenwind für die deutsche Wirtschaft flaut ab

73

Klaus Wohlrabe

Das ifo Geschäftsklima hat sich verschlechtert. Der Index ist im Juni gesunken. Die Unternehmer waren weniger zufrieden mit ihrer aktuellen Geschäftslage. Die Erwartungen blieben jedoch unverändert leicht optimistisch. Die Bereitschaft bei deutschen Unternehmen, neues Personal einzustellen, ist auf hohem Niveau nahezu konstant geblieben.

ifo Jahresversammlung 2018

Digitalisierung und Innovation und ihre Bedeutung für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit

Am 28. Juni 2018 fand die 69. Jahresversammlung des ifo Instituts in der Großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität München statt. In der Mitgliederversammlung am Vormittag berichtete Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts, über die Aktivitäten des Instituts im Jahr 2017. Der von ifo-Vorstandsmitglied Dr. Stephanie Dittmer vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 wurde einstimmig beschlossen und der Vorstand einstimmig entlastet.

Zum Abschluss der Mitgliederversammlung – nach der Wahl der Kuratoriumsmitglieder – wurde der Preis der Gesellschaft zur Förderung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung (Freunde des ifo Instituts) e.V. verliehen. Er ging an Dr. Felix Rösel, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden, für seine sehr erfolgreiche Forschungsarbeit, die im Jahr 2017 zu fünf Veröffentlichungen in internationalen, referierten Fachzeitschriften, u.a. in *European Journal of Political Economy* und *Fiscal Studies*, führte. Prof. Dr. Veronika Grimm, stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats, hielt die Laudatio und überreichte im Anschluss daran zusammen mit Stephan Rupprecht, Schatzmeister der Gesellschaft der Freunde, und Clemens Fuest die Auszeichnung.

Der Preis des ifo Instituts für besondere Erfolge im Management von Drittmittelprojekten ging an das Projektteam Prof. Dr. Ludger Wößmann, Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik, Elisabeth Grewnig, Dr. Sarah Kersten, Franziska Kugler, Philipp Lergetporer, Ph.D., Laura Oestreich, Lisa Simon und Katharina Werner (wissenschaftliche Mitarbeiter im ifo Zentrum für Bildungsökonomik), für die erfolgreiche Bearbeitung des von der Leibniz-Gemeinschaft im Rahmen des Leibniz-Wettbewerbsverfahrens geför-



Clemens Fuest, Sarah Kersten, Ludger Wößmann und Philipp Lergetporer

derten Projekts »The Political Economy of Education Policy: Insights from a Public Opinion Survey«. Stellvertretend für das Gesamtteam nahmen Sarah Kersten, Philipp Lergetporer und Ludger Wößmann, den Preis entgegen.

Zu Beginn des öffentlichen Teils der ifo Jahresversammlung, die unter dem Motto »Digitalisierung und Innovation sowie ihre Bedeutung für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit« stand, begrüßte Prof. Dr. Dr. h.c. Martin Wirsing, Vizepräsident der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), die zahlreich erschienenen Gäste, darunter viele Vertreter von Mitgliedsfirmen des ifo Instituts, von Landes- und Bundesministerien sowie der LMU. Besonderen Dank sprach er Herrn Prof. Jürgen Stark aus, der Ende Juni 2018 aus dem ifo Verwaltungsrat und dem ifo Kuratorium ausscheidet. Jürgen Stark war seit 1995 Mitglied und seit 1998 Stellvertretender Vorsitzender der beiden Gremien. Auf der Kuratoriumssitzung am 28. Juni 2018 wurde mit Wirkung zum 1. Juli 2018 Nina Hugendubel zur neuen Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.



Clemens Fuest, Veronika Grimm, Felix Rösel, Stephan Rupprecht



Martin Wirsing



Clemens Fuest, Stephanie Dittmer, Jürgen Stark, Peter-Alexander Wacker



Peter-Alexander Wacker, Nina Hugendubel, Stephanie Dittmer, Clemens Fuest

Im Anschluss an die Begrüßungsworte von Martin Wirsing stellte Clemens Fuest den diesjährigen Festredner, Gisbert Rühl, Vorstandsvorsitzender der Klöckner & Co SE, vor. Zu Beginn seines Vortrags ging Gisbert Rühl auf das Thema »Plattform« ein. Aus seiner Sicht sei zwar bei der Etablierung und dem Betreiben der konsumbezogenen internetbasierten Plattformen der Wettbewerb zuungunsten Deutschlands und Europas entschieden – man denke nur an Google, Facebook oder Netflix –, aber auf dem Gebiet der Industrie 4.0 gebe es durchaus die Möglichkeit, dass Deutschland die Führerschaft übernehme. Durch seine mittelständisch geprägte Industriestruktur, aber auch seine innovativen Großkonzerne biete es gute Voraussetzungen dafür. Aber diese Stärke könne auch eine Gefahr darstellen, nämlich dann, wenn die Unternehmen ihre eigenen internetbasierten Plattformen entwickeln und nicht unternehmensübergreifend agieren. Dies stelle letztendlich nur eine Weiterentwicklung des alten Geschäftsmodells dar. Man brauche aber ein »disruptives« Geschäftsmodell, eine industrieübergreifende Plattform, die sogar disruptiv auf das traditionelle Geschäft wirken könne.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages schilderte Gisbert Rühl, wie bei Klöckner, als Stahlunternehmen, die Digitalisierung vorangetrieben wurde. Nach einer intensiven Kundenbefragung begann Klöckner, eine unternehmensübergreifende Plattform als selbständige externe Einheit aufzubauen als Marktplatz bzw. »Hub« für Stahl. Schrittweise wurde diese Plattform für komplementäre Lieferanten geöffnet. Anfangs startete man mit drei Mitarbeitern, mittlerweile sind dort 80 Mitarbeiter beschäftigt. Parallel hierzu wurde eine »digitale Akademie« für die bisherigen Beschäftigten bei Klöckner gegründet und eine Art firmeninternes »Facebook« für eine hierarchiefreie Kommunikation innerhalb des Unternehmens etabliert, um die Mitarbeiter für die digitale Transformation von Klöckner, die ohne ein solches Tool auch nicht möglich sei, vorzubereiten. Die Plattform wachse seit ihrem Launch ständig und entwickle sich mehr und mehr zum Softwarehouse für Klöckner. Unabhängig davon gehe aber auch die Digitalisierung von Klöckner weiter.

ifo-Präsident Clemens Fuest ging in seinem Impulsreferat auf einen Teilaspekt bei den ökonomi-

schen Veränderungen durch die Digitalisierung ein, auf die Steuerpolitik. Seiner Ansicht nach laufe die Steuerpolitik hier in eine völlig falsche Richtung, da sie von falschen Voraussetzungen ausgehe. Unstrittig seien ökonomische Veränderungen, die die Digitalisierung mit sich bringe, z.B. eine wachsende Bedeutung von Daten für die Wertschöpfung und eine wachsende Bedeutung immaterieller Wirtschaftsgüter mit hoher Mobilität. Zudem erforderten digitale Geschäftsmodelle oftmals keine physische Präsenz in Absatzmärkten. Es gebe auch die Befürchtung über die wachsende Marktmacht der Digitalunternehmen, also eine Verschiebung weg von den Konsumenten hin zu den Unternehmen. Die Europäische Kommission treibe nun ein Vorhaben stark voran, die *Digital Service Tax* (DST) als Ausgleichsteuer. Die Kommission gehe von einem dramatischen Steuergefälle zwischen der herkömmlichen und der digitalen Wirtschaft aus, da beispielsweise die Abschreibungsregeln für digitale und nicht-digitale Investitionsgüter unterschiedlich seien. Das steuerliche Gefälle sei aber in diesem Fall gerade erwünscht, denn die existierenden nationalen Steuersysteme begünstigten digitale Unternehmen unter anderem wegen ihrer Forschungsintensität. Wenn man das nicht wolle, solle man diese Förderung abbauen. Keinesfalls aber sei dadurch die Schaffung einer neuen Steuer auf Umsätze von Großunternehmer der Digitalwirtschaft zu rechtfertigen. Auch die Einführung von sogenannten »digitalen Betriebsstätten«, die die Verlagerung von Besteuerungsrechten in die Absatzmärkte bedeuten würde, sei nicht zu empfehlen. Die EU und Deutschland könnten dadurch an Steueraufkommen verlieren.



Clemens Fuest



Clemens Fuest, Gisbert Rühl, Friedrich W. Hesse, Rupert Lehner, Irene Bertschek, Marc Beise

Unerwünschte Marktmacht der Digitalkonzerne sollte primär mit Mitteln der Wettbewerbspolitik angegangen werden und sei kein Thema für die Steuerpolitik. Und auch das Problem der internationalen Steuervermeidung gehe weit über die Digitalwirtschaft hinaus, hier seien Instrumente wie Quellensteuern gefragt. Sein Fazit: Die These der Europäischen Kommission von einem Steuergefälle zwischen der digitalen und der herkömmlichen Wirtschaft ist »vorsichtig ausgedrückt, schlecht belegt« und bietet kein Argument für die Einführung einer neuen »Ausgleichssteuer«.

Die nachfolgende Expertenrunde vertiefte die Diskussion um die Herausforderungen durch und die Auswirkungen der Digitalisierung. Prof. Dr. Irene Bertschek, Leiterin des Forschungsbereichs »Digitale Ökonomie« im Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, und Professorin für »Ökonomie der Digitalisierung« an der Universität Gießen, wies darauf, wie rasant sich das Bewusstsein in der Öffentlichkeit verändert habe. Zurzeit sei die Digitalisierung, neben der Migration, das Topthema, und man sei sich seiner Relevanz bewusst. Zudem sei gegenwärtig zu beobachten, dass auch die Industrieunternehmen in Deutschland bei der Digitalisierung aufholten.

Rupert Lehner, Sprecher des Bitkom Landesnetzwerks Bayern, bestätigte, dass viele Unternehmen mittlerweile merkten, wie wichtig dieses Thema und wie wichtig ihr Anschluss an einen Verband wie Bitkom sei. Es bewege sich etwas in Deutschland. Die Politik sei in der Verantwortung, u.a. beim Breitbandausbau oder beim Umbau des Bildungswesens, es brauche aber auch Unternehmer, die die Digitalisierung als Chance begreifen. Man diskutiere oftmals nur über die reinen technologischen Ansätze, ob es die Künstliche Intelligenz oder Blockchain-Technologie seien, was darüber vergessen werde, sei, dass man die Menschen mitnehmen und ihnen die Angst vor den Folgen der Digitalisierung nehmen müsse. Man sollte ihnen auch die Vorteile, die die Digitalisierung mit sich bringe, zeigen.

Prof. Dr. Dr. Friedrich W. Hesse, Direktor des Leibniz-Instituts für Wissensmedien und Vizepräsident der Leibniz-Gemeinschaft, fragte nach der kognitiven Schnittstelle zwischen Mensch und Technik, also der

Interaktion zwischen einem »beschränkten Arbeitsgedächtnis« und einer Unmenge an Information. Das sei die Frage nach einer neuen Art von Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine und die Frage nach ihrer Optimierung.

Clemens Fuest bezeichnete die Digitalisierung als »großen Paradigmenwechsel« in Wirtschaft und Gesellschaft. Allerdings sei es schwierig, die Entwicklungsrichtung vorherzusagen. Die Ausführungen von Friedrich Hesse erinnerten ihn an ein Thema, das in der Wachstumstheorie stark diskutiert werde, nämlich das der algorithmischen Effizienz, und das sich ebenfalls mit der Frage nach der Schnittstellenoptimierung befasse: Wie seien die Schnittstellen einzurichten, wie komme es zur Diffusion des Wissens, und wie könne das, was möglich und bekannt sei, auch umgesetzt werden. Eine weitere interessante Frage, die sich mit der fortschreitenden Digitalisierung stelle, sei die nach der Veränderung des Wettbewerbs. Inwieweit müssen die Unternehmen jetzt zusammenarbeiten, in welchem Umfang müssen sie sich öffnen und andere am ihrem Wissen teilhaben lassen? Und in welchem Umfang gelten noch die herkömmlichen Gesetze des Wettbewerbs zum Schutz des eigenen Wissens? Gisbert Rühl unterstrich, dass eine Plattform nur eine Chance habe, wenn sie neutral agiere und sich permanent an den Wünschen der Kunden orientiere.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde auf die Problematik des Datenschutzes und der Datensicherheit in einer digitalisierten Welt hingewiesen. Die Frage, wie schütze man seine Patente und seine Ideen, die genauso wichtig wie bisher sei, stelle sich in einer digitalisierten Welt in einer anderen Weise, da das Überleben eines Unternehmens davon abhängen, mit anderen zusammenzuarbeiten.

Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass sich auch innerhalb der Unternehmen die Organisationsstrukturen in Zeiten der Digitalisierung verändern müssten. Die Kommunikation mittels Sozialer Medien verlaufe in einer anderen Weise als beispielsweise die Kommunikation per E-Mail. Das heißt, auch das Führungsverhalten müsse angepasst werden.

Als Fazit der Diskussion hielten die Referenten fest: Die Digitalisierung stelle zwar eine enorme Herausforderung dar – zumal für ein Land wie Deutschland mit einer alternden Gesellschaft –, aber sie biete mehr Vor- als Nachteile. Diese Vorteile konkret zu benennen, helfe den Menschen, ihre Ängste vor der Digitalisierung zu überwinden und sich an die Veränderungen anzupassen. Die Fähigkeit dazu sei durchaus vorhanden. Man solle anfangen, mit den neuen Instrumenten zu arbeiten und zu experimentieren.

Ausführungen zur disruptiven Innovation von Gisbert Rühl und Statements von Irene Bertschek und Rupert Lehner sind hier im Anschluss veröffentlicht.

ifo Jahresversammlung 2018 im Internet

Alle Vorträge, die bei der ifo Jahresversammlung präsentiert wurden, und die Beiträge der Podiumsdiskussion sind auf unserer Website als Videomitschnitte vollständig dokumentiert.

Videomitschnitte unter:

<http://mediathek.cesifo-group.de/player/macros/cesifo/mediathek?content=7249534&category=2724265989>

Öffentlicher Teil der 69. ifo Jahresversammlung

DIGITALISIERUNG UND INNOVATION UND IHRE BEDEUTUNG FÜR WACHSTUM UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Grußwort

Prof. Dr. Dr. h.c. Martin Wirsing

Vizepräsident der Ludwig-Maximilians-Universität
München

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

Präsident des ifo Instituts

Festvortrag

Gisbert Rühl

Vorstandsvorsitzender der Klöckner & Co SE

Impulsreferat

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

Präsident des ifo Instituts

Podiumsdiskussion

Prof. Dr. Irene Bertschek

Leiterin »Digitale Ökonomie« im Zentrum für
Europäische Wirtschaftsforschung, (ZEW), Mannheim

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

Präsident des ifo Instituts

Prof. Dr. Dr. Friedrich W. Hesse

Direktor des Leibniz-Instituts für Wissensmedien und
Vizepräsident der Leibniz-Gemeinschaft

Rupert Lehner

Sprecher des Bitkom Landesnetzwerks Bayern

Gisbert Rühl

Vorstandsvorsitzender der Klöckner & Co SE

Moderation: **Dr. Marc Beise**, Süddeutsche Zeitung

Gisbert Rühl*

Die Digitalisierung des eigenen Unternehmens ist kein PR-Projekt



Gisbert Rühl

Die Digitalisierung ist heute in fast jeder Unternehmensstrategie integriert und damit grundsätzlich in den Führungsetagen angekommen. Der Begriff wird allerdings sehr individuell definiert: Mal geht es um die Digitalisierung der Geschäftsprozesse, mal um die digitale Transformation und mal um Disruption. Digitalisierung ist mehr als nur die Optimierung eigener Prozesse und Produkte. Es geht darum, digitales Neugeschäft aufzubauen – also digitale Lösungen zu entwickeln, die die Basis des bestehenden Geschäfts neu definieren oder auch angreifen.

Viele Unternehmen haben zwar erkannt, dass die Digitalisierung, egal in welcher Ausprägung, keine Option, sondern Pflichtprogramm ist. Häufig fehlen aber der Mut, Bestehendes zu hinterfragen, und – nicht zuletzt – eine inspirierende Vision, um ein starkes Zukunftsbild aufzuzeigen. So wird die Chance auf digitales Neugeschäft vertan. Und die notwendigen disruptiven Ansätze bleiben dann ohnehin aus. Eine komplette Neuordnung des bestehenden Geschäftsmodells im digitalen Raum, wie etwa die Entwicklung einer unternehmensübergreifenden Plattform, rücken in weite Ferne.

DISRUPTIVE INNOVATIONEN ÜBER PLATTFORMEN

Der Begriff »Disruption« wird sehr unterschiedlich interpretiert. Nicht jede Veränderung des Bestehenden ist auch disruptiv. Im Kern sind die heutigen disruptiven Innovationen die moderne Form der »schöpferischen Zerstörung«, wie sie Joseph Schum-

peter bereits Mitte des vergangenen Jahrhunderts beschrieb. Ich stütze mich gerne auf die etwas modernere Definition von Harvard-Professor Clayton Christensen. Für Christensen ist die disruptive Innovation ein Prozess, bei dem ein neuer Marktteilnehmer im Rand- oder unteren Bereich des bestehenden Angebotspektrums eines Marktes ganz neue Lösungsansätze etabliert – und so bestehende Anbieter sukzessive aus dem Markt drängt.

Während die neuen Marktteilnehmer einfache, anwendungsbezogene Lösungen bieten, versuchen die etablierten Unternehmen, ihren Kunden immer einen Schritt voraus zu sein. Im Glauben, dass das Angebot, das gestern erfolgreich war, auch morgen erfolgreich sein wird, versorgen sie ihre profitabelsten und anspruchsvollsten Kunden mit ständig verbesserten Produkten und Dienstleistungen. Der Marktneuling steigt mit seinem innovativen Ansatz in die Rand- oder unteren Bereiche des bestehenden Marktes ein. Aufgrund der schwachen Margen vernachlässigen etablierte Unternehmen dieses Marktsegment und öffnen damit die Tür für neue Wettbewerber, die einfachere Produkte, die »just good enough« sind, anbieten. Der wesentliche Erfolgsfaktor der Angreifer ist, dass sie den Kundennutzen konsequent in den Mittelpunkt stellen. So gewinnen sie sukzessive Marktanteile hinzu, bis sie schließlich den Markt dominieren – während sich das »etablierte« Unternehmen auf die Weiterentwicklungen des Kernprodukts konzentriert und dabei die sich im Zeitablauf verändernden Kundenbedürfnisse aus dem Auge verliert.

Seit der Jahrtausendwende treten Disruptoren zunehmend in Form von internetbasierten Plattformen auf: Heute ist Google unser ständiger Begleiter für alle Arten von Informationen. Wir kaufen immer mehr Produkte auf Amazon, schauen Filme und Videos auf Netflix und YouTube. Wir buchen unsere Urlaubsunterkunft auf Airbnb, bewerten unsere Urlaubsziele auf Tripadvisor und hören Spotify oder iTunes, während wir mit Uber zu einem Facebook-Event fahren. Es gibt heute für fast jeden Lebensbereich eine Plattform. Alle haben in ihrer ursprünglichen Form eines gemein: Sie produzieren oder verkaufen keine Produkte, sondern erleichtern lediglich den Marktzugang, erhöhen die Transparenz im Markt und vereinfachen die Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage. Typischerweise gelingt dies, indem Plattformen traditionelle (lineare) Liefer-

* Gisbert Rühl ist Vorstandsvorsitzender der Klöckner & Co SE.

ketten nicht verbessern, sondern mit Hilfe innovativer Geschäftsmodelle auflösen und neue Netzwerke oder Märkte schaffen.

Die neuen Plattformen schieben sich zwischen die etablierten Unternehmen und deren Kunden. Auf der einen Seite entfremden sich die betroffenen Unternehmen von ihren Kunden. Und auf der anderen Seite müssen sie zudem einen erheblichen Teil ihrer ursprünglichen Marge an die Plattform abtreten. Darüber hinaus haben die Plattformen ab einem bestimmten Punkt die Marktmacht, bestehende Unternehmen einfach aus dem Markt zu drängen. Wie etwa Amazon, indem es Produkte in attraktiven Segmenten einfach selbst anbietet.

Die niedrige Kapitalbindung führt dazu, dass Plattformunternehmen viel schneller skalieren können als Unternehmen mit klassischen Geschäftsmodellen. Aufgrund des Netzwerkeffektes steigert jeder neue Teilnehmer den Nutzen einer Plattform nicht linear, sondern exponentiell.

Aus diesem Grund dominieren nur wenige Plattformen bzw. nur jeweils eine Plattform ihren jeweiligen Markt. Aus Kundenperspektive bietet sie den Vorteil, dass der Kunde über eine einzige Schnittstelle kostengünstigen Zugang zu einem sehr großen Portfolio von Produkten oder Dienstleistungen bekommt: Mit einem Uber-Account kann man ein Taxi in London, Dubai oder New York bekommen – also praktisch überall auf der Welt. Gleiches gilt für Facebook. Mit einem Account erreicht man alle Freunde, ebenfalls weltweit. So entsteht automatisch ein stärkerer Kundenbindungseffekt, als es in der Offline-Welt der Fall sein kann. Eine Marke – überall auf der Welt.

KÖNNEN ETABLIERTE UNTERNEHMEN PLATTFORMEN AUFBAUEN?

Während das Thema Plattformen in Deutschland und Europa erst seit wenigen Jahren an Bedeutung gewonnen hat, haben US-amerikanische Unternehmen viel früher begonnen, in Plattformen zu denken. Gemeinsam mit chinesischen Akteuren sind sie bei den horizontalen Plattformen uneinholbar vorne. Neben den horizontalen Plattformen, die branchenübergreifend Standardprodukte oder -dienstleistungen anbieten, gibt es vertikale Plattformen, die eine Vielzahl von spezialisierten Produkten oder Dienstleistungen für bestimmte Kundengruppen oder Branchen anbieten. Bei vertikalen B2B-Plattformen sind viele Märkte noch nicht besetzt. Theoretisch betrachtet, besitzen etablierte Unternehmen aufgrund ihrer Industrieexpertise und ihrer tiefgehenden Lieferanten- und Kundenkenntnisse alle notwendigen Voraussetzungen, um solche vertikalen Plattformen aufzubauen. Doch was bedeutet das für die Unternehmen? Wenn es sich wirklich um neue, disruptive Geschäftsmodelle handelt, greifen sie damit ihr eigenes, traditionelles Geschäft an oder kanzibalisieren es zumindest. Die Widerstände innerhalb der traditionellen Unternehmensbereiche sind typi-

scherweise so hoch, dass insbesondere der Aufbau disruptiver Plattformen nur losgelöst von der Kernorganisation gelingen kann. Genau wie bei einem externen Angreifer muss die Plattform unabhängig operieren, um zum Beispiel auch für Wettbewerber als Plattformteilnehmer attraktiv zu sein.

Gelingt der Aufbau einer Plattform nicht oder beginnt man damit zu spät, besteht die große Gefahr, dass sich ein Angreifer von außen zwischen das Unternehmen und den Kunden schiebt. Dieser Angreifer ist entweder eine vertikale Plattform aus der gleichen oder einer angrenzenden Industrie oder auch eine horizontale Plattform, die über die Zeit immer mehr spezialisierte Produkte und Dienstleistungen anbietet. Jedes Unternehmen sollte sich daher frühzeitig mit der Plattformökonomie beschäftigen und notwendige Kompetenzen aufbauen bzw. Partner suchen, die dabei helfen können, gegebenenfalls auch selbst den Aufbau einer Plattform zu initiieren.

PASSIVE DIGITALISIERUNG UND INNOVATION FUNKTIONIEREN NICHT

Um überhaupt in der Lage zu sein, solche Ansätze selbst zu entwickeln, müssen viele Komponenten im Unternehmen zusammenspielen. Digitalisierung und Innovation sind keine einfachen Vorhaben. Deshalb verlassen sich deutsche Unternehmen gerne ausschließlich auf externe Dritte, wenn es um anspruchsvolle Digitalisierungs- und Innovationsfragen geht. Das reicht aber nicht aus. Externe Experten können sehr hilfreich sein, um zu Beginn schnell erste Erfolge zu erzielen. Langfristig erfolgreich wird man aber nur dann sein, wenn man das Wissen externer Experten dauerhaft in den Konzern transferiert. Sofern man sich – richtigerweise – entschieden hat, die digitale Transformation über eine separate Einheit voranzutreiben, muss darüber hinaus der kontinuierliche Austausch zwischen »alten« und »neuen« Unternehmensteilen gefördert werden. Denn die nötigen Impulse zur Innovation müssen von »alten« und »neuen« Unternehmensteilen gleichermaßen gesetzt werden.

DIE UNTERNEHMENSKULTUR BRAUCHT MUT UND QUERDENKER

Da die digitale Transformation fast jeden Unternehmensbereich berührt, ist sie nicht nur Chefsache. Sie kennt keine Hierarchien und ist auf die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter angewiesen. In Deutschland wurden reine Prozessoptimierungen und Effizienzsteigerungen zu lange als Innovationen gewertet. Wir unterschätzten dabei die Unternehmenskultur als Motor der Veränderung. Inzwischen ist klar: Die Entwicklung von disruptiven Innovationen braucht ein neues Mindset – das dazu veranlasst, außerhalb der bekannten Bahnen zu denken. Wir müssen den Status quo konstant hinterfragen. Wir müssen uns vorherrschenden Mehrheitsmeinungen und auch zum Teil gemachten Erfah-

rungen entgegenstellen. Kurzum: Wir müssen querdenken und mutig sein.

Fehler zu machen, gehört zum Innovationsprozess wie die Innovation selbst. Eine gesunde Unternehmenskultur erlaubt es, aus Fehlern zu lernen, anstatt mit erhobenem Zeigefinger darauf zu zeigen. Zu viel Vorsicht bremst die wirklich disruptiven Ideen aus. Dann droht die Gefahr, dass die Transformation zur Prozessoptimierung verkommt. Und wo zu große Vorsicht herrscht, dominiert Unsicherheit, die Mitarbeiter in Befürworter und Verweigerer spalten kann.

OHNE SINN KEINE MOTIVATION

Eine Vision kann nicht verhindern, dass Veränderungen in Frage gestellt werden. Als emotionaler Anker bietet sie aber Orientierung und schafft Vertrauen.

Dabei muss der CEO im Digitalisierungsprozess nicht nur Antreiber, sondern vermehrt auch »Chief Explaining Officer« werden. Sie oder er muss gemeinsam mit dem Management und der Kommunikation die Brücke zwischen Problem und Lösung bauen. Der CEO muss ein Bild erschaffen, das möglichen Zweifeln entgegenwirkt und Ängste erst gar nicht entstehen lässt. Zudem muss er die Mitarbeiter motivieren, die notwendigen Veränderungen nachhaltig voranzutreiben. Die Mitarbeiter müssen für sich im Unternehmen, aber auch nach dem Veränderungsprozess einen Platz sehen, sonst werden sie ihn nicht unterstützen. Die Aussicht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen würde in diesem Zusammenhang kontraproduktiv wirken. Eine für den digitalen Wandel offene Unternehmenskultur keimt daher nur in einem ebenso zukunftsorientierten politischen Umfeld.

DIE POLITIK MUSS VOM SPIELVERDERBER ZUM SPIELMACHER WERDEN

Der Koalitionsvertrag adressiert den Ausbau der digitalen Infrastruktur und die Regulierung von digitalen Unternehmen. Insgesamt weist er in die richtige Richtung. Konzerne müssen Innovationen vorantreiben – aber dafür muss die Politik Anreize und vor allem die Rahmenbedingungen setzen. Sie muss als Katalysator und Spielmacher Digitalisierung ermöglichen und darf ihr nicht mit übermäßigen Regularien, wie etwa im Datenschutz oder mit der Besteuerung von digitalen Plattformen, Steine in den Weg legen. Es geht dabei um die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes bzw. um Europa als attraktiven Standort für Unternehmen mit digitalen Geschäftsmodellen. Da die Digitalisierung keine Grenzen kennt, werden Unternehmen ansonsten dort investieren, wo die Aussichten für ein schnell wachsendes Digitalgeschäft am günstigsten sind.

Digitale Bildung und mehr Kapital sind zum Beispiel notwendig, um international nicht noch weiter abgehängt zu werden. So müssen wir mit der digitalen Bildung viel früher ansetzen, als wir es heute tun. Auch wenn Lehrkräfte den Einsatz »neuer« Technologien

im Unterricht grundsätzlich begrüßen, fehlt es noch immer an Konzepten, Weiterbildungsmöglichkeiten und vor allem an Infrastruktur. Die zusätzlich geplanten Investitionen in Bildung sind ein Schritt in die richtige Richtung, wobei unser Bildungsföderalismus die Umsetzung der Maßnahmen viel zu stark einschränkt.

Darüber hinaus muss die Kapitalbeschaffung erleichtert werden. Laut dem *Wall Street Journal* wurden 2016 nur 2% der weltweit insgesamt 150 Mrd. Dollar Venture Capital in Deutschland investiert. Mit den 2,1 Mrd. Euro aus dem neuen EU-weiten Investitionsfonds für Start-ups ist ein kleiner Schritt getan. Auch hier gehen wir also in die richtige Richtung, sind aber noch lange nicht am Ziel.

DIGITALISIERUNG DIENT DEN MENSCHEN UND FORDERT SIE

Durch neue Technologien, neue Produkte und neue Dienstleistungen profitieren die Menschen vor allem in den Bereichen Arbeit, Kommunikation und Konsum. Alle drei Bereiche verändern sich aber auch radikal.

Am stärksten verändert sich die Arbeitswelt. Gewinnen wird nur, wer kontinuierlich dazulernt. Das gilt gleichermaßen für jüngere und ältere Generationen. Durch den digitalen Wandel werden kontinuierlich Berufe wegfallen und neue hinzukommen. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) veröffentlichte kürzlich eine Studie, die zwischen 2011 und 2016 einen leichten Beschäftigungsanstieg durch Technologieinvestitionen feststellt. Dieses Wachstum muss gezielt gefördert werden. Ob langfristig mehr Arbeitsplätze entstehen, als verloren gehen, ist allerdings nicht ausgemacht. Es gibt aber eine berechtigte Hoffnung, dass dies der Fall sein kann, da allein dadurch, dass die Menschen älter werden, viele neue Aufgaben entstehen. Wenn durch die Digitalisierung der Wohlstand steigt, können wir uns zum Beispiel in der Pflege, unterstützt durch künstliche Intelligenz und Robotik, viele Dinge leisten, für die heute keine Mittel bereitstehen.

Mit digitalen Lösungen entstehen darüber hinaus neue Arbeitsweisen – es ist nicht mehr entscheidend, von welchem Ort aus eine Person arbeitet. Die nationalen Arbeitsmärkte verschmelzen zu einem globalen Arbeitsmarkt. Zukünftig wird die weltweit qualifizierteste Person den Zuschlag für einen Job erhalten und nicht die privilegierteste. Für Unternehmer ist das vorteilhaft – und es ist vor allem eines: fair.

Digitalisierung und Innovation sind also keine ein-dimensionalen Vorgänge, die man praktisch nur »einschalten« muss. Die Herausforderungen sind bekannt. Unternehmen und Politik müssen jetzt ihren Beitrag leisten – und dabei an einem Strang ziehen: Kompetenzen weiterentwickeln, Infrastruktur aufbauen, Rahmenbedingungen setzen. Und nicht zuletzt: mutig sein und Lust auf die »schöpferische Zerstörung« haben.

Irene Bertschek*

Genug der Fakten – jetzt ist Handeln gefragt!



Irene Bertschek

Durchdringend und allgegenwärtig – das sind die besonderen Eigenschaften digitaler Technologien, im Englischen kurz und prägnant mit dem Begriff *pervasive* beschrieben. Nicht zuletzt deshalb ist die Digitalisierung weltweit zu einem der Topthemen der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Debatte avanciert. Kein Wunder also, dass sich auch die Bundesregierung diesem Thema verschrieben hat und der Koalitionsvertrag mit Digitalthemen geradezu gespickt ist. Die Durchdringung und Allgegenwart der Digitalisierung ist auch Grund dafür, dass sich an Hochschulen verschiedene Disziplinen und Subdisziplinen zunehmend mit diesem Thema befassen.

Zahlreiche empirische Studien zeigen, dass die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in der Wirtschaft Innovationspotenziale eröffnet und zum Produktivitätswachstum beiträgt. Beispielsweise sind hoch digitalisierte Unternehmen besser durch die Wirtschaftskrise 2008/2009 gekommen als gering digitalisierte. Produktivitätsniveau und -wachstum haben sich bei hoch digitalisierten Unternehmen kaum verringert, während sie bei gering digitalisierten Unternehmen stark zurückgingen. Gleichzeitig waren hoch digitalisierte Unternehmen erfolgreicher darin, Prozessinnovationen umzusetzen und durch effizientere Gestaltung von Prozessen Kosten einzusparen (vgl. Bertschek et al. 2017). Unternehmen, die auf Big Data setzen und große Datenmengen systematisch auswerten, sind innovati-

ver, d.h., sie sind eher in der Lage, neue Produkte und Dienste zu entwickeln oder signifikant zu verbessern, und erzielen höhere Umsatzanteile mit ihren Innovationen (vgl. Niebel et al. 2018).

Trotz der vielfältigen Chancen, die die Digitalisierung für Innovationen und Produktivität eröffnet, ist es verwunderlich, dass die deutsche Wirtschaft bei der Nutzung digitaler Technologien im internationalen Vergleich nur im Mittelfeld rangiert. Laut aktuellem Digital-Economy-and-Society-Index der Europäischen Kommission (2018) belegt Deutschland derzeit bei der Nutzung digitaler Technologien in der Wirtschaft Rang 12 von 28. Bei der Breitbandverfügbarkeit wird Rang 13 erreicht, und bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung befindet sich Deutschland mit Rang 21 auf unterirdischem Niveau. Was ist los in dem Land, das die zweite Halbzeit gewinnen will?

Bei der Verfügbarkeit von schnellem Internet besteht nach wie vor ein starkes Stadt-Land-Gefälle. Für 84% der Haushalte insgesamt, aber nur für 54% der Haushalte im ländlichen Raum ist schnelles Breitbandinternet verfügbar (vgl. Europäische Kommission 2018). »Digitalisierung ist mehr als nur Breitband«, wird immer wieder argumentiert. In der Tat hat die Digitalisierung viele Dimensionen, wie Software-Algorithmen, Sensorik, Robotik, Cloud Computing und Big Data, um nur einige Beispiele zu nennen. Aber ohne schnelle Netze funktioniert Digitalisierung nicht. Laut Monitoring-Report Wirtschaft Digital, den Kantar TNS und ZEW jährlich im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellen, ist es selbst im Jahr 2018 immer noch die unzureichende Internetinfrastruktur, die Unternehmen als Haupthemmnis für eine erfolgreiche Digitalisierung wahrnehmen. Dies betrifft insgesamt 43% der Unternehmen in Deutschland, im Mittelstand (hier Unternehmen mit 10–249 Beschäftigten) betrifft es jedes zweite Unternehmen. Und gerade bei der Infrastruktur sieht die Wirtschaft die Politik in der Pflicht: 61% der Unternehmen erwarten beim Breitbandausbau politisches Handeln. Weitere Faktoren wie digitalisierungsfreundliche Rahmenbedingungen oder die finanzielle Förderung von Digitalisierungsprojekten folgen mit jeweils 13% Zustimmung mit großem Abstand.

»Deutschland hat die erste Halbzeit verloren«, so der Spruch, der gerne bemüht wird. Damit gemeint ist, dass die US-amerikanisch dominierte Plattformökono-

* Prof. Dr. Irene Bertschek ist Leiterin des Forschungsbereichs »Digitale Ökonomie« im Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, und Professorin für »Ökonomie der Digitalisierung« an der Universität Gießen.

mie, die, auch mit Daten deutscher Bürger, Geschäfte macht, hinsichtlich der Marktkapitalisierung die reale Wirtschaft längst abgehängt hat. Die zweite Halbzeit aber möchte man gewinnen und sieht sich hier in einer guten Ausgangsposition. Denn jetzt geht es um die Verknüpfung von deutscher Ingenieurskunst mit digitalen Technologien, um Industrie 4.0 und Künstliche Intelligenz. Die Fakten sehen hier recht vielversprechend aus. Die Industrie hat bei der Digitalisierung innerhalb des letzten Jahres deutlich zugelegt, während der Dienstleistungssektor auf vergleichsweise hohem Niveau Sättigungseffekte aufweist. Nur noch 29% der Industrieunternehmen halten im Jahr 2018 Digitalisierungsprojekte für unnötig, im Jahr 2016 waren es noch 48% (vgl. Kantar TNS und ZEW 2018).

Auf Bundesebene werden nun neue Strategien entwickelt und neue Ziele ausgerufen: ein europäisches KI-Zentrum à la Airbus oder CERN muss her. Das mag in die richtige Richtung gehen. Aber, es ist an der Zeit, endlich die Hausaufgaben zu machen, die jahrelang versäumt wurden und diese sind:

Breitbandausbau – Jahr für Jahr weist das Monitoring Digitale Wirtschaft, und nicht nur das, auf diese wichtige Baustelle hin. Zahlreiche Vorschläge liegen vor, wie Anreize gesetzt werden können, um Investitionen zu fördern, über kostensenkende Maßnahmen, geringere Regulierungsintensität, die Vereinfachung von Förderverfahren, nachfrageseitige Fördermaßnahmen etc. (vgl. z.B. die Übersicht in Bertschek und Briglauer 2018). Es ist nun an der Politik, einen Weg zu wählen und zu handeln.

E-Government: Eine Regierung, die es ernst meint mit der Digitalisierung, sollte auch entsprechend bei

sich selbst beginnen und eine Vorbildfunktion übernehmen. Auch hier gibt es Jahr für Jahr Vorschläge, insbesondere vom Nationalen Normenkontrollrat, sowie Best Practice-Beispiele wie Estland.

Förderung des Mittelstands: Hier wurden bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, regionale Kompetenzzentren für Industrie 4.0 eingerichtet, neue Förderlinien aufgelegt. Diese Maßnahmen gilt es zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen.

Die Fakten liegen auf dem Tisch, zahlreiche Studien und Gutachten legen die Schwachstellen offen und bieten Handlungsempfehlungen, um Digitalisierungsdefiziten entgegenzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auch für die Zukunft zu sichern. Es ist nun an der Politik zu handeln und nicht die Diskussion von neuem zu beginnen. Wenn weiterhin viel Zeit verstreicht und diese wirklich grundlegenden Baustellen nicht beherzt in Angriff genommen werden, dann wird auch die zweite Halbzeit verloren werden.

LITERATUR

Bertschek, I. und W. Briglauer (2018), »Wie die Digitale Transformation der Wirtschaft gelingt«, *ZEW policy brief* No. 5, Mannheim.

Bertschek, I., M. Polder und P. Schulte (2017), »ICT and Resilience in Times of Crisis: Evidence from Cross-Country Micro Moments Data«, *ZEW Discussion Paper* No. 17-030, Mannheim.

Europäische Kommission (2018), *Digital Economy and Society Index Report 2018*, Country Report Germany, Brüssel.

Kantar TNS und ZEW (2018), *Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL 2018*, Kurzfassung, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.), Berlin.

Niebel, T., F. Rasel und S. Viète (2017), »BIG Data – BIG Gains? Empirical Evidence on the Link Between Big Data Analytics and Innovation«, *Economics of Innovation and New Technology*, im Erscheinen.

Rupert Lehner*

Digitalisierung: Eine unermessliche Chance



Rupert Lehner

Deutschland 2018. Die Konjunktur brummt, die Stimmung ist so gut wie lange nicht mehr. Die Wirtschaft wächst stabil, die Arbeitslosigkeit ist auf historischem Tiefstand, und die öffentlichen Kassen sind gut gefüllt – einerseits. Andererseits gibt es große Herausforderungen. Wie hält die deutsche Wirtschaft Anschluss im internationalen Wettbewerb? Gelingt es uns, an Boden gut zu machen? Wie gestaltet sich der Arbeitsmarkt in einer zunehmend digitalisierten Welt? Ersetzen Roboter im großen Maßstab menschliche Arbeitskraft? Und wie gestalten wir das Zusammenleben in einer Gesellschaft, in der zwar eine große Mehrheit der Digitalisierung und Innovationen gegenüber aufgeschlossen ist, aber sich zugleich eine nicht unerhebliche Zahl an Menschen abgehängt fühlt? Auf diese Fragen gilt es, Antworten zu finden, und ich bin mir sicher, wenn wir die richtigen Antworten formulieren, dann können wir mit viel Optimismus in die Zukunft schauen. Denn die tiefgreifenden Veränderungen, die die Digitalisierung mit sich bringt, sind vor allem eines: eine unermessliche Chance.

Die Digitalisierung ist eine Erfolgsgeschichte. Das wird besonders deutlich, wenn wir auf die Entwicklung der Branche schauen, die das digitale Wachstum treibt: die IT- und Telekommunikationsbranche. Die ITK-Branche hat den Schwung des vergangenen Jahres erfolgreich aufgenommen und wird auch 2018 stabil wachsen. Bitkom geht für dieses Jahr von einem Wachstum von 1,7% aus. Unseren Erwartungen zufolge steigen die Umsätze mit IT, Telekommunikation und Unterhaltungselektronik bis zum Jahresende auf 164 Mrd. Euro.

* Rupert Lehner ist Landessprecher des Branchenverbandes Bitkom in Bayern.

Schon das vergangene Jahr lief sehr positiv und noch besser als zunächst erwartet. Das Marktvolumen wuchs kräftig um 2,2%. Noch besser als die Umsätze entwickelt sich der Arbeitsmarkt im ITK-Sektor. 42 000 neue Jobs werden bis zum Ende dieses Jahres voraussichtlich entstehen. Zuletzt übertrafen die Entwicklungen am Arbeitsmarkt unsere Erwartungen deutlich. Die Bitkom-Branche steht für kontinuierliches Wachstum. Dieser eindeutige Trend zeigt vor allem auch eines: Die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft ist in vollem Gange.

Die deutsche Wirtschaft hat die Weichen auf Digitalisierung gestellt – vom Industriebetrieb bis zum Handwerker, vom Global Player bis zum Mittelständler. Noch läuft nicht immer alles rund, noch ist Luft nach oben. In den meisten Chefetagen weiß man um die disruptive Kraft der Digitalisierung, aber nur die wenigsten gestalten diesen Prozess aktiv. Aus unseren Studien wissen wir, dass der Großteil der Unternehmen eine Digitalstrategie hat – einerseits. Andererseits aber investiert nur eine Minderheit in digitale Geschäftsmodelle. Die Gründe mögen verschieden sein. Vielleicht geht es uns im Moment noch zu gut. Wir dürfen aber nicht davon ausgehen, dass das für immer so sein wird. Unternehmen müssen heute in das Geschäft von morgen investieren. Denn die Wirtschaft von morgen wird ausschließlich digital sein.

Also gilt es jetzt, die Chancen der Digitalisierung sehr konsequent zu nutzen. Deutschland hat bei vielen Zukunftstechnologien eine hervorragende Ausgangsposition im internationalen Wettbewerb: 3D-Druck, Blockchain, Internet of Things, Künstliche Intelligenz. Aber andere holen schnell auf. Wenn etwa China KI als Zukunftsthema identifiziert, dann werden dort in kürzester Zeit Milliardensummen mobilisiert.

Und bei uns? Bund und Länder geben jährlich mehr als 25 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung aus. Nicht einmal eine Milliarde fließt in IT, Kommunikations- und Mikrosystemtechnik, also in die Kernbereiche dessen, was digitale Technologien ausmacht. Das sind gerade einmal 4% – und das ist viel zu wenig. Wenn wir von der technologischen Zukunft Deutschlands sprechen, müssen wir alles auf die digitale Karte setzen. Das bedeutet: Mindestens jeder zweite Förder-Euro muss in Digitales investiert werden. Und eine steuerliche Forschungsförderung sollte es gerade kleinen und mittelständischen, oft hoch innovativen

Unternehmen ermöglichen, unbürokratisch mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren. Wir dürfen uns nicht mehr verzetteln. Wir müssen uns stärker auf die relevanten Themen konzentrieren und wir müssen schneller werden. Das ist nicht schwer. Man muss es nur wollen, und dann muss man es tun.

Digitalisierung wird hierzulande oft als Bedrohung diskutiert. Uber, AirBnB & Co. nehmen Taxifahrern und Hoteliers die Arbeit weg. Soziale Netzwerke verbreiten Hassreden. Und autonome Autos verderben uns den Spaß am Fahren. Dabei wird übersehen, dass 90% der Unternehmen und immerhin 60% der Bundesbürger die Digitalisierung als Chance sehen. Digitalisierung bedeutet nicht in erster Linie neue Geräte oder Programme, Digitalisierung macht unseren Alltag einfacher. Dazu gehören nicht nur Online-Shopping und Routenplaner, sondern individuelle, auf unsere Bedürfnisse zugeschnittene Medikamente und Therapien ebenso wie die Möglichkeit, uns zu jeder Zeit zu fast jedem Thema problemlos weiterzubilden. Auch ein kritischer Blick auf die Herausforderungen der digitalen Welt ist wichtig. Wir sollten uns aber gleichzeitig stärker bewusst machen, welche chancenreiche, wirtschaftlich leistungsfähige, absolut lebenswerte digitale Zukunft sich uns bietet.

Die deutsche Wirtschaft genießt weiterhin einen exzellenten Ruf. Wir werden international beneidet um unsere Autoindustrie, unsere Logistikunternehmen und Maschinenbauer sind weltweit führend, wir haben eine starke Gesundheitswirtschaft und innovative Elektronikunternehmen. Diese Liste ließe sich problemlos verlängern. Doch beim genaueren Hinsehen zeigt sich, dass sich in den vergangenen Jahren alles verändert hat. Beim Auto geht es längst nicht mehr nur darum, das beste Getriebe zu bauen, es geht um digitale Fahrassistenten und die Einbindung des eigenen Fahrzeugs in intelligente Verkehrskonzepte. Und erfolgreiche Logistiker setzen auf intelligente Software, die Probleme auf Routen schon lange vor dem Menschen erkennt. Das ist der Kern der digitalen Transformation – die Digitalisierung der Wirtschaft.

Manager und Politiker wissen, dass die Digitalisierung für Wohlstand und Wachstum wichtig ist. Doch dieser Erkenntnis steht oftmals noch ein Umsetzungsproblem gegenüber, vor allem im Mittelstand, der Säule der deutschen Wirtschaft. So sehen nach einer Bitkom-Umfrage fast drei Viertel der mittelständischen

Unternehmen in Deutschland die Digitalisierung als zentrale Herausforderung für ihr Unternehmen. Doch mehr als die Hälfte gibt zugleich an, keine zentrale Digitalisierungsstrategie zu besitzen. Dabei muss jeder wissen: Es ist Zeit zu handeln.

Doch nicht nur die Mittelständler stehen manchmal ratlos vor den Herausforderungen der Digitalisierung. Start-ups haben tolle Ideen, wissen aber nicht, mit wem sie diese auf den Markt bringen können. Aus der Forschung entstehen zu selten Produkte. Und selbst Großunternehmen versuchen zu oft, im Alleingang einen Markt von Grund auf zu verändern – was nur selten funktioniert. An dieser Stelle setzen die digitalen Hubs an, die derzeit an einem Dutzend Standorten rund um unsere Leitindustrien arbeiten. Unter der gemeinsamen Dachmarke de:hub werben diese Zentren der digitalen Transformation auch im Ausland um die spannendsten Firmen. Gerade wenn andere Nationen auf Abschottung setzen, wollen wir uns auf Offenheit besinnen und Orte schaffen, an denen die klügsten Köpfe der Welt gerne arbeiten und forschen. Wenn wir das beherzigen, werden wir die digitale Transformation nicht nur bewältigen, sondern eine echte Gewinnergeschichte für den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa daraus machen.

Denn die eingangs skizzierte deutsche Erfolgslanzkönnte noch besser ausfallen, wenn es genügend Fachkräfte gäbe, um die vielen IT-Jobs zu besetzen, die Jahr für Jahr neu entstehen. In den vergangenen fünf Jahren sind in der Bitkom-Branche 150 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden – nicht trotz Digitalisierung, sondern wegen ihr. Der Stellenzuwachs könnte noch viel höher ausfallen, wenn mehr Fachkräfte zur Verfügung stehen würden. Branchenübergreifend gab es Ende 2017 rund 55 000 freie Jobs für IT-Spezialisten. Der Fachkräftemangel ist ein großes Hemmnis für die deutsche Wirtschaft und der wesentliche Grund dafür, warum die digitale Transformation nicht ganz so schnell vorankommt, wie sie eigentlich sollte.

Digitalisierung entwickelt sich exponentiell. Wer heute zögert, muss morgen einen sehr viel steileren Weg gehen. Digitalisierung gelingt aber nicht im Alleingang, sie gelingt nur gemeinsam. Wir haben alle Chancen, daraus auch in Zukunft eine Gewinnergeschichte zu machen. Wir müssen diese Chancen nur entschieden und mutig ergreifen.

Meinhard Knoche

Ludwig Erhard, Adolf Weber und die schwierige Geburt des ifo Instituts*

Das ifo Institut wurde nicht auf dem Reißbrett entworfen und neu gegründet. Es entstand im Januar 1949 durch Zusammenschluss des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit der im April 1948 vom Bayerischen Statistischen Landesamt ins Leben gerufenen Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung und setzte die Arbeit beider Vorgänger nahtlos fort. Ludwig Erhard war die zentrale Figur der Entstehungsgeschichte des ifo Instituts, die bis ins Jahr 1942 zurückreicht, als Erhard in Nürnberg das Institut für Industrieforschung gegründet hatte und sich fortan mit Fragen des Wiederaufbaus Deutschlands nach Kriegsende beschäftigte. Er legte in diesen schwierigen Jahren zusammen mit dem großen deutschen Nationalökonom Adolf Weber die Grundlagen für die angewandte politikorientierte Wirtschaftsforschung in München, auf denen sich das ifo Institut ab 1949 erfolgreich entwickeln konnte. Wesentlichen Anteil am Zustandekommen der Fusion hatte die Bayerische Staatsregierung, insbesondere das Wirtschaftsministerium, das frühzeitig im Hintergrund die Fäden in die Hand genommen hatte.

Am 24. Januar 1949 beschlossen die Mitglieder der beiden in München ansässigen Vereine Süddeutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung, sich zum Institut für Wirtschaftsforschung e. V. München (heutige Kurzbezeichnung: ifo Institut) zusammenzuschließen. Wie sich das ifo Institut seit 1949 entwickelt hat, kann anhand zahlreicher Veröffentlichungen nachvollzogen werden, die der Fusion vorangegangene Entstehungsgeschichte, in denen die Grundlagen für die erfolgreiche Entwicklung des ifo Instituts gelegt worden waren und sich dessen DNA herausgebildet hatte, blieb dagegen bisher weitgehend im Dunkeln.

Die Öffnung der staatlichen Archive hat es ermöglicht, die Wurzeln des ifo Instituts bis in den Herbst 1942 freizulegen. In dieser Phase gründete Ludwig Erhard, nachdem er zuvor aus der Geschäftsführung des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigung an der Handelshochschule Nürnberg ausgeschieden war, das Institut für Industrieforschung mit Sitz in Nürnberg und Berlin. Mit diesem Institut, das bis Kriegsende von der Reichsgruppe Industrie finanziell unterstützt wurde, befasste sich Erhard ab dem Jahr

1943 mit der wirtschaftlichen Planung für die Zeit nach dem Weltkrieg, insbesondere mit der Konsolidierung der Kriegsschulden u.a. durch einen Währungsschnitt. In seiner Amtszeit als bayerischer Wirtschaftsminister überführte Erhard das Institut für Industrieforschung im November 1946 in das in München ansässige Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung. Ein gutes halbes Jahr später entstand daraus das Süddeutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das mit seinen Leistungen in den schwierigen Jahren 1947 und 1948 Anerkennung von Entscheidungsträgern in Staat und Wirtschaft fand und Anfang 1949 durch Fusion mit der kurz zuvor gegründeten Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung zum ifo Institut weiterentwickelt wurde. Die Fusion ist das Ergebnis einer geschickten Steuerung durch die beteiligten bayerischen Fachministerien, die erfolgreich darauf abzielte, das neue Institut in die im März 1949 startende gemeinschaftliche Forschungsförderung der Länder einzubringen.

In München stieß Ludwig Erhard auf den Münchener Nationalökonom Adolf Weber, in dessen Volkswirtschaftlicher Arbeitsgemeinschaft für Bayern Erhard mitarbeitete. Weber brachte sich in die Arbeit des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ein und unterstützte dessen Zusammenwachsen mit der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung zum (ifo) Institut für Wirtschaftsforschung. Die Mitgliedschaft Adolf Webers im ersten Vorstand des fusionierten Instituts ist ein Baustein der institutionel-

* Ich danke Prof. Dr. Magnus Brechtken, Vizepräsident des Instituts für Zeitgeschichte, und Prof. Dr. Lars Feld, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, für die wertvollen fachlichen Hinweise. Ferner danke ich den Teams des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Universitätsarchivs der LMU sowie dem Ludwig-Erhard-Zentrum in Fürth und der ifo Bibliothek für die außerordentlich engagierte Unterstützung bei der Erschließung der Quellen.

len Anbindung des Instituts an die Staatswirtschaftliche Fakultät der LMU, die die Fusion prägte,

Ludwig Erhard fühlte sich dazu berufen, Deutschlands Bevölkerung durch wachsenden Wohlstand, den er durch grundlegende marktwirtschaftliche Reformen erreichen wollte, in eine bessere Zukunft zu führen. Wie der folgende Beitrag zeigt, gründete Erhard »sein« Münchener Wirtschaftsforschungsinstitut als unverzichtbaren Mitspieler bei der Gestaltung der neuen Wirtschaftsordnung. »Die Institutsarbeit (sei) dazu berufen, Wegbereiter zu sein für eine moderne Wirtschaftsauffassung und für eine lebensnahe Wissenschaft.« Erhard prägte früh die Metapher der »Brücke«, die das Institut zwischen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und der staatlichen und wirtschaftlichen Praxis bilden müsse. Dafür musste das Institut in seinen Augen strikt überparteilich und wissenschaftlich ausgerichtet sowie institutionell mit der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München verbunden sein, sich bei der Festlegung der Forschungsschwerpunkte am Bedarf der wirtschaftlichen und politischen Praxis orientieren und mit seinen Arbeitsergebnissen dazu beitragen, die Grundlagen für Entscheidungen staatlicher und wirtschaftlicher Institutionen zu verbessern. Zur wissenschaftlichen Ausrichtung gehörten für Ludwig Erhard auch die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Einbindung des wissenschaftlichen Institutspersonals in die Lehre an der Universität. Diese Leitlinien prägen das ifo Institut heute mehr denn je.

LUDWIG ERHARD: KRIEGSDIENST, STUDIUM UND WISSENSCHAFTLICHE TÄTIGKEIT AM INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSBEOBSACHTUNG DER DEUTSCHEN FERTIGWARE AN DER HANDELSHOCHSCHULE NÜRNBERG

Ludwig Erhard wurde am 4. Februar 1897 in Fürth als Sohn des Geschäftsmannes Wilhelm Philipp Erhard, der in Fürth ein Weißwarengeschäft betrieb, und seiner Frau Augusta geboren. Nach Besuch der Volks- und Realschule sowie Abschluss seiner Lehre als Weißwarenhändler (vgl. Hentschel 1996, S. 12) im Jahr 1916 schien sein Leben auf die Übernahme des elterlichen Textilgeschäftes und eine solide großbürgerliche Existenz hinauszulaufen.¹ Doch es kam anders: Trotz eines durch Kinderlähmung stark deformierten Fußes nahm Erhard ab 1916 zunächst als Richtschütze und am Ende des Krieges als Wachtmeister im 22. Königlich Bayerischen Feldartillerieregiment am Ersten Weltkrieg teil. Er wurde im September 1918 bei Ypern schwer verwundet und schied im Jahr 1919 aus dem Militärdienst aus (vgl. Hohmann 1997, S. 3; Hentschel 1996, S. 12).

Die Verwundung machte insgesamt sieben Operationen erforderlich. Zu diesem Zeitpunkt verhinderte Erhards gesundheitliche Verfassung seinen ursprünglichen Plan, in das väterliche Geschäft einzutreten (vgl. Hohmann 1997, S. 4). Der erfolgreiche Dienst als Front-

soldat eröffnete Möglichkeiten, die Erhard sonst wohl verschlossen geblieben wären. Er absolvierte trotz fehlenden Abiturs ein Studium an der kurz zuvor gegründeten Handelshochschule Nürnberg, das er im Jahr 1922 als Diplom-Kaufmann abschloss. In seiner Diplomarbeit befasste er sich mit der volkswirtschaftlichen Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs (vgl. Hohmann 1997, S. 5). An der Handelshochschule Nürnberg war Prof. Wilhelm Rieger, der dort BWL und Wirtschaftstheorie unterrichtete und große Stücke auf Erhard hielt, dessen wissenschaftliche Leitfigur. Rieger überzeugte Erhards Vater, seinem Sohn die Fortsetzung des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums zu ermöglichen, und setzte seine Kontakte zum Frankfurter Ökonomen Franz Oppenheimer dafür ein, dass Erhard zum Studium der Betriebswirtschaft, Nationalökonomie und Soziologie an der Universität Frankfurt zugelassen wurde (vgl. Mierzejewski 2005, S. 23). Dabei stand die Volkswirtschaftslehre im Zentrum seines Interesses: Nach eigenem Bekunden sei er ein Student gewesen, »der Betriebswirtschaft lernen wollte, aber von volkswirtschaftlichem Eifer besessen« gewesen sei (Hohmann 1988, S. 968). So promovierte er dann auch im Jahr 1925 bei Franz Oppenheimer mit einer Arbeit über das Thema »Wesen und Inhalt der Werteinheit« zum Dr. rer. pol. Obwohl Erhard seinem akademischen Lehrer lebenslang verbunden blieb, übernahm er nur wenig von Oppenheimers wirtschaftspolitischen Vorstellungen (vgl. Tischner o.J.). Insbesondere nahm Oppenheimers »liberaler Sozialismus« keinen Platz in der Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft ein (vgl. Hentschel 1996, S. 15).

Wovon Ludwig Erhard in den Jahren 1925–1928 seine junge Familie ernährte, ist ungewiss. Seine Promotion bewahrte ihn nicht vor der Arbeitslosigkeit. Er half wohl ein wenig im elterlichen Einzelhandelsgeschäft mit, ohne aber großes Interesse daran zu zeigen (vgl. Mierzejewski 2005, S. 26; Hentschel 1996, S. 16 f.). Auch Wilhelm Erhards Geschäft wurde ein Opfer der Weltwirtschaftskrise. Er bevollmächtigte seinen Sohn Ludwig, das vom Amtsgericht Fürth eröffnete Konkursverfahren abzuwickeln (Archiv Ludwig-Erhard-Zentrum Fürth) und setzte sich im Jahr 1928 zur Ruhe. Noch im selben Jahr fand Ludwig Erhard eine Tätigkeit als Assistent an der Handelshochschule in Nürnberg, wo er am Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware (IWdF²) arbeitete. Dieses Institut war im Jahr 1925 von dem Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Vershofen als Einrichtung der Handelshochschule Nürnberg gegründet worden. Vershofen verband damit die Absicht, »die praktische Wirtschaftsforschung als Voraussetzung einer maßnahmensicheren und zielgerechten Konjunkturpolitik nach dem Vorbild des amerikanischen Bureau of Economic Research in Deutschland heimisch zu machen«. (Hentschel 1996, S. 16) Für die Umsetzung dieses ehrgeizigen Plans fehlten dem Institut indes-

¹ Ludwig Erhard im Interview mit Günter Gaus, Sendung des rbb vom 10. April 1963.

² Inoffizielle Abkürzung.

sen die erforderlichen Ressourcen. Es hatte keine Chancen, sich neben dem fast gleichzeitig mit großem Erfolg aufgebauten Berliner Institut für Konjunkturforschung³ zu etablieren, sodass sich das IWdF schon bald der Marktforschung im industriellen Interesse verschrieb. Auf diesem Gebiet leistete es Pionierarbeit, was auch Ludwig Erhards Verdienst war (vgl. Hentschel 1996, S. 17). Er war u.a. Mitgründer und Redakteur der vom IWdF herausgegebenen Zeitschrift »Der Markt der Fertigware« und ab 1933 Chefredakteur der zweiten IWdF-Zeitschrift »Wirtschaftspolitische Blätter der deutschen Fertigwarenindustrie« (vgl. Mierzejewski 2005, S. 30, 34). 1934 erhielt das IWdF das Recht zur »Durchführung von Marktstatistiken und Marktanalysen (...) einzelner Zweige der deutschen Konsumfertigwarenindustrie« (Mantel 2009, S. 321). In dem Jahr gründete Vershofen ebenfalls den eingetragenen Verein »Gesellschaft für Konsumforschung« (GfK), zu dessen Gründungsvorstand – neben Vershofen – Ludwig Erhard und Erich Schäfer gehörten. Die Gesellschaft für Konsumforschung war mit dem IWdF »sachlich, organisatorisch und finanziell wie auch in persönlicher Hinsicht aufs engste verknüpft« (Mantel 2009, S. 321). Institut und Gesellschaft entwickelten sich unter dem Einfluss von Erhard, der zwischenzeitlich neben Vershofen und Schäfer in die geschäftsführende Leitung des IWdF einbezogen worden war, prächtig (vgl. Hentschel 1996, S. 25). Vershofen betrieb deshalb ab 1934 die Loslösung des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware von der Handelshochschule mit dem Ergebnis, dass es ab dem Jahr 1938 als selbständige Stiftungseinrichtung geführt wurde. Auftraggeber des Instituts waren Großfirmen, Wirtschaftsverbände sowie hohe und höchste Reichs- und Landesstellen (vgl. Mantel 2009, S. 322). Ab 1935 war Erhard maßgeblich an der Entwicklung und Durchführung von Seminaren zu Aspekten der Konsumwirtschaft beteiligt, die das IWdF jährlich anbot. Als ersten Gastredner verpflichtete Erhard seinen Bekannten Carl Goerdeler (vgl. Mierzejewski 2005, S. 35), der in diesem Jahr das Amt des Reichspreiskommissars innehatte.

Seine Arbeit für das IWdF brachte Ludwig Erhard auch in Kontakt mit Auftraggebern im Ausland. Josef Bürckel, Reichsstatthalter in Wien, hatte von Erhard einen so guten Eindruck, dass er ihn zunächst in Österreich als Berater in Konsumfragen einsetzte und nach Bürckels Versetzung nach Lothringen als Kontrolleur und Berater für die dortige Glasindustrie einsetzte (vgl. Mierzejewski 2005, S. 38). Ferner erstreckte sich Erhards Tätigkeit auf die Rolle der Wirtschaft Österreichs sowie Böhmens und Mährens im Deutschen Raum sowie auf kriegswirtschaftliche Erhebungen und Analysen (vgl. Hentschel 1996, S. 25). So beauftragte die Haupttreuhandstelle Ost Ludwig Erhard im Jahr 1940 mit einer »Untersuchung der Struktur und Gestaltung der Industrie in den angegliederten Ostgebieten«, in deren Bearbeitung er auch wissenschaftliches Per-

sonal des IWdF einband. In dieser Untersuchung setzten sich Erhard und seine Mitarbeiter u.a. für die polnische Bevölkerung ein. »Die polnischen Arbeitskräfte (müssten) deutlich besser bezahlt und sozial bessergestellt werden; vor allem benötigten die aufzubauenden Industrien eine starke Nachfrage auch von polnischen Verbrauchern; man brauche polnischen Facharbeiter-nachwuchs.« (Gerlach 1997, S. 249 f.) Durch die Forderung nach einem Verbleib der polnischen Bevölkerung in den angegliederten Gebieten, einer Verbesserung der Situation der polnischen Arbeitskräfte und spannungsfreier Zusammenarbeit der Deutschen mit der polnischen Bevölkerung gerieten Erhard und seine Mitarbeiter Gerhard Holthaus und Albert Kirschbaum (beide zu dem Zeitpunkt Wissenschaftliche Referenten beim IWdF, die Erhard später ins Institut für Industrieforschung und nach München folgen sollten) in eine Auseinandersetzung mit dem Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums (vgl. Wünsche 2015, S. 215 ff.).

Erhard selbst schätzte die Bedeutung seiner Tätigkeit in der geschäftsführenden Leitung des IWdF in späteren Verlautbarungen hoch ein. Sie eröffnete ihm die Möglichkeit, »die bestehenden Verbindungen des Instituts mit der Wirtschaftspraxis zu pflegen und dem Institut nach dieser Richtung hin neue Wege zu weisen.« Seine Aufgabe erblickte er vornehmlich darin, »Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen und in beiden Lagern gegenseitiges Verständnis für die jeweils besondere Art und Ausrichtung der Tätigkeit zu wecken.« Das Institut sah er dabei »in engster und vertrauensvoller Zusammenarbeit (...) mit der Wirtschaftspraxis und den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft«. Bei Erhards eigener wissenschaftlichen Arbeit handelte es sich »vornehmlich um Fragen der Kostenforschung (Betriebs-Vertriebskosten), um Markt- und Absatzforschung sowie um Verbrauchsforschung, für die im Institut die methodischen und erkenntnistheoretischen Vorarbeiten geleistet wurden.« (Mantel 2009, S. 322)

Ein erster Anlauf, Ludwig Erhard zum Honorarprofessor zu machen, scheiterte. Auf Initiative des Verwaltungsratsvorsitzenden der Handelshochschule und Nürnberger Bürgermeisters Eickemeyer brachte der Rektor der Hochschule im Februar 1939 einen Antrag auf Ernennung Ludwig Erhards zum Honorarprofessor an der Handelshochschule auf den Weg. Der vom bayerischen Kultusministerium eingeschaltete externe Wissenschaftler Karl Rößle äußerte sich in seinem Gutachten kritisch. Erhard habe »in den maßgeblichen betriebswirtschaftlichen Fachzeitschriften (...) kaum etwas veröffentlicht außer einem Aufsatz in den AKW-Nachrichten (1938), im Deutschen Oekonomist (1932) und (...) im Praktischen Betriebswirt.« (Mantel 2009, S. 324) Das Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung folgte Rößles Auffassung und lehnte die Ernennung Erhards zum Honorarprofessor »mangels genügender wissenschaftlicher Ausweisung des Genannten« ab. Erhard

³ Im Jahr 1941 wurde das IfK in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) umbenannt. Dazu später mehr.

protestierte gegen die Ablehnung, was aber nicht zum Erfolg führte. Das zuständige Ministerium riet von einer erneuten Antragstellung ab, da Erhard »nur in geringem Umfang Vorlesungen übernommen« und »kein großes Werk« vorzuweisen habe, und empfahl, dass Erhard sich habilitieren solle (vgl. Mantel 2009, S. 325).

Diese Empfehlung griff Ludwig Erhard auf. Sein Versuch, an der Handelshochschule Nürnberg über das Thema »Die Überwindung der Wirtschaftskrise durch wirtschaftspolitische Beeinflussung« zu habilitieren, hatte indessen keinen Erfolg. Erhard selbst deutete »unüberwindbare politische Hürden in der Zeit der Nazi-Herrschaft« an.⁴ Die Erhard-Biographen Hentschel und Mierzejewski bewerten die Ursachen des Scheiterns der Habilitation unterschiedlich: Hentschel sieht als Grund für das Scheitern der Habilitation mangelnde wissenschaftliche Fähigkeiten (vgl. Hentschel 1996, S. 322), während Mierzejewski es für möglich hält, dass Erhards standhafte Ablehnung mehrerer Aufforderungen, in die NSDAP einzutreten und sich dem NS-Dozentenbund anzuschließen, den Ausschlag gegeben hat. Es habe nicht an Professoren gemangelt, die bereit waren, auch schwächere Arbeiten abzusegnen, »mit denen sie auf ideologischer Ebene übereinstimmen« (Mierzejewski 2005, S. 32).

In der Folgezeit kam es zum Zerwürfnis in der Leitung des IWF, als Verhoeven sich aus Altersgründen zurückziehen wollte und seinen Schüler Erich Schäfer zu seinem Nachfolger auserkoren hatte (vgl. Mantel 2009, S. 321 f.). Erhard, der sich selbst als potenziellen Nachfolger gesehen hatte, schrieb einen »sehr aggressiven Brief« an Erich Schäfer, nach dessen Bekanntwerden die Situation eskalierte. Die Stiftungsverwaltung der Handelshochschule leitete eine Kündigungsklage und eine Klage wegen Beleidigung gegen Erhard ein, die zur Folge hatten, dass Ludwig Erhard im Oktober 1942 aus dem Institut ausschied (vgl. Mantel 2009, S. 321 f. mit weiteren Nachweisen; Mierzejewski, S. 39). Auch dafür scheint mitursächlich gewesen zu sein, dass sich Erhards Chef Vershofen mit der herrschenden Obrigkeit arrangiert hatte, Ludwig Erhard dagegen weiterhin nicht dem Drängen der Partei und einiger Intellektueller nachgab, sich zur NSDAP zu bekennen und ihr beizutreten (vgl. Herbst 1977, S. 322).

Diese auch auf Erhards fortdauernder Distanz zum NS-Regime beruhenden Rückschläge in seiner wissenschaftlichen Entwicklung warfen Erhard nicht aus der Bahn. Im Gegenteil: Sie lösten eine berufliche Wendung aus, ohne die es seine bedeutende politische Karriere wohl kaum gegeben hätte – und auch nicht die Gründung des ifo Instituts.

LUDWIG ERHARD UND DER AUFBAU DES INSTITUTS FÜR INDUSTRIEFORSCHUNG AB HERBST 1942

Mit Unterstützung befreundeter Persönlichkeiten der Reichsgruppe Industrie⁵ (RGI) konnte Ludwig Erhard in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 eine neue Forschungsstätte gründen, die die Keimzelle des ifo Instituts wurde. Sie trat unter der Bezeichnung »Institut für Industrieforschung Nürnberg – Berlin« auf und hatte ihren Sitz zunächst in Nürnberg. Berlin taucht in der Firmierung auf, weil das Institut für Industrieforschung (IfI⁶) sehr eng mit der Außenwirtschaftsabteilung der RGI in Berlin zusammenarbeitete und dort eine Anlaufstelle hatte.

Die von Ludwig Erhard im Herbst 1942 ergriffene Initiative, sich mit seinem Institut für Industrieforschung frühzeitig mit Fragen des Wiederaufbaus nach dem Krieg zu beschäftigen, fand in der Reichsgruppe Industrie einflussreiche Befürworter. Die RGI nahm sich dieses Themas an und gründete auf Vorschlag von Hermann von Siemens am 18. November 1942 unter ihrem Dach eine »Fördergemeinschaft der Deutschen Industrie« mit dem Ziel, Gefahren von der deutschen Wirtschaft abzuwenden, die »im Fall eines Niedergangs« entstehen. Die Fördergemeinschaft übernahm ab dem 20. Mai 1943 für die Dauer von drei Jahren die Förderung des IfI mit einer jährlichen Zuwendung in Höhe von RM 150 000 (vgl. Wünsche 2015, S. 216), wobei in diesem Betrag wohl kaum die Personalkosten der vom RGI selbst angestellten Mitarbeiter des IfI enthalten waren.⁷

Die bedeutendste innerhalb dieser Initiative entstandene IfI-Studie griff das Anliegen der vom RGI gebildeten Fördergemeinschaft auf, eine Analyse der notwendigen Schritte zu verfassen, um die deutsche Wirtschaft zurück zu einer Produktion in Friedenszeiten zu führen (vgl. Mierzejewski 2005, S. 41). In der im März 1944 fertiggestellten Denkschrift »Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung« ging Erhard davon aus, dass Deutschland den Krieg verlieren würde, was seinerzeit den Tatbestand des Hochverrats erfüllte. Unabhängig davon war bereits die Arbeit an dieser Studie zumindest in der Anfangsphase subversiv, weil es aufgrund eines Hitler-Erlasses verboten war, sich mit Planungen für die Zeit nach dem Weltkrieg zu befassen. Erhard stellte Überlegungen zum Neuaufbau der Wirtschaft nach dem Krieg an und empfahl u.a. einen Währungsschnitt (Einzelheiten dazu vgl. Hentschel 1996, S. 30 ff.; Mierzejewski 2005, S. 41 ff.). Auf Bitte der Auftraggeber legte Erhard im Sommer 1944 eine überarbeitete und gestraffte Version der Studie vor, die im Herbst 1944 mit Vertretern des RGI diskutiert wurde.⁸

⁵ Dazu gehörten insbesondere sein Schwager Karl Guth (Geschäftsführer der RGI) und der Unternehmer Philipp Reemtsma. Einzelheiten dazu bei Herbst (1977, S. 322 f.).

⁶ Inoffizielle Abkürzung.

⁷ Engelbrecht (2002) nennt eine Fördersumme in Höhe von insgesamt RM 630 000.

⁸ Der vollständige Text der Studie ist erhalten. Ludwig Erhard, Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung, Faksimiledruck der

⁴ »Es gab für mich nicht eine Sekunde eine Überlegung, ob ich einen Kompromiss schließen könnte, etwa um einer wissenschaftlichen Karriere willen. Ich wollte mich habilitieren und wollte Hochschullehrer werden, aber dazu hätte ich zum NS-Dozentenbund gehen müssen. Das ist mir überhaupt nicht in den Sinn gekommen.« (Ludwig Erhard im Gespräch mit Günter Gaus; rbb-Sendung vom 10. April 1963)

Auch wenn die Ideen, die Erhard und sein Team in der 270 Seiten umfassenden Arbeit entwickelten, in der RGI nicht uneingeschränkt auf Begeisterung stießen (vgl. Hentschel 1996, S. 37), lieferte sie doch eine Reihe grundsätzlicher Anstöße für die binnenwirtschaftliche Diskussion innerhalb des RGI, »die in der Folge von verschiedenen Abteilungen des RGI zu einem komplexen wirtschaftspolitischen Konzept verdichtet wurden« (Ptak 2004, S. 147 f.). Mit seiner Denkschrift wollte Erhard – so Ralf Ptak – einerseits die konkrete praktische Frage behandeln, wie die durch die Kriegswirtschaft entstandene Staatsverschuldung von ca. 400 Mrd. RM abzubauen sei, und andererseits frühzeitig in die ordnungspolitische Debatte der Nachkriegswirtschaft eingreifen, »nicht zuletzt um sich eine günstige Ausgangsposition für die eigene berufliche Zukunft zu verschaffen. Auch er sah in der nahenden Phase des wirtschaftlichen Übergangs nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Möglichkeit, eine marktwirtschaftliche Ordnung zu etablieren.« (Ptak 2004, S. 148)

Eine Ausfertigung dieser Denkschrift schickte Ludwig Erhard dem Widerstandskämpfer Carl Goerdeler (geboren am 31. Juli 1884 in Schneidemühl/Posen; nach dem missglückten Attentat auf Hitler am 2. Februar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet). Denn Goerdeler, der schon seit einigen Jahren zum engeren Bekanntenkreis von Ludwig Erhard gehörte, hatte Erhard Anfang 1944 gebeten, ihm zur Vorbereitung der Planungen der Verschwörer für die Zeit nach Hitler die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßnahmen zu schildern, die notwendig wären, um Deutschland wirtschaftlich zu gesunden (vgl. Mierzejewski 2005, S. 44). Als Erhard seine Studie Goerdeler (auf dem Postweg) schickte, war dieser bereits auf der Flucht vor der Gestapo. Er las die Studie und wies in einer Denkschrift, die er Anfang August 1944 verfasste und an den Kreis der Widerstandskämpfer verschickte, auf sie mit den Worten hin: »Doktor Erhard vom Forschungsinstitut der deutschen Industrie in Nürnberg hat über die Behandlung dieser Schulden eine sehr gute Arbeit geschrieben, der ich im wesentlichen beistimme. Er wird Euch gut beraten.« (zit. nach Hentschel 1996, S. 38)

Je näher das Kriegsende rückte, umso offener wurde in der Reichsgruppe Industrie und auch im Reichswirtschaftsministerium über Fragen der Nachkriegsplanung diskutiert. Im Herbst 1944 war die RGI in der Lage, sowohl für die Innen- als auch für die Außenwirtschaft Planungsprogramme aufzustellen (vgl. Herbst 1977, S. 330). In dieser Phase koordinierte das Institut für Industrieforschung die verbandsinterne Bildung von Konzeptionen und avancierte »bis Mitte 1944 zur wirtschaftspolitischen Clearing-Stelle des RGI« (Ptak 2004, S. 148).

Das der RGI vorgelegte Arbeitsprogramm des Instituts für Industrieforschung⁹ diente dem gemeinsamen

Interesse des Instituts und der Reichsgruppe Industrie, »sich mit Nachkriegsproblemen auseinanderzusetzen, die unmittelbar industriewirtschaftliche Aufgaben berühren«. Ziel war, »fernab jeder Interessenpolitik die Grundlagen zu einer sicheren Beurteilung der sich durch den Krieg ergebenden materiellen Lage zu gewinnen, um über die Forderungen des Tages hinaus mindestens gedanklich auf die kommenden Aufgaben vorbereitet zu sein.« Das Arbeitsprogramm ist in vier Abschnitte gegliedert, die sich ausnahmslos mit der Nachkriegsordnung auseinandersetzen.¹⁰

Abschnitt 1 befasst sich mit Untersuchungen auf geld- und währungspolitischem Gebiet. In diesen Abschnitt fallen Folgearbeiten zu der Studie über »Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung« sowie Arbeiten über »Möglichkeiten und Verfahren der Vermögensabgabe« sowie »Vollbeschäftigung, Konjunktur Stabilisierung und währungspolitischen Neuordnung«.

Im Mittelpunkt von **Abschnitt 2** stehen handelspolitische Fragen (vorwiegend den Außenhandel betreffend). Unter anderem geht es um die Aufstellung von Länderanalysen hauptsächlich für den europäischen Raum und die handelspolitischen Beziehungen der Industriestaaten untereinander sowie um die Gestaltung des Übergangszeitraums bis zur Konstituierung fester Währungsrelationen und stabiler Wechselkurse. Weitere Schwerpunkte dieses Abschnitts sind Untersuchungen zur Zollpolitik (zum Beispiel zu den Grenzen der zollpolitischen staatlichen Autonomie) und zum Problem internationaler Kartelle.

Besonderes Augenmerk wird dem **Abschnitt 3** (innerdeutsche Wirtschaft) gewidmet. Schwerpunkte dieses Abschnitts sind Fragen, die sich »einerseits aus der Umstellung der materiellen und formalen Ordnung auf die Friedenswirtschaft und zum anderen und im speziellen aus der Notwendigkeit der materiellen und finanziellen Wiedergutmachung der Kriegsschäden ergeben«. Hier hatte Erhard seinen persönlichen Schwerpunkt auf die Bearbeitung der fiskalischen Fragen gelegt. Weiteren Untersuchungsbedarf beschreibt das Arbeitsprogramm (sowohl aus volkswirtschaftlicher als auch aus betriebswirtschaftlicher Perspektive) vor allem im Hinblick auf das Ausmaß der Zerstörungen an den industriellen Produktionsanlagen und dem dadurch bewirkten Produktionsausfall in den einzelnen Industriezweigen sowie hinsichtlich der Voraussetzungen zur Wiederherstellung bzw. vollen Ausnutzung der vorhandenen industriellen Kapazitäten. In diesem Zusammenhang werden sowohl versorgungs-, vertriebswirtschaftliche als auch verkehrsökonomische Aspekte angesprochen. Gegenstand von **Abschnitt 4** sind allgemeine wirtschaftspolitische Fragen, allen voran die Frage der künftigen Wirtschaftsordnung. Dazu wörtlich: »Wenn diese Frage

Denkschrift 1943/44, mit Vorbemerkungen von Ludwig Erhard, Theodor Eschenburg und Günter Schmolders, Propyläen 1977.

⁹ Hentschel (1996, S. 43) kritisiert »die »Ankündigung zahl- und um-

fangreicher Studien, an deren Einlösung aufrichtig niemand glauben konnte, weil sie schlechterdings nicht einzulösen war.

¹⁰ Der Wortlaut des Arbeitsprogramms ist bei Schütte (2015, S. 218 ff.) aufgeführt. Darauf beziehen sich die folgenden Zitate.

auch nicht von der Wissenschaft entschieden wird, so ist doch deutlich, dass mit der Auflockerung der Bindungen auf dem Gebiet der Wirtschaftslenkung im allgemeinen sowie der Preisüberwachung und der Warenbewirtschaftung im besonderen die Stellung des Staates in der Wirtschaft einer neuen, klar umrissenen Fixierung bedarf. Zwischen der totalen Staatswirtschaft, wie sie der Krieg in nahezu allen Ländern mit sich gebracht hat (und wie sie der Bolschewismus zum Prinzip erhoben hat) und einer freien, liberalen Wirtschaft sind so viele Abstufungen und Schattierungen denkbar, dass auf eine Konstituierung der wirtschaftspolitischen Grundsätze für die Nachkriegszeit nicht verzichtet werden kann. ... Jede dazwischen liegende Form bedarf also ... einer Neuorientierung. Diese Frage verdient aber deshalb ernstere Beachtung, weil die Vorrangstellung der Technik (wie auch der Krieg gezeigt hat) notwendig zu einer immer stärkeren Kapitalakkumulation oder doch zu einer fortschreitenden Konzernierung – im ganzen also in eine Richtung führt, die mit anderen sozialen und staatspolitischen Grundsätzen in Widerstreit gerät.« Auf preispolitischem Gebiet als dem Kernproblem der Wirtschaft sollte untersucht werden, »unter welchen Voraussetzungen, innerhalb welcher Sektoren und in welchem Umfang eine Aufhebung der derzeitigen Bindungen verfügt werden könnten«. In dem Zusammenhang geht das Arbeitsprogramm insbesondere auf das Problem der Kartelle ein: Die Fragen der Preispolitik berührten »das Problem der Kartelle aufs engste, und es wäre deshalb wünschenswert, die Tätigkeit dieser marktregelnden Verbände in der kommenden Friedenswirtschaft auf eine neue, sichere Grundlage zu stellen.«

Im Arbeitsprogramm wurden die Untersuchungen beschrieben, an denen Erhard und die RGI besonderes Interesse hatten. Daneben erstellten Erhard und die Ifl-Wissenschaftler Gutachten, die die RGI speziell in Auftrag gab. Dazu gehörten z.B. ein Gutachten zu Vertriebsformen, Vertriebswegen und Vertriebskosten, Ausarbeitungen zur Nachkriegswirtschaft in der Schweiz sowie außenwirtschaftliche Prognosen und Analysen der Außenhandelsabhängigkeit bestimmter Volkswirtschaften.¹¹ Zusätzlich war das Ifl in die laufende wissenschaftliche Unterstützung (im Sinne einer wissenschaftlichen Clearing-Stelle) der RGI eingebunden. So wählte das Ifl Experten für Ausarbeitungen und Fachgespräche in der RGI aus, und Erhard selbst leitete eine Arbeitsgruppe zur Außenwirtschaft und verfasste Rundschreiben der RGI auf diesem Gebiet.¹² Die Zusammenarbeit zwischen Institut und RGI wurde so eng, dass die RGI-Außenwirtschaftsabteilung, nachdem sie im März 1945 wegen Bombenschäden in ein Behelfsquartier umziehen musste, beim Institut für Industrieforschung einen »Meldekopf« einrichtete. Sämtliche Kontaktpersonen der Außenwirtschaftsabteilung mussten Duplikate des mit ihr geführten Schriftwechsels an das Institut für Industrieforschung

schicken.¹³ Zu diesem Zeitpunkt hatte Ludwig Erhard den Sitz des Instituts bereits von Nürnberg nach Bayreuth in die Carl-Schüller-Straße 54 verlegt.

Auslöser des Untertauchens Erhards und seines Instituts in Bayreuth waren, wie Ludwig Erhard es später dem Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth erläuterte,¹⁴ »politische Gründe«. Dafür gibt es zwei Erklärungen: Die erste besteht darin, dass Erhard befürchtete, dass die Gestapo auf seine Verbindungen zu Goerdeler aufmerksam würde und die Arbeit an der Denkschrift zur Schuldenkonsolidierung als staatsfeindliche Tätigkeit einstufen könnte.¹⁵ Näher liegt die Erklärung, die Erhard gegenüber einem Zeitzeugen abgab: Er wollte aus dem Sichtfeld des Nürnberger NSDAP-Gauleiters verschwinden, weil dieser gedroht hatte, Erhard müsse an die Front, wenn er nicht für die NSDAP politisch tätig werde.¹⁶

Den Wechsel nach Bayreuth ermöglichte der Hauptgeschäftsführer der Gauwirtschaftskammer Bayreuth Dr. Hermann Streng.¹⁷ Er stellte den Kontakt zu Erich Köhler, Inhaber der in Bayreuth ansässigen »Neue Baumwollen-Spinnerei Aktiengesellschaft« her, der auf seinem Werksgelände Büroräume für Erhard und weitere Mitarbeiter des Instituts für Industrieforschung zur Verfügung stellte. Es handelte sich um einen Speisesaal des Werks, dessen Innenausbau aufgrund kriegsbedingter Baubeschränkungen vor der endgültigen Fertigstellung gestoppt worden war. Köhlers Antrag vom 7. März 1944 auf Aufhebung des Baustopps hatte Erfolg. Der Umbau der Räume für die Zwecke des Instituts wurde auf den Tag drei Monate später abgeschlossen.¹⁸ Bei der Einrichtung der Räume legte Erhard selbst Hand an, und er wohnte ab dann zeitweise in Bayreuth (vgl. Engelbrecht 2002).

Hermann Streng vermittelte dem Institut nicht nur eine neue Bleibe, sondern auch eine weitere Finanzierungsquelle. Die Gauwirtschaftskammer beauftragte das Institut für Wirtschaftsforschung fortan mit der Erstellung von Analysen zur regionalen Wirtschaft.¹⁹ Im April 1945 wurde die Institutsadresse in Fürth, Friedrichstraße 2, geändert. Denn Erhard hatte nach Luftangriffen der Alliierten im April 1945 auf Bayreuth seinen Schreibtisch nach Fürth in Räume der in der Friedrichstraße ansässigen Fa. Blattgoldwerke Leonhard Kurz verlagert.²⁰ Unbeschadet dessen behielt das Ifl seinen Sitz über das Ende des Weltkriegs hinaus in Bayreuth.

Ludwig Erhard konnte sich bei seinen Ifl-Aktivitäten auf ein Team erfahrener Volkswirte und Betriebswirte stützen, die zusammen mit ihm aus dem Versho-

¹³ Rundschreiben des RGI vom 15. März 1945, BA Bestand 12-I.

¹⁴ Stadtarchiv Bayreuth Nr. 27848: Schreiben des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft Dr. Ludwig Erhard an den Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth Dr. Meyer vom 7. März 1946.

¹⁵ Ptak (2004, S. 148), sieht ein solches Risiko nicht.

¹⁶ Zeitzeuge Dr. Otto Streng im Fernsehinterview mit Evi Kurz.

¹⁷ Zeitzeuge Dr. Otto Streng im Fernsehinterview mit Evi Kurz.

¹⁸ Akten des Baugenehmigungsverfahrens, Stadtarchiv Bayreuth Nr. 27848

¹⁹ Zeitzeuge Dr. Otto Streng im Fernsehinterview mit Evi Kurz.

²⁰ Hinweis von Frau Evi Kurz, Vorstandsvorsitzende der Stiftung Ludwig-Erhard-Haus, Fürth.

¹¹ Schriftverkehr zwischen RGI, Erhard und Dritten im Zeitraum Juli 1944 bis Februar 1945, BA Bestand 12-I, Akten 221, 232 und 233.

¹² Schriftverkehr aus Juli 1944, BA Bestand 12-I, Akte 232.

fen-Institut in das Institut für Industrieforschung übertreten waren und/oder mit ihm auf freiberuflicher Grundlage zusammenarbeiteten. Dies ergibt sich aus zwei späteren Schreiben Erhards aus dem Jahr 1946: In einem Schreiben, das er in seiner Eigenschaft als bayerischer Wirtschaftsminister unter dem Datum vom 21. September 1946 an die Militärregierung für Bayern richtete, zeigt Erhard der Militärregierung an, dass die Belegschaft des Nürnberger Instituts für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware nach dem Ausscheiden Ludwig Erhards aufgeteilt worden war. Einige frühere Beschäftigte dieses Instituts – so Erhard – blieben dort weiterhin unter der Leitung von Professor Erich Schäfer tätig, einige andere traten in das von Ludwig Erhard gegründete und geleitete Institut für Industrieforschung über, das laut Erhard im September 1946 in das Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung in München überführt worden war.²¹ Bei dem zweiten Schreiben handelt es sich um das bereits zitierte Schreiben Erhards vom 7. März 1946 an den Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth. Darin bittet er den Oberbürgermeister, für drei Mitarbeiter des in Bayreuth tätigen Instituts für Industrieforschung, die passiv der NSDAP angehört hatten, die damals notwendigen Anhörungsverfahren zügig durchzuführen²², was dann auch geschah und zur vollständigen Entlastung dieser drei Mitarbeiter führte. Zwei dieser Mitarbeiter gehörten zu den (mindestens) fünf Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen des Instituts für Industrieforschung, die im Herbst 1946 in das Münchner Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung überwechselten.

Diese Fakten widersprechen nur scheinbar dem in der Literatur regelmäßig zu findenden Hinweis, dass das Personal des Instituts für Industrieforschung nur aus Erhard selbst und seiner langjährigen Sekretärin Ella Muhr bestand.²³ Denn zur administrativen Entlastung Erhards hatte die RGI Mitarbeiter des Instituts für Industrieforschung eingestellt und die Direktionsrechte an das Institut für Industrieforschung abgetreten.²⁴ Ludwig Erhards Sekretärin Ella Muhr war offensichtlich direkt bei Erhard angestellt und gehört auch nicht zu den Beschäftigten des Instituts, die im Herbst 1946 in das Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung übertraten.

Das Institut für Industrieforschung konnte bis zum Ende des Weltkriegs längst nicht alle der im Arbeitsprogramm angesprochenen Untersuchungen fertigstellen, einige der abgeschlossenen Arbeiten gingen verloren (vgl. Wünsche 2015, S. 225). Ein Teil der erzielten Ergebnisse der durchgeführten Studien floss

beim Wiederaufbau Deutschlands in Gesetzesinitiativen ein.

LUDWIG ERHARDS WEG IN DIE POLITIK UND SEINE ZUSAMMENARBEIT MIT DEM NATIONALÖKONOMEN ADOLF WEBER IN DESSEN VOLKSWIRTSCHAFTLICHER ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BAYERN

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht kam es Erhard zugute, dass er sich schon in den Kriegsjahren mit Fragen des Wiederaufbaus und den Anforderungen an die deutsche Wirtschaftspolitik in der Nachkriegsphase befasst und stets Abstand zur NSDAP gehalten hatte. Die Legende, dass seine in den beiden letzten Kriegsjahren verfasste Studie zur Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung sowie die auf diese Studie verweisende Denkschrift Carl Goerdelers in die Hände der Alliierten gefallen waren, Erhard zur »Entdeckung der Amerikaner« machten (vgl. Hentschel 1996, S. 44; Mierzejewski 2005, S. 86; Wünsche 2015, S. 229) und seinen Weg in die Politik ebneten, ist nur teilweise richtig (vgl. Wünsche 2015, S. 228; Hentschel 1996, S. 44).

Nach der Besetzung durch die US-Truppen war Bayern²⁵ Teil der amerikanischen Besatzungszone. General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, stellte mit seiner Proklamation Nummer 2 vom 19. September 1945 Bayern als Staat wieder her. Die Exekutive lag zwischen 1945 und 1952 in der Verantwortung der US-amerikanischen Militärgouverneure. Ludwig Erhard suchte sofort den Kontakt zur Militärverwaltung, denn die beiden Finanzquellen des Instituts für Industrieforschung – der Zuschuss der RGI und die Aufträge der Gauwirtschaftskammer Bayreuth – waren versiegt, und Erhard musste sich um dem Institut andere Einkünfte erschließen. Schon am Tag nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in seine Heimatstadt Fürth (18. April 1945) stellte er sich bei der dortigen amerikanischen Militärbehörde als Ökonom mit besonderen Kenntnissen in der Konsumgüterindustrie vor und bot seine Dienste an. Er erhielt von ihr den Auftrag, einen Bericht über den Zustand der Industrie in Fürth zu erstellen (vgl. Wünsche 2015, S. 229). Erhard nutzte die Gunst der Stunde und präsentierte den US-Behörden bereits im Mai 1945 ein Memorandum, in dem er die aus seiner Sicht notwendigen Maßnahmen empfahl, um die deutsche Wirtschaft insgesamt wieder in Gang zu bringen (vgl. Mierzejewski 2005, S. 86). Nachdem Erhard seinen Einstiegsauftrag zur Zufriedenheit der Militärverwaltung erfüllt hatte, ersuchte er den Fürther Stadtkommandanten, ihm eine größere Aufgabe zu übertragen, und informierte ihn in diesem Zusammenhang über seine enge Verbindung zu Goerdeler und den Austausch der Publikationen mit ihm. Es spricht viel dafür, dass der Stadtkommandant eine solch

²¹ Schreiben des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft an Headquarters Regional – Military Government for Bavaria vom 21. September 1946, HStA MWi 12799.

²² Schreiben des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft Dr. Ludwig Erhard an den Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth Dr. Meyer vom 7. März 1946, Stadtarchiv Bayreuth Nr. 27848.

²³ Vgl. Herbst (1977, S. 323), Mierzejewski (2005, S. 40), Hentschel (1977, S. 29), Wünsche (2015, S. 216).

²⁴ Schreiben Ludwig Erhard an Clodwig Kapferer vom 4. Juli 1942, zitiert in Erinnerungen Clodwig Kapferers, S. 28.

²⁵ Mit Ausnahme der Stadt Lindau und der Rheinpfalz.



Bayerisches Kabinett unter Wilhelm Hoegner mit Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister (fünfter von links) und Fritz Terhalle als Finanzminister (fünfter von rechts)

wichtige Information an das Counter Intelligence Corps (CIC) und seine vorgesetzten Militärbehörden bis hin zum Office of the Military Government of the United States (OMGUS) in Berlin weiterleitete (vgl. Wünsche 2015, S. 229). Jedenfalls hinterließ Erhard einen so überzeugenden Eindruck, dass er zum »Wirtschaftlichen Berater bei der Militärregierung für Mittel- und Oberfranken« ernannt wurde, was die Aufgabe einschloss, das Nürnberger Wirtschaftsamt neu zu organisieren (vgl. Mierzejewski 2005, S. 86; Wünsche 2015, S. 229). Aber schon bevor seine Tätigkeit als Wirtschaftlicher Berater der Militärregierung Früchte tragen konnte, wurde Erhard vom amerikanischen Militärgouverneur mit Wirkung vom 22. Oktober 1945 zum Minister für Handel und Gewerbe in der Bayerischen Landesregierung ernannt, die zu der Zeit vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner geführt wurde. Erhard war damals parteilos und wurde in der Kabinettsliste mit der Bezeichnung »Linksdemokrat« geführt (vgl. Hohmann 1997, S. 7).

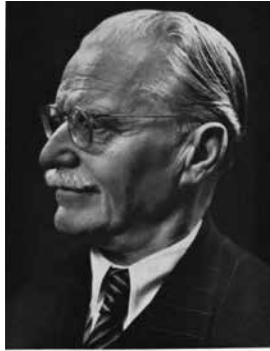
Ludwig Erhards Amtszeit als bayerischer Wirtschaftsminister stand unter keinem guten Stern. Er hatte – aufbauend auf die im Jahr 1944 erstellte Studie zur Schuldenkonsolidierung und Kriegsfinanzierung – im Jahr 1945 eine weitere Denkschrift ausgearbeitet, die sich mit den Möglichkeiten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus beschäftigte. Zum Jahreswechsel 1945/46 stellte er die Möglichkeiten der bayerischen Regierung beim Wiederaufbau infrage. Er erklärte, »eine nur bayerische Wirtschaftspolitik könne die anstehenden Probleme nicht lösen, dies sei nur im deutschen Rahmen und in einer Zusammenarbeit über Deutschlands Grenzen hinaus möglich« (Hohmann 1997, S. 8). Diese Forderung Erhards empfanden manche bayerischen Politiker als Kampfansage. Das trug mit dazu bei, dass sich Ludwig Erhard in der bayerischen Politik immer mehr isolierte. Diese Entwicklung wurde durch Klagen über die Art und Weise der Führung des Ministeriums verstärkt (vgl. Hohmann 1997, S. 8) und hatte zur Folge, dass Erhards Tätigkeit als bayerischer Wirtschaftsminister mit den ersten Wahlen zum Bayerischen Landtag nach dem Zweiten Weltkrieg am 21. Dezember 1946 endete (vgl. <https://www.stmwi.bayern.de/ministerium/historie/>).

Erneut zündete das, was auf den ersten Blick als beruflicher Rückschlag erscheint, die nächste Stufe Erhards beruflicher Karriere. Denn die Münchener Schaffensphase hatte für Erhard nicht nur wegen des Einstiegs in seine Karriere als Politiker hohe Bedeutung, sondern bot ihm auch das Umfeld, sich hier mit führenden Nationalökonomern und Finanzwissenschaftlern über die dringenden wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme des deutschen Wiederaufbaus und die wissenschaftlichen Ansätze zur Lösung dieser Probleme auszutauschen sowie aktuelles ökonomisches Wissen aufzusaugen. Zu diesem Zweck hatte er sich der vom Münchener Nationalökonom Adolf Weber gegründeten und geleiteten Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für Bayern angeschlossen, in der auch Webers Schüler und Fakultätskollege Fritz Terhalle – damals Bayerischer Staatsminister der Finanzen – aktiv war.

Adolf Weber (geboren am 29. November 1876 in Mechernich in der Eifel, gestorben am 5. Januar 1963 in München) war einer der großen deutschen Nationalökonomern mit starker Ausstrahlungskraft in die Wissenschaft sowie in die wirtschaftliche und politische Praxis hinein. In seiner Münchener Schaffensphase war er einer der führenden Köpfe nicht nur der Staatswirtschaftlichen Fakultät, sondern auch der Universität München insgesamt.

Nachdem Adolf Weber 1897 das Abitur an einem Gymnasium in Bonn abgelegt hatte, studierte er in Bonn – unterbrochen durch Studienzeiten in Berlin und Leipzig – Rechts- und Staatswissenschaften. Er promovierte im Jahre 1900 in Freiburg i. Br. zum Dr. jur. (vgl. Munzinger 1963). Sein eigentliches Interesse galt indessen der Volkswirtschaftslehre. Schon zwei Jahre später promovierte Weber in Bonn bei Heinrich Dietzel zum Dr. phil., bei dem er sich wenige Jahre später habilitierte. Seinen ersten Ruf erhielt er an die Handelshochschule in Köln (1908). Dort übernahm er schon bald zusätzlich die Leitung der Hochschule für soziale und kommunale Verwaltung. In Köln stieß er auf den jungen Studenten Fritz Terhalle, den er unter seine Fittiche nahm und mit dem er fortan in Verbindung blieb.

Seine Professorenkarriere führte Adolf Weber über Breslau (1914–1919) und Frankfurt am Main (1919–1921) an die Universität München. Dort war er von 1921 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1948 Inhaber des Lehrstuhls für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, den vor ihm Max Weber und davor Lujo Brentano innehatten (vgl. Jecht 1964, S. 8). Adolf Weber gehörte zu den Nationalökonomern, die die wissenschaftlichen Grundlagen für die Theorie der Wirtschaftspolitik legten, und er war Verfasser mehrerer, in hoher Auflage verbreiteter Lehrbücher. In seiner wissenschaftlichen Arbeit widmete er sich einem breiten Spektrum wirtschafts- und ordnungspolitischer Themen: von Fragen der Sozialpolitik über das Bankwesen, die Bodenreform und das Wohnungswesen bis hin zur Außenhandelspolitik und zum ordnungspolitischen Systemvergleich (vgl. Grüner 2009, S. 67).



Adolf Weber
29. 12. 1876 – 5. 1. 1963

Quelle: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1964.

Während des Zweiten Weltkriegs setzte Weber sich kritisch mit der sowjetischen Planwirtschaft und der nationalsozialistischen Befehlswirtschaft auseinander. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches ging er mit einem wirtschaftspolitischen Programm an die Öffentlichkeit, das er schon während des Krieges konzipiert hatte, und führte leitende Personen der Wissenschaft und Praxis in der »Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für Bayern« zusammen, »um mit vereinten Kräften zu retten, was noch zu retten war«. Ziel dieses Diskussionskreises war, den verfügbaren ökonomischen Sachverstand ohne Rücksicht auf parteipolitische oder berufsständische Interessen zu bündeln und für die Wiederaufbauplanungen nutzbar zu machen (vgl. Grüner 2009, S. 67). Um die Unabhängigkeit der Arbeitsgemeinschaft deutlich zu machen, war sie dem von Adolf Weber geleiteten Staatswirtschaftlichen Seminar der Universität München angegliedert worden. Ihre Aktivitäten führten zu zahlreichen wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Publikationen. Weber selbst veröffentlichte im Jahr 1945 die Denkschrift »Übergangswirtschaft und Geldordnung« sowie im Jahr 1946 eine weitere Denkschrift mit dem Titel »Wohin steuert die Wirtschaft?« (vgl. Kruse 1964, S. 21). Er gehörte zu den einflussreichsten wissenschaftlichen Beratern der Leitung der zentralen Wirtschaftsverwaltung.

Adolf Weber bezog Ludwig Erhard, der Weber »verehrte«, (Wünsche 2015, S. 229) schon ab der Frühphase der Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft in deren Aktivitäten ein. Er lud ihn im Juni 1945 zu einer Gesprächsrunde über »Fragen der Weltwirtschaft und der Währung« ein. Grundlage der Beratung in diesem Kreis war das bereits genannte von Weber im Jahr 1944 geschriebene und 1945 in Druck gegebene Manuskript »Übergangswirtschaft und Geldordnung«. In dieser Schrift identifizierte spezifische Problemlagen sollten in Ausschüssen der Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft geklärt und konkreten Lösungen (z.B. in Form von Gesetzesentwürfen) zugeführt werden. Erhard arbeitete zunächst in dem von Weber geleiteten Ausschuss »Geld und Kredit« mit, in dem der »Plan zur Neuordnung des deutschen Geldwesens« erarbeitet wurde. Diesen Plan legte Erhard persönlich im Juli 1945 der amerikanischen Militärverwaltung in Frank-

furt im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft vor (vgl. Wünsche 2015, S. 230).

Eine weitere Aufgabe Ludwig Erhards in der Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft, die sich häufig in Webers »stillem Haus im Herzogpark« (Dempff 1964, S. 11) traf, war die Leitung des Ausschusses für Industrie. Aufgabe dieses Ausschusses war »die Ausarbeitung von Vorschlägen für den Wiederaufbau der Industrie, insbesondere der bayerischen Industrie, und zwar in einer Form, dass sie der bayerischen Regierung unterbreitet werden könnten«. Der Ausschuss sollte keine branchenwirtschaftlichen Fragen, sondern die Probleme behandeln, die sich auf die ganze Breite des industriellen Lebens erstrecken (vgl. Wünsche 2015, S. 230). Erhard legte in diesem Zusammenhang den »Problemaufriss: Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft: Die Aufgaben bis zur währungspolitischen Neuordnung« vor, den er in die Abschnitte I. Der Wirtschaftsraum, II. Organisationsfragen, III. Sofortmaßnahmen, IV. Die Rohstoffwirtschaft, V. Die Erzeugungswirtschaft, VI. Absatz und Verteilung sowie VII: Geld- und Kreditfragen gliederte.²⁶ Erhard betont, dass sein Überblick keinen Anspruch auf ein Wirtschaftsprogramm erhebt, sondern es ihm darauf ankommt, die Richtung aufzuzeigen, in die sich die Anstrengungen zum Aufbau der deutschen Wirtschaft bewegen müssen. Er appelliert: »Resignation vermag das Schicksal nicht zu wenden: Es gibt grundsätzlich keine wirtschaftliche Situation, aus der nicht Wille und Vernunft Auswege und Wege zu neuem Aufstieg finden lassen. Die optimale Lösung zu finden, ist die Aufgabe.« Zusammenfassend stellt er fest, dass »erst eine Währungsneuordnung die Grundlage für eine gesunde Wirtschaft bilden kann und folglich auch von Seiten der Wirtschaftspraxis das stärkste Interesse an einer möglichst raschen Bereinigung vorherrschen muss« (Wünsche 2015, S. 257). Bis dahin untätig zu verharren, sei aber nicht vertretbar. Die größte aktuelle Herausforderung sieht er darin, dass die Güterproduktion in erster Linie durch die mangelnde Rohstoffsicherung gefährdet sei. Deshalb müsse zunächst mithilfe organisatorischer Maßnahmen alles Nötige zur Bewältigung dieses Problems getan werden. Dann werde es gelingen, den Güter- und Geldkreislauf bis zur währungspolitischen Neuordnung ohne ernstere Störungen in Gang halten (vgl. Wünsche 2015, S. 257).

Nach dem Ende seiner Amtszeit als bayerischer Wirtschaftsminister arbeitete Ludwig Erhard – nun als Leiter des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung bzw. des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung – in der Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft mit seinem früheren Kabinettskollegen Fritz Terhalle sowie Adolf Weber und weiteren Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft auf währungspolitischem Gebiet zusammen. Im Juli 1947 überreichten sie die gemeinsam erarbeitete Abhandlung über die Währungsreform dem Wirtschaftsrat der Bizone (vgl. Mierzejewski 2005, S. 94), was Erhards Ansehen

²⁶ Der volle Wortlaut dieses Problemaufrisses ist bei Wünsche (2015, S. 234 ff.) abgedruckt.

als wirtschafts- und finanzpolitischer Experte bei den Amerikanern weiter stärkte.

Die Einbindung in den Münchener Kreis rund um Adolf Weber und der dadurch gewonnene Kontakt zur Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München ebneten Ludwig Erhard auch den Weg zur lang ersehnten Honorarprofessur.²⁷ Die Staatswirtschaftliche Fakultät beschloss in ihrer Fakultätssitzung am 2. Februar 1946 einstimmig, beim bayerischen Kultusministerium die Ernennung Ludwig Erhards und des damaligen Kultusministers Franz Fendt zu Honorarprofessoren zu beantragen²⁸, und erteilte Erhard im März 1946 einen Lehrauftrag über wirtschaftspolitische Gegenwartsfragen (einstündig), dem die Militärregierung mit Schreiben vom 26. März 1946 zustimmte. Aber schon im August 1946 bat Erhard den Rektor der Universität München um die Entbindung von seiner Lehrverpflichtung im laufenden Sommersemester, da er als bayerischer Wirtschaftsminister stark in die Planung der wirtschaftlichen Vereinigung der englischen und amerikanischen Besatzungszone involviert sei. Zudem beschloss die Staatswirtschaftliche Fakultät am 29. August 1946, dass Erhards Ernennung zum Honorarprofessor »aus Gründen der augenblicklichen hochschulpolitischen Situation und der allgemeinen Einstellung zu Fragen der Ernennung von im öffentlichen Leben stehenden hervorragenden Persönlichkeiten« hinausgeschoben werden sollte. Außerdem sollte Erhard in Kenntnis gesetzt werden, dass man beabsichtige, ihn »enger mit der Fakultät zu verknüpfen«. Im Dezember 1946 wurde Erhard ein Lehrauftrag über Wirtschaftspolitik (einstündige Übung) erteilt. Im Februar 1947 waren bestehende Bedenken ausgeräumt, und der Antrag, Ludwig Erhard zum Honorarprofessor an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der LMU zu ernennen, wurde dem Ministerium vorgelegt. Das Ministerium griff den Antrag der LMU auf und beschloss am 7. November 1947 die Ernennung Erhards zum Honorarprofessor an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München.²⁹ Darüber informierte Dekan Credner das neue Fakultätsmitglied Ludwig Erhard »in der festen Überzeugung, dass sich die Zusammenarbeit auch in Ihrer neuen Würde so harmonisch und gedeihlich, wie bisher, gestaltet.«³⁰ Das hielt Erhard aber nicht davon ab, der Fakultät gegenüber noch im Dezember 1947 mitzuteilen, im nachfolgenden Sommersemester wegen anderweitiger Verpflichtungen keine Lehrveranstaltungen abhalten zu können³¹, woran sich in den folgenden Jahren nichts ändern sollte.

²⁷ Den Ablauf dieses Verfahrens hat das Archiv der Ludwig-Maximilians-Universität München dokumentiert und im Mai 2017 auf der Website der LMU veröffentlicht unter: www.universitaetsarchiv.uni-muenchen.de/monatsstueck/mai_2017/index.html.

²⁸ Protokoll der Sitzung der engeren (Staatswirtschaftlichen) Fakultät vom 2. Februar 1946, LMU-Universitätsarchiv, M-III-7.

²⁹ Vgl. www.universitaetsarchiv.uni-muenchen.de/monatsstueck/mai_2017/index.html.

³⁰ Schreiben des Dekans Prof. B. Huber an Staatsminister Dr. Ludwig Erhard vom 2. Dezember 1947, LMU-Universitätsarchiv, FakVWL-IX-6_001.

³¹ Vgl. www.universitaetsarchiv.uni-muenchen.de/monatsstueck/mai_2017/index.html.



© Süddeutsche Zeitung Photo
Wirtschaftsbesprechung der amerikanischen und britischen Zone 1946

Mit der Ernennung zum Honorarprofessor hatte Erhard ein für ihn enorm wichtiges persönliches Ziel erreicht. Welche Bedeutung die Honorarprofessur für sein Ego hatte, zeigt der Hinweis von Tischner, dass Erhard nach seiner Ernennung »die Anrede »Professor Erhard«, bei seiner hart erkämpften Ausbildung menschlich verständlich, wichtig (war)«; er machte den Professorentitel quasi zu seinem ersten Vornamen (vgl. Hentschel 1996, S. 39). Ludwig Erhard bedankte sich bei der Staatswirtschaftlichen Fakultät auf seine Weise. Er zog sich zwar für immer aus der Lehre an der Universität München zurück, blieb aber – wie schon gesagt – in engem wissenschaftlichem Austausch mit Adolf Weber und Fritz Terhalle und betrieb weiterhin intensiv die Einbindung der Fakultät in die Arbeit »seines« Wirtschaftsforschungsinstituts.

Ludwig Erhard war nicht der herausragende Wirtschaftswissenschaftler, der er gerne gewesen wäre, und erwar auch kein Manager mit Leib und Seele, geschweige denn ein akribischer Verwaltungsexperte (vgl. Hentschel 1996, S. 48; Mierzejewski 2005, S. 86, 92). Aber als in der Wirtschaftsbeobachtung und in der wirtschaftspolitischen Analyse und Beratung erfahrener Praktiker, der sich ein breites ökonomisches Wissen – vor allem die theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik – angeeignet und als bayrischer Wirtschaftsminister auf die Alliierten Eindruck gemacht hatte, kannte Erhard die riesigen wirtschaftspolitischen Herausforderungen, die Deutschland zu bewältigen hatte, und den daraus resultierenden Bedarf an wissenschaftlich fundierter Beratung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Er fühlte sich dazu berufen, Deutschland durch grundlegende marktwirtschaftliche Reformen und wachsenden Wohlstand in eine bessere Zukunft zu führen, und sah die außeruniversitäre Wirtschaftsforschung als bedeutenden Mitspieler bei der Gestaltung der neuen Wirtschaftsordnung. Dazu musste ein Wirtschaftsforschungsinstitut in seinen Augen wissenschaftlich ausgerichtet und fundiert sein, sich bei der Festlegung der Arbeitsschwerpunkte am Bedarf der wirtschaftlichen und politischen Praxis orientieren und mit seinen Arbeitsergebnissen dazu beitragen, die Grundlagen für Entscheidungen staatlicher und wirtschaftlicher Institutionen zu verbessern. Vor allem kannte Erhard die kritische Situation, in welche die bestehenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute infolge der Nazi-Herr-

schaft geraten waren, und er erkannte die Chancen, die sich für ein neues in Bayern ansässiges Wirtschaftsforschungsinstitut bieten würden.

DIE ENTSTEHUNG DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSFORSCHUNGSINSTITUTE VOR 1945

Das ifo Institut ist eines der jüngeren deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute. Schon in den der ifo-Gründung vorangegangenen 40 Jahren waren in Deutschland Wirtschaftsforschungsinstitute entstanden, aber auch sie standen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vor einem Neustart. Zu diesem Zeitpunkt wurden die Karten für die deutsche empirische Wirtschaftsforschung neu gemischt.

Der Startschuss für den Aufbau außeruniversitärer Einrichtungen auf dem Gebiet der empirischen Wirtschaftsforschung fiel im Jahr 1908 in der Hansestadt Hamburg, als das Reichskolonialamt mit dem Hamburger Senat einen Vertrag über die Gründung eines **Kolonialinstituts** schloss. Es sollte zwei Zwecken dienen: Zum einen sollten Kolonialbeamte ausgebildet und zum anderen eine »Zentralstelle« errichtet werden, »in der sich alle wissenschaftlichen kolonialen Bestrebungen konzentrieren können.« Aufgabe der »Zentralstelle« sollte sein, »das gesamte Material, wie es in Büchern, Zeitschriften, Berichten von Forschungsreisenden usw. zutage tritt, zu sammeln« sowie »den Mittelpunkt für Korrespondenzen wissenschaftlicher wie auch wirtschaftlicher Art zu bilden und durch Vermittlung dieses Gedankenaustausches auf die koloniale Forschung wie die wirtschaftliche Entwicklung fördernd einwirken« zu können.³² Die Zentralstelle erweiterte ihre Tätigkeit schon bald auf Fragen der Überseewirtschaft und entwickelte eine laufende Berichterstattung, aus der im Jahr 1916 die Veröffentlichungsreihe »Wirtschaftsdienst« entstand. Im Zuge der Gründung der Universität Hamburg im Jahr 1921 beschloss der Hamburger Senat, den bislang vom Kolonialinstitut ausgeübten Lehrbetrieb an die Universität zu verlagern, und aus der »Zentralstelle« wurde das »**Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv**« (HWWA).³³

Auch die zweite Gründung einer deutschen Einrichtung der empirischen Wirtschaftsforschung fand im hohen Norden statt. Im Februar 1914 wurde das **Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft** als ein der Universität Kiel angegliedertes Forschungs- und Lehrinstitut gegründet. Die Gründung dieses Instituts, dem die Umwandlung des Staatswissenschaftlichen Seminars in das Staatswissenschaftliche Institut (1910) sowie die Einrichtung einer Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft (1911) vorausgegangen war (vgl. Czycholl 2014, S. 27), war das Ergebnis jahrelanger Verhandlungen, in denen sich Bernhard Harms (1876–1939) nach seiner Berufung zum ordentlichen Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften

an der Universität Kiel im Jahr 1908 mithilfe von Förderern aus der Wirtschaft, des preußischen Kultusministeriums und sogar des Kaisers gegen Widerstände aus der Universität und dem preußischen Finanzministerium durchgesetzt hatte (vgl. Schneider 1964, S. 8 ff.). Harms strebte mit seinem Institut an, die »*Gesamt-lebensäußerungen der Weltwirtschaft*« zu beobachten. Wie die Hamburger »Zentralstelle« sollte das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft Bücher, Zeitschriften und Zeitungen in den wichtigsten Sprachen sammeln. Darauf sollte aber – anders als im HWWA – die wissenschaftliche Bearbeitung in Form der Analyse und Kausalforschung aufbauen. Ziel war es, »*die weltwirtschaftlichen Verflechtungsvorgänge in systematischer Arbeit allmählich zur Darstellung zu bringen und auf dieser Basis zum Ausbau einer Teildisziplin der Wirtschaftswissenschaft, der Weltwirtschaftslehre, vorzuschreiten*« (Schneider 1964, S. 8). Dazu sollten auch die von Bernhard Harms geschaffenen Periodika »Probleme der Weltwirtschaft« (1910) und »Weltwirtschaftsarchiv« (1912) beitragen. Ein wesentlicher Baustein für die Gründung des Kieler Instituts war, dass es Bernhard Harms gelang, eine Fördergesellschaft mit prominenter Besetzung ins Leben zu rufen und damit beachtliche private Fördermittel einzuwerben (vgl. Czycholl 2014, S. 28).

Die Auseinandersetzung mit den konjunkturellen Entwicklungen war zum Zeitpunkt der Gründung der beiden norddeutschen Institute Sache der wirtschaftlichen Praxis und der staatlichen Verwaltung, insbesondere der Kammern, Verbände, Banken, Zentralbanken sowie der einschlägigen Ministerien und auch der statistischen Ämter. Das änderte sich erst, als Reichsamtspräsident Ernst Wagemann in Berlin – aufbauend auf Vorarbeiten, die ab 1919 im Reichswirtschaftsministerium und im Statistischen Reichsamtsamt geleistet worden waren – im Jahr 1925 das **Institut für Konjunkturforschung** (IfK) gründete, um der Konjunkturforschung mehr Unabhängigkeit von den staatlichen Verpflichtungen zu verleihen. Wagemann hatte sich 1914 an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin habilitiert und wurde im Jahr 1919 zum außerordentlichen Professor an der Universität Berlin berufen; seit 1923 war er Präsident des Statistischen Reichsamtes (vgl. DIW 2012, S. 9 f.). Ähnlich wie Harms am Kieler Institut gelang es Wagemann, Unternehmen, Verbände und Gewerkschaften als Förderer des von ihm gegründeten Instituts zu gewinnen. Er wurde erster Präsident des IfK, wobei er seine Position als Präsident des Statistischen Reichsamtes beibehielt und mit dazu beitrug, dass es zahlreiche personelle und institutionelle Beziehungen und einen intensiven Leistungsaustausch zwischen Institut und Reichsamt gab. Ziel des IfK war die »*Entwicklung einer ausreichenden Konjunkturbeobachtung, d.h. ... die systematische Sammlung und Veröffentlichung des für die Beurteilung des Konjunkturverlaufs maßgeblichen Materials*«. ³⁴ Die

³² 50 Jahre Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg, 1958, S. 44–45.

³³ Ebenda.

³⁴ Zur Geschichte des DIW vgl. insbesondere Krengel (1985).

im Gründungsjahr erschienene Denkschrift »Die weltwirtschaftliche Lage Ende 1925« war der Beginn der vierteljährlichen Konjunkturberichterstattung des IfK. Es folgten die Periodika »Vierteljahresheft zur Wirtschaftsforschung« und »Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung«. Die Stellung des Berliner Instituts als damaliges Zentrum der empirischen Konjunkturforschung in Deutschland wurde auch dadurch deutlich, dass es zahlreiche Abteilungen und Außenstellen im Inland (so auch eine Außenstelle in München) und im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges auch im Ausland gründete.³⁵

Die von Wagemann angestrebte Weiterentwicklung des IfK zu einem international beachteten wissenschaftlichen Zentrum der Konjunkturtheorie scheiterte dagegen daran, dass zwei der aufstrebenden Berliner Konjunkturtheoretiker (Gerhard Colm und Adolf Löwe) in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zu Bernhard Harms an das Kieler Institut wechselten, um dort die Abteilung für Statistische Weltwirtschaftskunde und internationale Konjunkturforschung (»Astwik«) aufzubauen. Sie war von Bernhard Harms mit dem Ziel gegründet worden, dem Kieler Institut neben der Materialsammlung ein schärferes wissenschaftliches Profil zu geben und sollte »ihre wissenschaftliche Aufmerksamkeit internationalen Markteinflüssen auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung, des Transportwesens, der Wanderungsbewegungen, der Kapitalanlagen und der wirtschaftlichen Organisationsformen zuwenden« (Czycholl 2014, S. 39 unter Verweis auf Zottmann 1964, S. 41–42). Bis zur Machtergreifung Hitlers im Jahr 1933 wurde die Astwik-Abteilung ihrem Auftrag gerecht und lieferte mit international hoch beachteten Forschungsergebnissen wirtschaftstheoretische Impulse auf dem Gebiet der Konjunkturtheorie und trug damit zum Aufbau des wissenschaftlichen Renommées des Kieler Instituts bei (vgl. Czycholl 2014, S. 40).

Schon bald nach der Machtergreifung Hitlers verloren in Deutschland zahlreiche an den Universitäten und Wirtschaftsforschungsinstituten tätige Ökonomen und Konjunkturforscher ihre Stellung (vgl. Kulla 1996, S. 45, 167–180), darunter auch drei Mitarbeiter des IfK. Konjunkturforschung war zwar während der nationalsozialistischen Herrschaft obsolet (vgl. Tooze 1993, S. 15), aber das Institut für Konjunkturforschung profitierte unter Ernst Wagemann enorm von der »reißenden Nachfrage nach den Ergebnissen der empirischen Wirtschaftsforschung« infolge des Ausbaus der staatlichen Wirtschaftslenkung und vervierfachte seinen Mitarbeiterstab bis Anfang der 1940er Jahre auf 200 Personen (vgl. DIW 2012, S. 21). Im Jahr 1941 wurde das Institut für Konjunkturforschung – dem Zwang nationalsozialistischer Ideologie folgend – in Deutsches Ins-

titut für Wirtschaftsforschung (DIW) umbenannt (vgl. DIW 2012, S. 2).

Im Ruhrgebiet hatten einige Handelskammern schon in der ersten Hälfte der 1920er Jahre die Absicht, ein privates regional ausgerichtetes Konjunkturforschungsinstitut zu gründen, was aber wegen der Gründung des Berliner Instituts für Konjunkturforschung zunächst ad acta gelegt wurde. So kam es dazu, dass im IfK im Jahr 1926 eine »Abteilung Westen« eingerichtet wurde, die den Status einer Außenstelle des IfK hatte. Motor der Gründung der »IfK-Filiale Essen« war Walther Däbritz, ein promovierter Jurist und Ökonom, der seinerzeit als städtischer Angestellter der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Essen Vorstand und die Filiale Essen im Nebenamt leitete. Aufgabe der Essener IfK-Filiale war die Konjunkturbeobachtung im rheinisch-westfälischen Industrieviertel, wozu eine eigene Statistik zur Konjunkturbeobachtung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk entwickelt wurde. Ab 1939 verlagerte sich der Schwerpunkt der Arbeiten hin zur Industriestruktur des Reviers und seiner Hauptwirtschaftszweige Steinkohlenbergbau sowie Eisen- und Stahlindustrie. Im Jahr 1943 wurde die »Abteilung Westen« auf Betreiben von Walther Däbritz, der im Jahr 1938 zum Honorarprofessor an der Universität Köln ernannt worden war und dem neuen Institut die notwendige finanzielle Unterstützung durch die westfälischen Bergbauunternehmen und die Stahlindustrie besorgt hatte, aus dem IfK ausgegliedert und als **Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung** in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins verselbstständigt (vgl. RWI 2018). Den Vorstandsvorsitz übernahm Ernst Wagemann parallel zu dessen Präsidentschaft im DIW und auch über das Ende der Präsidentschaft im DIW hinaus. Der Vorstandsvorsitz Wagemanns im RWI war aber mehr formaler Natur; die Leitungsverantwortung trug vor allem Walther Däbritz als Wissenschaftlicher Leiter des RWI.³⁶

DIE SITUATION DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSFORSCHUNGSGRUPPEN NACH DEM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Situation der empirischen Wirtschaftsforschung in Deutschland desolat. Am schlimmsten traf es das DIW, das unter den damaligen deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten am meisten von der Zuarbeit für die Obersten Reichsbehörden profitiert und durch die Auftragsforschung auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft stark an Größe und Bedeutung gewonnen hatte. Es verlor nicht nur seinen Präsidenten Ernst Wagemann, der sich in den letzten Kriegsmonaten aus Berlin in die westlichen Besatzungszonen absetzte und später einem Ruf an die Universität von Santiago de Chile folgte (vgl. DIW 2012, S. 24 f.), sondern auch die führende Stellung, die es in

³⁵ Das von Ernst Wagemann aufgebaute Institut für Konjunkturforschung war die Blaupause für die von Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises betriebene Gründung des »Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung« im Jahr 1927. In der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft wurde dieses Institut ab dem Jahr 1938 als Außenstelle Wien (unter dem Namen Wiener Institut für Wirtschaftsforschung) in das Berliner Institut für Konjunkturforschung eingegliedert.

³⁶ Mündliche Erläuterungen durch den RWI-Chronisten Prof. Dr. Toni Pierenkemper am 17. Mai 2018.

der Zeit der NS-Herrschaft auf dem Gebiet der empirischen Wirtschaftsforschung in Deutschland aufgebaut hatte. Das Institutsgebäude war zerstört, und die ausgelagerte Bibliothek ging in der sowjetischen Besatzungszone verloren (vgl. DIW 2012, S. 26). Ferner war die Arbeitsfähigkeit durch den Verlust des Personals eingeschränkt, das in den letzten Kriegsmonaten versprengt worden war.

In dieser Situation übernahm Ferdinand Friedensburg unmittelbar nach Kriegsende die DIW-Präsidenschaft und gestaltete den Neubeginn, nachdem er zuvor den kommunistischen Zugriff auf die Leitung des DIW und dessen Verlagerung in den sowjetischen Sektor abwehren konnte (vgl. DIW 2012, S. 26). Neubeginn bedeutete für das DIW, dass sich der Schwerpunkt seiner Forschungstätigkeit auf regionale Themen verlagerte: Versorgungsfragen in der kriegszerstörten Stadt, Geld- und Kreditprobleme, Aufbau der verarbeitenden Industrie und Bauwirtschaft.

Auch das RWI litt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs darunter, dass die Kriegereignisse zu einer Zerstörung des Institutsgebäudes und der fast vollständigen Vernichtung seiner Arbeitsgrundlagen geführt hatten. Zudem blieben die Forschungsaufträge aus der Montanindustrie, die eine wesentliche Quelle der Finanzierung des RWI bildeten, aufgrund der schlechten Ertragslage des Kohlenbergbaus und der Eisenindustrie aus (vgl. Marquardt 1979, S. 56 f.). Aber es hatte das Glück, dass es als einziges Wirtschaftsforschungsinstitut keinen Bruch in der Institutsleitung verkraften musste. Erich Wagemann blieb zwar auf dem Papier bis 1947 Präsident des RWI, aber Walther Däbritz behielt die nebenamtliche wissenschaftliche Leitung des RWI bei und konnte die Wiederaufnahme der Forschungsaktivitäten mit einem kleinen Mitarbeiterstab in die Wege leiten.³⁷ Nach dem Kriegsende widmete sich das RWI der wirtschaftlichen Bewältigung der Kriegsfolgen, dem Wiederaufbau, der Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft sowie den Voraussetzungen und Konsequenzen der europäischen Integration. Es setzte seine Konjunktur- und Regionalforschung fort und widmete sich verstärkt gesamtwirtschaftlichen Fragen (vgl. RWI 2018).

Die beiden norddeutschen Wirtschaftsforschungsinstitute – das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv und das in Institut für Weltwirtschaft umbenannte Kieler Institut – gerieten nach der Machtergreifung Hitlers in den Sog des Nationalsozialismus. Christoph Dieckmann beschreibt dies mit deutlichen Worten: *»Im Kieler und Hamburger Wirtschaftsforschungsinstitut arbeiteten Ökonomen, die auf vielfältigste Weise die Praxis des Dritten Reiches beeinflussten und die bis in die vierziger Jahre hinein daran glaubten, die Schaffung einer krisenlosen Gesellschaft in einer europäischen Gemeinschaft voranzutreiben. Daß es sich bei dieser Gesellschaft um eine deutsche Leistungsgemeinschaft handeln sollte, die nur aufgrund der permanenten*

Ausbeutung und Unterdrückung bis hin zur völligen Versklavung und Vernichtung großer Teile des eigenen und der übrigen Völker geschaffen werden konnte, irritierte die wenigsten. Der Glaube an die Schaffung eines neuen Deutschlands und eines neuen Europas walzte alle aufkommenden Zweifel im Namen der großen Idee der »Heilung des eigenen Volksganzen« im Rahmen einer europäischen »Großraumwirtschaft« nieder. Begeistert von der Praxisnähe entwickelten sie einen totalitären Machbarkeitswahn, dessen Wirksamkeit durch die wissenschaftliche Unterfütterung mit modernsten volkswirtschaftlichen Theorien enorm gesteigert wurde.« (Dieckmann 1992, S. 184 f.)

Im Zuge der Gleichschaltung war dem HWWA sein bis dahin geltender Status einer »wissenschaftlichen Anstalt« entzogen worden, und es wurde der Hamburger Exekutivbehörde für Wirtschaft unterstellt. Fritz Terhalle, der seit 1922 Lehrstuhlinhaber für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Hamburger Universität sowie seit 1929 Direktor des HWWA war und später eine wichtige Rolle bei der Gründung des ifo Instituts spielen sollte, wurde 1933 von den Nationalsozialisten des Direktorenamtes enthoben (vgl. Leveknecht 1998, S. 25). Terhalles Nachfolger als HWWA-Direktor Leo Hausleiter wurde unmittelbar nach Kriegsende von der britischen Militärregierung verhaftet, und das HWWA wurde vorübergehend geschlossen. Während des bis 1948 geltenden provisorischen Einsatzes des HWWA unter der kommissarischen Leitung von Paul Heile (vgl. Leveknecht 1998, S. 37) war die Zukunft des HWWA ungewiss.

Unter den deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten hatte das Kieler IfW nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sicherlich die besten Startchancen. Bedingt durch die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten verlor das Institut zwar – neben anderen renommierten Wissenschaftlern wie Adolf Löwe und Gerhard Colm – seinen als liberal geltenden Direktor Bernhard Harms, der sein Amt aufgab und im Herbst 1933 durch den überzeugten Nationalsozialisten (und späteren Widerstandskämpfer) Jens Jessen ersetzt wurde (vgl. Czycholl 2014, S. 45–47). Ihm folgte schon im Jahr 1934 der Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel Andreas Predöhl im Amt des IfW-Direktors nach. Unter der Leitung von Andreas Predöhl expandierte das IfW in den Kriegsjahren erheblich. Es entwickelte sich auf dem Gebiet der kriegswichtigen Forschung zum wichtigsten Partner des Oberkommandos der Wehrmacht und des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, sodass es *»mit riesigen Summen selbst noch in Zeiten größter Sparsamkeit gefördert«* wurde (vgl. Dieckmann 1992, S. 178). Das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt bescheinigte dem IfW in einem Schreiben vom 6. März 1941: *»Das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel ist ständig in großem Umfang mit wissenschaftlichen Forschungsarbeiten für das OKW, Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt beschäftigt. Allein in der Zeit vom 1.4.1940–1.1.1941 wurden vom Institut 98 umfangreiche wissenschaftliche Untersu-*

³⁷ Mündliche Erläuterungen durch Prof. Dr. Toni Pierenkemper.

chungen neben vielen kurzen Anfragen bearbeitet. Diese Arbeiten sind für die wirtschaftliche Kriegsführung von grundlegender Bedeutung und werden laufend in gleichem Umfange benötigt.« (zit. nach Diekmann 1992, S. 178) Die monopolartige Stellung auf dem Gebiet der kriegswichtigen Forschung sicherte dem Institut nicht nur die Finanzierung, sondern auch die Unabkömmlichkeit seiner meisten Mitarbeiter.

Predöhl blieb einige Monate nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs im Amt und musste es dann an seinen einstigen Stellvertreter Friedrich Hoffmann abgeben, der das IfW ab November 1945 kommissarisch leitete. Das Kieler Institutsgebäude war zwar teilweise zerstört und die Mitarbeiterschaft deshalb verstreut untergebracht, aber die Bibliothek und das Wirtschaftsarchiv hatten den Krieg nahezu unversehrt überstanden. Zudem konnte das Institut auch weiterhin auf einem großen Teil seiner bisherigen (während des Krieges unabkömmlich gestellten) Mitarbeiter zurückgreifen (vgl. Czycholl 2014, S. 71), und es profitierte sicherlich auch von dem wissenschaftlichen Renommee, das es vor 1933 aufgebaut hatte. So konnte das IfW seine Forschungsarbeiten zügig wiederaufnehmen. Allerdings änderten sich – ähnlich wie beim DIW – nach dem Wegfall der umfangreichen Forschungsaufträge aus den NS-Behörden die Tätigkeitsfelder. Schwerpunkte der Forschungsaktivitäten waren nun die drängenden Alltagsprobleme Nachkriegsdeutschlands, insbesondere Untersuchungen zu den Auswirkungen des Flüchtlingsstroms auf Schleswig-Holstein, den Möglichkeiten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Kiels und Analysen der wirtschaftlichen Probleme der britischen Besatzungszone (vgl. Czycholl 2014, S. 72).

Daneben gab es kleinere Einrichtungen der Wirtschaftsforschung, die aber bis Ende des Zweiten Weltkriegs nicht annähernd die Bedeutung des DIW, HWWA, IfW und RWI erlangt hatten.

DER AUFBAU DER EMPIRISCHEN WIRTSCHAFTSFORSCHUNG IN MÜNCHEN: VOM INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSBEOBSACHTUNG UND WIRTSCHAFTSBERATUNG ZUM SÜDDEUTSCHEN INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Ludwig Erhard nutzte seine Möglichkeiten als bayerischer Wirtschaftsminister, um die Errichtung eines empirisch arbeitenden Wirtschaftsforschungsinstituts mit Sitz in München vehement anzugehen. Als er gerade neun Monate im Amt war, hatte er die Gründung eines Trägervereins bereits weit vorangetrieben. Dessen Satzung wurde am 15. Juli 1946 errichtet, wie es § 11 der Satzung ausweist.³⁸ Dies sollte – so die Satzung – auch als Tag der Gründung des Vereins gelten, zur

³⁸ Satzung des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung im Anhang eines Schreibens des bayerischen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard an den Bayerischen Staatsminister der Finanzen (und Mitglied der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München) Prof. Dr. Fritz Terhalle vom 13. Dezember 1946), LMU-Universitätsarchiv, M-VIII-3.

Gründungs-Mitgliederversammlung lud Erhard allerdings erst zum 10. September 1946 in die Räume des bayerischen Wirtschaftsministeriums ein. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten – neben Ludwig Erhard – die Herren Reithinger, Waldmann und Holthaus³⁹, die leitende Funktionen im Wirtschaftsministerium innehatten. Den Sinn und die Notwendigkeit der Gründung des neuen Wirtschaftsforschungsinstituts begründete Ludwig Erhard in der für ihn typischen Diktion:

»Seit 1933 und in verstärktem Ausmass während des Krieges ist in Deutschland die Verbindung mit der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung in der Welt verloren gegangen. In Deutschland selbst werden so umfassende und die physische Existenz des Volkes bedrohende Probleme, wie das der Reparationen, der Zerreißung und Wiederabstimmung der verbliebenen Teilwirtschaftskörper der Besatzungszone, der Ergänzung der abgebauten oder verschlissenen Produktionsapparatur, der Deckung unseres notwendigen Einfuhrbedarfs an Nahrungsmitteln und Rohstoffen durch die Ausfuhr von Fertigerzeugnissen, der Anpassung des Verteilungsapparates an die veränderten Voraussetzungen von Produktion und Verbrauch, der rationellsten Einschaltung der Flüchtlinge in den Arbeitsprozess usw. zur Zeit fast passiv hingenommen, obwohl Möglichkeiten einer aktiven Mitarbeit und Beeinflussung durch Verhandlungen durchaus gegeben sind.

Nach dem letzten Weltkrieg wurde in Deutschland ein Wiederaufbau-Ministerium gegründet und die Frage der Reparationen in einer besonderen Abteilung des Statistischen Reichsamtes bearbeitet. Heute sind die einzelnen Länderregierungen und ihre Wirtschaftsämter mit der unmittelbaren Bekämpfung des täglichen Notstands beschäftigt und die nach den Weisungen der Militärregierung arbeitenden Planungsausschüsse und Arbeitsstäbe der Zonen kommen über die laufende Geschäftsabwicklung einer gesichtspunktlosen Materialkontingentierung von der Hand in den Mund nicht hinaus. Zu einer systematischen Durcharbeitung dieser Probleme, von deren aktiven Inangriffnahme und richtiger Lösung unser Schicksal und unsere Zukunft abhängig ist, sind bei den Behörden weder die zeitlichen, noch die organisatorischen und sachlichen Voraussetzungen gegeben.

Nicht weniger wichtig, wie die grossen wirtschaftspolitischen, sind die privatwirtschaftlichen Probleme der Standort- und Kapazitätsauswahl ..., der Gestaltung der Produktions- und Verteilungskosten nach der Währungsreform, der technischen und preislichen Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten (...), des Nachholbedarfs in der Verbrauchsgüter-Industrie, der Überprüfung der Anwendung technischen Verfahren nach jahrelangem Abschluss von der Welt, der Kaufkraftentwicklung und schließlich der unvermeid-

³⁹ Dokument »Arbeitsorganisation« des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung im Anhang des Schreibens Ludwig Erhards an Fritz Terhalle vom 13. Dezember 1946, LMU-Universitätsarchiv, M-VIII-3.

lich damit zusammenhängenden sozialpolitischen Auswirkungen.

*Der Versuch, unser wirtschaftliches und soziales Schicksal wieder selbst in die Hand zu bekommen, setzt eine nüchterne Klarstellung unserer verbleibenden Wirtschaftsgrundlagen innerhalb und ausserhalb unserer Grenzen, eine fundierte Meinungsbildung über die möglichen Wege sowie über das wirtschafts- und sozialpolitisch erreichbare Ziel des Wiederaufbaus voraus. Keine Einzelorganisation der gewerblichen Wirtschaft oder eines privaten Unternehmens ist heute oder in absehbarer Zukunft in der Lage, sich darüber wie früher durch unmittelbaren Kontakt mit dem Ausland, durch eigene technische und wirtschaftliche Forschung oder durch volkswirtschaftliche Abteilungen im Stil der früheren Grossbanken und Grossfirmen diese Unterlagen zu schaffen. Frühere Reichsorgane auf diesem Gebiet ..., existieren nicht mehr oder sind in ihrer Tätigkeit lahmgelegt. Schon der persönliche und wissenschaftliche Aufwand erfordert – abgesehen von den materiellen Mitteln – eine Zusammenfassung dieser Aufgaben in einer besonderen wissenschaftlichen Organisation.*⁴⁰

Die Mitgliederversammlung beschloss die Gründung des Vereins »Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung« auf der Grundlage der bereits am 15. Juli 1946 errichteten Satzung und setzte den Gründungsvorstand ein.⁴¹ Der Verein hatte seinen Sitz in München und sollte – so § 3 der Satzung – in das Vereinsregister des Amtsgerichts München eingetragen werden, was aber nie geschah. Der Gründungsvorstand (Direktorium) setzte sich aus dem Vorstandsvorsitzenden Ludwig Erhard sowie den Vorstandsmitgliedern Anton Reithinger und Rolf Waldmann sowie dem Geschäftsführer des Direktoriums Gerhard Holthaus zusammen.⁴²

Anton Reithinger (geb. 1898) war als promovierter Volkswirt von 1924 bis 1931 Mitarbeiter des Statistischen Reichsamts in Berlin und im Zeitraum von 1932 bis 1945 Prokurist bei der IG-Farbenindustrie AG. In dieser Zeit verfasste er Monographien zu den Themen »Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsordnung« (Stuttgart, 1936) sowie »Das wirtschaftliche Gesicht Europas« (Stuttgart-Berlin, 1936). In der IG-Farbenindustrie AG leitete er die Volkswirtschaftliche Abteilung. Erhard arbeitete schon in seiner Nürnberger Zeit bei seinen Arbeiten für die Reichsgruppe Industrie mit Reithinger zusammen und holte ihn 1946 als »Ministerialabteilungsleiter II« in das bayerische Wirtschafts-

ministerium.⁴³ Diese Funktion bekleidete Reithinger von 1945 bis 1947. **Rolf Waldmann** hatte an der Technischen Hochschule Stuttgart Bauingenieurwesen und Architektur mit Schwerpunkt Ingenieurbaubetrieb studiert und sein Studium als Diplom-Ingenieur abgeschlossen und war vor 1945 für die Dauer von insgesamt 16 Jahren freiberuflich auf seinen Spezialgebieten Verfahrenstechnik und Verfahrensentwicklung tätig gewesen. Danach wurde er Leiter der Abteilung III (Industrieproduktion) des bayerischen Wirtschaftsministeriums unter Ludwig Erhard.⁴⁴ Wie Anton Reithinger schied er mit dem Ende der Amtszeit Ludwig Erhards als bayerischer Wirtschaftsminister Ende des Jahres 1946 aus dem Staatsdienst aus. **Gerhard Holthaus**, ein promovierter Nürnberger Wirtschaftswissenschaftler, war ein enger Mitarbeiter Ludwig Erhards, mit dem er – wie schon erwähnt – am Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware an Gutachten u.a. über die Situation der polnischen Wirtschaft gearbeitet hatte. Er war Erhard zunächst an das Institut für Industrieforschung und später in das bayerische Wirtschaftsministerium gefolgt. Holthaus verließ zeitgleich mit Reithinger und Waldmann das Wirtschaftsministerium und wurde im Jahr 1947 als hauptamtlicher Abteilungsleiter und Geschäftsführer im neu gegründeten Institut tätig. Danach wechselte in die Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und leitete dort die Sonderabteilung für Wirtschaftsplanung.

§ 2 der Vereinssatzung stellte das Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung in den Dienst der wissenschaftlichen Unterstützung des Wiederaufbaus Deutschlands. Wörtlich heißt es: »Der Verein bezweckt die Errichtung und Unterhaltung eines auf wissenschaftlicher Grundlage arbeitenden Forschungsinstitutes, das die für den Wiederaufbau erforderlichen volkswirtschaftlichen, privatwirtschaftlichen und wirtschaftstechnischen Voraussetzungen, Daten- und Erkenntnisse sammelt, auswertet und die Ergebnisse auf dem Wege der Berichterstattung, Beratung und begutachtenden Tätigkeit der Wirtschafts-Verwaltung und Wirtschafts-Praxis sowie allen an einer friedlichen Entwicklung der deutschen Wirtschaft interessierten Personen und Stellen vermittelt.«

Die geplante wissenschaftliche Ausrichtung des Instituts kommt auch in den Anforderungen zum Ausdruck, die die Satzung an die Qualifikation der Vorstandsmitglieder stellt. § 6 Satz 2 der Satzung legt fest, dass der Vorstand aus drei Vorstandsmitgliedern »von wissenschaftlichem Ruf« und einem Geschäftsführer bestehen muss.

Für die wissenschaftliche Ausrichtung des Instituts war für Ludwig Erhard die Anbindung an die Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität München von zentraler Bedeutung. Das geht aus

⁴⁰ Dokument »Begründung« des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung im Anhang des Schreibens Ludwig Erhards an Fritz Terhalle vom 13. Dezember 1946, LMU-Universitätsarchiv, M-VIII-3.

⁴¹ Darauf lassen die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und im Universitätsarchiv der LMU vorhandenen Dokumente schließen, auch wenn das Gründungsprotokoll nicht überliefert ist.

⁴² Dokument »Arbeitsorganisation« des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung im Anhang des Schreibens Ludwig Erhards an Fritz Terhalle vom 13. Dezember 1946, LMU-Universitätsarchiv, M-VIII-3.

⁴³ Bundesarchiv; GND:1030272166 {{ Reithinger, Anton }}; unter: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0/z/z1961z/kap1_5/para2_37.html.

⁴⁴ Vgl. ifo- Vorstandsvorstand: Akte Lohnkonten des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für den Zeitraum 1947–1949.

einem ausführlichen Schreiben hervor, das Erhard in den letzten Wochen seiner Amtszeit als Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft an seinen Kabinetts- und Fakultätskollegen Fritz Terhalle richtete, nachdem er ihn – wie auch Adolf Weber – bereits Ende Oktober 1946 für die Mitgliedschaft im Kuratorium des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung gewonnen hatte.

In seinem Schreiben vom 13. Dezember 1946 bedankt sich Erhard bei seinem Kollegen Terhalle für dessen Zustimmung, in das Kuratorium des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung einzutreten, und bittet ihn um einen Austausch zu der Frage, »welche weiteren Wissenschaftler wir in dieses Gremium berufen könnten«. Kern des Schreibens ist indessen die Verbindung des Instituts zur Staatswirtschaftlichen Fakultät. Dazu schreibt Erhard: »In Ergänzung zu dem Ihnen bereits über das Institut zugeleiteten Exposé möchte ich noch ausführen, dass mir eine enge Verbindung des Instituts mit der Universität in hohem Maße wünschenswert erscheint, ohne dass ich dabei an eine formelle Angliederung denke. Immerhin könnte dieser Tatbestand äußerlich erkennbar werden und auch in der Einschaltung und Mitarbeit der einen oder anderen Persönlichkeit des Lehrkörpers zum Ausdruck kommen.« Für die Zusammenarbeit zwischen Universität und Fakultät wirbt Erhard in diesem Schreiben mit dem Hinweis auf die enge Verbindung des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung zum bayerischen Wirtschaftsministerium und den bizonalen wirtschaftlichen Verwaltungsstellen. Dort – so O-Ton Erhard – »fällt ... eine Fülle von Material zur Bearbeitung an, dass üblicherweise wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen und Forschungsinstituten der Hochschulen nicht zur Verfügung steht. Wie Sie ja selbst am besten beurteilen können, sind die Ministerien in ihrer aktuellen Tagesarbeit derart mit Aufgaben überlastet, dass ihnen, ..., auch keine Musse bleibt, sich mit den grundsätzlichen, aber für das deutsche wirtschaftliche Schicksal besonders wichtigen Fragen zu befassen. ... In dem besonderen Fall des neuen Instituts würde ich in einer Verbindung mit der Universität sowohl einen Vorteil für diese als auch für die amtlichen Wirtschaftsstellen finden, die sich ja vornehmlich dann der Arbeit dieses Instituts bedienen werden.«

Als Vorteil für die Universität verweist Erhard auf die Gewinnung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Das Institut sei »auf tüchtige Studenten der Universität angewiesen, die nach abgelegtem Examen hier eine wertvolle Spezialausbildung genießen können und denen bei relativ guter Bezahlung der Schritt in das Erwerbsleben wesentlich erleichtert wird«, und er – Erhard – könne sich vorstellen, »dass ebenso wie es bei der Handelshochschule in Nürnberg der Fall war, die Universität München dank der durch das Institut gegebenen Chancen eine Anzugskraft auf junge Studierende ausübt.« Ferner spricht Erhard die Möglichkeit des Instituts an, sich in die universitäre Lehre

einzubringen: »Bei einer gedeihlichen Entwicklung könnte weiter daran gedacht werden, dass das Institut selbst im Rahmen der Universität Seminare mit besonders aktuellen, zur Bearbeitung anstehenden Fragen abhält.« Erhard schließt sein Schreiben mit der Bitte, seinen Vorschlag innerhalb der Fakultät zu erörtern und betont, »meinerseits besonders glücklich (zu sein), wenn sich die Möglichkeit einer Verwirklichung finden würde«. ⁴⁵

Fritz Terhalle leitete Erhards Vorschlag befürwortend an die Ordinarien der Staatswirtschaftlichen Fakultät weiter, die sich damit in ihren Fakultätsitzungen vom 17. Januar 1947 und 7. Februar 1947 ausführlich befassten. Die Fakultät kommt in ihren Sitzungen zu dem einstimmigen Ergebnis, dass sie die von Ludwig Erhard erwünschte Zusammenarbeit des Instituts mit der Universität begrüßt. Sie hält es für richtig, dass das Institut nicht als universitätsinterne Einrichtung, sondern außerhalb der Universität ins Leben gerufen wird, und sagt Erhard ihre Unterstützung zu. Sie bringt ferner ihren Willen Ausdruck, »eine enge Zusammenarbeit mit demselben anzustreben«. Der amtierende Dekan und das Fakultätsmitglied Fritz Terhalle werden bestimmt, das Nähere mit Erhard zu besprechen. ⁴⁶

Fortan begleiteten Adolf Weber und Fritz Terhalle die weitere Entwicklung des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung hin zum späteren ifo Institut. Als Mitglieder des Kuratoriums und wissenschaftliche Aushängeschilder prägten sie diese Entwicklung in mancherlei Hinsicht. Als Adolf Weber in Kontakt mit Ludwig Erhard kam und in das Kuratorium des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung eintrat, befand er sich in der Schlussphase seiner Professorenlaufbahn. Aber auch nach seiner Emeritierung im Jahr 1948 blieb er, wie weiter unten dargestellt wird, sowohl der Universität als auch dem ifo Institut eng verbunden.

Seinem akademischen Lehrer Adolf Weber verdankt **Fritz Terhalle** (geboren am 20. Oktober 1889 in Vreden, gestorben am 8. September 1962 in München) seine beachtliche wissenschaftliche Karriere, die in seiner Jugend keineswegs vorgezeichnet war. Als erstes von acht Kindern wuchs Ernst Terhalle in der »zeitweise äußersten Bedrängnis seines Elternhauses« auf. Eine mehrjährige lebensbedrohende TBC-Erkrankung verhinderte Terhalles Schulabschluss am Paulinum in Münster. Im Selbststudium brachte er sich die Grundlagen der kaufmännischen Buchhaltung und des Rechnungswesens bei, sodass die seinerzeit von Adolf Weber geleitete Handelshochschule Köln ihn im Jahr 1910 zum Studium zuließ, das er im Jahr 1912 mit ausgezeichneten Ergebnissen in sämtlichen Fächern abschloss (vgl. Jecht 1962, S. 3). Nach einem kurzen

⁴⁵ Schreiben des Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft Ludwig Erhard an den Bayerischen Staatsminister der Finanzen Fritz Terhalle vom 13. Dezember 1946, LMU-Universitätsarchiv, M-VIII-3.

⁴⁶ Protokolle der Sitzungen der Staatswirtschaftlichen Fakultät vom 17. Januar 1947 und vom 7. Februar 1947, LMU-Universitätsarchiv, M-III-7.

© Süddeutsche Zeitung Photo
Fritz Terhalle

beruflichen Einstieg in den Getreidehandel konnte ihn Adolf Weber, der zwischenzeitlich an die Universität Breslau berufen worden war, im Jahr 1912 überzeugen, seine wirtschaftswissenschaftliche Qualifizierung fortzusetzen. Bereits im Jahr 1915 promovierte Terhalle bei Adolf Weber mit Auszeichnung, wurde dessen Assistent und habilitierte sich bei ihm im Jahr 1918. Im Jahr darauf wurde Terhalle außerordentlicher Professor an der Universität Jena, und ein weiteres Jahr später übernahm er an der Universität Münster seine erste ordentliche Professur. Von dort wechselte er im Jahr 1922 an die Universität Hamburg, wo er einen Lehrstuhl für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft innehatte (vgl. Jecht 1962, S. 3). In Hamburg gewann Fritz Terhalle ausgiebige Erfahrungen in der außeruniversitären empirischen Wirtschaftsforschung, als er, wie bereits berichtet, im Jahr 1929 zum Direktor des HWWA ernannt wurde. Nach seiner Amtsenthebung durch die Nationalsozialisten im April 1933 hielt ihn nichts mehr in Hamburg, und er folgte im Jahr 1934 Adolf Weber an die Staatswirtschaftliche Fakultät der Universität München. Mit zahlreichen Publikationen legte Fritz Terhalle Grundlagen für die Finanzwissenschaft (vgl. Jecht 1962, S. 4 ff.), die nicht nur das akademische Wissen bereicherten, sondern auch in die praktische Politik einfließen. Seine wissenschaftliche Erfahrung für die Politik nutzbar zu machen, war ihm nach dem Ende der Nazi-Herrschaft ein besonderes Anliegen. Im Kabinett des Ministerpräsidenten Hoegner war er der erste Bayerische Staatsminister der Finanzen (1945–1946), und er brachte sich in die wirtschafts- und finanzpolitische Beratung der Alliierten sowie später der Bundesregierung ein.

Das Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung nahm unmittelbar nach seiner Gründung im September 1946 seine Arbeit auf. Da es an die Tätigkeiten des Instituts für Industrieforschung anknüpfte und dessen Personal im November 1946 übernahm⁴⁷, konnte es sofort mit seiner inhaltlichen Arbeit loslegen. Schon im November 1946 lieferte es erste Arbeitsergebnisse, indem es zunächst »Zahlen zur Wirtschaftslage« für Bayern und die US-Zone bereit-

stellte. Später kamen entsprechende Informationen für die anderen Besatzungszonen und die wichtigsten Länder des Auslands und kurze Übersichten über den Stand und die Aussichten der Industrieproduktion in Bayern hinzu (vgl. Marquardt 1979, S. 58 f.). Finanziert wurde das Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung durch Mittel aus der Privatwirtschaft, die Erhard eingeworben hatte. In seiner Amtszeit als bayerischer Wirtschaftsminister hatte er keine Vorstöße unternommen, »seinem« Institut Zuschüsse oder Aufträge aus den bayerischen Ministerien zukommen zu lassen.⁴⁸

Nach seinem Ausscheiden aus dem bayerischen Kabinett Ende 1946 nutzte Erhard die gewonnenen Freiräume, um den Aufbau des Instituts weiter voranzutreiben und öffentlich für die Einsicht in die Notwendigkeit der Wirtschafts- und Währungsreform zu werben. Die laufenden Geschäfte überließ er vor allem dem Vorstandsmitglied Anton Reithinger, der in den Ministerien ebenfalls sehr respektiert war und über sehr gute Kontakte in die Wirtschaft hinein verfügte.

Erhard kümmerte sich um die grundlegenden Geschicke des Vereins, insbesondere um die wissenschaftliche Vernetzung des Instituts und dessen stärkere Verankerung in Staat und Wirtschaft. Mit seiner Initiative, Institut und Universität eng miteinander zu verknüpfen und die beiden volkswirtschaftlichen Aushängeschilder Adolf Weber und Fritz Terhalle in das Kuratorium des Instituts und dessen Arbeit einzubinden, hatte er erste Schritte eingeleitet, das Institut auch nach außen hin stärker wissenschaftlich zu prägen. In den nächsten Schritten ging es Erhard darum, das Institut mit namhaften Entscheidungsträgern aus Staat und Wirtschaft zu vernetzen. Er hatte zwar sein Ministeramt unter unschönen Begleiterscheinungen verloren, seine neu gewonnene Popularität und seine Verbindungen in Wirtschaft und Politik hinein aber behalten, und nutzte sie nun für den Aufbau des Instituts. So hatte Ludwig Erhard beim Bayerischen Wirtschaftsbeirat, der beim BStMW angesiedelt war, großes Ansehen erworben und Mitstreiter für seine wirtschaftspolitischen Ideen und den Aufbau des Wirtschaftsforschungsinstituts gefunden. Erhard gelang es, die sowohl zu führenden Köpfen der Wirtschaft als auch zu der Führungsebene wirtschaftspolitisch relevanter staatlicher Institutionen aufgebauten Verbindungen zu nutzen, um das Institut auf breiter Ebene mit Entscheidungsträgern aus Staat und Wirtschaft zu vernetzen. Dazu gründete er das Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung mit tatkräftiger Unterstützung des Bayerischen Wirtschaftsbeirats um in das »Süddeutsche Institut für Wirtschaftsforschung« (im Folgenden auch kurz SIW⁴⁹ genannt). Rechtlich und faktisch war die »Umgrün-

⁴⁷ Die im ifo-Personalarchiv enthaltenen Unterlagen lassen darauf schließen, dass insgesamt sechs Beschäftigte (davon fünf Wissenschaftler) des Instituts für Industrieforschung zum Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung/Süddeutschen Institut für Wirtschaftsforschung übergewechselt sind.

⁴⁸ Im Schreiben des StMF an das StMWi vom 9. August 1947 (I 24082 – Cc 106g) wird darauf hingewiesen, dass sich das von Erhard gegründete Institut mit privaten Geldern finanziert und die Gründer bisher »an den bayerischen Staat nicht um eine finanzielle Unterstützung herangetreten« sind. HStA MWi 12799.
⁴⁹ SIW war kein offizielles Kürzel des Instituts.

dung« nichts anderes als eine Umfirmierung des noch nicht in das Vereinsregister eingetragenen Instituts für Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsberatung.

⁵⁰ An der Satzung des bisherigen Vereins Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung, am geplanten Aufgabenspektrum und der betrieblichen Organisation änderte sich kaum etwas. Die bedeutendste konzeptionelle Veränderung bestand in der Ausweitung des Aktionsradius. Sollte das Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung vornehmlich bayerischen Interessen dienen, ohne groß an die Öffentlichkeit zu treten⁵¹, sah sich das Süddeutsche Institut für Wirtschaftsforschung in der Verantwortung, im Interesse der von der amerikanischen Besatzungszone umfassten süddeutschen Länder Bayern, Hessen und Württemberg-Baden tätig zu werden und die Untersuchungsgegenstände seiner Arbeiten auf alle deutschen Länder und die aus Perspektive der deutschen Wirtschaft wichtigsten ausländischen Staaten auszudehnen. Seine Arbeitsergebnisse wollte es sowohl gegen Entgelt als auch unentgeltlich als öffentliche Güter in die fachliche und allgemeine Öffentlichkeit einspeisen.

Mit dem geschickten Schachzug einer »Umgründung« mithilfe des Bayerischen Wirtschaftsrats gelang es Erhard, nicht nur den Wirkungsbereich des Instituts auszuweiten, sondern das Institut auch auf eine breitere Mitgliederbasis zu stellen und hochkarätige Persönlichkeiten für die Unterstützung des Instituts zu gewinnen, indem er ihnen das Gefühl vermittelte, das Institut mitgegründet zu haben.⁵² Zu den führenden Köpfen aus der Wirtschaft, die sich bereit erklärt hatten, im Kuratorium mitzuwirken und den Aufbau des Instituts zu unterstützen, gehörten insbesondere Kommerzienrat Dr. Karl Butzengeiger, langjähriger Sprecher des Vorstands der Bayerischen Vereinsbank, der auch aktiv in Adolf Webers Volkswirtschaftlicher Arbeitsgemeinschaft mitarbeitete, Hermann Enzensberger, Direktor (Vorstand) der Bayerischen Elektrizitätswerke, Karl Max von Helllingrath, Präsident der Bayerischen Staatsbank, Geheimrat Dr. h.c. Ludwig von Kastl, Aufsichtsrat der MAN AG, Dr. Hans Karl von Mangoldt-Reiboldt, Direktor und ab 1948 Vorsitzender des Aufsichtsrats der BMW AG, Ernst von Siemens, Vorstand (ab 1949 Vorsitzender des Vorstands) der Siemens & Halske AG und Leonhard Wolf, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG. Auch die für die Arbeit des Instituts bedeutendsten staatlichen Institutionen Bayerns, Hessens und Württemberg-Badens

waren im Kuratorium durch ranghohe Repräsentanten vertreten. Vorsitzender des Kuratoriums wurde Ludwig Kastl.

Ludwig Kastl (geboren am 17. September 1878 in Burg Altebaumburg bei Altbamberg/Rheinpfalz, gestorben am 15. Mai 1969 in Hausham/Oberbayern) studierte Rechts- und Staatswissenschaften in München, Tübingen, Erlangen, Berlin und Würzburg. Er begann seine berufliche Laufbahn bei der Regierung von Oberbayern und machte sein Assessorexamen im Jahr 1904. Im Jahr 1906 ging er in den Kolonialdienst und war bis 1920 in Deutsch-Südwest-Afrika in verschiedenen Funktionen bei Gerichtsbarkeit und Verwaltung der Besatzungsmacht tätig. Im Zeitraum von 1921 bis 1925 leitete er als (Geheimer) Ministerialrat im Reichsfinanzministerium die Reparationsabteilung. Danach schied er aus dem Staatsdienst aus und wurde geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie (RDI). Parallel dazu war er in den Jahren 1929 bis 1932 deutsches Mitglied bei der Mandatskommission des Völkerbunds in Genf. In dieser Phase (1931) verlieh die Handelshochschule Berlin Ludwig Kastl die Ehrendoktorwürde (vgl. Marquardt 1979, S. 305).

Im RDI brachte Kastl die nationalsozialistischen RDI-Mitglieder gegen sich auf. Nachdem der Industrielle Fritz Thyssen in der RDI-Sitzung am 23. März 1933 vehement die »Mitarbeit des Verbandes im neuen Staat« und einen personellen Wechsel in der Verbandsführung gefordert hatte, wurde die RDI-Geschäftsstelle am 1. April 1933 von einem SA-Trupp besetzt, was der nationalsozialistischen Fraktion im RDI nicht ungelegen kam. Dies endete damit, dass Otto Wagner, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP, unter Androhung von Gewalt den Rücktritt Kastls aus der Geschäftsführung des RDI erzwang.⁵³ Kastl hielt auch weiterhin Abstand zur NSDAP und trat nicht in die Partei ein. Ab dem Jahr 1933 arbeitete er als Rechtsanwalt in Berlin und übernahm noch vor dem Ende des Weltkriegs führende Positionen in der Wirtschaft, vor allem im M.A.N.-Konzern. Schon mit Blick auf die Nachkriegszeit wurde Nicht-Partei-genosse Kastl im Jahr 1944 vom M.A.N.-Aufsichtsrat »als Sicherungsmaßnahme« in den M.A.N.-Vorstand delegiert. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches konnte er die Verbindungen zwischen den verschiedenen, auf mehrere Besatzungszonen verteilten M.A.N.-Teilwerken aufrechterhalten. Schon bald verfügte er nicht nur über ausgezeichnete Beziehungen zur amerikanischen Besatzungsmacht und zur neuen bayerischen Regierung. Im April 1946 übernahm er das neu eingerichtete Büro des GHH Aktienvereins in Nürnberg und wurde in der Folgezeit Mitglied mehrerer Aufsichtsräte (u.a. bei der M.A.N. AG).

Ludwig Kastl als Vorsitzenden des Kuratoriums in die Institutsarbeit einzubinden, war eine der für die wei-

⁵⁰ Die Darstellung von Hesse (Hesse 2010, S. 135), die 1940 unter der Bezeichnung »Institut für Wirtschaft- und Konjunkturforschung« gegründete Münchener Außenstelle des DIW habe nach dem Weltkrieg als Süddeutsches Institut für Wirtschaftsforschung firmiert, und durch dessen Fusion mit der »1947 vom Bayerischen Statistischen Landesamt gegründeten Forschungs- und Informationsstelle« sei 1949 das ifo Institut entstanden, trifft nicht zu.

⁵¹ LMU-Universitätsarchiv, Schreiben des Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft Ludwig Erhard an den Bayerischen Staatsminister der Finanzen Fritz Terhalle vom 13. Dezember 1946, Anlage 1.

⁵² In der Sitzung des Kuratoriums vom xx. September 1947 spricht Erhard sogar vom Wirtschaftsbeirat des bayerischen Wirtschaftsministeriums als »Gründer des Instituts«.

⁵³ Vgl. Rheinland-Pfälzische Personendatenbank: Ludwig Kastl, verfügbar unter: <http://rpb.lbz-rlp.de/cgi-bin/wwwalleg/srchrnam.pl?db=rnam&recnums=0009968>.

tere Entwicklung des Instituts glücklichsten Entscheidungen Erhards. Kastl, der in den Jahren 1946 und 1947 auch Präsident des Bayerischen Wirtschaftsrats war⁵⁴, widmete sich in den folgenden fast 20 Jahren mit Hingabe seinem Amt als Vorsitzender des Kuratoriums des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und später des ifo Instituts. Solange Ludwig Erhard als Vorstandsvorsitzender zur Verfügung stand, knüpfte Kastl die Fäden mehr im Hintergrund, danach übernahm er neben dem ifo-Vorstand die Leitungsverantwortung für das Institut und steuerte es sehr erfolgreich.

Der Verein Süddeutsches Institut für Wirtschaftsforschung bezog Geschäftsräume in der Winzererstraße 52 (München-Schwabing). Die neben der Änderung des Vereinsnamens einzige substanzielle Änderung betraf den durch § 1 festgelegten Vereinszweck. In ihm wurden die wissenschaftliche Ausrichtung zum einen durch die Erwähnung der Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und zum anderen durch die explizite Aufnahme der Forschung und der Veröffentlichung wissenschaftlicher Einzelschriften in die Satzungsaufgaben gestärkt sowie der Informationsauftrag deutlicher hervorgehoben, während der Aspekt der Dienstleistungen für Staat und Wirtschaft weniger dominant betont wurde. Nach diesen Änderungen lautete § 1 der Satzung des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung folgendermaßen:

§ 1

Zweck des Vereins

Der Verein bezweckt die Errichtung und Unterhaltung eines auf wissenschaftlicher Grundlage und in Zusammenarbeit mit sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen arbeitenden Forschungsinstitutes, das die für die Förderung des wirtschaftlichen Lebens erforderlichen Voraussetzungen erforscht, sowie die Daten und Erkenntnisse sammelt und auswertet. Die Ergebnisse werden auf dem Wege der Veröffentlichung, Berichterstattung und begutachtenden Tätigkeit der Allgemeinheit, insbesondere der Wirtschaftsverwaltung und Wirtschaftspraxis, sowie allen an einer friedlichen Entwicklung der deutschen Wirtschaft interessierten Personen und Stellen vermittelt. Der Erreichung des Vereinszweckes im Rahmen des Institutes dienen u.a. die Unterhaltung einer einschlägigen Bücherei und eines Wirtschaftsarchivs, sowie die Herausgabe von periodischen Veröffentlichungen und wissenschaftlichen Einzelarbeiten.

Vorstandsmitglieder blieben Ludwig Erhard, Anton Reithinger und Rolf Waldmann, während das frühere geschäftsführende Vorstandsmitglied Holthaus nun nicht mehr dem Vorstand angehörte. Er wurde vorübergehend Mitarbeiter des SIW, bis er im Laufe des Jahres 1947 in die bizonale Verwaltung wechselte. Die

Vorstandsmitglieder übten ihr Amt ehrenamtlich aus, obwohl die Vorstandstätigkeit mit der Übernahme von Leitungsverantwortung im Institut verknüpft war. Wie die Verantwortung des Vorstandstrios als Vorstandsmitglieder und als Abteilungsleiter aufgeteilt werden sollte, war in den §§ 2 bis 4 der Geschäftsordnung des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung festgelegt.⁵⁵ Demnach sollten die Abteilung 1: Volkswirtschaftliche Abteilung von Anton Reithinger, die Abteilung 2: Betriebs- und marktwirtschaftliche Abteilung von Ludwig Erhard und die Abteilung 3: Industrie- und verfahrenstechnische Abteilung von Rolf Waldmann geleitet werden. Ferner bestimmte die Geschäftsordnung, dass die Geschäftsführung durch den Gesamtvorstand wahrgenommen werden sollte. De facto bestand die Aufgabenverteilung innerhalb des Vorstands darin, dass sich Ludwig Erhard als Vorstandsvorsitzender um die grundlegenden Fragen der Entwicklung des Instituts kümmerte, das Institute nach außen vertrat und sich die Verhandlungen mit den Leitungen öffentlicher Stellen vorbehielt, während Anton Reithinger weitgehend freie Hand in der Geschäftsführung des Instituts hatte. Die Mitgliedschaft Rolf Waldmanns im Institutsvorstand stand mehr oder minder auf dem Papier.

Welche Zielsetzungen mit der »Umgründung« des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung in das Süddeutsche Institut für Wirtschaftsforschung verfolgt wurden, zeigt die Stellungnahme Ludwig Erhards, die er als Vorstandsvorsitzender anlässlich der Gründungsversammlung am 9. Juni 1947 an die Öffentlichkeit gab.⁵⁶

»Am 9. Juni wurde in München unter Mitwirkung der interessierten Behörden und Wirtschaftskreise der Verein »Süddeutsches Institut für Wirtschaftsforschung« gegründet. Das Institut stellt aus diesem Anlass die folgenden Ausführungen zur Verfügung:

*Der Nutzen, ja die Notwendigkeit von gemeinnützigen Wirtschaftsforschungsinstituten, – früher nannte man sie meist Konjunkturforschungsinstitute-, ist seit langem anerkannt. Ihre grundlegenden Arbeitsmethoden gehen auf die Pionierarbeit einiger weltbekannter Institute, wie der **Harvard Economic Society**, Cambridge (Mass. USA), der **London School of Economics**, des **Institut d'Etudes et de documentation économiques et sociales**, Paris, und des **Instituts für Konjunkturforschung**, Berlin, zurück. In den wirtschaftlichen Krisenzeiten nach dem Ersten Weltkrieg wurden in allen zivilisierten Staaten solche Konjunkturforschungsinstitute gegründet.*

Wodurch haben sich diese Institute so allgemeine Anerkennung erwerben können?

Hier können nur einige wesentliche Punkte angeführt werden. Sie arbeiten grundsätzlich überparteilich,

⁵⁵ Vgl. Geschäftsordnung des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V.; ifo Vorstandsarchiv.

⁵⁶ Öffentliche Erklärung aus Anlass der Gründungsversammlung des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. am 9. Juni 1947, ifo Vorstandsarchiv.

⁵⁴ Vgl. Rheinland-Pfälzische Personendatenbank: Ludwig Kastl, verfügbar unter: <http://rpb.lbz-rlp.de/cgi-bin/wwwalleg/srchnam.pl?db=rnam&recnums=0010073>, aufgerufen am 18. Juni 2018.

streng wissenschaftlich objektiv, ausgerichtet nach dem ökonomischen Prinzip, weltoffen, mit dem Ziel der wirtschaftlichen Wohlfahrt sowohl ihres Heimatlandes wie aller Länder, die mit diesem im Wirtschaftsaustausch stehen und damit die gemeinsame Wohlfahrt der Völker fördern helfen.

Sie treiben keine Wirtschaftspolitik, die sie den Parteien und deren Repräsentanten in den Regierungen überlassen, sie stellen jedoch dem Wirtschaftspolitiker die im modernen Wirtschaftsleben unerlässlichen Unterlagen zur Verfügung. Politisch können sie günstig wirken, indem sie über die wirtschaftlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten aufklären, Missverständnisse abtragen und so zum besseren Verstehen sowohl in den inneren wie in den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen beitragen.

Ihre **Wirtschaftsbeobachtung** erstreckt sich auf alle wirtschaftlichen Bereiche des eigenen Landes sowie der für dieses Land wichtigen ausländischen Partner. Sie fassen die komplizierten Einzelvorgänge des Wirtschaftsablaufes zusammen, machen sie nach den bewährten Methoden der Konjunkturstatistik vergleichbar und stellen sie in übersichtlicher Form den interessierten Stellen der öffentlichen Verwaltung und privaten Wirtschaft, den Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden u.a.m. zur Verfügung.

Schon in normalen Zeiten ist es kaum möglich, dass die vielen interessierten Stellen jede für sich die fachlich geschulten Kräfte, das statistische und archivische Material und die hierfür notwendigen hohen Kosten aufbringen. Bei Verhältnissen wie den derzeitigen in Deutschland machen sie diesen Kreisen die Benutzung des volkswirtschaftlichen und statistischen Quellenmaterials überhaupt erst möglich.

Wirtschaftsforschungsinstitute haben heute weiter die Aufgabe, im eigenen Land durch fachlich geschulte Kräfte die verschiedenen Pläne für den Wiederaufbau zu sammeln, kritisch zu beurteilen und den zuständigen Stellen in Staat und Wirtschaft damit die Möglichkeit zu schaffen, den Wirkungsgrad ihrer Maßnahmen zu erhöhen. Dazu können sie objektive Grundlagen für die **friedliche Regelung** vieler Probleme geben, so zum Beispiel für die volkswirtschaftlich richtige Gestaltung der Löhne durch einwandfreie Berechnung der Realkaufkraft oder für die richtige Festsetzung der Währungsparitäten durch Vergleiche der realen Kaufkraft in den einzelnen Ländern. Sie können weiter die wirtschaftlichen Möglichkeiten einer zweckmäßigeren Eingliederung der Flüchtlinge aufzeigen, sowie überhaupt an der Lösung vieler anderer brennender Wirtschaftsprobleme vorbereitend mitarbeiten.

Nach Lage der Dinge wird Deutschland auf absehbare Zeit hinaus keine autonome Wirtschaftspolitik führen können. Umso wichtiger ist es jedoch, dass die deutsche Wirtschaft nach ihrer langen Isolierung über die wirtschaftliche Entwicklung und die Ziele der Wirtschaftspolitik der führenden Weltmächte und der europäischen Nachbarländer wieder informiert wird,

damit sie im eigenen Lande die aufbauwilligen Kräfte so rationell wie möglich ansetzt, Fehlleitungen vermeidet oder ein Gegeneinanderarbeiten aus Mangel an Verstehen möglichst ausschließt.

Die Erfahrung lehrt, dass viele ausgezeichnete Pläne einzelner Ressorts sich nur deshalb häufig nicht zum Nutzen der Allgemeinheit auswirken können, weil es an einer unabhängigen wissenschaftlichen Stelle fehlt, die sie in objektiver Prüfung miteinander koordinieren und den maßgebenden Stellen vermitteln kann.

Warum nun aber ein Süddeutsches Institut für Wirtschaftsforschung? Die spezielle Aufgabe dieses Instituts wird es sein, die besonderen wirtschaftlichen Probleme des Süddeutschen Raumes in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen bevorzugt zu bearbeiten und daran mitzuwirken, das Verstehen und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern und Zonen Deutschlands, zwischen der amerikanischen Zone und deren Besatzungsmacht und schließlich mit den anderen Staaten Europas zu vertiefen.

Für marktwirtschaftliche Untersuchungen und für die wirtschaftstechnische Betriebsberatung stehen anerkannte Fachkräfte aus bekannten Instituten zur Verfügung.

Ein im Aufbau befindliches Wirtschaftsarchiv und eine statistische Materialsammlung sollen allen interessierten Kreisen ihre heute so schwierige Arbeit erleichtern. Dieses Ziel wird umso früher erreicht werden, wenn die an solchen Untersuchungen interessierten Verwaltungs- und Wirtschaftsstellen das Institut bei der Sammlung dieses Materials unterstützen.«

Für die Umsetzung solch hochgesteckter Ziele war ein schlagkräftiger Apparat erforderlich. Dafür hatten Ludwig Erhard und seine Vorstandskollegen für die drei Forschungsabteilungen des Instituts eine ausführliche Referatsverteilung⁵⁷ ausgetüfelt, mit deren Hilfe das sehr breite Leistungsspektrum der drei Forschungsabteilungen bewältigt werden sollte. So sollte die von Anton Reithinger geleitete Volkswirtschaftliche Abteilung die sechs Fachreferate

- Wirtschaftliche und sozialpolitische Problematik, Konjunkturablauf, Veröffentlichungen (Grundsatzreferat)
- Geld und Kredit; Währung; Zahlungsbilanzen; öffentliche Finanzwirtschaft, Volkseinkommen, Volksvermögen,
- Landwirtschaft und Ernährung, Forstwirtschaft
- Gewerbliche Wirtschaft, Verteilung, Verbrauch
- Arbeitsmarkt, Löhne, Einkommen
- Preise, Handel, Verkehr

sowie zusätzlich die Auslandsbeobachtung umfassen.

Die enorme Breite des ursprünglich geplanten Leistungsspektrums des Instituts war Folge von Lud-

⁵⁷ Vgl. ifo Vorstandsarchiv, Referatsverteilungsplan des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

wig Erhards Einschätzung, dass ein Wirtschaftsforschungsinstitut am besten zur Lösung der großen Herausforderungen des Wiederaufbaus Deutschlands beitragen kann, wenn es volkswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und auch technische Kompetenz unter einem Dach vereint, um nicht nur sachgerechte Entscheidungsgrundlagen für wirtschafts- und finanzpolitische Lösungen entwickeln, sondern auch den Unternehmen praktische Entwicklungshilfe in Form von Informationen und Beratungsleistungen liefern zu können. In der praxisnahen Zusammenarbeit mit Unternehmen sah er zudem die Chance, stärker die Bedürfnisse der Praxis in die Planungen des Instituts einfließen zu lassen, für die Arbeit des Instituts wichtige Unternehmensdaten zu erschließen und vor allem die für den Aufbau und Betrieb des Instituts notwendigen Erträge zu erwirtschaften.

Die grundlegenden volkswirtschaftlichen Fragen hatten für Erhard indessen Vorrang vor den betriebswirtschaftlichen. Er stellte den Aufbau der von ihm selbst zu leitenden Abteilung 2 (Betriebs- und marktwirtschaftliche Abteilung) zurück und befasste sich weiter intensiv mit den konzeptionellen Grundlagen der bevorstehenden Währungs- und Wirtschaftsreformen. Dabei war es ihm ein besonderes Anliegen, in der Bevölkerung, die seinerzeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung weitgehend gegenüberstand, Verständnis für die bevorstehenden Reformen zu wecken (vgl. Hohmann 1997, S. 8). Er startete eine ausgedehnte publizistische Kampagne vor allem in der von den Amerikanern herausgegebenen überregionalen Tageszeitung »Die Neue Zeitung«. Zwischen September 1946 und März 1948 erschienen in dieser Zeitung zwölf längere von Erhard verfasste Aufsätze über grundsätzliche wirtschafts- und währungspolitische Themen (vgl. Hohmann 1997, S. 8). In dieser Zeitspanne stand er auch in dem schon erwähnten wissenschaftlichen Austausch mit Adolf Weber und Fritz Terhalle über Grundfragen der anstehenden Reformen.

Im Herbst 1947 kam die nächste Aufgabe auf Ludwig Erhard zu, die ihm ein Forum für hochkarätige Diskussionen wirtschaftlicher und politischer Fragen sowie die Möglichkeit bot, wirtschaftliche Entscheidungen der Alliierten mitzugestalten und sich für höhere Aufgaben zu profilieren. Der für die Bizone eingerichtete Wirtschaftsrat hatte Mitte des Jahres 1947 beschlossen, unter dem Namen »Sonderstelle Geld und Kredit« eine Art Sachverständigenrat zu schaffen, der den Wirtschaftsrat bei der bevorstehenden Währungsreform beraten und möglichst die Alliierten dazu bewegen sollte, die Reform auf eine für die deutsche Bevölkerung akzeptable Weise durchzuführen (vgl. Mierzejewski 2005, S. 93). Auf Vorschlag des FDP-Politikers Everhard Bungartz berief der Wirtschaftsrat der Bizone Ludwig Erhard zum Mitglied der Sonderstelle Geld und Kredit. Sie war zwar in Haushaltsfragen der Verwaltung für Finanzen der Bizone unterstellt, aber in wirtschaftspolitischen Fragen unabhängig. Die Mitglieder der Sonderstelle trafen sich regelmäßig am Sitz der bizona-

len Verwaltung in Bad Homburg. In der ersten Sitzung der Sonderstelle Geld und Kredit am 10. Oktober 1947 wurde Ludwig Erhard zum Vorsitzenden der Sonderstelle ernannt (vgl. Mierzejewski 2005, S. 93 f.).

Ebenso wie der Aufbau der Abteilung 2 des SIW wurde auch der Aufbau der Abteilung 3 (Industrie- und verfahrenstechnische Abteilung), die vom Vorstandsmitglied Rolf Waldmann geleitet werden sollte, zurückgestellt, was dazu führte, dass Waldmann sich von seinen SIW-Funktionen beurlauben ließ. Damit beschränkte sich das Tätigkeitsfeld des Instituts erst einmal auf die von Anton Reithinger geleitete Volkswirtschaftliche Abteilung, deren Arbeit durch ein kleines Wirtschaftsarchiv und eine Bibliothek unterstützt wurden. Dafür verfügte das Institut über einen Stab von etwa einem Dutzend Beschäftigter, der sich aus erfahrenen wissenschaftlich tätigen Referenten sowie technischen Kräften zusammensetzte, zu denen sporadisch freiberuflich tätige Personen hinzutraten.

Für einen zügigeren Aufbau der Forschungskapazitäten fehlte dem SIW das Geld. Erhard und vor allem auch Ludwig Kastl hatten als Hauptfinanzquelle des SIW aus zwei Gründen zunächst auf privatwirtschaftlich erzielte Erträge gesetzt: Zum einen sahen die Haushalte der öffentlichen Körperschaften unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs nur in geringem Umfang Mittel für die Förderung wirtschaftswissenschaftlicher Forschung vor; zum anderen sah Erhard (wie vor allem auch Ludwig Kastl) anfangs in der staatlichen Förderung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen das Einfallstor für staatliche Einflussnahme auf die Ausrichtung der Forschungsaktivitäten⁵⁸, die er ebenso strikt vermeiden wollte wie parteipolitische Einflussmöglichkeiten. Diese Zurückhaltung Erhards gegenüber der staatlichen Förderung trat in den Hintergrund, als sich schon in den ersten Monaten nach der SIW Umgründung herausgestellt hatte, dass die Einbindung der Wirtschaft und der relevanten staatlichen Institutionen in die Umgründung des Instituts nicht zu den erhofften finanziellen Impulsen geführt hatte und klar wurde, dass die Rüstkosten für die Entwicklung der personellen und fachlichen Arbeitsgrundlagen und der Infrastruktur nicht allein aus privatwirtschaftlich eingeworbenen Erträgen finanziert werden konnten.

Erhard lud das Kuratorium des SIW, deren Sitzungen er selbst leitete, bereits für den 29. September 1947 zu einer Sitzung ein, in der er mit aller Deutlichkeit die Finanzierungs- und Existenzfrage stellte. An dieser Sitzung nahmen neben bedeutenden Unternehmerpersönlichkeiten wie Ludwig Kastl und Ernst von Siemens auch Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft (Wegmann) und des Bayerischen Staatsministerium der Finanzen (Wagenhöfer) teil. Erhard beklagte die zu geringe Bereitschaft der im Kurato-

⁵⁸ So Äußerungen Erhards und Kastls in Sitzungen des SIW-Kuratoriums vom 29. September 1947, Bay HStA MWi 12799, und vom 26. Juli 1948, Bay HStA MF 71499.

rium vertretenen Institutionen, sich an der Finanzierung des Instituts zu beteiligen und forderte das Kuratorium auf, Klarheit über die künftige Finanzierung zu schaffen. Unter Hinweis auf seine neu gewonnenen politischen Erfahrungen auf Ebene der bizonalen Verwaltung betonte er die Potenziale des Instituts: »Wenn es das Institut nicht schon gäbe, müsse es unbedingt gegründet werden.«⁵⁹

Erhard verlangte vom Kuratorium, zwei Fragen grundsätzlich zu klären:

Frage 1: Wird das Süddeutsche Institut von der Wirtschaft und den Behörden für notwendig gehalten?

Frage 2: Wenn Frage 1 mit »ja« beantwortet wird: Können die Mittel in der Höhe aufgebracht werden, wie sie für die Arbeit eines wirtschaftswissenschaftlichen Instituts erforderlich sind?

Dazu gab Erhard einen kurzen Überblick über die aktuelle (schwierige) Situation der anderen Wirtschaftsforschungsinstitute und erklärte, warum das Süddeutsche Institut für Wirtschaftsforschung bislang nur mit der Volkswirtschaftlichen Abteilung gestartet war. Dass der Abschluss von Arbeitsverträgen mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zurückgestellt worden war, begründete Erhard mit der finanziellen Lage des Instituts. Es seien aber Vorverträge mit »bekannten Wirtschaftswissenschaftlern mit Institutserfahrung« geschlossen worden und deren Zuzugsgenehmigungen geklärt.

Die unbedingte Notwendigkeit der Existenz und Weiterentwicklung des Instituts wurde in völliger Übereinstimmung sämtlicher Sitzungsteilnehmer bejaht, und es wurde deren Bereitschaft festgestellt, im Rahmen der jeweiligen persönlichen Möglichkeiten für eine bessere Finanzierung des Instituts zu werben. Dies führte zu folgendem einstimmig gefassten Beschluss des Kuratoriums:

»Beschluss: Die anwesenden Mitglieder des Kuratoriums erklären einstimmig, dass sie die weitere Entwicklung des »Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung« unbedingt für notwendig halten. Wenn man auch von dem Grundsatz ausgehen muss, dass die Finanzierung des Instituts für die Zukunft Angelegenheit der Wirtschaft sein müsste, so ist das Kuratorium doch der Meinung, dass es bei der Aufbringung der Mittel für den Aufbau und das Anlaufen des Instituts auch einer wesentlichen Unterstützung seitens der staatlichen Behörden bedürfe.«

Ludwig Erhard beließ es nicht bei Appellen. Am 27. Oktober 1947 traf er sich mit dem bayerischen Wirtschaftsminister Hanns Seidel (CSU)⁶⁰, um ihm die Pläne

für das Süddeutsche Institut für Wirtschaftsforschung vorzustellen und ihn für seine Unterstützung und die Mitgliedschaft im Kuratorium zu gewinnen. Dabei ging es Erhard vor allem darum, dem Minister »die entscheidende Bedeutung einer raschen Finanzierung und einer Sicherstellung des Etats vor Augen zu führen«. Wie Erhard in seinem anschließenden Schreiben an Staatsminister Seidel vom 3. November 1947 festhielt, erklärte sich dieser bereit, »aus dem dem Wirtschaftsministerium zur Verfügung stehenden Fonds einen größeren Beitrag (...RM 70–80.000) für den Aufbau des Instituts abzugeben und mit dem Finanzministerium die dazu erforderliche Regelung zu treffen.« Ludwig Erhard bat den Minister, »unbeschadet der noch zu erfolgenden Abklärung mit den parallel laufenden Plänen des Herrn Dr. Wagner« initiativ zu werden, »um eine weitere Verzögerung zu vermeiden«.⁶¹

KONKURRENZ UM DIE FÖRDERUNG MIT BAYERISCHEN MITTELN: DIE PLÄNE RUDOLF ZORNS UND KARL WAGNERS ZUR ERRICHTUNG EINES »ZENTRALARCHIVS FÜR EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSKUNDE«

Zwischenzeitlich war auf ministerieller Ebene ein ernstzunehmender Mitbewerber um die staatliche Förderung wirtschaftswissenschaftlicher Aktivitäten aufgetaucht. Die »parallel laufenden Pläne des Herrn Dr. Wagner«, wie es im Schreiben Erhards an StM Seidel heißt, bezogen sich auf die Errichtung eines an das Bayerische Statistische Landesamt gekoppelten »Zentralarchivs für europäische Wirtschaftskunde«, das in Form einer durch Zuschüsse des Freistaats Bayern finanzierten privatrechtlichen Körperschaft gegründet werden sollte. Initiator dieses Vorhabens war Ludwig Erhards Nachfolger als bayerischer Wirtschaftsminister Rudolf Zorn (SPD). Er hielt – wie Erhard – den Aufbau einer in München ansässigen Wirtschaftsforschungseinrichtung für dringend notwendig, dachte aber mehr an eine »halb-offiziöse« und mit dem Bayerischen Statistischen Landesamt institutionell verbundene Institution, die in erster Linie staatlichen Stellen mit den benötigten Wirtschaftsinformationen und darauf aufbauenden Forschungsleistungen versorgen sollte.⁶²

Im Einzelnen sahen die von Rudolf Zorn und Karl Wagner entwickelten Pläne die Gründung eines zentralen Archivs mit integriertem Forschungsstab vor. Fundament dieser Einrichtung sollte eine »archivale Zentralsammelstelle für alle im sozial-ökonomi-

Erhard Rudolf Zorn im Amt des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft abgelöst.

⁶¹ Schreiben des Vorsitzenden des Vorstands des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Ludwig Erhard an den Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft Hanns Seidel vom 3. November 1947, Bay HStA MWi 12799.

⁶² Dass Rudolf Zorn geistiger Urheber der Pläne für das Zentralarchiv für europäische Wirtschaftskunde war und die Antragstellung durch den Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamtes beim Bayerischen Staatsministerium des Innern initiiert hatte, ergibt sich aus einem persönlichen Schreiben Zorns an den bayerischen Innenminister Anker Müller vom 1. Oktober 1947 (HStA MWi 12799).

⁵⁹ Protokoll der Sitzung des Kuratoriums des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 29. September 1947, Bay HStA MWi 12799.

⁶⁰ Hanns Seidel hatte erst gut einen Monat vor dem Gespräch mit

schen Bereich liegenden dokumentarischen Unterlagen« für das gesamte Deutschland und das Ausland sein, die »auch für aktuelle Problemstellungen jüngstes Zahlen- und Nachrichtenmaterial präsent hält«. ⁶³ Das Archiv sollte für Süddeutschland einen ähnlichen Schwerpunkt herausbilden »wie es für den norddeutschen Raum das HWWA und das Institut für Weltwirtschaft in Kiel gewesen ist«. ⁶⁴ Als »integrierender Bestandteil des Archivs« war laufende Wirtschaftsbeobachtung vorgesehen, mit deren Hilfe die notwendigen »Tatbestandkenntnisse« ermittelt werden, auf die sich die Forschungsarbeit stützen sollte, die aber mithilfe eines Informationsdienstes laufend auch den Wirtschaftsverbänden und sonstigen am wirtschafts- und sozialpolitischen Geschehen Interessierten zugutekommen sollte. Zur Wirtschaftsbeobachtung gehörten auch eine systematische Beobachtung der Auslandsmärkte und die Zusammenstellung der wichtigen gesetzgeberischen und statistischen Materialien des Auslands. ⁶⁵

Der zweite Schwerpunkt der Planungen für das Zentralarchiv war ein »Forschungsstab bestens geschulter Statistiker und Volkswirte, der in der Lage ist, aufgrund des ihm zur Verfügung stehenden Unterlagenmaterials Untersuchungen und Denkschriften auszuarbeiten und Material als Vorarbeiten für wirtschaftspolitische Entscheidungen zusammenzustellen, (und) der weiterhin imstande ist, sich über wirtschaftspolitische Anträge und Vorschläge gutachterliche oder mit Gegenvorschlägen zu äußern.« ⁶⁶ Als weiterer Schwerpunkt der Forschungsarbeiten wurde mit Verweis auf die »Anforderungen der Wirtschaftslenkung« und der bevorstehenden Währungs- und Finanzreform die »Planungsforschung« angesehen. Denn: »Die staatlichen Planungen zugrundeliegende Forschungsarbeit liege noch weitgehend im Bereich der Ministerien selbst, »sie sollte aber der Hast und Unruhe des täglichen Geschäftsbetriebes grundsätzlich entzogen sein und in einer Atmosphäre wissenschaftlicher Versenkung« ⁶⁷ angesiedelt werden.« ⁶⁸

Damit wollten Zorn und Wagner nicht nur ein Zentralarchiv nach dem Muster des HWWA und des IfW errichten, sondern dies auch zu einem Konjunkturforschungsinstitut ausbauen. Dabei orientierten sie sich an dem Vorbild Ernst Wagemanns, der das Berliner Institut für Konjunkturforschung aufgebaut und parallel zum Statistischen Reichsamt geleitet hatte. Dazu heißt es in dem Konzept für das Zentralarchiv wörtlich: »Da die Statistik heute mit zu den wichtigsten Tatbestandunterlagen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik gehört, empfiehlt es sich – auch aus Gründen sparsamsten zentralen Einsatzes der Mittel –, das Zentralarchiv für europäische Wirtschaftskunde in engste räumliche und personelle Verbindung mit dem Bayerischen Statistischen Lan-

desamt zu bringen. Nach den Erfahrungen früherer Jahre hat sich die Koppelung zwischen Statistischem Reichsamt und Institut für Konjunkturforschung als höchst zweckmäßig und außerordentlich fruchtbar erwiesen. In ähnlicher Form sollte daher das Archiv – ohne im eigentlichen Sinne Behörde zu sein – halb-offiziösen Charakter tragen, indem es als Stiftung oder Verein dem Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamtes unterstellt wird und durch diese Personalunion mit ihm verkoppelt wird.« ⁶⁹

Zorn fädelt seinen Plan geschickt ein: Er wandte sich mit seiner Idee an den Landesamtspräsidenten Wagner, der sie aufgriff und einen umfassend begründeten Antrag auf Gründung und staatliche Förderung des zu gründenden Zentralarchivs für europäische Wirtschaftskunde ausarbeitete und zuständigkeitshalber an den bayerischen Innenminister Josef Seifried (SPD) schickte. Seifried holte zu diesem Vorschlag mit Schreiben vom 1. Juli 1947 die Stellungnahme Rudolf Zorns als fachlich beteiligtem Wirtschaftsminister ein, der sich – Welch Wunder – dem Innenminister gegenüber nachdrücklich für die Gründung des Zentralarchivs und dessen Finanzierung mit staatlichen Mitteln einsetzte, ohne in diesem Schreiben offenzulegen, dass er selbst geistiger Urheber dieses Plans war. Anders das in dieser Sache ebenfalls am 1. Juli 1947 vom BStMI angeschriebene Finanzministerium: In seiner Antwort vom 8. September 1947 erkennt der bayerische Finanzminister Hans Kraus durchaus an, dass »die archivalische Sammlung aller für die Wirtschafts- und Sozialpolitik wertvollen Unterlagen erwünscht ist« und »eine solche Materialsammlung nur dann sinnvoll ist, wenn sie wissenschaftlich ausgewertet wird, sei es im Sinne einer systematischen Marktbeobachtung, sei es für interregionale und internationale Vergleiche oder dgl. mehr«. Dennoch befürwortet Kraus die Errichtung und staatliche Förderung eines solchen Zentralarchivs nicht, weil »schon heute mehrere teils staatliche, teils private oder halb öffentliche Einrichtungen vorhanden sind, die in diesem Sinne bereits tätig sind.« In diesem Zusammenhang verweist er vor allem auf das von Ludwig Erhard und Anton Reithinger gegründete und betriebene Institut. Eine Förderung eines zentralen Archivs sei allenfalls denkbar, wenn es gelänge, mehrere der bestehenden Einrichtungen zusammenzufassen. Aber auch dann müsse die zentrale Einrichtung unter maßgeblicher Beteiligung der davon profitierenden Kreise finanziert werden. In diesem Zusammenhang erwähnt Minister Kraus wiederholt die Finanzierung des Erhard-Instituts aus privaten Quellen als Vorbild. ⁷⁰

Das Antwortschreiben des Finanzministers war der erste Schritt in Richtung auf eine ressortübergreifende Abstimmung über die Frage der staatlichen Förderung eines Wirtschaftsforschungsinstituts in Bayern. Die Kernaussage dieses Schreibens, dass das BStMF den Auf- und Ausbau in München ansässiger

⁶³ Schreiben BStMI an BStMW vom 1. Juli 1947, Anlage »Begründung«, S. 1 f., HStA MWi 12799.

⁶⁴ Ebenda, S. 3.

⁶⁵ Ebenda, S. 3 f.

⁶⁶ Ebenda, S. 2.

⁶⁷ Wörtliches Zitat.

⁶⁸ Schreiben BStMI an BStMW vom 1. Juli 1947, Anlage »Begründung«, S. 3, HStA MWi 12799.

⁶⁹ Ebenda, S. 5 f.

⁷⁰ Schreiben des BStMF an den BStMI vom 8. September 1947, HStA MWi 12799.

wissenschaftlicher Einrichtungen für die Wirtschaftsforschung begrüßt und prinzipiell bereit ist, sie zu fördern, wenn die Kräfte gebündelt und die nutzenfönden Kreise an der Finanzierung beteiligt werden, wird im Oktober 1947 in einer Vorlage des federführenden Referenten im StMW (Wegmann) an seinen Minister Hanns Seidel aufgegriffen. Die Vorlage Wegmanns vom 10. Oktober 1947 diente der Information der Leitung des Hauses sowohl über die Ergebnisse der Sitzung des Kuratoriums des SIW als auch über das der Gründung des Zentralarchivs für europäische Wirtschaftskunde zugrunde liegende Konzept. Wegmann stellt fest, dass sich die Zwecksetzungen beider Institute teilweise unterscheiden, sich aber darin berühren, dass beide auf volkswirtschaftliche Auswertungen abzielen und auch das Süddeutsche Institut für Wirtschaftsforschung beabsichtigt, sich einen breiten Materialbestand an Zeitungen, Zeitschriften, Fachliteratur usw. zuzulegen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass hinter beiden Einrichtungen eine gute Idee steht und es für Bayern wie für die ganze US-Zone von Nutzen wäre, wenn ein Institut geschaffen werden könnte, dass sowohl die archivmäßige Sammlung von Material als auch die Auswertung in engem Zusammenwirken mit den Ministerien und der Wirtschaft vornimmt. Als Beispiel eines wichtigen Aktionsfelds benennt er die Außenwirtschaft: Es sei sehr erwünscht, wenn die Abteilung Außenhandel des Wirtschaftsministeriums auf ein Institut zurückgreifen könnte, dass marktanalytische Untersuchungen für die einzelnen Exportmärkte liefert. »Besonders wertvoll« sei der Plan der SIW-Leitung, auch Forschungen auf dem betriebs- und marktwirtschaftlichen sowie industrietechnischen Gebiet durchzuführen. Wegmann lehnt aber die Gründung von zwei parallel arbeitenden Einrichtungen strikt ab und plädiert nachdrücklich dafür, beide Projekte zusammenzuschließen.⁷¹

Ein Hindernis für einen solchen Zusammenschluss sah Wegmann darin, dass Landesamtspräsident Wagner und SIW-Vorstand Reithinger »aus persönlichen Gründen nicht zu einer Zusammenarbeit bereit sein« könnten. Außerdem müsse die bisher ehrenamtliche Leitung des SIW durch eine hauptamtliche Leitung ersetzt werden, was Wegmann zuvor bereits in der Sitzung des SIW-Kuratoriums zur Sprache gebracht hatte. Für die hauptamtliche Leitung brachte er den Nationalökonom Hans Möller wegen seiner engen Kontakte zu den Kreisen um Ludwig Erhard und zum Bayerischen Statistischen Landesamt ins Spiel. Professor Möller habe »sich im Länderrat sehr bewährt und würde gerne eine solche Tätigkeit im München aufnehmen«.⁷²

Diese von Staatsminister Seidel abgesegnete Grundlinie des BStMW wurde in der zweiten Novemberwoche 1947 in einem ressortübergreifenden Abstimmungsgespräch zwischen BStMW (Wegmann), BStMI (von Lex) und BStMF (Barbarino) bestätigt und

weiter konkretisiert. Sie verständigten sich darauf, dass **nur ein Institut** finanzielle Unterstützung erhalten soll. Voraussetzungen für dessen finanzielle Unterstützung sollten sein: Es sollte selbständig sein und vom Staat, der Wirtschaft (einschließlich Gewerkschaften) und der Wissenschaft getragen und gefördert werden sowie mit dem statistischen Landesamt zusammenarbeiten. Das Institut sollte »von einem hauptamtlich besoldeten Herrn geleitet« werden, der von einem ehrenamtlichen Direktorium oder einem Ausschuss des Kuratoriums, bestehend aus etwa je zwei Vertretern der Ressorts, der Wirtschaft und der Wissenschaft, unterstützt wird. Die Einzelheiten sollten in einem Gespräch zwischen Vertretern der beteiligten Ressorts, des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Bayerischen Statistischen Landesamtes sowie Mitgliedern der Staatswirtschaftlichen Fakultät (Adolf Weber, Otto von Zwiedineck-Südenhorst und Oskar Anderson) erörtert werden.⁷³

In dieser Besprechung der drei beteiligten Ressorts kam Hans Möller nicht mehr als potenzieller Kandidat für die Institutsleitung zur Sprache. Stattdessen brachte das Innenministerium Oskar Anderson, Inhaber eines Lehrstuhls für Ökonomie und Statistik an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München, ins Spiel. Dessen Kandidatur rückte aber wieder in den Hintergrund, als Anton Reithinger wenige Tage nach dem Abstimmungsgespräch der drei Ressorts dem Wirtschaftsministerium gegenüber seine Bereitschaft erklärt hatte, »sich als hauptamtlicher Leiter anstellen zu lassen«. Er war ab diesem Zeitpunkt (November 1947) der Favorit für diese Aufgabe, und die Vertreter der Ressorts zeigten Verständnis für den Standpunkt des SIW, dass »es immerhin bereits gegründet sei, und dass seine Leiter, insbesondere Herr Dr. Reithinger mittlerweile mancherlei Arbeit auf die Einrichtung des Instituts verwendet haben«. Es gehe deshalb »nicht mehr darum, das Institut erst zu gründen und einen Leiter auszuwählen, sondern nur noch um die Frage, ob die Behörden das Institut finanziell unterstützen wollen.« Dieser Umstand sollte – wie Wegmann in der Vorlage an seinen Minister Seidel vom 3. Dezember 1947 betont – »bei den weiteren Verhandlungen nicht außer Acht gelassen werden«. Allerdings sei die Gewährung von Staatsgeldern an das Süddeutsche Institut für Wirtschaftsforschung nur »zu rechtfertigen, wenn der Einfluss des Staates auf die Leitung des Instituts gesichert ist« (gemeint ist die Beteiligung des Fachressorts an einem ehrenamtlichen Direktorium bzw. einem Arbeitsausschuss des Kuratoriums des Instituts).⁷⁴

An die Möglichkeit, dass Karl Wagner ein potenzieller Leiter der zu verschmelzenden Einrichtung sein könnte, dachte zu diesem Zeitpunkt niemand. Im Gegenteil hatte der Finanzminister bereits in seinem Schreiben an den Innenminister vom 8. September 1947 die wissenschaftliche Qualifikation Wagners

⁷¹ Vermerk BStMW (Wegmann) vom 10. Oktober 1947, HStA MWi 12799.

⁷² Ebenda.

⁷³ Vermerk BStMW (Wegmann) vom 3. Dezember 1947, S. 1; HStA MWi 12799.

⁷⁴ Ebenda, S. 2 f.

für die Leitung des vorgeschlagenen Zentralarchivs infrage gestellt.⁷⁵ Die Vertreter der drei Ressorts waren sich hinsichtlich der weiteren Verhandlungen ferner klar, dass die Verschmelzung der beiden Institutspläne kein Selbstläufer werden würde. Sie waren aus dem Umfeld Wagners darüber informiert worden, dass nach dessen Auffassung »eine Abgrenzung der Arbeitsgebiete und eine Zusammenarbeit ohne weiteres möglich sei« und »eine Aussprache zwischen Präsident Wagner und Dr. Reithinger geplant (war), um sowohl eine Abgrenzung der Arbeitsgebiete als auch eine Zusammenarbeit zwischen dem Süddeutschen Institut und dem Statistischen Landesamt, bzw. dem geplanten Zentral-Archiv zustande zu bringen«. Daraus schlossen die Ressortvertreter, dass die beiden beteiligten Einrichtungen an ihren ursprünglichen Plänen festhalten wollten und eine Zusammenlegung nicht ins Auge fassen.⁷⁶

Um der gemeinsamen Position der drei Ressorts Nachdruck zu verleihen, entschied das BStMF, der Zuwendung eines Betrages von RM 50 000,- an das Süddeutsche Institut für Wirtschaftsforschung nicht zuzustimmen, bevor nicht die demnächst geplante »Besprechung ... über die Gründung eines zentralen Institutes der hier infrage stehenden Art stattgefunden hat.« Über diese Entscheidung wurde das BStMW am 20. November 1947 in Kenntnis gesetzt.⁷⁷

Die in dem Abstimmungsgespräch zur Sprache gekommene »Aussprache zwischen Präsident Wagner und Dr. Reithinger« fand am 1. Dezember 1947 unter Beteiligung von Hans Langelütke (Regierungsdirektor im Bayerischen Statistischen Landesamt) und Eduard Werlé (Wissenschaftlicher Referent im SIW) statt. Es führte zu dem Ergebnis, das die Vertreter der Ressorts erwartet hatten: Landesamtpräsident Wagner hielt in einer allein von ihm unterzeichneten Niederschrift fest, dass die Aufgaben des vom Landesamt geplanten Zentralarchivs für europäische Wirtschaftskunde und des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung verschiedene Forschungsziele ansteuern. Es »handelt sich keineswegs um ein horizontales nebeneinander gleicher oder ähnlicher Aufgaben, sondern um vertikal gelagerte Aufgabenbereiche auf verschiedenen Forschungsebenen, bei denen das Zentralarchiv für die untere Stufe der Materialsammlung, Sichtung und Bereitstellung auf breiter Basis, das Institut für Wirtschaftsforschung für eine sich auf dieser Materialbasis weitgehend stützende Weiterverarbeitung für industriegewirtschaftliche Forschungszwecke zum Einsatz kommen soll.« Wagner schickte die Niederschrift Mitte Dezember 1947 an das bayerische Wirtschaftsministerium, ohne dass dies in der Folgezeit die Position des BStMW und der anderen beteiligten Ressorts änderte. Sie beharrten auf der Verschmelzung der beiderseitigen Pläne in einer Einrichtung und

der Erfüllung der an eine solche Einrichtung gestellten Anforderungen.

Damit gingen der Vorstand des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und die Leitung des Bayerischen Statistischen Landesamts mit folgenden Perspektiven in das entscheidende Jahr 1948: Um zumindest den Status quo zu erhalten und das Überleben des SIW zu sichern, musste der SIW-Vorstand vor allem die nicht-staatlichen Erlöse weiter ausbauen. Wollte es seine Arbeiten mithilfe staatlicher Zuschüsse aus Bayern auf eine breitere inhaltliche und finanzielle Grundlage stellen, musste es den Anforderungen der Staatsregierung gerecht werden, sich also der Integration der Wagner-Initiative öffnen und bereit sein, den ehrenamtlichen Vorstand durch eine hauptamtliche Leitung zu ersetzen sowie ein Kontroll- und Beratungsgremium (Verwaltungsausschuss des Kuratoriums) einzurichten, in dem auch die staatlichen Geldgeber einen Sitz bekommen mussten. Für das Bayerische Statistische Landesamt gab es hinsichtlich des gewünschten Zentralarchivs dagegen keinen Status quo, der zu erhalten gewesen wäre. Es durfte die im Aufbau befindliche Wirtschaftsbeobachtung nicht weiter aus Mitteln des Landesamtes finanzieren und konnte eine öffentliche Bezuschussung seiner Institutspläne allein durch eine Verschmelzung mit dem SIW realisieren.

Hinter den Kulissen wurde weiter um Lösungen gerungen. Dennoch dauerte es bis Mai 1948, bis die von den Ressorts geforderte »Klärung der Vereinigung der Institutspläne« so weit vorangeschritten war, dass das BStMF grünes Licht für die Auszahlung des beantragten Zuschusses an das Süddeutsche Institut für Wirtschaftsforschung gab. Mitursächlich für die Dauer dieser Klärungsphase war sicherlich auch, dass in der ersten Hälfte des Jahres 1948 die Länderverhandlungen über die gemeinsame Förderung außeruniversitärer überregionaler Forschungseinrichtungen auf Touren kamen und die bayerischen Ministerien – allen voran das Finanzministerium – stark in Beschlag nahmen.

DIE ENTSTEHUNG DER INFORMATIONS- UND FORSCHUNGSSTELLE FÜR WIRTSCHAFTS-BEOBACHTUNG BEIM BAYERISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMT

Schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hatten das Statistische Reichsamt und die statistischen Landesämter als Sammler und Bereitsteller der wirtschaftsstatistischen Daten große Bedeutung für die Wirtschaftsbeobachtung. Das Bayerische Statistische Landesamt gehörte zu den statistischen Ämtern, die nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches in der Lage waren, die statistischen Informationsleistungen zumindest im regionalen Bereich zügig wiederaufzunehmen (vgl. Langelütke 1965, S. 6). So stellte es beispielsweise in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung zu

⁷⁵ Schreiben des BStMF an den BStMI vom 8. September 1947; HStA MWi 12799.

⁷⁶ Vermerk BStMW (Wegmann) vom 3. Dezember 1947, S. 2; HStA MWi 12799.

⁷⁷ Vermerk BStMW (Kuchtner) vom 20. Dezember 1947; HStA MWi 1279.



Karl Wagner



Hans Langelütke

Bewirtschaftungszwecken Bedarfsschätzungen für alle lebensnotwendigen Güter zusammen, es brachte die landwirtschaftlichen Erhebungen in Gang, führte eine Wohnungszählung durch und brachte ab Herbst dieses Jahres schrittweise seine Veröffentlichungsreihen auf den Weg (vgl. Bayerisches Statistisches Landesamt 1959, S. 10).

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde das Bayerische Statistische Landesamt zunächst kommissarisch geleitet. Karl Wagner war der erste nach dem Kriegsende ernannte Präsident des Landesamts.

Karl Wagner (geboren am 15. Oktober 1893 in München; gestorben am 31. Mai 1963 in München) studierte zunächst neuere Sprachen. Nach Kriegsdienst und bis ins Jahr 1920 dauernder Kriegsgefangenschaft studierte er Nationalökonomie und Statistik an der Universität München, wo er 1922 promovierte. Von 1923 an war er zunächst als »Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter« und ab 1926 als Regierungsrat im Statistischen Reichsamt in Berlin tätig. Nach seinem Ausscheiden aus dem Statistischen Reichsamt im Jahr 1941 arbeitete er von 1942 bis 1945 in der Wirtschaftskammer Bayern. Ab dem 12. Februar 1946 leitete er das Bayerische Statistische Landesamt kommissarisch und ab 1947 als dessen Präsident. Im Jahr 1948 wurde er Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft und zugleich Mitglied des Internationalen Statistischen Instituts.⁷⁸ Wagners fachliches Interesse galt auch der Raumerforschung. Nach Gründung der Bayerischen Arbeitsgemeinschaft für Raumerforschung im Jahr 1949 wurde er deren erster Vorsitzender.⁷⁹

Wagners Bestreben als Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamts war darauf gerichtet, über den Bereich Bayerns hinaus eine gesamtdeutsche Wirtschaftsbeobachtung zu ermöglichen, um Politik und Wirtschaft mit den benötigten Grundlagen zu versorgen (vgl. Langelütke 1965, S. 6). Dazu sollte zunächst die Abteilung Wirtschaftsstatistik Aufgaben der Wirtschaftsbeobachtung übernehmen. Dafür wurde ab 1947 Personal eingestellt, und es wurde mit ersten konkreten Maßnahmen der kurzfristigen Wirtschaftsbeobachtung und der Bereitstellung der Ergebnisse an die

fachliche und allgemeine Öffentlichkeit begonnen. Das erste für die Wirtschaftsbeobachtung eingesetzte Publikationsorgan des Landesamts waren die Vierteljahresshefte »Bayerische Wirtschaftszahlen«, deren erste Ausgabe im Juli 1947 erschien und die ab dem Jahr 1948 von den ebenfalls vierteljährlich erscheinenden »Berichten zur bayerischen Wirtschaftslage« abgelöst wurden.⁸⁰

Zu den Experten, die im Jahr 1947 für den Aufbau der Wirtschaftsbeobachtung im Landesamt eingestellt wurden, gehörte **Hans Langelütke** (geboren am 25. Juni 1892 in Saalfeld/Thüringen, gestorben am 16. Januar 1972 in Brannenburg/Oberbayern). Langelütke studierte ab 1913 Volks- und Betriebswirtschaftslehre in Berlin und Freiburg/Breisgau und promovierte im Jahr 1923 bei Prof. Karl Diehl an der Universität Freiburg über das Thema »Tauschbank und Schwundgeld als Wege zur zinslosen Wirtschaft – Vergleichende Darstellung und Kritik der Zirkulationsreformen P. J. Proudhons und Silvio Gesells« (vgl. Harlander 1972, S. 127 ff.) Als Assistent von Karl Diehl (1924–1926) erweiterte er seine Studien auf Geschichte und Philosophie. Nach 1926 war Langelütke über zwei Jahrzehnte hinweg Mitarbeiter im Statistischen Reichsamt und im Institut für Konjunkturforschung in Berlin. Nach 1945 war er zunächst Abteilungsleiter für Planung und Statistik im Württembergischen Ministerium für Wirtschaft. Von dort holte Wagner ihn im Jahr 1947 an das Bayerische Statistische Landesamt, wo Langelütke in der Position eines Regierungsdirektors die Abteilung Wirtschaftsstatistik leitete (vgl. Harlander 1972, S. 127 ff.).

Die von Karl Wagner eingeleiteten Aktivitäten auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeobachtung lagen außerhalb der Zuständigkeiten des Landesamts (vgl. Langelütke 1965, S. 6). Um aus dieser Zwickmühle herauszukommen, hatte er beim Bayerischen Staatsminister des Inneren als vorgesetzter Dienststelle im Jahr 1947 den oben geschilderten Antrag auf Gründung

⁸⁰ Vgl. Bayerisches Statistisches Landesamt (1959, S. 10). Diese Berichte stellte das Landesamt im Jahr 1949 ein, nachdem im Zuge der Verschmelzung des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung die Arbeiten der Wirtschaftsbeobachtung und der Konjunkturanalyse auf das neue Institut für Wirtschaftsforschung e.V. München übergegangen waren und deren Ergebnisse (in erweitertem Rahmen) in der Zeitschrift »Wirtschaftskonjunktur« veröffentlicht wurden.

⁷⁸ Vgl. <https://www.statistik.bayern.de/ueberuns/geschichte/>, aufgerufen am 27. Mai 2018; Marquardt (1979, S. 311 f.).

⁷⁹ Vgl. <https://www.statistik.bayern.de/ueberuns/geschichte/>, aufgerufen am 27. Mai 2018.

des Zentralarchivs für europäische Wirtschaftskunde und dessen Finanzierung mit Mitteln des Freistaats Bayern eingereicht. Nach der Verständigung der drei beteiligten Ressorts auf eine Verschmelzung der Institutspläne des SIW und des Landesamts als Voraussetzung für eine staatliche Förderung mit Mitteln Bayerns war die beantragte Gründung des Zentralarchivs für europäische Wirtschaftskunde illusorisch geworden. Die Beibehaltung des Status quo – also die Fortsetzung der Wirtschaftsbeobachtung innerhalb des Landesamts – war ihm aus rechtlichen Gründen verwehrt. Entweder musste die begonnene Wirtschaftsbeobachtung wieder abgebaut oder es musste ein Weg für die von den drei Ressorts geforderte Verschmelzung der vom Landesamt betriebenen Wirtschaftsbeobachtung mit den Aktivitäten des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gefunden werden. In dieser Situation griff Wagner zu einem Trick. Da es beim bayerischen Wirtschaftsministerium einen nicht ausgeschöpften Titel für die Förderung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung gab, beantragte er dort im ersten Quartal 1948 eine Förderung in Höhe von RM 50 000 für »wissenschaftliche Forschungszwecke«, von denen er ausgehen konnte, dass sie im besonderen Interesse des Wirtschaftsministeriums liegen würden. Da Leistungen aus diesem Fonds der Zustimmung des Finanzministers bedurften, berichtete Wirtschaftsminister Hanns Seidel seinem Kabinettskollegen Hans Kraus mit Schreiben vom 30. März 1948 über »*neuerliche mündliche Verhandlungen*« mit Landesamtpräsident Wagner. Aus diesen Verhandlungen sei hervorgegangen, dass »*das Statistische Landesamt die Zielsetzung des geplanten Instituts auf Einrichtung eines wirtschaftsstatistischen Informations- und Exportdienstes ausdehnt, um aus der Industrieberichterstattung und den wirtschaftsstatistischen Unterlagen anfallendes Material einem möglichst weiten Kreis von Benutzern in der geeigneten Weise zugänglich zu machen.*« An einem solchen Informations- und Exportdienst, der z.B. Unterlagen zur Außenhandelsverflechtung und Produktionsstatistik der europäischen Staaten enthalte, sei das Wirtschaftsministerium interessiert. Deshalb erklärte Staatsminister Seidel sich bereit, dem Landesamt aus dem Etat des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft für die vorbereitenden Arbeiten zur Einrichtung eines »*wirtschaftsstatistischen Informations- und Exportdienstes*« den Betrag von RM 50 000 zur Verfügung zu stellen. Dies stellte er unter den ausdrücklichen Vorbehalt, dass dadurch die »*Frage der Gründung eines Sonderinstituts beim Statistischen Landesamt nicht präjudiziert werden soll.*«⁸¹ Das BStMF (Barbarino) stimmte diesem Vorhaben postwendend zu.

Die Bewilligung des beantragten Zuschusses war für Karl Wagner und Hans Langelütke der Startschuss, um die Informationsdienstleistungen auf dem Gebiet

der Wirtschaftsbeobachtung ab April 1948 weiter auszubauen und sie unter dem Dach des Landesamts in der »Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung« zu bündeln. Aufgrund der Erfahrungen, die Hans Langelütke am Statistischen Reichsamt und im Institut für Konjunkturforschung/DIW gewonnen hatte, wurde ihm die Leitung dieser Stelle als Hauptaufgabe zusätzlich zur Leitung der Abteilung Wirtschaftsstatistik des Landesamts übertragen (vgl. Harlander 1972, S. 132). Unmittelbar nach der Währungsreform am 20. Juni 1948 führte »die Ifo« Interviews mit einigen Hundert Unternehmern durch, um die Auswirkung der Geldumstellung auf Produktion und Investitionsverhalten abschätzen zu können (vgl. Marquardt und Strigel 1959, S. 21), und begründete damit die ifo-Tradition des Einsatzes von Unternehmensbefragungen für die kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung. Im Juli wurden die Ergebnisse des mithilfe des vom BStMW gewährten Zuschusses aufgebauten »Informations- und Exportdienstes« erstmals publik: Zusätzlich zu den vierteljährlichen »Berichten zur bayerischen Wirtschaftslage« hatte die Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung den »Ifo-Schnelldienst« entwickelt, dessen erste Ausgabe am 20. Juli 1948 an die Presse verschickt wurde und der bis zum heutigen Tage das wichtigste Publikationsorgan des ifo Instituts geblieben ist.⁸² In der Erstausgabe stellte sich die Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung folgendermaßen vor:

»Die »Ifo« ist ein wirtschafts-wissenschaftliches Institut zur systematischen Beobachtung des Wirtschaftsablaufs und zur Durchleuchtung des Aufbaus und der Bestimmungsfaktoren der Wirtschaft. Sie wurde auf Anregung aus Kreisen der Wirtschaft von dem Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamts Dr. Wagner unter Heranziehung erfahrener Wirtschaftswissenschaftler und Fachexperten ins Leben gerufen. Hierfür war in starkem Maße mitbestimmend, dass die notgedrungen zeitraubende Statistik als einziges Informationsmittel zur Wirtschafts- und Betriebssteuerung nicht mehr ausreicht und dass neuartige Erfassungsmethoden einen rascheren, deshalb aber nicht weniger gut fundierten Informationsdienst erforderlich machen. Die »Ifo« wird daher ihre Forschungs- und Erfassungsarbeiten nicht nur auf den altbewährten Methoden der Konjunkturforschung aufbauen, sondern sich auch repräsentativer Verfahren bedienen, wie sie auf dem Gebiet der Meinungsbefragung von den Amerikanern Gallup und Roper entwickelt und praktisch erprobt wurden. Durch sinnngemäße Anwendung dieser Verfahren im Bereich der Wirtschaftsbeobachtung und -befragung wird nicht nur die Erfassung beschleunigt, sondern zugleich soll auch das bisher in Deutschland stark vernachlässigte Gebiet psychogener Bestimmungsfaktoren, die in den Meinungen, Vor-

⁸¹ Schreiben des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft Hanns Seidel an den Bayerischen Staatsminister der Finanzen vom 30. März 1948, HStA MF 71499.

⁸² Ifo-Schnelldienst Nr. 1 vom 20. Juli 1948, (heutige Schreibweise: ifo Schnelldienst)

stellungen, Erwartungen u.ä.m. der Wirtschaftssubjekte liegen, gebührend berücksichtigt und aufgeheilt werden.

Der »Ifo«-Schnelldienst, dessen erste Ausgabe beiliegend übersandt wird, ist dazu bestimmt, der Presse die wichtigsten Ergebnisse unserer Arbeiten zu vermitteln. Der Schnelldienst wird laufend nicht nur über Ergebnisse der »Ifo«-Enqueten berichten, sondern auch andere aktuelle Nachrichten aus dem Bereich der **Wirtschafts- und Sozialbeobachtung** bringen. ...«

Der Schnelldienst war als (in der Regel) wöchentlich erscheinender und gegen Entgelt zu abonnierender Informationsdienst insbesondere für die Presse konzipiert. Seine erste Ausgabe vom 20. Juli 1948 befasste sich mit folgenden Themen:

- Erleben wir nur einen Ausverkauf? – Industrie erwartet für Juli leichte Produktionssteigerung.
- Bleibt uns Massenarbeitslosigkeit erspart?
- Verbesserte Zahlungsfähigkeit der Industrie.
- Export im Juni
- Das tägliche Brot. Die Lage am Internationalen Weizenmarkt.
- Stagnation im Weltaußenhandel 1948.

Zum Zeitpunkt des erstmaligen Erscheinens des Schnelldienstes lag die von zwei wissenschaftlichen Referenten (mit Unterstützung einiger Hilfskräfte) betriebene Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung⁸³ noch in der rechtlichen, fachlichen und finanziellen Verantwortung des Bayerischen Statistischen Landesamts; von einem »wirtschaftswissenschaftlichen Institut zur systematischen Beobachtung des Wirtschaftsablaufs und zur Durchleuchtung des Aufbaus und der Bestimmungsfaktoren der Wirtschaft« konnte zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Rede sein.

Mit Schreiben vom 24. September 1948 teilte Landesamtpräsident Wagner einigen Kontaktpersonen des Landesamts – darunter auch einem Vertreter des bayerischen Finanzministeriums – mit, dass »die von mir geschaffene Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung als eingetragener Verein verselbständigt werden« soll und lud sie für den 29. September 1948 in sein Dienstzimmer ein.⁸⁴

§ 2 der bei diesem Treffen verabschiedeten Vereinssatzung sah vor, dass der Verein Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung heißen und in das Vereinsregister des Amtsgerichts München eingetragen werden sollte. Zweck des Vereins sollte sein, »selbstständig und im Zusammen-

wirken mit dem Bayerischen Statistischen Landesamt wirtschaftliche und soziale Vorgänge des In- und Auslandes zu beobachten, das einschlägige Material zu sammeln, auszuwerten und der Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft zugänglich zu machen.«⁸⁵ Der Vorstand sollte aus einer einzigen mit fast allumfassenden Zuständigkeiten und Vollmachten ausgestatteten Person, nämlich dem Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamts bestehen. Ferner sah die Satzung die Einrichtung eines Kuratoriums vor, dem neben dem Vereinsvorstand (Wagner) und seinem Stellvertreter (Langelütke) mindestens sieben gewählte Personen angehören sollten. Tatsächlich wies die Liste der Kuratoren elf gewählte Mitglieder aus, nämlich Vertreter der Bayerischen Staatsministerien für Arbeit und soziale Fürsorge (R. Oechsle), des Innern (von Lex) und für Wirtschaft (Geiger), drei Mitglieder aus Wirtschaftsverbänden und zwei aus Unternehmen, jeweils ein Mitglied aus den Gewerkschaften und der Wissenschaft (Oskar Anderson) sowie schließlich Rudolf Zorn, der zum Vorsitzenden des Kuratoriums gewählt wurde.⁸⁶

Ein Protokoll der Gründungsversammlung ist in den Archiven nicht zu finden. BStMF-Vertreter Bensegger informierte seinen Kollegen Barbarino am 1. Oktober 1948 mit folgender Notiz über Ergebnisse der Sitzung: »Ich habe an der Sitzung teilgenommen. Über den Verlauf wurde eine Niederschrift aufgenommen, die auch Fin.Min. zugeht. Präs. Dr. Wagner will sie bitten, als Mitglied in das Kuratorium einzutreten. Der Verein hofft, sich finanziell selbst tragen zu können. Eine Bitte um staatliche Beihilfe wurde an mich nicht gestellt. Z. Zt. ist die Lage die, dass die 2 wissenschaftlichen (Mit-)Arbeiter für die Ifo und wissenschaftlichen Hilfskräfte ganz überwiegend auf Kosten des Haushalts des Statistischen Landesamts (...) gehen. Dem soll durch die Gründung des Vereins abgeholfen werden. Präs. Dr. Wagner würde Vorstand, Min. a. D. Dr. Zorn Vors. d. Kur. und Staatssekretär Geiger stv. Vors.«⁸⁷ Gegen dieses Ansinnen des Landesamtpräsidenten hatte BStMF-Referent Barbarino Bedenken. Er leitete den Vorgang am 11. November seinem Minister mit der Bitte um Entscheidung zu, ob er »der Aufforderung von Präsident Wagner, dem Kuratorium der Ifo beizutreten, nachkommen ... soll. Ich halte eine solche Bindung für nicht unbedenklich, weil vermutlich doch bald die Frage eines Staatszuschusses aufgeworfen werden wird. Nachdem es nicht gelungen ist, die hiesigen wissenschaftlichen Forschungsinstitute zusammenzufassen, dürfte es sich empfehlen, zu allen Seiten Distanz zu wahren.«⁸⁸ Minister Kraus legte mit handschriftli-

⁸⁵ Vgl. Satzung des Vereins Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung, beschlossen am 29. September 1948, ifo-Vorstandsarchiv.

⁸⁶ Vgl. Liste des Kuratoriums des Vereins Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung (ohne Datum), ifo-Vorstandsarchiv.

⁸⁷ Vgl. Handschriftliche Notiz Bensegger an Barbarino auf dem Einladungsschreiben des Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamts, HStA MF 71499.

⁸⁸ Vgl. Handschriftliche Vorlage Dr. Barbarino an den Minister vom 11. November 1948, HStA MF 71499.

⁸³ Vgl. Handschriftliche Notiz Bensegger an Barbarino auf dem Einladungsschreiben des Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamts, HStA MF 71499.

⁸⁴ Vgl. Einladungsschreiben des Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamts zur Gründungsversammlung der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung vom 24. September 1948, HStA MF 71499.

Nr. 1

Ifo Schnelldienst

**INFORMATIONS-UND FORSCHUNGSSTELLE
FÜR WIRTSCHAFTSBEOBSACHTUNG**

MÜNCHEN 27, MARIA THERESIASTR.17
Fernsprecher: 40 772, 42 215, 43 435

München, den 20. Juli 1948

Sehr geehrte Schriftleitung!

Die Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung - "Ifo" - erlaubt sich, Ihnen heute den ersten Pressedienst vorzulegen.

Die "Ifo" ist ein wirtschafts-wissenschaftliches Institut zur systematischen Beobachtung des Wirtschaftsablaufs und zur Durchleuchtung des Aufbaus und der Bestimmungsfaktoren der Wirtschaft. Sie wurde auf Anregung aus Kreisen der Wirtschaft von dem Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamts Dr. Wagner unter Heranziehung erfahrener Wirtschaftswissenschaftler und Fachexperten ins Leben gerufen. Hierfür war in starkem Masse mitbestimmend, dass die notgedrungen zeitraubende Statistik als einziges Informationsmittel zur Wirtschafts- und Betriebssteuerung nicht mehr ausreicht und dass neuartige Erfassungsmethoden einen rascheren, deshalb aber nicht weniger gut fundierten Informationsdienst erforderlich machen. Die "Ifo" wird daher ihre Forschungs- und Erfassungsarbeiten nicht nur auf den altbewährten Methoden der Konjunkturforschung aufbauen, sondern sich auch neuer repräsentativer Verfahren bedienen, wie sie auf dem Gebiet der Meinungsbefragung von den Amerikanern Gallup und Roper entwickelt und praktisch erprobt wurden. Durch sinngemäße Anwendung dieser Verfahren im Bereich der Wirtschaftsbeobachtung und -befragung wird nicht nur die Erfassung beschleunigt, sondern zugleich soll auch das bisher in Deutschland stark vernachlässigte Gebiet psychologischer Bestimmungsfaktoren, die in den Meinungen, Vorstellungen, Erwartungen u.ä.m. der Wirtschaftssubjekte liegen, gebührend berücksichtigt und aufgehellt werden.

- 2 -

Der "Ifo" - Schnelldienst, dessen erste Ausgabe beiliegend übersandt wird, ist dazu bestimmt, der Presse die wichtigsten Ergebnisse unserer Arbeiten zu vermitteln. Der Schnelldienst wird laufend nicht nur über Ergebnisse der "Ifo"-Enquêtes berichten, sondern auch andere aktuelle Nachrichten aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialbeobachtung bringen.

Da die "Ifo" als unabhängige, neutrale Forschungsstelle darauf angewiesen ist, sich selbst zu finanzieren und die Erhaltung des Apparates erhebliche Mittel erfordert, kann der "Ifo" - Schnelldienst den Zeitungen und anderen Publikationsorganen nur gegen ein entsprechendes Honorar zur Weiterverarbeitung überlassen werden. Wir stellen Ihnen den Abdruck der Beiträge des "Ifo" - Schnelldienstes zu Ehren Honorarsätzen frei. Wir sind aber auch bereit, mit Ihnen in ein festes Abnahmeverhältnis mit Pauschalhonorar zu treten. Die Höhe dieses Pauschalhonorars richtet sich nach Ihrer Auflage und nach den von uns ermittelten Kosten. Darüberhinaus sind wir bereit, Ihnen das ausschließliche Abdruckrecht für Ihr Verbreitungsgebiet zu reservieren. In diesem Falle würde sich das Pauschalhonorar entsprechend erhöhen.

Die Erfahrungen und ein hoffentlich rasch sich herausbildendes Vertrauensverhältnis zwischen dem "Ifo" - Schnelldienst und seinen Abnehmern sollen uns die sonstigen Anregungen zur weiteren Ausgestaltung des Dienstes geben.

Wir hoffen, dass schon der erste "Ifo" Schnelldienst in der Lage ist, Ihnen eine Vorstellung von seiner publizistischen Bedeutung zu vermitteln und zeichnen

hochachtungsvoll!
Die Schriftleitung des
"Ifo" Schnelldienstes

cher Antwort vom 20. November 1948 die Haltung des BStMF folgendermaßen fest: »Die Süddeutsche Forschungsanstalt hat von uns Staatszuschüsse erhalten und wird sie noch weiter beanspruchen. Ich halte dieses Unternehmen, das tüchtige Mitarbeiter hat, für unterstützungswürdig. Die Ifo führt zur Zersplitterung. Es fragt sich, ob sie neben der Süddeutschen Forschungsanstalt überhaupt Existenzberechtigung hat. Offenbar steht dahinter der Ehrgeiz des Herrn Dr. Wagner. Er wird früher oder später um Zuschüsse nachsuchen. Distanz!«⁸⁹

Ob Karl Wagner ernsthaft geplant hatte, den Verein im Vereinsregister eintragen zu lassen, ist fraglich. Denn es wurden bis zur Beschlussfassung zur Auflösung des Vereins am 24. Januar 1949 keine Schritte zur Anmeldung beim Vereinsregister unternommen. Überhaupt ist schleierhaft, welches Ziel Wagner und Zorn mit der Gründung des Vereins verfolgten. Die (laut Notiz des BStMF-Referenten Bensegger) in der Gründungssitzung vom 29. September kommunizierte Version, dass der Verein gegründet wurde, um die Tätigkeiten der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung in eigener Regie weiterzuführen und die bis dahin vom Landesamt getragenen Kosten zu übernehmen, dürfte nur ein Teil der Wahrheit gewesen sein. Denn die mit minimaler Personalkapazität ausgestattete »Ifo« konnte bis dahin nur aufgrund umfangreichen Zugriffs auf die Ressourcen des Landesamts existieren, und es hätte enormer Anstrengungen bedurft, sie zu einer lebensfähigen eigenständigen Einrichtung auszubauen. Dafür eine hinreichende Finanzierung zu finden, war illusorisch, zumal es auf Seiten der bayerischen Staatsregierung keinerlei Bereitschaft gab, für den Betrieb einer eigenständigen Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung staatliche Mittel bereitzustellen.

Der wirkliche Grund der Vereinsgründung erschließt sich daraus, dass BStMW-Staatssekretär Geiger zu den maßgeblichen Gründern des Vereins gehörte und sich in der Gründungsversammlung am 29. September 1948 bereiterklärte, sich zum Stellvertretenden Kuratoriumsvorsitzenden der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung wählen zu lassen. Möglicherweise war er sogar die treibende Kraft der Vereinsgründung. Denn einerseits wusste er, dass der Verein auf sich gestellt nicht lebensfähig war, andererseits hatte das BStMW großes Interesse an den Informationsleistungen der »Ifo«, die mit Mitteln seines Ministeriums entwickelt worden waren. Damit liegt nahe, dass der Verein Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung mit der Absicht gegründet wurde, um einen für alle Seiten gesichtswahrenden Weg zu finden, ihn zeitnah mit dem Süddeutschen Institut für Wirtschaftsforschung zu verschmelzen und so die beiderseitigen Aktivitäten in die Förderung mit staatlichen Mitteln (insbe-

sondere in die zu diesem Zeitpunkt bereits absehbare gemeinsame Forschungsförderung der Länder) aufnehmen zu können. Die Vereinsgründung entsprach auch den persönlichen Interessen Karl Wagners, der sich so zum weitgehend allein entscheidenden Vorsitzenden des Vorstands einsetzen lassen und sich so eine starke Ausgangsposition für die anstehenden Verhandlungen über die Verschmelzung der »Ifo« mit dem Süddeutschen Institut für Wirtschaftsforschung aufbauen konnte.

DIE ERSTEN SCHRITTE ZUR WEITERENTWICKLUNG DES SÜDDEUTSCHEN INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG ZU EINEM »REPRÄSENTATIVEN WIRTSCHAFTSFORSCHUNGSINSTITUT« U. A. DURCH VERKNÜPFUNG MIT DER INFORMATIONS- UND FORSCHUNGSSTELLE FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Der Zuschuss des BStMW an das Bayerische Statistische Landesamt in Höhe von RM 50 000, mit dem das Landesamt die Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung aufbaute, war der erste grundlegende Schritt zu der von den Ministerien geforderten Verschmelzung der Institutspläne des SIW und des Landesamts. Damit war der äußerst ehrgeizige Plan Wagners zur Gründung eines Zentralarchivs für europäische Wirtschaftskunde vom Tisch, und die Aufgaben der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung waren so angelegt, dass sie die Arbeitsschwerpunkte des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in idealer Weise ergänzten und für eine Verschmelzung mit dem SIW prädestiniert waren. Dass der bayerische Wirtschaftsminister den Zuschuss in der Erwartung einer baldigen Verschmelzung der Institutspläne des Landesamts und des SIW gewährte, zeigt auch sein ausdrücklicher Vorbehalt, dass der Zuschuss keine Zustimmung zum Aufbau eines »Sonderinstituts beim Statistischen Landesamt« bedeutete. Für diese Erwartung spricht ferner, dass das BStMW wenige Wochen später – im Mai 1948 – in Abstimmung mit dem Finanzministerium dem SIW den Zuschuss in Höhe von RM 50 000 bewilligte, den die Ministerien an die Klärung der beiderseitigen Institutspläne geknüpft hatten. Nicht nur das: Am 17. Juni 1948 wurde dem SIW ein zusätzlicher Zuschuss für Forschungszwecke in Höhe von RM 100 000 bewilligt und ausgezahlt.⁹⁰

Damit hatte sich die Situation für das Süddeutsche Institut für Wirtschaftsforschung vor Inkrafttreten der Währungsreform am 20. Juni 1948 finanziell deutlich entspannt. Der vom SIW-Vorstand zur Kuratoriumssitzung am 26. Juli 1948 vorgelegte Rechenschaftsbericht weist am Tag vor der Währungsreform ein Guthaben in Höhe von 203 000 RM aus. Dieser Betrag hätte, wenn es nicht zur Währungsumstellung gekommen

⁸⁹ Vgl. Handschriftlicher Vermerk des Bayerischen Staatsministers der Finanzen Hans Kraus vom 20. November 1948, HStA MF 71499.

⁹⁰ Vgl. Schreiben des BStMW (Kuchtner) vom 7. Mai 1948, Verfügung vom 17. Juni 1948, HStA MWi 12799.



© Süddeutsche Zeitung Photo

Ludwig Erhard

wäre, den Institutsbestand auf ein bis zwei Jahre hinaus gesichert.⁹¹

Auch in inhaltlicher Hinsicht hatten sich die Dinge bis Juni 1948 gut entwickelt. Obwohl die Entwicklung des SIW weiterhin stark durch die unzureichende Personaldecke (zu diesem Zeitpunkt neben dem Vorstand vier Wissenschaftliche Referenten, eine Wissenschaftliche Referentin sowie insgesamt sieben (teilweise wissenschaftlich ausgebildete) Archiv- und Verwaltungskräfte) gebremst war, hatte es seine Leistungen ausweiten und seine Position in Bayern und der amerikanischen Besatzungszone festigen können. Insbesondere die Monatsberichte mit aktuellen Ausarbeitungen z.B. über Fragen der Bewirtschaftung, die weltwirtschaftliche Lage, konjunkturpolitische Probleme der Steuerreform, Grundlagen des amerikanischen Steuersystems sowie die Auswirkungen der Geldreform auf die Wirtschaft, die Außenhandelsentwicklung und die Zukunft des deutschen Arbeitsmarktes stießen in der Wirtschaft und in staatlichen Stellen sowie vor allem auch in der Presse auf großes Interesse. Das führte dazu, dass das SIW mehr und mehr in der Presse und in Rundfunksendungen auftauchte und die Zahl der Vereinsmitglieder, an die die Monatsberichte geliefert wurden, auf 97 zahlende Mitglieder anstieg. Außer den in den Monatsberichten veröffentlichten Untersuchungen wurde eine Reihe kleinerer Gutachten (z.B. über die Themen Steuerreform, Bankwirtschaft in der britischen Zone, deutsch-österreichische Stromlieferungen und ihre Verrechnung, französische Baustoffwirtschaft) für die SIW-Mitglieder angefertigt.⁹² Dank der ausgezeichneten Verbindungen Erhards und Reithingers in Staat und Wirtschaft hinein zeigten sich immer mehr Persönlichkeiten aus der Wirtschaft und leitende Kräfte aus den Ministerien zur Unterstützung des Instituts bereit und traten in das Kuratorium ein, das 1948 bis auf 35 Mitglieder anwuchs. Diese positive Entwicklung wurde auch nicht dadurch gestoppt, dass Ludwig Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der Bizone ernannt worden war. Auch nach Antritt dieses bedeutenden und kräftezehrenden Amtes am 3. April 1948 hielt er seinem Institut die Stange und lenkte dessen

Zukunft in den verbleibenden Monaten des Jahres 1948 in die richtige Bahn.

In dieser Phase war die Rückendeckung durch den Vorstandsvorsitzenden für das SIW wichtiger denn je. Denn die Währungsreform verschlechterte die Liquiditätslage des Instituts – wie auch vieler anderer nicht-staatlicher Forschungseinrichtungen – über das erwartete Maß hinaus. Anders als erwartet waren auch die Bankguthaben von Forschungseinrichtungen im Zuge der Währungsreform auf den allgemeinen Satz abgewertet worden. So führte die Umwandlung des Reichsmark-Guthabens (RM 203 000) zu einem Kontenbestand in Höhe von DM 9 363, der aufgrund der laufenden Verbindlichkeiten bis Anfang Juli auf DM 1 188 abgeschmolzen war.⁹³ Rasche Hilfe war nicht in Sicht, da die Vereinsmitglieder und auch die öffentlichen Stellen infolge der Währungsreform ihre eigenen Liquiditäts- bzw. Haushaltprobleme lösen mussten und nur geringe finanzielle Spielräume hatten, um dem Institut unter die Arme zu greifen. Deshalb beantragte die SIW-Geschäftsführung beim Arbeitsamt München die Zustimmung zur nächstmöglichen Kündigung aller Beschäftigten des SIW. Sie wurde in der ersten Julihälfte 1948 erteilt, sodass die SIW-Geschäftsführung die Kündigungen – so der gegenüber dem Kuratorium abgegebenen Rechenschaftsbericht – zum 30. September 1948 aussprach. Ob die SIW-Geschäftsführung die Trennung von den Beschäftigten ernsthaft geplant hatte oder die Kündigungen nur dazu dienen sollten, das Kuratorium und die Bayerische Staatsregierung unter Druck zu setzen, kann dahingestellt bleiben. Denn sie wurden nicht vollzogen: Das SIW beschäftigte das Personal unverändert über den Kündigungstermin hinaus weiter.

Den durch die Währungsreform hervorgerufenen Liquiditätsengpass nahm die SIW-Geschäftsführung zum Anlass, in der Sitzung des Kuratoriums vom 26. Juli 1948 erneut die grundsätzliche Frage nach der Zukunft des Instituts zu stellen. In der fast halbtägigen Sitzung, an der 25 Kuratoren und Gäste teilnahmen – darunter Vertreter des BStMF (Barbarino) und des BStMW (Geiger, Wegmann) sowie Adolf Weber für die Staatswirtschaftliche Fakultät – wurde die Daseinsberechtigung des Instituts in keiner Weise in Frage gestellt. Ganz im Gegenteil wurde von den Sitzungsteilnehmern nachdrücklich die Weiterführung des Instituts gefordert, und es wurden die Weichen für dessen Ausbau zu einem »repräsentativen« Wirtschaftsforschungsinstitut für Westdeutschland gestellt.

Erhard eröffnete die Sitzung mit der Beteuerung, »wie verbunden er sich nach wie vor dem Süddeutschen Institut für Wirtschaftsforschung fühle und wie ihm dessen Schicksal und Entwicklung am Herzen liege. Welche Stellung er auch immer im wirtschaftspolitischen Leben jetzt einnehme, so bleibe er doch gleichzeitig der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung eng verbunden. Er sei heute mehr denn je davon überzeugt, nachdem er wieder stark im politischen Geschehen mitwirke, wie

⁹¹ Vgl. SIW-Rechenschaftsbericht (Reithinger) vom 2. Juli 1948, HStA MF 71499.

⁹² Ebenda.

⁹³ Vgl. Kassenbericht der SIW-Geschäftsführung vom 2. Juli 1948, HStA MF 71499.

wichtig es sei, dass die öffentlichen Verwaltungen sich auf wissenschaftliche Forschungsarbeiten stützen könnten. Deren Bedeutung werde künftig nicht absinken, sondern wachsen.⁹⁴ Es könne »überhaupt keine Überlegung geben, ob das Bedürfnis für Forschungseinrichtungen künftig bestehe.« Auch seine Kollegen in der bizonalen Verwaltung teilten die Auffassung, »dass zwischen wirtschaftlicher Forschung, Praxis und Verwaltung eine Brücke geschlagen werden müsse und praktische Erfahrung und wissenschaftliche Arbeit sich verbinden müssten, um beide Teile zu befruchten. In diesem Sinne sei die Institutsarbeit dazu berufen, Wegbereiter zu sein für eine moderne Wirtschaftsauffassung und für eine lebensnahe Wissenschaft.«⁹⁵

Die Vertreter der Bayerischen Staatsregierung und des BStMF schlossen sich Erhards Plädoyer ohne jede Einschränkung an. Staatssekretär Geiger meinte, »er müsse all das, was Dr. Erhard dargestellt habe, wiederholen, um den Herren seine eigene Auffassung sagen zu können.« Die Haltung des BStMW sei, »dass die bisherigen Arbeiten des Instituts einen großen Erfolg darstellen und zu weiteren Hoffnungen berechtigen«. Er bat alle Sitzungsteilnehmer, »davon überzeugt zu sein, dass das Wirtschaftsministerium alles tun werde, um dem Institut Hilfe zuteilwerden zu lassen.«⁹⁶ BStMF-Vertreter Barbarino äußerte sich ähnlich: Man sei sich im Finanzministerium »der Wichtigkeit der wirtschaftlichen Forschung durchaus bewusst« und wolle auch »von der Einrichtung des Instituts weitestgehend Gebrauch machen.« In dem Zusammenhang erklärte er das zögerliche Verhalten des BStMF bei der Zuweisung von Mitteln für das Jahr 1947: Es sei dem BStMF darum gegangen, sich bei der Vergabe staatlicher Mittel nicht zu verzetteln. Da Zuschussmittel nur in beschränktem Umfang zur Verfügung stehen, »habe es keinen Sinn, diese an zwei oder drei Institute zu verteilen, sodass keines dieser Institute leben oder sterben könne.« Und Barbarino machte klar, dass diese grundsätzliche Entscheidung der Staatsregierung zugunsten des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gefallen war, indem er dessen künftige Förderung mit bayerischen Mitteln ankündigte: Zwar könne im laufenden Quartal keine Zahlung erfolgen, weil der Staat vor einer kritischen Situation stehe, aber er erwartete, dass für die Quartale Oktober/Dezember 1948 und Januar/März 1949 Betriebsmittel in Höhe von DM 50 000 zur Verfügung gestellt werden könnten.⁹⁷

Die Aussprache führte zu dem einstimmigen Beschluss, »das Institut ... aufrecht zu erhalten und weiterzuentwickeln.«⁹⁸ Hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Instituts war man sich einig, dass ein »Sprung« nötig war, damit das SIW den gestellten

Anforderungen gerecht werden und sich zu einem »wirklich arbeitsfähigen und repräsentativen Institut für Westdeutschland« entwickeln konnte. In dem Zusammenhang kündigte Erhard an, dass sich in der von ihm geleiteten Verwaltung für Wirtschaft der Bizone künftig die Aufgaben weg von der Wirtschaftsverwaltung hin zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik verlagern würden. Um die Qualität der Arbeit seiner Verwaltung zu steigern, wollte er das Institut stärker heranziehen und Spezialaufgaben dorthin verlegen. Das bedeutete – so Erhard – nicht, dass das Institut seinen Sitz nach Frankfurt verlegen müsste, aber es biete sich an, »einen gewissen Stab nach Frankfurt zu verlegen, um in enger Fühlungnahme mit den wirtschaftspolitischen Stellen zu bleiben.«⁹⁹ Es war also daran gedacht, einen Arbeitsstab des SIW nach Frankfurt »zu dirigieren«, der unmittelbar mit den Stellen der Verwaltung der Bizone zusammenarbeiten sollte. Das Berliner DIW und das Kieler IfW hatten sich laut Sitzungsprotokoll vor der Sitzung des Kuratoriums grundsätzlich bereit erklärt, jeweils eine Verbindungsperson in diese »Clearing-Stelle« zu entsenden.¹⁰⁰

Unabhängig von der Frage der Präsenz in Frankfurt bestand laut Erhard »auch mit Oberdirektor Pünder und dem Direktor der Finanzen Hartmann – volle Einmütigkeit darüber, dass in Frankfurt die Absicht und auch die Mittel vorhanden seien, ernsthafte wirtschaftswissenschaftliche Arbeit zu unterstützen«, wobei in erster Linie an das Süddeutsche Institut und das Kieler Institut gedacht wurde. Das Süddeutsche Institut hatte sich – so Erhard – »bereits in der kurzen Zeit seines Bestehens einen solchen Namen gemacht«, dass seine finanzielle Unterstützung aus bizonalen Mitteln gesichert erschien. In »vielen Besprechungen mit Oberdirektor Pünder und Direktor Hartmann« sei diese Frage so eindeutig geklärt, dass »an einer Bereitstellung von DM 100 000 nicht gezweifelt werden könne.«¹⁰¹

Einvernehmen bestand auch darüber, dass es weiterhin notwendig war, aus der Wirtschaft Finanzierungsbeiträge einzuwerben, um die Finanzierung mit staatlichen Mitteln nicht zu dominant werden zu lassen. Dies veranlasste den BStMW-Referenten Wegmann zu der Klarstellung, dass sich die staatlichen Stellen über eine hohe finanzielle Beteiligung der Wirtschaft freuen würden. Aber: »Ein gewisses Fundament müsse durch den Staat gegeben werden, damit der Grundetat gedeckt sei; aber der bayerische Staat habe nicht die Absicht, das Institut durch seinen finanziellen Zuschuss beherrschen zu wollen.«¹⁰²

Mit den Finanzierungszusagen der Verwaltung der Bizone und des bayerischen Finanzministeriums war die finanzielle Perspektive für die Weiterentwicklung des Instituts erst einmal geklärt, aber das aktuelle

⁹⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kuratoriums des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 26. Juli 1948, S. 1 f., HStA MF 71499.

⁹⁵ Ebenda, S. 2.

⁹⁶ Ebenda, S. 4.

⁹⁷ Ebenda, S. 6.

⁹⁸ Vgl. Begleitschreiben zum Protokoll der Sitzung des Kuratoriums des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 26. Juli 1948, HStA MF 71499.

⁹⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kuratoriums des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 26. Juli 1949, S. 2; HStA 71499.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 4 und 9; SIW-Rechenschaftsbericht vom 2. Juli 1948, beides HStA MF 71499.

¹⁰¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kuratoriums des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 26. Juli 1949, S. 7; HStA 71499.

¹⁰² Ebenda, S. 8.

Liquiditätsproblem noch nicht gelöst, da mit den ersten Auszahlungen der bizonalen und bayerischen Mittel frühestens gegen Ende des Jahres 1948 zu rechnen war. Deshalb wurde beschlossen, dass die Wirtschaft kurzfristig in die Bresche springen sollte. Die SIW-Geschäftsführung wurde vom Kuratorium gebeten, an die privaten Firmen und Verbände mit der Bitte heranzutreten, für das zweite Halbjahr 1948 im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Zur künftigen Ausrichtung des SIW wurde festgelegt, dass das vom Vorstandsvorsitzenden avisierte Angebot einer engen wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Bizone auf jeden Fall für die Weiterentwicklung des Instituts genutzt werden sollte. Dazu gehörten auch der Aufbau und die Unterhaltung einer Zweigstelle des SIW in Frankfurt, sofern die Bedürfnisse der bizonalen Verwaltungen dies notwendig machen sollten. Der Hauptsitz des Instituts sollte aber, worauf die Vertreter der Ministerien besonderen Wert legten (und was auch zu keiner Zeit ernsthaft in Frage gestellt worden war), in München bleiben. Gleichzeitig bestand Einvernehmen, eine stärkere Ausdehnung auf den gesamten süd- und westdeutschen (trizonalen) Raum anzustreben.

Weitere grundlegende Vorentscheidungen für die künftige Ausrichtung des Instituts bezogen sich auf die Aktivierung der Abteilung 2 des SIW (Betriebs- und marktwirtschaftliche Abteilung), deren Aufbau aus finanziellen Gründen bislang zurückgestellt war, sowie auf die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen vor allem mit der Staatswirtschaftlichen Fakultät der LMU und auf die Möglichkeiten, institutsübergreifend die zur Verfügung stehenden Ressourcen besser zu nutzen. Dazu gilt im Einzelnen Folgendes:

Die Aktivierung der schon bei der Gründung des SIW geplanten betriebswirtschaftlichen Abteilung als zweiter Arbeitsschwerpunkt neben der der volkswirtschaftlichen Forschung wurde insbesondere von Ludwig Erhard forciert. In dieser Hinsicht verwies er auf seine aktuellen politischen Eindrücke. Gerade in der letzten Zeit sei deutlich geworden, dass die Fragestellung auf dem betriebswirtschaftlichen Sektor eine andere sei als auf dem volkswirtschaftlichen, und es bestehe in Deutschland keine andere Einrichtung, die sich mit diesen Aufgaben forschend befasse. Auch von Seiten seines Amtes bestünde dafür ein außerordentlich starkes Bedürfnis; hier sei »eine starke Aktivierung« wünschenswert.¹⁰³

Dies stieß im Kuratorium ebenso auf Zustimmung wie Erhards Petition, größten Wert darauf zu legen, dass »das Institut zu der wissenschaftlichen Forschung, den Universitäten und Hochschulen engste Verbindungen unterhält«.¹⁰⁴ Dabei wurde er von Adolf Weber nachdrücklich unterstützt. Weber betonte, dass die Zusammenarbeit des SIW mit anderen Forschungs-

einrichtungen auf mehreren Ebenen wichtig ist: Erstens mit den anderen Wirtschaftsforschungsinstituten Deutschlands, zweitens mit der Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für Bayern, in deren Ausschüssen Vertreter des Instituts mitarbeiten sollten, sowie drittens – und vor allem – mit Universitätsinstituten. Hier griff Weber als besonders schwierige Forschungsaufgabe der näheren Zukunft den Agrarsektor auf, für die an der Universität München eine spezielle Arbeitsgemeinschaft eingerichtet worden war. Mit ihr könne das Süddeutsche Institut zusammenarbeiten, ohne dass ein Nebeneinander zu befürchten sei. Auf Seiten der Fakultät sei die Zusammenarbeit (mit dem SIW) sicher. Und Weber betonte: Was er tun könne, wolle er gerne tun, um das Institut zu unterstützen.¹⁰⁵

Die Forderung nach einer weiteren Vertiefung der wissenschaftlichen Kooperationen zielte nicht nur auf die Stärkung der wissenschaftlichen Ausrichtung des SIW, sondern vor allem auch auf das generelle »Gebot der Sparsamkeit« beim Umgang mit den knappen Ressourcen ab: Aus diesem Gebot wurden sowohl die länderübergreifende Vermeidung wissenschaftlicher Doppelarbeit durch klare Abgrenzung der Aufgaben als auch die Bündelung wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftsstatistischer Aufgaben bei einzelnen Instituten und die wissenschaftliche Kooperation mit anderen Forschungseinrichtungen abgeleitet, um die knappen von Staat und Wirtschaft bereitgestellten Mittel besser zu nutzen.¹⁰⁶ Durch Bündelung und effizientere Nutzung der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftsstatistischen Forschungskapazitäten München zu einem Zentrum der Wirtschaftsforschung in der Trizone zu machen, wurde das zentrale Leitmotiv für die Weiterentwicklung des SIW.

In dem Zusammenhang wurden die Kuratoren darüber informiert, dass »die Differenzen mit dem Bayerischen Statistischen Landesamt hinsichtlich der Gründung einer eigenen Wirtschaftsforschungsstelle und der Konkurrenz um den bayerischen Staatszuschuss ... in gütlicher Vereinbarung beigelegt werden« konnten.¹⁰⁷ Der Inhalt dieser »gütlichen Vereinbarung« wurde laut Protokoll nicht näher erläutert.

Die am nächsten liegende Interpretation ist, dass Staatssekretär Geiger und der federführende Referent im BStMW (Wegmann), die beide an der Kuratoriumssitzung am 26. Juli 1948 teilnahmen, sich in den weiterlaufenden Verhandlungen mit Anton Reithinger und Karl Wagner grundsätzlich über die Verschmelzungsabsicht verständigt hatten, dies aber noch nicht an die große Glocke hängen wollten, weil die Art und Weise der Umsetzung noch offen war. Jedenfalls hatte die BStMW-Leitung – wie oben bereits angesprochen – großes Interesse daran, dass die wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftsstatistischen Aktivitäten sowohl des Süddeutschen Instituts für Wirtschafts-

¹⁰⁵ Ebenda, S. 11 f.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 5 und 9.

¹⁰⁷ Ebenda, S. 4; SIW-Rechenschaftsbericht (Reithinger) Juli 1948, beides HStA MF 71499.

¹⁰³ Ebenda, S. 11.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 11.

forschung als auch der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung in die Forschungsförderung durch die Länder aufgenommen werden. Entsprechenden Finanzbedarf hatte das Ministerium beim federführenden BStMI für die laufende Prüfung im Länderrat angemeldet.¹⁰⁸ Zwei auf demselben Fachgebiet arbeitende Einrichtungen in der gemeinschaftlichen Forschungsförderung unterzubringen, war aussichtslos, sodass es zur Verschmelzung der beiderseitigen Aktivitäten keine realistische Alternative gab.

Nur so ist zu verstehen, dass Staatssekretär Geiger – wie bereits ausgeführt – die Fäden in die Hand nahm und sich im September neben der Mitgliedschaft im SIW-Kuratorium auf Bitte des Landesamtspräsidenten Wagner auch zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung wählen ließ. In der Folgezeit war er auf Seiten der Staatsregierung der zentrale Ansprechpartner, der mehrere Gespräche mit den SIW-Verantwortlichen in Fragen der Finanzierung und Verschmelzung führte. Offensichtlich war er es, der die Verschmelzung der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung mit dem Süddeutschen Institut für Wirtschaftsforschung vorantrieb.

Ferner war sich das Kuratorium darin einig, dass aufgrund der wachsenden Aufgaben des Instituts Anton Reithinger künftig eine Vergütung für seine verantwortliche Tätigkeit als geschäftsführendes Vorstandsmitglied erhalten sollte. Es wurde ein Ausschuss eingesetzt, der dessen Gehalt festsetzen sollte. Angesichts der anstehenden grundlegenden Veränderungen wurde die satzungsgemäß in der ersten Jahreshälfte einzuberufende Jahresmitgliederversammlung auf den Herbst 1948 vertagt.¹⁰⁹

In den drei Monaten, die zwischen der Kuratoriumssitzung vom 26. Juli 1948 und der Einladung zur nächsten (außerordentlichen) Sitzung des Kuratoriums lagen, überschlugen sich die Ereignisse. Reithinger kümmerte sich mit großem Einsatz um die Umsetzung der Kuratoriumsbeschlüsse, vor allem um die Beseitigung des Liquiditätsengpasses. Mit Schreiben vom 16. August 1948 wies er die Mitgliedsfirmen auf die bestehende Finanzierungslücke in Höhe von DM 20 000 hin und bat darum, »einen Ihrem Ermessen anheimgestellten Teil des bereits in Reichsmark bezahlten Jahresbeitrags in DM nachzuleisten«.¹¹⁰ Drei Tage später richtete der Vorstandsvorsitzende Erhard einen von Reithinger vorbereiteten Antrag auf finanzielle Förderung an den Präsidenten der Bank Deutscher Länder¹¹¹, und mit Schreiben vom 15. September 1948 schickte Reithinger dem bayerischen Wirtschaftsministerium unter Bezugnahme auf die in der

Kuratoriumssitzung vom 26. Juli 1948 erteilten Zusagen und ein zwischenzeitlich geführtes Gespräch mit Staatssekretär Geiger einen Antrag auf Gewährung eines Zuschusses aus dem Etat für wirtschaftliche Forschungszwecke für die restlichen Monate des Jahres 1948. Diesem Antrag waren erste Untersuchungen des SIW über das amerikanische Steuersystem beigefügt, an denen die Staatsregierung besonderes Interesse gezeigt hatte.¹¹² Ferner entwickelte Reithinger bereits im August für das erweiterte »Institut für Wirtschaftsforschung« einen neuen an Praktiker in der Wirtschaft und der staatlichen Verwaltung gerichteten Fachinformationsdienst, und er führte (später ergebnislos abgebrochene) Gespräche mit dem Geschäftsführer des in Düsseldorf ansässigen Westdeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Dr. Görnandt) über den Zusammenschluss des SIW, des Westdeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Hamburg unter dem Dach der »Vereinigten deutschen Wirtschaftsinstitute«.¹¹³

Anton Reithinger schaffte es in seiner Amtszeit aber nicht mehr, die Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung mit dem SIW zusammenzuführen. In der zweiten Septemberhälfte 1948 kündigte er an, dass er zum 1. November 1948 aus dem Vorstand des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ausscheide. Eine offizielle Begründung gab er für seinen sang- und klanglosen Ausstieg nicht an. Die Begleitumstände legen es nahe, dass die im bereits zitierten BStMF-Vermerk vom 10. Oktober 1947¹¹⁴ angesprochenen persönlichen Differenzen zwischen Karl Wagner und Anton Reithinger unüberwindbar waren und den Plan der bayerischen Staatsministerien platzen ließen, Anton Reithinger nach Zusammenführung der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung mit dem Süddeutschen Institut für Wirtschaftsforschung zum hauptamtlichen Institutsleiter zu machen.

Die Art und Weise des Ausstiegs Anton Reithingers, der als freiberuflicher Kaufmann ein Beratungsbüro betrieb¹¹⁵ und später die Augsburger Schuhfirma August Wessels im Kuratorium vertrat, führte Ende September 1948 zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Betriebsrat.¹¹⁶ Anton Reithinger zog sich ab Ende September weitgehend aus der SIW-Geschäftsführung zurück und setzte mit einem an die Belegschaft gerichteten Schreiben Eduard Werlé als stellvertretenden Geschäftsführer ein¹¹⁷, nahm

¹¹² Vgl. Schreiben Reithinger an das BStMW (Kuchtnier) vom 16. August 1948, HStA MF 71499.

¹¹³ Vgl. Schriftwechsel zwischen SIW-Geschäftsführung und Dr. Görnandt, 1948, ifo-Vorstandsarchiv.

¹¹⁴ Vgl. Vermerk BStMW (Wegmann) vom 10. Oktober 1947, HStA MWI 12799.

¹¹⁵ Vgl. Bundesarchiv; GND:1030272166 {{ Reithinger, Anton }}; unter: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0/z/z1961z/kap1_5/para2_37.html.a.o.

¹¹⁶ Vgl. Schriftwechsel zwischen Betriebsrat und Anton Reithinger vom 28./29. September 1948, ifo-Vorstandsarchiv.

¹¹⁷ Vgl. »Sofortverfügung« Reithingers vom 30. September 1948, ifo-Vorstandsarchiv.

¹⁰⁸ Vgl. Entsprechende Hinweise finden sich in HStA MF 71499.

¹⁰⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kuratoriums des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 26. Juli 1949, S. 15; HStA MF 71499.

¹¹⁰ Vgl. Schreiben Reithinger an das BStMF (Barbarino) vom 16. August 1948, HStA MF 71499.

¹¹¹ Vgl. Schreiben des SIW-Vorstandsvorsitzenden Ludwig Erhard an Geheimrat Wilhelm Vocke, Präsident der Bank Deutscher Länder vom 19. August 1948, ifo-Vorstandsarchiv.

aber noch an der Sitzung des SIW-Kuratoriums am 1. November 1948 teil. Mit dieser Sitzung schied Reithinger aus dem SIW-Vorstand aus und wurde gleichzeitig in das Kuratorium des SIW gewählt. Zuvor hatte der vom Kuratorium angesetzte Ausschuss offensichtlich Reithingers Aufwandsentschädigung festgesetzt. Die Liquidationsbilanz des Süddeutschen Instituts vom 28. Februar 1949 weist unter den fälligen Verbindlichkeiten eine »Restschuld an Dr. Reithinger« in Höhe von 3 500 DM aus.¹¹⁸

DIE PLANUNGEN FÜR DIE NACH-ERHARD-ÄRA: DER AUSBAU DES SÜDDEUTSCHEN INSTITUTS ZUM »REPRÄSENTATIVEN« INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Damit stand Ludwig Erhard Ende September 1948 unter erheblichem Entscheidungsdruck, da sich vor Anton Reithinger auch Rolf Waldmann aus seiner Vorstandstätigkeit beim SIW verabschiedet hatte, und Erhard selbst gehalten war, als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft seinen SIW-Vorstandsvorsitz künftig ruhen zu lassen. Diese Entwicklung hatte aber auch eine positive Seite: Sie erleichterte den Umstieg von dem ehrenamtlich tätigen Vorstand auf die hauptamtliche Institutsleitung, woran die beteiligten Staatsministerien die Förderung des Instituts mit bayerischen Mitteln geknüpft hatten. Dazu schnürte Erhard, der nun allein die Vorstandsverantwortung trug, ein Paket, mit dem die in der Sitzung des Kuratoriums vom 26. Juli 1948 erörterten Weichenstellungen zum Ausbau des SIW zum »repräsentativen« Institut für Wirtschaftsforschung umgesetzt wurden:

Der erste Baustein dieses Pakets bestand darin, dass das Institut – wie es in der Kuratoriumssitzung vom 26. Juli 1948 besprochen worden war – seine Arbeitsfelder räumlich und inhaltlich erweiterte und dazu seinen Personalstamm ausbaute. Die räumliche Erweiterung bedeutete die Ausweitung des Auftrags des Instituts auf die Westzonen, was auch in der Umbenennung des SIW in »Institut für Wirtschaftsforschung« zum Ausdruck kommen sollte. Hinsichtlich der inhaltlichen Erweiterung musste das SIW seine Pläne teilweise revidieren: Aus der von Ludwig Erhard als sicher avisierten Zusammenarbeit des SIW mit der bizonalen Verwaltung und der sich daraus ergebenden finanziellen Förderung wurde nichts. Die Bizonen-Verwaltung hatte die dafür notwendigen Mittel nicht mehr in den Nachtragset für das Jahr 1948 einbringen können, weil der Länderrat eine Kommission zur Überprüfung der wissenschaftlichen Forschungsinstitute der Länder der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone eingesetzt hatte, die auch die Finanzierung der mit der bizonalen Verwaltung zusammenarbeitenden Forschungseinrichtungen in ihre Überprüfung aufnahm. Die Vorlage des Kommissionsberichts verzögerte sich über das Ende des Jahres 1948 hin-

aus¹¹⁹, sodass der bizonalen Verwaltung in Sachen Forschungsförderung die Hände gebunden waren. Damit konzentrierten sich die Pläne zur inhaltlichen Erweiterung des SIW im Herbst 1948 zum einen auf den Aufbau der Abteilung 2 (Betriebs- und marktwirtschaftliche Forschung), mit dem unverzüglich begonnen werden sollte. Für deren Leitung gewann Erhard den in der Institutsarbeit erfahrenen promovierten Betriebswirtschaftler Emil Fratz, der während Erhards Tätigkeit im Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware zu seinen engsten Vertrauten gehört hatte. Die Leitung der Volkswirtschaftlichen Abteilung war bereits im Laufe des Sommers von Anton Reithinger auf Eduard Werlé übergegangen. Zum anderen sollte nun die geplante Zusammenführung des SIW und der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung in Angriff genommen werden. Dafür mussten die Verhandlungen mit dem Landesamtspräsidenten Wagner und den Vertretern der Staatsregierung über die konkrete Ausgestaltung der Verschmelzung aufgenommen werden.

Der zweite Baustein des Pakets beinhaltete den Aufbau von Kooperationen mit anderen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen: den Aufbau der Forschungsgemeinschaft München, in der das Institut mit der von Adolf Weber geleiteten Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für Bayern und anderen in München ansässigen außeruniversitären Einrichtungen zusammenarbeiten wollte, die Kooperation mit der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München und die Zusammenarbeit mit den anderen deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten in der noch zu gründenden Arbeitsgemeinschaft der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute.

Der dritte Baustein betraf die Leitung des SIW. Erhard entschied, sein Amt als Vorstandsvorsitzender des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung nach der anstehenden Kuratoriumssitzung niederzulegen und in das Kuratorium zu wechseln. Die dadurch freiwerdende Position des Vorsitzenden des Vorstands des SIW blieb mit Blick auf die geplante Fusion mit der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung unbesetzt. Stattdessen wurde Ludwig Kastl, der bis dahin als Kurator nur im Hintergrund gewirkt hatte, in seiner Stellung als Kuratoriumsvorsitzender gestärkt. Insbesondere vertrat Kastl fortan das SIW in allen grundsätzlichen Entscheidungen, steuerte die Verschmelzung mit der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung und übernahm von Erhard auch die Leitung der Kuratoriumssitzungen. Ferner waren Erhard und Kastl sich einig, dass die beiden Abteilungsleiter Eduard Werlé und Emil Fratz zugleich zu hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern ernannt werden sollten.

Eduard Werlé (geboren am 11. September 1905 in Glogau/Schlesien; gestorben am 26. Oktober 1977

¹¹⁸ Vgl. Liquidationsbilanz des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 28. Februar 1949, HStA MWi 12799.

¹¹⁹ Vgl. Schriftwechsel zwischen dem hessischen Kultusministerium (Rupp) und dem bayerischen Finanzministerium (Wagenhöfer) aus November/Dezember 1948, HStA 71499.

in München) studierte Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Hamburg, Freiburg/Breisgau, Paris und Berlin und promovierte im Jahr 1933 am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel bei den Professoren Gerhard Colm und Bernhard Harms. IfK-Präsident Ernst Wagemann gewann ihn für das Institut für Konjunkturforschung in Berlin, wo Werlé von 1934 bis zum Kriegsende als Referent zunächst für öffentliche Finanzen und später für Außenhandel tätig war und Expertise auf dem Gebiet der empirischen Wirtschaftsforschung aufbauen konnte.¹²⁰ Werlé kam auf seiner Flucht aus Ostdeutschland nach München. In einem Spruchkammerverfahren wurde er zwar als Mitläufer eingestuft, das Verfahren wurde aber aufgrund einer Weihnachtsamnestie eingestellt. Mit Wirkung vom 15. Juni 1947 wurde er vom Süddeutschen Institut für Wirtschaftsforschung zunächst auf der Position eines Archivars angestellt, übernahm dann aber die Aufgaben eines Wissenschaftlichen Referenten mit dem wissenschaftlichen Schwerpunkt auf dem Gebiet der Konjunkturforschung und im Sommer 1948 die Leitung der Volkswirtschaftlichen Abteilung.

Emil Fratz (geboren am 26. Februar 1898 in Greipelbach, Todesdatum nicht bekannt) nahm ab 1916 als Unteroffizier am Ersten Weltkrieg teil und schloss anschließend seine Schulausbildung sowie seine Studien an der Universität Nürnberg und an der Handelshochschule Nürnberg als Diplom-Kaufmann (1929) und Diplom-Handelslehrer (1930) ab. Dort promovierte er im Jahr 1932. An der Handelshochschule war er zunächst als Rektoratsassistent (ab Juni 1930) und nebenamtlicher Assistent sowie von September 1932 bis Juni 1938 als planmäßiger Assistent für BWL tätig. Im Jahr 1936 wurde Fratz Mitglied der geschäftsführenden Leitung des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware und kehrte im Laufe des Jahres 1939 als leitender Assistent an die Handelshochschule Nürnberg zurück (vgl. Mantel 2009, S. 692). Fratz war passives Mitglied der NSDAP und anderer nationalsozialistischer Organisationen (NSLB, NSDDB und BNSDJ/NSRB) (vgl. Mantel 2009, S. 692). Nach dem Zweiten Weltkrieg war Fratz als selbstständiger Industrieberater und Sachverständiger in Spruchkammerverfahren tätig (vgl. Marquardt, S. 307), was auf seine vollständige Entlastung in den Entnazifizierungsverfahren schließen lässt.

Erhard und Ludwig Kastl kamen überein, diese Pläne dem Kuratorium Anfang November vorzustellen und Eduard Werlé in die Planungen und die Vorbereitung der Kuratoriumssitzung einzubinden. In dieser Phase erhielt Werlé ein attraktives Angebot zum Wechsel in die Bank Deutscher Länder. Mit tatkräftiger Unterstützung durch Ludwig Kastl und der Inanspruchnahme der Position eines Vorstandsmitglieds gelang es, Werlé zum Verbleib in München zu bewegen.¹²¹

Die Vorabstimmung dieses Pakets mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium und den Leitern der betroffenen Forschungseinrichtungen lief so erfolgversprechend, dass Ludwig Kastl im Einvernehmen mit Ludwig Erhard mit Schreiben vom 25. Oktober 1948 für den 1. November 1948 zu einer außerordentlichen Sitzung des Kuratoriums in den Kleinen Sitzungssaal des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft einlud. Grund für die außerordentliche Kuratoriumssitzung und einziger Tagesordnungspunkt waren die »notwendige Umorganisation des Instituts«.¹²² »In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung« wurden die Mitglieder des Kuratoriums um persönliches Erscheinen gebeten.¹²³ Zur Vorbereitung der Sitzung reiste Werlé am 28. Oktober zu einem Gespräch mit Ludwig Erhard nach Frankfurt.¹²⁴

Die Sitzung des Kuratoriums am 1. November 1948, an der Eduard Werlé und Emil Fratz als Gäste teilnahmen, war nicht nur die letzte Sitzung des SIW-Kuratoriums in Anwesenheit und unter Leitung Ludwigs Erhards, sondern die letzte Sitzung dieses Organs überhaupt. Zu dieser Sitzung gibt es kein Protokoll, aber die durch die Sitzung ausgelöste Entwicklung belegt, dass das von Ludwig Erhard präsentierte Paket die volle Zustimmung des Kuratoriums fand: Erhard und Reithinger schieden mit diesem Tag aus dem SIW-Vorstand aus und wurden in das Kuratorium gewählt. Damit waren sämtliche Vorstandspositionen vakant. Der Startschuss für den Aufbau der Betriebswirtschaftlichen Abteilung unter Leitung von Emil Fratz wurde gegeben, und Eduard Werlé und Emil Fratz wurden zu hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern gewählt, während die Position des Vorstandsvorsitzenden – wie geplant – nicht besetzt wurde. Für die räumliche Ausdehnung auf die gesamten Westzonen und die Umbenennung zum »Institut für Wirtschaftsforschung« (unter Wegfall des Begriffs »Süddeutsches«) gab es ebenso grünes Licht wie für die Zusammenführung der Informations- und Informationsstelle für Wirtschaftsbeobachtung mit dem SIW, die auch deshalb besondere Bedeutung hatte, weil an sie die dauerhafte finanzielle Förderung des Instituts mit staatlichen Mitteln geknüpft war. Auch die anderen Maßnahmen der wissenschaftlichen Kooperation innerhalb der Forschungsgemeinschaft München und der Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute fanden die Zustimmung des Kuratoriums. Eduard Werlé wurde vom Vorsitzenden des Kuratoriums als dessen Vertrauensmann zur Wahrnehmung der Fusionsgespräche mit den Vertretern der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung und der beteiligten bayerischen Ministerien eingesetzt.

¹²² Nicht »die verzweifelte Lage des Süddeutschen Instituts«, wie es bei Marquardt (1979, S. 60) heißt.

¹²³ Vgl. Einladungsschreiben (unterzeichnet i.A. Werlé) vom 25. Oktober 1948, ifo-Vorstandsarchiv.

¹²⁴ Aufgrund der hohen politischen Bedeutung dieser Besprechung gestattete die Reichsbahndirektion München Eduard Werlé auf seinen Antrag (ifo-Vorstandsarchiv) hin die Nutzung des Dienst-Triebwagens für die Fahrt München-Frankfurt und zurück.

¹²⁰ Vgl. ifo Schnelldienst vom 8. Juli 1970, S. 28.

¹²¹ Vgl. Schreiben Eduard Werlé an Rolf Waldmann vom 4. Januar 1949, ifo-Vorstandsarchiv.

AUF DER ZIELGERADEN: EINE FUSION MIT KOMPLIKATIONEN

Es spricht vieles dafür, dass das Kuratorium sich in seiner Sitzung am 1. November 1948 auch mit der Art und Weise der Verschmelzung auseinandersetzte und den Vorstand ermächtigte, die beiden nicht eingetragenen Vereine Süddeutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung in dem neuen, in das Vereinsregister einzutragenden Verein »Institut für Wirtschaftsforschung« zusammenzuführen und die Fusion bis zum Ende des Jahres 1948 abzuschließen. Denn es fand vor der Gründung des neuen Instituts keine weitere Kuratoriumssitzung mehr statt, und die SIW-Geschäftsführung kündigte den Beschäftigten des SIW schon vor Gründung des neuen Vereins vorsorglich zum 31. Dezember 1948 (mit Perspektive der Weiterbeschäftigung im neuen Institut). Aufgrund dieser Beschlusslage schlug das BStMW dem Finanzministerium am 6. November 1948 vor, dem SIW im Zuge der Verteilung der für Oktober bis Dezember 1948 zur Verfügung stehenden Mittel einen Zuschuss in Höhe von 5 000 DM zu bewilligen. Erneut nutzte das BStMF sein Vetorecht, um die Fusionspartner unter Druck zu setzen. Die Zuschussleistung »musste zurückgestellt werden, bis die in Aussicht genommene Verschmelzung des Wirtschaftsstatistischen Informations- und Forschungsdienstes beim Statistischen Landesamt mit dem Süddeutschen Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführt ist.«¹²⁵

Der Wechsel der SIW-Gründer Erhard und Reithinger in das Kuratorium schwächte den SIW-Vorstand enorm – und beschleunigte gleichzeitig den Prozess der Verständigung des SIW mit den Verhandlungsführern der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung, zu denen neben Karl Wagner und Hans Langelütke der Kuratoriumsvorsitzende Rudolf Zorn gehörte.

Rudolf Zorn (geboren am 24. Dezember 1893 in Kempten/ Allgäu, gestorben am 21. Januar 1966 in München) trat nach seinem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, das er im Jahr 1920 mit der Promotion an der Universität München abschloss, in den Verwaltungsdienst des Freistaats Bayern ein. Von 1926 bis 1927 war er Bezirksamtman in Lichtenfels.¹²⁶ Als Mitglied der SPD wurde er im Jahre 1927 zum Bürgermeister der Stadt Oppau/Pfalz gewählt. Nach seiner Amtsenthebung im Jahre 1933 arbeitete er bis Kriegsende in der freien Wirtschaft. Im Jahr 1946 war Zorn zunächst Leiter des neugegründeten Landesamtes für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung und wurde zum 21. Dezember dieses Jahres als Staatsminister für Wirtschaft in die von Hans Ehard geleitete

Bayerische Staatsregierung berufen, der er bis zum 20. September 1947 angehörte. Seinem Amt als Wirtschaftsminister folgten verschiedene andere Tätigkeiten – u.a. als Vorstandsmitglied der damaligen Bayerischen Gemeindebank.¹²⁷

Über die geplante Fusion konnte – so Werlé – »mit Herrn Präsident Wagner, mit Herrn Dr. Zorn und Herrn Dr. Langelütke sehr schnell eine Einigung erzielt werden. Ebenso fanden sich auch die Herren Geheimrat Weber, Prof. Rössle und Dr. Reuter nach einer kurzen Besprechung bereit, mit ihrer »Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft«, mit dem »Deutschen Handwerks-Institut« und dem »Verein zur Förderung der Wirtschaftlichkeit« im Anschluss an das neue Institut an einer »Forschungsgemeinschaft München teilzunehmen.«¹²⁸

So teilten die beiden Kuratoriumsvorsitzenden Ludwig Kastl und Rudolf Zorn bereits einen Monat nach der Kuratoriumssitzung vom 1. November 1948 den Kuratoriums- und Vereinsmitglieder des SIW und der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung den geplanten Zusammenschluss mit und luden gleichzeitig für den 18. Dezember 1948 zu einer gemeinsamen Mitglieder- und Gründungsversammlung ein. Die mit der Einladung bereitgestellten Informationen waren allerdings knapp: »Im Rahmen der Bestrebungen, durch eine engere Zusammenarbeit der bestehenden wirtschaftlichen Forschungseinrichtungen zu einer rationellen Verwendung der öffentlichen und privaten Mittel und zu einem im allgemeinen Interesse liegenden besseren Wirkungsgrad der Wirtschaftsforschung zu kommen« sei von den Verantwortlichen des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung vereinbart worden, den Mitgliedern der beiden Vereine in der gemeinsamen Mitgliederversammlung am 18. Dezember 1948 die Fusion der genannten Institute vorzuschlagen. Hinsichtlich der Leitung des neuen Instituts informierten Kastl und Zorn darüber, dass sie sich bereit erklärt hatten, in dem neu zu bildenden gemeinsamen Kuratorium den Vorsitz zu übernehmen. Um das künftig sehr stark besetzte Kuratorium arbeitsfähig zu machen, solle aus dem Kreis der Kuratoriumsmitglieder ein wissenschaftlicher Beirat und ein Arbeitsausschuss gewählt werden. »Gleichzeitig wird die Mitgliederversammlung ersucht werden, die von den bisherigen Kuratoriumsvorsitzenden nominierten Vorstandsmitglieder des neu zu errichtenden »Instituts für Wirtschaftsforschung e.V.«, München, zu bestätigen.«¹²⁹ Die Zusammensetzung des Vorstands des neuen Instituts war eine der zuerst geklärten Fragen. Schon im November hatten sich

¹²⁷Vgl. Später gehörte Rudolf Zorn vom 3. Januar bis 19. Juni 1951 der Bayerischen Staatsregierung als Staatsminister der Finanzen an. <https://www.stmwi.bayern.de/ministerium/historie/>.

¹²⁸Vgl. Schreiben Eduard Werlé an Rolf Waldmann vom 4. Januar 1949, ifo-Vorstandsarchiv.

¹²⁹Vgl. Gemeinsames Schreiben der Kuratoriumsvorsitzenden Ludwig Kastl und Rudolf Zorn an die Kuratoriums- und Vereinsmitglieder des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung vom 2. Dezember 1948, HStA MF 71499.

¹²⁵Vermerk BStMW (Kuchtnner) vom 11. Januar 1949, HStA MWI 12799. Der beantragte Zuschuss wurde im März 1949 iHv 3 000 DM rückwirkend für das vierte Quartal 1948 ausbezahlt.

¹²⁶Vgl. Biographische Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (BStMWi): <https://www.stmwi.bayern.de/ministerium/historie/>.

die Verhandlungsführer darauf verständigt, dass er aus dem Vorstandsvorsitzenden Karl Wagner, dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Hans Langelütke sowie aus den hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern Eduard Werlé und Emil Fratz bestehen sollte. Dies wurde den Kuratoriums- und Vereinsmitgliedern im Einladungsschreiben nicht mitgeteilt. Ebenso waren die für die Beschlussfassung notwendigen Unterlagen (Satzungsentwurf und Gremienlisten) dem Einladungsschreiben vom 2. Dezember 1948 nicht beigelegt. Sie gingen den Kuratoriums- und Vereinsmitgliedern erst unmittelbar vor der geplanten Gründungsversammlung zu.¹³⁰

Laut Bericht des BStMF-Vertreters Bensegger an die Leitung seines Hauses war die Mitgliederversammlung am 18. Dezember »nicht genügend vorbereitet. Es kam weder zu der geplanten Fusion der beiden (...) Vereine, noch zur Statuierung der Mitglieder des Kuratoriums des Verwaltungsausschusses und des Wissenschaftl. Beirats. Gleich zu Beginn der Sitzung bezeichnete Geheimrat Prof. Dr. Weber (Südd. Institut) den Satzungsentwurf als undemokratisch und weitgehend auf dem Führerprinzip aufgebaut. Er beanstandete insbesondere die weitreichenden Befugnisse des Vorstands und verlangte, dass die Gewähr gegeben sei, dass das neue Institut absolut neutral arbeite und sich keinesfalls in den Dienst einer Interessengruppe stelle. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass Statistik auch weltanschaulich geführt werden könne. Auch in der weiteren Aussprache wurden die Satzungen von Mitgliedern des Südd. Instituts angegriffen. Daraufhin wurde beschlossen, dass die Satzungen von einem Ausschuss nochmals überarbeitet werden sollen. Wenn die Satzung von beiden Vereinen gutgeheissen werde, soll der Zusammenschluss, an dem grundsätzlich festgehalten wird, auf einer Tagung, voraussichtlich im Januar 1949, durchgeführt werden. – Ich hatte den Eindruck, dass von Seiten einiger Mitglieder des Südd. Instituts gegenüber Präsident Dr. Wagner oder gegen den hinter ihm stehenden Minister a.D. Dr. Zorn eine gewisse Zurückhaltung besteht.«¹³¹

Diese »Zurückhaltung« der SIW-Mitglieder war nicht nur eine Folge der verspäteten und unvollständigen Information über die Details der geplanten Fusion, sondern hatte auch – und vor allem – inhaltliche Gründe. Die Verhandlungsführer hatten sich als Blaupause für den Entwurf der Satzung des neuen Instituts für Wirtschaftsforschung auf die Ende September 1948 zustande verabschiedete Vereinssatzung der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung verständigt. Ihr Satzungsentwurf lief auf das hinaus, was Karl Wagner und Rudolf Zorn schon im Jahr 1947 mit ihrem Plan für die Gründung eines Zentralarchivs für europäische Wirtschaftskunde verfolgt hatten: in München nach dem Vorbild des frühe-

ren Berliner Instituts für Konjunkturforschung eine wirtschaftsstatistische und wirtschaftswissenschaftliche Forschungseinrichtung zu schaffen, auf die das Landesamt durch institutionelle und personelle Verknüpfung maßgeblichen Einfluss ausüben konnte. Nach diesem Entwurf sollte das neue Institut für Wirtschaftsforschung »selbstständig und im Zusammenwirken mit dem Bayerischen Statistischen Landesamt und anderen Forschungseinrichtungen wirtschaftliche und soziale Vorgänge des In- und Auslandes beobachten, das einschlägige Material sammeln und auswerten und die Forschungsergebnisse der Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft zugänglich machen.« Zum Vorstand hieß es im ursprünglichen Satzungsentwurf (§ 5), dass der Vorstand des Vereins vom Verwaltungsausschuss des Kuratoriums gewählt und »aus dem Vorstands-Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und zwei weiteren Vorstandsmitgliedern« bestehen sollte. Dazu wurde im ursprünglichen Satzungsentwurf ausgeführt: »Vorstandsvorsitzender soll der jeweilige Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamtes sein. ... Der Vorstands-Vorsitzende bestellt seinen Stellvertreter.« Der Satzungsentwurf sah ferner vor, dass alle Mitglieder des Verwaltungsausschusses, der die Vorstandsmitglieder zu wählen hatte, Mitglied des Kuratoriums sein mussten und die Mitglieder des Kuratoriums auf **Vorschlag des Vorstands** von der Mitgliederversammlung gewählt werden sollten.¹³² Diese Satzungs konstruktion wäre darauf hinausgelaufen, dass die Vorstandsmitglieder selbst über die Personen bestimmt hätten, die über ihre eigene Wahl (die Wahl der Vorstandsmitglieder) zu entscheiden hatten.

Hinsichtlich der Kooperation mit der Universität hatten sich die Verhandlungsführer im Vorfeld der Mitgliederversammlung darauf verständigt, dass diese außerhalb des neuen Instituts stattfinden sollte. Dazu sollte es »in der »Forschungsgemeinschaft München« mit der Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Herrn Geheimrat Dr. Weber und dem Handwerksinstitut des Herrn Prof. Dr. Rößle eng zusammenarbeiten.«¹³³ Ein »wissenschaftlicher Beirat« sollte – so der ursprüngliche Satzungsentwurf – vom Kuratorium »aus dem Kreis der Mitglieder des Kuratoriums gewählt« werden¹³⁴, ohne ihn in der Satzung zu verankern.¹³⁵ In dem für die Wahl der Vorstandsmitglieder zuständigen Verwaltungsausschuss sollte die Wissenschaft nicht vertreten sein.¹³⁶ Der ursprüngliche Satzungsentwurf sah folglich keine institutionalisierte Verbindung mit der Universität München vor.

Damit stand der für die Versammlung am 18. Dezember 1948 vorgelegte Satzungsentwurf in

¹³² Vgl. § 10 des ursprünglichen Satzungsentwurfs (ohne Datum), ifo-Vorstandsarchiv.

¹³³ Vgl. Schreiben Hans Langelütke an Eduard Werlé vom 7. Dezember 1948, ifo- Vorstandsarchiv.

¹³⁴ Vgl. Schreiben Hans Langelütke an Eduard Werlé vom 7. Dezember 1948, ifo- Vorstandsarchiv.

¹³⁵ Vgl. ursprünglicher Satzungsentwurf (ohne Datum), ifo-Vorstandsarchiv.

¹³⁶ Vgl. ursprünglicher Satzungsentwurf (ohne Datum), ifo-Vorstandsarchiv.

¹³⁰ Versand mit gemeinsamem Schreiben von Eduard Werlé und Hans Langelütke vom 14. Dezember 1948, HStA MF 71499.

¹³¹ Vgl. Vormerkung BStMF (Bensegger) vom 20. Dezember 1948, HStA MF 714994.

zentralen Punkten nicht mit den Prinzipien in Einklang, die bis dahin für das Süddeutsche Institut für Wirtschaftsforschung galten, insbesondere nicht mit der in der SIW-Satzung betonten wissenschaftlichen Ausrichtung und den Geboten der Überparteilichkeit und Objektivität. Das rief den heftigen Widerspruch Adolf Webers und anderer Teilnehmer der Versammlung am 18. Dezember 1948 hervor und führte zur Einsetzung einer Satzungskommission. In diese Kommission wurden neben den beiden Kuratoriumsvorsitzenden Kastl und Zorn die für die Mitgliedschaft im neuen Vorstand vorgesehenen Personen (Wagner, Langelütke, Fratz und Werlé) sowie jeweils ein Repräsentant der Universität (Adolf Weber), der Wirtschaft (Dr. Balke, Direktor im Verband der Chemischen Industrie) und der Gewerkschaften (Herr Krenn, Organisationssekretär des Bayerischen Gewerkschaftsbundes) gewählt.¹³⁷ Sie traf sich schon am 18. Dezember 1948 im Anschluss an die Mitgliederversammlung zu ihrer ersten und im Januar zu weiteren Sitzungen. In den Sitzungen der Kommission im Januar wurde sie um Dekan Fritz Terhalle erweitert.

Parallel dazu waren die Kuratoriums- und Vereinsmitglieder der beiden Fusionskandidaten aufgerufen, sich an der Satzungsdiskussion zu beteiligen. Das nutzte vor allem Ludwig Erhard, mit dem die SIW-Verhandlungsführer ihren Satzungsentwurf nicht abgestimmt hatten. Dabei wurde er von seinem Vertrauten Gerhard Holthaus, der eine Leitungsposition in der von Erhard geleiteten bizonalen Verwaltung für Wirtschaft innehatte und im Jahr 1946 zu den Gründern des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung gehört hatte, unterstützt. Erhard machte sich Sorgen nicht nur um die Überparteilichkeit des Instituts und dessen Anbindung an die Universität, sondern vor allem auch um die Akzeptanz des neuen Instituts in der Wirtschaft und um dessen überregionale Ausrichtung. Holthaus teilte dem Kuratoriumsvorsitzenden Kastl mit, dass Ludwig Erhard und er der Meinung seien, »dass das Bayerische Statistische Landesamt bzw. die von ihm präsentierten Persönlichkeiten ein zu starkes behördliches, unter Umständen sogar parteipolitisches Übergewicht in der neuen Einrichtung erhalten« und dass »das neue Institut unter diesen Umständen für die Privatwirtschaft keine allzu große Anziehungskraft haben wird«. In Abstimmung mit Erhard wirkte Holthaus auf eine Reihe von Änderungen der Satzung hin.¹³⁸

Neben Adolf Weber und Fritz Terhalle waren weitere Mitglieder der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München – insbesondere Otto von Zwiedineck-Südenhorst und Oskar Anderson sen. – in die Satzungsdiskussion eingebunden. Sie dauerte bis in die Gründungsversammlung am 24. Januar 1949

hinein an. Ludwig Erhard war es nicht möglich, an dieser Versammlung teilzunehmen. Er reagierte schriftlich auf die von der Satzungskommission überarbeitete Entwurfsfassung und ließ sich in der Versammlung durch Gerhard Holthaus vertreten. Von einer Ausnahme abgesehen wurden seine Änderungsvorschläge in die endgültig verabschiedete Satzung aufgenommen. Diese Ausnahme betraf das Prinzip der Überparteilichkeit, das Erhard für so wichtig hielt, dass er vorschlug, die Worte »auf überparteiliche Grundlage« in den Satzungszweck (§ 1) aufzunehmen. Die Satzungskommission und die Gründungsversammlung teilten Erhards Einschätzung der Bedeutung der Überparteilichkeit, betrachteten sie aber »für ein gemeinnütziges wissenschaftliches Forschungsinstitut als Selbstverständlichkeit, sodass sie nicht ausdrücklich betont werden« müsste.¹³⁹

Bevor die Gründungsversammlung stattfinden konnte, musste der direkte Übergang des Vereinsvermögens des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung auf das neue Institut im Wege der Rechtsnachfolge sichergestellt werden. Mit Schreiben vom 16. Dezember 1948 teilte das Bayerische Staatsministerium der Finanzen den beiden Vereinsvorständen auf Antrag mit, dass es damit einverstanden ist, »dass das Vermögen der beiden Vereine ... auf das neu zu gründende »Institut für Wirtschaftsforschung e.V. München« übertragen wird.« Allerdings forderte das Finanzministerium die Vereinsvorstände auf, »vor der Auflösung der Vereine die Satzungen dahin zu ändern, dass das Vermögen mit der Auflösung an das neue Institut fällt.« Damit waren die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das neue Institut für Wirtschaftsforschung die Rechtsnachfolge der beiden zu fusionierenden Vereine antreten konnte.

Mit Schreiben vom 10. Januar 1949 lud der Kuratoriumsvorsitzende Ludwig Kastl die Mitglieder und Kuratoren des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für den 24. Januar 1949 zu insgesamt drei Sitzungen in den Kleinen Sitzungssaal des Münchener Rathauses ein: (a) zu einer Vorbesprechung, (b) zur Gründungsversammlung des neuen »Institut für Wirtschaftsforschung« und (c) zur daran anschließenden Mitgliederversammlung zur Auflösung des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, in der vor der Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins die vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen geforderte Satzungsänderung zu beschließen war.¹⁴⁰ Entsprechende Einladungen richtete der Kuratoriumsvorsitzende Rudolf Zorn an die Mitglieder des Vereins und des Kuratoriums der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung.

¹³⁷ Vgl. Niederschrift der Sitzung des »Ausschusses zur Beratung der Satzung des Instituts für Wirtschaftsforschung e. V.« am 18. Dezember 1948, ifo-Vorstandsarchiv.

¹³⁸ Vgl. Schreiben Dr. Holthaus an Ludwig Kastl vom 10. Januar 1949; Protokoll der Gründungsversammlung vom 24. Januar 1949, ifo-Vorstandsarchiv.

¹³⁹ Vgl. Protokoll (Langfassung) der Gründungsversammlung des Instituts für Wirtschaftsforschung vom 24. Januar 1949, S. 1f, ifo-Vorstandsarchiv.

¹⁴⁰ Vgl. Schreiben Ludwig Kastl an die Mitglieder des Vereins und des Kuratoriums des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 10. Januar 1949, ifo-Vorstandsarchiv.

Auf der Tagesordnung der Gründungsversammlung des Instituts für Wirtschaftsforschung am 24. Januar 1949 standen die Beschlussfassungen über die Satzung, die Bestellung der Mitglieder des Kuratoriums sowie die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsausschusses und des Wissenschaftlichen Beirats, der auf Vorschlag des Dekans Terhalle in Forschungsbeirat umbenannt wurde.¹⁴¹ Eine zentrale inhaltliche Frage war die Einbindung der Länder Hessen und Württemberg-Baden in die Trägerschaft des Instituts. Daneben kam auch die Beteiligung des Instituts an der Forschungsgemeinschaft München zur Sprache.

So aufwändig die ungeplante, sich über sechs Wochen erstreckende Satzungsdiskussion auch war, sie hatte auch ihre positiven Seiten: Denn sie führte zu einer breiten Auseinandersetzung über die grundsätzliche Ausrichtung des neuen Instituts, in die zahlreiche Repräsentanten aus Wissenschaft, Wirtschaft, staatlicher Verwaltung und Gewerkschaften eingebunden waren, und die zu einem gemeinsamen Grundverständnis über die künftige Arbeit des Instituts sowie zur Identifikation der das Institut tragenden Kräfte mit »ihrem« Institut führte. Dies wurde allein schon an der großen Zahl der Teilnehmer an der Gründungsversammlung – darunter die Fakultätsmitglieder Anderson, Rössle, Terhalle, Weber und von Zwiedineck-Südenhorst – deutlich.

In der Gründungsversammlung bestand völlige Übereinstimmung, dass mit der Satzung die rechtliche Grundlage für ein »repräsentatives wirtschaftswissenschaftliches Institut« geschaffen werden sollte, wobei »repräsentativ« in mehrfacher Hinsicht gemeint war, nämlich erstens mit Blick auf die länderübergreifende Trägerschaft des Instituts und seines über Bayern hinausgehenden Wirkungskreises, zweitens in wissenschaftlich-inhaltlicher Hinsicht und drittens auch unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen und politischen Offenheit und Überparteilichkeit, die vor allem von Ludwig Erhard mit sehr großem Nachdruck angemahnt worden war. Dieses Selbstverständnis, nicht einzelnen gesellschaftlichen Partikularinteressen zu dienen, sondern in Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen zu stehen, prägte die Gründung und spätere Entwicklung des ifo Instituts in besonderer Weise. Dabei bestand Einvernehmen, dass die enge Einbindung der Staatswirtschaftlichen Fakultät der LMU ein grundlegender Schritt für die Sicherstellung der Überparteilichkeit war.¹⁴² Dass die Protagonisten der Fusion einen großen Wurf wagen und den bescheidenen Rahmen, in dem sich bis dahin die Tätigkeiten des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung abgespielt hatten, hinter sich lassen wollten, zeigt sich auch daran, dass eine personell außerordentlich stark besetzte Governancestruktur (mit den

Vereinsorganen Mitgliederversammlung, Kuratorium und Vorstand sowie den Gremien Verwaltungsausschuss und Forschungsbeirat) beschlossen wurde, wie sie für große Forschungseinrichtungen typisch ist.

Im Einzelnen wurde die räumliche Repräsentativität dadurch zum Ausdruck gebracht, dass das SIW nach dessen Fusion mit der Ifo »künftig Institut für Wirtschaftsforschung e.V. München ohne die Bezeichnung »süddeutsch« genannt werden« sollte.¹⁴³ Mit Blick auf die inhaltliche Repräsentativität wurde in die von der Gründungsversammlung beschlossene Satzung des Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. München der Hinweis aufgenommen, dass der Verein »wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschungen« dienen soll. Die ursprünglich vorgesehene Fokussierung auf die Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Statistischen Landesamt wurde aufgehoben. Stattdessen wurde der Satzungsauftrag damit beschrieben, dass das Institut »selbständig und im Zusammenwirken mit anderen Forschungseinrichtungen, insbesondere den statistischen Landesämtern« wirtschaftliche und soziale Vorgänge des In- und Auslandes beobachten, das einschlägige Material sammeln und auswerten sowie die Forschungsergebnisse der Verwaltung, der Wissenschaft und der Wirtschaft zugänglich machen soll«.

Die Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen den Organen wurde gegenüber dem ursprünglichen Satzungsentwurf gravierend geändert, um die Einflussmöglichkeiten der Wissenschaft sowohl auf die Wahl der Vorstandsmitglieder als auch auf die Vorstandsentscheidungen und die wissenschaftliche Ausrichtung und Arbeit des Instituts zu stärken. Es blieb zwar bei der (nicht zwingenden) Soll-Bestimmung des § 5, dass der Vorstandsvorsitz des neuen Instituts vom Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamtes in Personalunion wahrgenommen werden sollte, aber die Zahl der Vorstandsmitglieder wurde auf insgesamt fünf erweitert, und es wurde die Bestimmung aufgenommen, dass eine der Vorstandspositionen mit einem Mitglied des Forschungsbeirats besetzt werden soll. Außerdem wurde die Zuständigkeit für die Wahl der Vorstandsmitglieder verändert. Statt des ursprünglich dafür vorgesehenen Verwaltungsausschusses erhielt nun das Kuratorium, in dem die Wissenschaftler vertreten waren, die Zuständigkeit für die Wahl des Vorstands.

Die augenfälligste Weiterentwicklung der Satzung, die der Sicherstellung der Überparteilichkeit durch Stärkung der wissenschaftlichen Ausrichtung diene, bestand in der institutionellen Verankerung der Anbindung des fusionierten Instituts an die Staatswissenschaftliche Fakultät der LMU. Dazu wurde in der Satzung der Forschungsbeirat vorgesehen, auf dessen

¹⁴¹ Vgl. Protokoll (Langfassung) der Gründungsversammlung des Instituts für Wirtschaftsforschung vom 24. Januar 1949, S. 2, ifo-Vorstandsarchiv.

¹⁴² Ebenda, S. 2.

¹⁴³ Ebenda, S. 1, ifo-Vorstandsarchiv. Dabei ist den Verfassern der Satzung ein redaktionelles Missgeschick unterlaufen. Denn das erweiterte Institut sollte nach ursprünglicher Planung »Institut für Wirtschaftsforschung« heißen. Der Zusatz e.V. bezog sich auf die geplante Rechtsform, und der weitere Zusatz München war nur als Hinweis auf den Sitz des Instituts gedacht. In der tatsächlich verabschiedeten Satzung wurde der Vereinsname dagegen mit »Institut für Wirtschaftsforschung e. V. München« bezeichnet.

Zusammensetzung die Fakultät maßgeblichen Einfluss haben sollte. Dazu wurde in § 13 Abs. 2 der Satzung folgende Regelung aufgenommen:

»Das Kuratorium wählt ferner auf die Dauer von 3 Jahren einen Forschungsbeirat. Dieser besteht aus Hochschullehrern und sachkundigen Persönlichkeiten aus Verwaltung und Privatwirtschaft. Die Hochschullehrer werden von der staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München, die Persönlichkeiten aus Verwaltung und Privatwirtschaft vom Vorstand vorgeschlagen. Wenigstens ein Drittel der Mitglieder des Forschungsbeirates sollen im Interesse einer ständigen Mitarbeit in der Regel ihren Wohnsitz in München haben.«

Die Aufgabe des Forschungsbeirats bestand gemäß § 14 Abs. 2 der Satzung darin, das Kuratorium und den Vorstand (im Sinne der Sicherung wissenschaftlicher Qualität) bei der Festlegung und bei der Durchführung der Aufgaben des Instituts auf wissenschaftlichem Gebiete zu beraten. Um den Forschungsbeirat nicht nur in die strategische Ausrichtung, sondern auch in die laufenden Vorstandsentscheidungen einzubinden, – war wie bereits erwähnt – eine der fünf Vorstandspositionen einem Mitglied des Forschungsbeirats vorbehalten.

An der Gründungsversammlung nahmen Vertreter der Landesregierungen Bayerns, Württemberg-Badens und Hessens teil. Vertreter der nicht-bayerischen Ministerien begrüßten diese Initiative und bekräftigten Ihre Absicht, sich an der Trägerschaft des Instituts zu beteiligen. Der Vertreter der württembergischen Landesregierung wies darauf hin, dass die Gründung eines Instituts bereits innerhalb Württemberg-Badens erwogen worden sei, davon sei man aber »aus besonderen Gründen« wieder abgekommen. In Württemberg-Baden sei man gerne bereit, dem neuen Institut mit ganzem Herzen beizutreten, aktiv mitzuarbeiten und vor allem auch finanzielle Mittel beizusteuern.« Dies wurde an die Erwartung geknüpft, dass sich das neue Institut um wirtschaftliche Fragen kümmere, die im gesamten westdeutschen Interesse lägen, und das Kuratorium und der Vorstand müssten entsprechend der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Länder besetzt werden.«¹⁴⁴ Der Vertreter des Landes Hessen stellte sich ebenfalls hinter die Gründung des Instituts, hielt die Repräsentanz der Länder in den Gremien des neuen Instituts aber für weniger wichtig, weil »das Kuratorium eines wissenschaftlichen Instituts nach anderen Gesichtspunkten besetzt werden müsse«.¹⁴⁵

Nach ausführlicher Diskussion beschloss die Mitgliederversammlung die Satzung des Instituts für Wirtschaftsforschung einstimmig. Ebenso einstimmig verliefen die Wahlen der Mitglieder des Kuratoriums und des Verwaltungsausschusses, in die jeweils Repräsentanten der Landesregierungen Bayerns, Hessens und

Württemberg-Badens aufgenommen wurden, sowie die Wahl des Vorsitzenden des Kuratoriums (Ludwig Kastl) und des Stellvertreters (Rudolf Zorn).

Die Art und Weise, wie die Wahl der Mitglieder des Forschungsbeirats ablief, verdeutlichte das zwischenzeitlich aufgebaute Vertrauensverhältnis zwischen den Repräsentanten des neuen Instituts und der staatswirtschaftlichen Fakultät. Die insgesamt zehn aus der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft stammenden Mitglieder des Forschungsbeirats – darunter auch Ludwig Erhard – wurden auf Vorschlag des Kuratoriumsvorsitzenden namentlich gewählt. Für die Wahl der in den Forschungsbeirat aufzunehmenden Hochschullehrer hatte die staatswirtschaftliche Fakultät gemäß Satzung ein Vorschlagsrecht. Da sie in der Gründungsversammlung noch keine Vorschläge unterbreiten konnte, wurde einstimmig beschlossen, dass die Fakultät ihre Vorschlagsliste nachreicht und die Vorschläge im Vorhinein durch die Mitgliederversammlung gebilligt werden. Dazu Kastl wörtlich: *»Wir billigen die Vorschläge, auch wenn wir sie nicht kennen.«*¹⁴⁶ Einvernehmen bestand, dass für die in den Forschungsbeirat aufzunehmenden Hochschullehrer in erster Linie die Ordinarien der Staatswissenschaftlichen Fakultät infrage kämen.¹⁴⁷

Der letzte Beschluss der Gründungsversammlung betraf die Wahl der Mitglieder des Vorstands. Jeweils einstimmig gewählt wurden Karl Wagner (als Vorsitzender des Vorstands), Hans Langelütke (Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands), Adolf Weber (als Vertreter des Forschungsbeirats und der staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München) sowie Emil Fratz und Eduard Werlé.¹⁴⁸

Der abschließende Appell des Kuratoriumsvorsitzenden Kastl verdeutlicht die hohen Erwartungen an das neue »repräsentative« Institut, ist aber auch ein Beleg für dessen oben bereits angesprochenen Sorgen, nicht allein von der staatlichen Förderung abhängig zu sein.

»Ich möchte am Schluss dieser heutigen Sitzung noch einmal den Dank dafür aussprechen, dass Sie sich für die Beratung zur Verfügung gestellt haben, und dass Sie dem Beschluss zustimmten, die Ifo und das Süddeutsche Institut im Interesse einer möglichst produktiven Arbeit sowie von Ersparnissen an Menschen und Mitteln zusammenzulegen. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken. Wir können nun nur die Hoffnung aussprechen, dass dieses Institut in wissenschaftlicher Weise arbeitet, dass seine Arbeiten Anerkennung finden werden in allen Teilen der Bevölkerung, aber insbesondere auch bei denjenigen, die bereit sind, dieses Institut geldlich zu unterstützen. Wir können die Hoffnung aussprechen, dass dieses Institut als Neugrün-

¹⁴⁶ Ebenda, S. 10.

¹⁴⁷ Ebenda, S. 10.

¹⁴⁸ Vorbehaltlich der (später erteilten) Zustimmung der württembergischen Landesregierung wurde Prof. Griesmeier in den Vorstand gewählt, sodass dem Vorstand vorübergehend über die Soll-Bestimmung des § 5 der Satzung hinaus sechs Mitglieder angehörten.

¹⁴⁴ Ebenda, S. 6.

¹⁴⁵ Ebenda, S. 9.

„dung auch in Bälde das erforderliche Ansehen erwirbt und dass es von der Zustimmung getragen wird, die ihm nicht nur in Bayern, sondern darüber hinaus in Württemberg-Baden, Süd-Württemberg, Hohenzollern, Südbaden und Hessen zuteilwerden möge. Der Herr Stellvertretende Vorsitzende Dr. Zorn und meine Wenigkeit werden, soweit es unsere Zeit erlaubt, tätig mitarbeiten und werden dafür sorgen, dass auch über die wissenschaftliche Arbeit hinaus auch in der Verwaltung des Instituts die erforderliche Sorgfalt gewährleistet ist, die für ein solches Institut notwendig ist. Die betriebswirtschaftliche Abteilung des Instituts, die in besonders enger Verbindung zur schaffenden Wirtschaft steht, wird uns dabei unterstützen, denn deren Arbeit ist konkreter als die theoretische Forschung. Sie wird uns dadurch in stärkstem Maße bei der Gewinnung von Anhängern unterstützen.“

„Wir gründen in einer schweren Zeit, in einer Zeit, in der sich an allen Ecken und Kanten Geldknappheit zeigt, ein solches Institut. Wir dürfen hoffen, und ich richte diesen Appell noch vor allem an alle Anwesenden, dass wir von der Wirtschaft so unterstützt werden, dass das Institut auch lebensfähig erhalten werden kann und nicht gezwungen ist, bei den staatlichen Instanzen um seine finanzielle Existenz zu betteln. Ich appelliere noch einmal, ehe ich die Sitzung schließe, an Ihre Gebefreudigkeit, meine Damen und Herren.“¹⁴⁹

Im Anschluss an die Gründungsversammlung des neuen Instituts trafen sich die Mitglieder und Kuratoren des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung in getrennten Mitgliederversammlungen. Die Mitgliederversammlung des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung fasste zunächst einstimmig den vom bayerischen Finanzministerium geforderten Beschluss, § 11 seiner Satzung folgendermaßen zu ergänzen: *»Das Vereinsvermögen fällt nicht an den Staat, wenn der Verein durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst wird, um mit einem anderen gleichzeitig aufzulösenden Verein einen neuen Verein zu gründen. In diesem Fall geht das Vereinsvermögen ohne Liquidation auf den neu gegründeten Verein über.«* Im Anschluss daran fasste die Mitgliederversammlung ebenfalls einstimmig den folgenden Auflösungsbeschluss: *»Der Verein »Süddeutsches Institut für Wirtschaftsforschung« wird am 30. April 1949 aufgelöst zum Zwecke der Vereinigung mit dem Verein »Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung« zu dem neuen Verein »Institut für Wirtschaftsforschung e. V. München«.* Entsprechende Beschlüsse fasste die Mitgliederversammlung der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung.

Eine Woche nach der Gründungsversammlung informierte der Dekan der Staatswirtschaftlichen Fakultät den Vorstandsvorsitzenden des Instituts für

Wirtschaftsforschung, dass *»die Staatswirtschaftliche Fakultät gern die Aufgabe übernommen habe, bei der Wahl des Forschungsbeirates des Instituts für Wirtschaftsforschung mitzuwirken«*; sie übernehme also die für die Fakultät in § 13 Abs. 2 der Satzung des Instituts vorgesehene Aufgabe. Zu den Kandidaten für den Forschungsbeirat führt der Dekan Folgendes aus: *»Als wissenschaftliche Mitglieder des Forschungsbeirates schlägt sie (die Fakultät) ihre wirtschaftswissenschaftlichen Fachordinarien vor, also die Herren von Zwiedineck-Südenhorst, Weber, Terhalle, Lucas, Anderson, Rössle und Lütke. An auswärtigen Fachvertretern benennt sie die Professoren Vershofen – Nürnberg, Carell – Würzburg, Fendt – Erlangen (wohnhaft in München), Griesmeier – Tübingen, Preiser – Heidelberg, Stucken – Erlangen und Zimmermann – Mainz. Denjenigen Herren, welche eine umfangreiche Mitarbeit nicht auf sich nehmen können, sollte nach Meinung der Fakultät die Möglichkeit gegeben werden, als stellvertretende Mitglieder in den Beirat einzutreten.«¹⁵⁰*

Mit diesem Fakultätsbeschluss wurde die institutionelle Anbindung des Instituts für Wirtschaftsforschung an die Staatswirtschaftliche Fakultät der LMU endgültig vollzogen und die Satzung konnte in Kraft treten. Der Verein wurde am 16. März 1949 in das Vereinsregister eingetragen¹⁵¹ und erhielt damit den rechtlichen Status einer juristischen Person.

Sichtlich zufrieden über den erfolgreichen Zusammenschluss der beiden Institute zum neuen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. München informierte Ludwig Kastl die Vereins- und Kuratoriumsmitglieder des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit Schreiben vom 9. Februar 1949 über die wesentlichen Aspekte der Fusion und die Perspektiven für die künftige Entwicklung:

»Als bisheriger Beauftragter des Kuratoriums des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und Kuratoriumsvorsitzender des neuen »Institut für Wirtschaftsforschung e. V. München« freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, daß bei der gemeinsamen Mitgliederversammlung des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung am 24.1.1949 die Zusammenlegung der beiden Institute beschlossen worden ist. Dadurch wird es künftig möglich sein, die knappen Mittel der Wirtschaft und der öffentlichen Hand rationeller als bisher für die Aufgaben des Instituts einzusetzen.

Durch Vereinbarungen mit den Ländern Württemberg-Baden und Hessen ist weiter erreicht worden, daß diese Länder auf die geplante Gründung eigener Institute verzichten und in unserem neuen Institut mitarbeiten sowie zu dessen Finanzierung beitragen werden. Weiter ist es gelungen, die in Mün-

¹⁵⁰ Vgl. Schreiben des Dekans der Staatswissenschaftlichen Fakultät der LMU an das Institut für Wirtschaftsforschung vom 1. Februar 1949, ifo-Vorstandsarchiv.

¹⁵¹ Mitteilung des Registergerichts vom 21. März 1949, ifo-Vorstandsarchiv.

¹⁴⁹ Vgl. Protokoll (Langfassung) der Gründungsversammlung vom 24. Januar 1949, S. 13f ifo-Vorstandsarchiv.

chen vorhandenen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen um das neue Institut in einer Forschungsgemeinschaft München zusammenzufassen, an der sich Geheimrat Prof. Dr. Adolf Weber mit seiner volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft, Prof. Dr. Rößle mit dem Handwerksinstitut und Dr. Reuter mit dem Verein zur Förderung der Wirtschaftlichkeit beteiligen werden. Eine Reihe bekannter Persönlichkeiten haben sich darüber hinaus für die Mitarbeit im Forschungsbeirat des Instituts zur Verfügung gestellt, ... Dadurch, daß die Staatswirtschaftliche Fakultät der Universität München sich offiziell an dem Forschungsbeirat beteiligt, wird die absolute Überparteilichkeit und Unabhängigkeit des neuen Instituts, die schon durch die Zusammensetzung des Kuratoriums, des Verwaltungsbeirates und des Vorstandes gewährleistet ist, noch stärker betont.«

START DES INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTS- FORSCHUNG E. V. MÜNCHEN SCHON AM 1. MÄRZ 1949

Wenn der Zusammenschluss des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung damit auch unter Dach und Fach war, mussten die Beschäftigten des Süddeutschen Instituts doch weiterhin um ihre Weiterbeschäftigung im neuen Institut bangen. Denn die Geschäftsführung des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hatte die Arbeitsverträge mit sämtlichen Beschäftigten zum 31. Dezember 1948 gekündigt. Aber zusätzlich zu den beiden hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern hielten acht SIW-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem Institut die Treue und wurden weiterbeschäftigt, nachdem sie von sich aus angeboten hatten, »gegen ein nach Maßgabe der vorhandenen Mittel reduziertes Gehalt« im neuen Institut mitzuarbeiten.¹⁵²

Entgegen der von den Mitgliederversammlungen am 24. Januar 1949 gefassten Beschlüsse wurden die beiden fusionierten Vereine nicht erst am 30. April 1949, sondern bereits mit Ablauf des 28. Februar 1949 aufgelöst. Die Liquidationsbilanz des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wies einen Überschuss der Aktiva über die Passiva in Höhe von DM 1 037,02 und die Liquidationsbilanz der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung einen Überschuss in Höhe von DM 3 559,19 aus.¹⁵³

Damit konnte das Institut für Wirtschaftsforschung e. V. München seine Arbeit am 1. März 1949 unter der Leitung der Vorstandsmitglieder Karl Wagner, Hans Langelütke, Emil Fratz, Eduard Werlé und

Adolf Weber (ehrenamtlich) aufnehmen. Karl Wagner übte den Vorstandsvorsitz in Personalunion mit der Präsidentschaft des Bayerischen Statistischen Landesamts aus. Anders als alle Vorstandsvorsitzenden nach ihm übte Karl Wagner nicht die wissenschaftliche Leitung des neuen Instituts aus. Sie lag in den Händen des Stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Hans Langelütke, der seine Position als Regierungsdirektor im Landesamt beibehielt, bis er im Jahr 1955 Karl Wagner in der Position des Vorstandsvorsitzenden ablöste (vgl. Harlander 1972, S. 132).

Mit der Zusammenführung des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung zum neuen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. München unter hauptamtlicher Leitung und der Einrichtung eines Beratungs- und Kontrollgremiums (Verwaltungsausschuss), in dem das BStMF und das BStMW jeweils einen Sitz hatten, waren die Anforderungen der Ministerien an die Finanzierung des Instituts mit staatlichen Mitteln erfüllt. Und die Ministerien hielten sich an ihr Wort: Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen sagte mit Bescheid vom 9. März 1949 eine Anschubfinanzierung in Höhe von DM 80 000 zu (vgl. Marquardt 1979, S. 65). Anders die Landesregierungen Hessens und Württemberg-Badens. Sie stellten Zuschüsse in Höhe von DM 40 000 in Aussicht, zahlten sie aber nicht aus.

Drei Wochen nach der Zusage der Anschubfinanzierung später wurden die rechtlichen Grundlagen für die gemeinschaftliche Forschungsförderung durch die Länder gelegt: Am 31. März 1949 – also bereits zwei Monate vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch Verabschiedung des Grundgesetzes am 24. Mai 1949 – schlossen die Länder das »Staatsabkommen über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen« ab, das – so die Präambel des Staatsabkommens – dem »kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau« in Westdeutschland diene.¹⁵⁴ Mit diesem Staatsabkommen vereinbarten die Länder, bei größeren Forschungseinrichtungen, die keiner Hochschule angehören und denen überregionale Bedeutung zukommt, die Finanzierung gemeinsam zu tragen, wenn der Zuschussbedarf die Leistungskraft des Sitzlandes der Forschungseinrichtung übersteigt. Bei Inkrafttreten dieses Abkommens im Jahr 1949 gab es 23 solcher »Königsteiner Institute« (Brill 2017, S. 14).

Das ifo Institut war ein Königsteiner-Institut der ersten Stunde. Schon im Jahr 1949 wurden aus dem Staatsabkommen erste Fördermittel bereitgestellt und an die Sitzländer der geförderten Einrichtungen ausgezahlt, darunter DM 120 000 für das Institut für Wirtschaftsforschung e.V. München. Das ermöglichte der bayerischen Staatsregierung, die Zuschüsse an das Institut für das Jahr 1949 auf insgesamt DM 180 000

¹⁵² Vgl. ifo-Vorstandsarchiv: Von acht Beschäftigten des Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung unterzeichnetes Schreiben vom 21. Februar 1949.

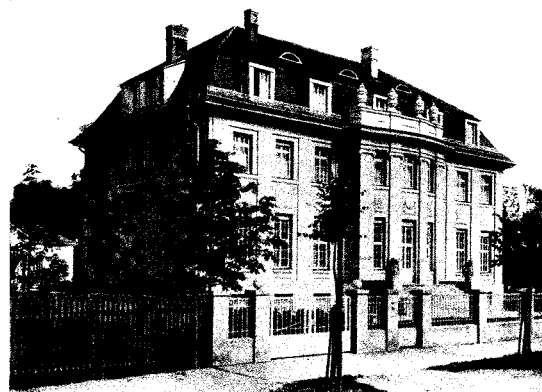
¹⁵³ Vgl. Liquidationsbilanzen der beiden Vereine Süddeutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung vom 28. Februar 1949, HStA MWI 12799.

¹⁵⁴ Bayerischer Landtag, LT-Drucksache 01/2553.

aufzustocken, die das Institut im Jahr 1949 in Höhe von DM 120 000 in Anspruch nahm. Insgesamt beliefen sich die Erträge im Gründungsjahr 1949 auf DM 219 204.¹⁵⁵ Diese Erträge ermöglichten es dem Institut, mit drei Fachabteilungen – einer volkswirtschaftlichen, einer branchenwirtschaftlichen und einer betriebswirtschaftlichen – sowie zwei Außenstellen in Hamburg und Stuttgart zu starten und das Personal bis zum Jahreswechsel auf 35 Beschäftigte auszuweiten. Zusätzlich gab es Ende 1949 insgesamt 13 nebenberuflich beschäftigte Personen mit vorwiegend wissenschaftlichen Aufgaben (vgl. Bayerischer Oberster Rechnungshof 1950).

Dennoch mussten Ende des Gründungsjahres finanzielle Hürden überwunden werden, weil die von den Ländern Hessen und Württemberg-Baden in Aussicht gestellten Zuschüsse ausblieben und für den Aufbau der neu eingeführten Testverfahren zusätzliche Mittel benötigt wurden. Der Verwaltungsausschuss sah es in seiner Sitzung am 16. Dezember 1949 als notwendig an, zur Einwerbung zusätzlicher privater und staatlicher Erträge den Bekanntheitsgrad des Instituts in der Öffentlichkeit mit geeigneten Werbemaßnahmen zu vergrößern. Mit Blick auf solche Maßnahmen kamen die Sitzungsteilnehmer zu der Einschätzung, »dass der jetzige Name des Instituts: Institut für Wirtschaftsforschung e. V. München die Werbung sehr erschwere, weil er irreführend den Eindruck erwecke, das Institut beschäftige sich hauptsächlich mit bayerischen Fragen.« Um die Werbung außerhalb Bayerns zu erleichtern, beschloss der Verwaltungsausschuss, »bei der nächsten Mitgliederversammlung eine Änderung des Institutsnamens zu beantragen und ab sofort in allen Briefköpfen unter Fortlassung des Sitzortes München die Bezeichnung »Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung« zu verwenden.«¹⁵⁶ Die Mitgliederversammlung folgte dem Antrag des Verwaltungsausschusses und beschloss am 3. Februar 1950 einstimmig folgende Änderung des § 1 Abs. 1 Satz 1 der Satzung: »Das »Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung e. V.« ist ein gemeinnütziger Verein, der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschungen dient.«¹⁵⁷ Seitdem ist das einprägsame Kürzel »ifo« Bestandteil des Institutsnamens.

Damit das neue Institut seine Arbeit aufnehmen konnte, stellte das Bayerische Statistische Landesamt dem Institut als Zwischenlösung einige Räume in den Gebäuden in der Rosenheimer Straße 130 – einer früheren, teilweise zerbombten Polizeikaserne – zur Verfügung. Der größte Teil des Personals wurde in zwei Holzbaracken auf dem ehemaligen Exerzierplatz der Polizeikaserne untergebracht (vgl. Marquardt 1979, S. 235). Trotz der schlechten Arbeitsbedingungen ging es gut voran. Mit der Zusammenlegung der



Villa A. W. v. Heymel, Poschingerstr. 5 (1910)
Entwurf und Gesamtausführung

Villa in der Poschingerstraße 5 im ursprünglichen Zustand

Aktivitäten in der Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsstatistik mit den branchen- und betriebswirtschaftlichen Arbeitsschwerpunkten sowie der wirtschaftspolitischen Beratung hatte es die Anforderungen der wirtschaftlichen und staatlichen Praxis richtig erkannt, was dem ifo Institut schon bald eine »herausragende Stellung in der angewandten Wirtschaftsforschung« (Nützenadel 2011, S. 95) verschaffte und zu einer rasanten Expansion und entsprechender Raumknappheit führte. In die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für den stark wachsenden Personalstamm hatte Adolf Weber sich schon Ende 1948 eingeschaltet. Im Laufe des Jahres 1950 hatte er Erfolg und vermittelte dem Institut das Angebot des Münchener Studentenwerks, die mit einer herrschaftlichen Villa und einem Gartenhaus bebaute Liegenschaft in der Poschingerstraße 5 zu einem sehr günstigen Preis zu verkaufen. Ende 1951 ging der Kauf über die Bühne, und im März 1952 bezogen die ersten ifo-Beschäftigten ihre Büros in der Poschingerstraße, in der sich noch heute der Sitz des ifo Instituts befindet.

Zum Gedenken an Adolf Weber beschloss der ab 1999 amtierende Vorstand, das im hinteren Teil des Grundstücks gelegene Bürogebäude nach Adolf Weber zu benennen, und zur Erinnerung an die bedeutende Rolle Erhards bei der Entstehung des ifo Instituts wurde der große Vortragssaal in »Ludwig-Erhard-Saal« umbenannt.

¹⁵⁵ Bericht des Obersten Bayerischen Rechnungshofs über die örtliche Prüfung des Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. München vom 28. Juni 1950.

¹⁵⁶ Protokoll der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 16. Dezember 1949, ifo-Vorstandsarchiv.

¹⁵⁷ Protokoll der Mitgliederversammlung des Instituts für Wirtschaftsforschung vom 3. Februar 1950, ifo-Vorstandsarchiv.

ABKÜRZUNGEN

ARGE	Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute
Astwik	Abteilung für Statistische Weltwirtschaftskunde und internationale Konjunkturforschung (des Instituts für Weltwirtschaft)
BStMF	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
BStMI	Bayerisches Staatsministerium des Innern
BStMW	Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft
CIC	Counter Intelligence Corps
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (ab 1941, davor IfK)
DM	Deutsche Mark
GfK	Gesellschaft für Konsumforschung
HWWA	Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI gemeinnützige GmbH)
HStA	Hauptstaatsarchiv
IfI	Institut für Industrieforschung
IfWW	Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung
(die) Ifo	Information- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung beim Bayerischen Statistischen Landesamt
(das) ifo	ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
IfK	Institut für Konjunkturforschung (ab 1941 DIW)
IfW	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IWdF	Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigung
LMU	Ludwig-Maximilians-Universität München
OMGUS	Office of the Military Government of the United States
ORH	Bayerischer Oberster Rechnungshof
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
RGI	Reichsgruppe Industrie
RM	Reichsmark
RStDI	Reichsstand der Deutschen Industrie
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
StM	Staatsminister/in
StS	Staatssekretär/in
SIW	Süddeutsches Institut für Wirtschaftsforschung

LITERATUR

- Bayerisches Statistisches Landesamt (1959), *Die amtliche bayerische Statistik und das Bayerische Statistische Landesamt von 1933–1958*, München.
- Brill, A. (2017), *Von der »Blauen Liste« zur gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisationen – die Geschichte der Leibniz-Gemeinschaft*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig.
- Czycholl, H. (2014), *100 Jahre Institut für Weltwirtschaft*, Wachholtz Verlag, Hamburg.
- Dempf, A. (1964), »Adolf Weber und die »Münchener Gespräche«, in: *In Memoriam Adolf Weber – Ansprachen bei der Gedächtnisfeier in der Münchener Universität am 14. Mai 1963*, Duncker & Humblot, Berlin, 11–12.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2012), *1925–2012 Gelehrtenrepublik und Denkfabrik*, DIW, Berlin.
- Dieckmann, Chr. (1992), »Wirtschaftsforschung für den Großraum: Zur Theorie und Praxis des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und des Hamburger Welt-Wirtschafts-Archivs im »Dritten Reich«, in: H. Kahrs, A. Meyer und M.G. Esch (Hrsg.), *Modelle für ein deutsches Europa: Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum*, Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik Bd.10, Rotbuch-Verlag, Berlin, 146–198.
- Dietrich, Y. (1997), *Rezension: Die Erhard-Biographie von Volker Hentschel*, verfügbar unter: http://www.kas.de/upload/ACDP/HPM/HPM_04_97/HPM_04_97_12.pdf.
- Engelbrecht, P. (2002), »Das Phantom Ludwig Erhard«, *Nordbayerischer Kurier*, 13. März.
- Gerlach, Chr. (1997), »Ludwig Erhard und die »Wirtschaft des neuen deutschen Ostraumes«. Ein Gutachten aus dem Jahr 1941 und Erhards Bertaertätigkeit bei der deutschen Annexionspolitik 1938–43«, in: M. Hamann und H. Asbeck (Hrsg.), *Halbierte Vernunft und totale Medizin*, Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheit- und Sozialpolitik, Verlag der Buchläden Schwarze Risse, Berlin und Göttingen.
- Grüner, St. (2009), *Geplantes Wirtschaftswunder? Industrie- und Strukturpolitik in Bayern 1945–1965*, Institut für Zeitgeschichte, Oldenbourg, München.
- Harlander, H. (1972), »Hans Langelütke als Forscher und Institutsleiter«, *ifo Studien* (2), 127–141.
- Hentschel, V. (1996), *Ludwig Erhard: Ein Politikerleben*, Olzog, München und Landsberg.
- Herbst, L. (1977), »Krisenüberwindung und Wirtschaftsneuordnung – Ludwig Erhards Beteiligung an den Nachkriegsplanungen am Ende des Zweiten Weltkrieges«, *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte* 25(3), 305–340.
- Hesse, J.-O. (2010), *Wirtschaft als Wissenschaft: Die Volkswirtschaftslehre in der frühen Bundesrepublik*, Campus, Frankfurt am Main.
- Hohmann, K. (Hrsg.) (1988), *Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften*, Düsseldorf, Wien, New York.
- Hohmann, K. (1997), *Ludwig Erhard (1897–1977). Eine Biographie*, Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Düsseldorf.
- Jeck, H. (1962), *In Memoriam Fritz Terhalle, Ansprachen bei der akademischen Gedenkfeier in der Universität München am 14. Dezember 1962*, Ludwig-Maximilians-Universität, München, 3–10.
- Jeck, H. (1964), »Zum Gedächtnis Adolf Webers«, in: *In Memoriam Adolf Weber – Ansprachen bei der Gedächtnisfeier in der Münchener Universität am 14. Mai 1963*, Duncker & Humblot, Berlin, 7–10.
- Krengel, R. (1985), *Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) 1925 bis 1979*, Duncker & Humblot, Berlin.
- Kruse, A. (1964), »Adolf Weber als Nationalökonom«, in: *In Memoriam Adolf Weber – Ansprachen bei der Gedächtnisfeier in der Münchener Universität am 14. Mai 1963*, Duncker & Humblot, Berlin, 13–25.
- Kulla, B. (1996), *Die Anfänge der empirischen Konjunkturforschung in Deutschland 1925–1933*, Duncker & Humblot, Berlin.
- Langelütke, H. (1965), »Vierzig Jahre Konjunkturforschung in Deutschland«, Vortrag anlässlich der 16. Ordentlichen Mitgliederversammlung des ifo Instituts am 5. Juli 1965.
- Levekecht, H. (1998), »90 Jahre HWWA – Von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts bis zur Stiftung HWWA – Eine Chronik«, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg.
- Mantel, P. (2009), *Betriebswirtschaftslehre und Nationalsozialismus: eine Institutionen- und personengeschichtliche Studie*, Gabler, Wiesbaden.
- Marquardt, W. (1979), *30 Jahre Wirtschaftsforschung im Ifo-Institut*, ifo Institut, München.
- Marquardt, W. und W. Strigel (1959), *Der Konjunkturtest eine neue Methode der Wirtschaftsbeobachtung*, Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 38, Berlin, München.

Mierzejewski, A. (2005), Ludwig Erhard Der Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft – Biografie, deutschsprachige Ausgabe, Siedler Verlag, Hamburg.

Nützenadel, A. (2011), *Stunde der Ökonomen: Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

Ptak, R. (2004), *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft: Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Schneider, E. (1964), Ansprache, in: *Fünfzig Jahre Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Reden und Ansprachen anlässlich des Festaktes am 18. Februar 1964*, Kiel.

Tischner, W. (o.J.), *Die Geschichte der CDU*, Ludwig Erhard, Konrad-Adenauer-Stiftung, verfügbar unter: <http://www.kas.de/wfj/de/37.8091/>.

Tooze, A. (1993), *Thesen zur Geschichte des IfK/DIW 1925–1945*, DIW, Berlin.

Zottmann, A. (1964), *Die Entwicklung des Instituts für Weltwirtschaft von der Gründung bis zur Gegenwart*, Kiel.

QUELLEN

Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHSt)

- Mwi 12799
- MF 71498
- MF 71499

Bundesarchiv Berlin (BA)

- 12-I (Institut für Industrieforschung)

Ludwig-Maximilians-Universität München: Universitätsarchiv (LMU-Universitätsarchiv)

- M-III-7
- M-VIII-3
- M-IX-138
- FakVWL-IX-6

Stadtarchiv Bayreuth

Vorstandsarchiv des ifo Instituts (ifo-Vorstandsarchiv)

Ludwig Dorffmeister

Europäischer Bausektor: Aufschwung verliert bis 2020 spürbar an Kraft

Ausgewählte Ergebnisse der EUROCONSTRUCT-Sommerkonferenz 2018

Die europäische Bauwirtschaft erlebte 2017 einen länderübergreifenden Aufschwung. Infolgedessen erhöhte sich die Bauproduktion um fast 4% – dies war der drittstärkste Anstieg in den vergangenen 26 Jahren. Für dieses Jahr rechnen die Bauexperten des EUROCONSTRUCT-Netzwerks¹ zwar mit einer erneuten deutlichen Zunahme um mehr als 2½%. In den kommenden Jahren wird sich das Wachstumstempo dann aber weiter spürbar verlangsamen und zum Ende des Jahrzehnts nur noch knapp 1½% betragen.

Während der Hochbausektor im Zeitraum 2018 bis 2020 spürbar an Dynamik verlieren wird, dürfte der Tiefbau im laufenden sowie im kommenden Jahr zu einem bemerkenswerten Zwischenspur ansetzen. Mit einer Ausweitung der Baumaßnahmen in der Größenordnung von jeweils 4½% werden nämlich Zuwachsraten in Rekordhöhe erwartet. Umfangreiche Investitionsmittel fließen vor allem in die Straßennetze und Schienenwege – aber auch in die Energieinfrastruktur. Neben der Verbesserung der öffentlichen Finanzsituation spielen in diesem Zusammenhang der vielerorts gestiegene Investitionsbedarf sowie die europäischen Strukturhilfen eine maßgebliche Rolle.

Trotz der weiterhin sehr günstigen Rahmenbedingungen wird sich bis zum Ende des Jahrzehnts die Baunachfrage in etlichen Ländern deutlich schwächer entwickeln als zuletzt. Mancherorts neigt sich die Aufwärtsentwicklung sogar ihrem baldigen Ende zu. So dürfte die Bautätigkeit im Jahr 2019 in drei und 2020 dann in fünf Mitgliedsländern zurückgehen. Hierzu zählen Finnland, Schweden, die Slowakei, Ungarn und auch Deutschland. In Anbetracht der inzwischen erreichten Marktvolumina und der vorhergesagten, eher überschaubaren Einbußen besteht dort allerdings kein Grund zur Panik.

Im vergangenen Jahr hat die Bauleistung in den 19 EUROCONSTRUCT-Ländern um 3,9% zugenommen. Seit Anfang der 1990er Jahre war lediglich in zwei Jahren ein höheres Wachstum zu verzeichnen, nämlich 1999 und 2006. Im Jahr 2017 lag das Bauvolumen zudem erstmals seit 2011 wieder über der 1,5 Billionen Euro-Marke, nachdem es bis 2013 auf weniger als

1,4 Billionen Euro (jeweils in Preisen von 2017) abgesackt war.

BAUWIRTSCHAFT AGIERT WEITER PROZYKLISCH

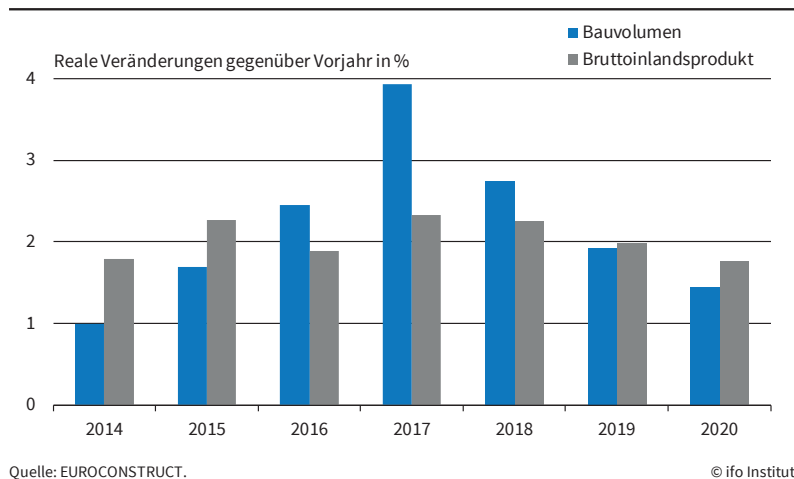
Das Jahr 2017 war für die europäische Bauwirtschaft auch deshalb so außergewöhnlich, weil die Bauaktivitäten ausnahmslos in allen 19 Mitgliedsländern des EUROCONSTRUCT-Netzwerks ausgeweitet werden konnten. Eine derart positive Entwicklung kommt sehr selten vor, dürfte sich 2018 aber sogar noch einmal wiederholen.

Darüber hinaus werden sich die Bauleistungen dieses Jahr voraussichtlich zum dritten Mal in Folge besser entwickeln als das Bruttoinlandsprodukt (vgl. Abb. 1). 2017 wuchs das Bauvolumen um stattliche 1,6 Prozentpunkte kräftiger als die Gesamtwirtschaft. Zwar wird für das laufende Jahr mit einer gedrosselten Zunahme der Bauaktivitäten gerechnet. Gleichwohl behält der Bausektor auch 2018 seinen prozyklischen Charakter. Erst in den kommenden beiden Jahren wird er seine

¹ Das europäische Forschungs- und Beratungsnetzwerk EUROCONSTRUCT® wurde 1975 gegründet. In diesem Verbund kooperieren Institute mit spezifischem Know-how im Bau- und Immobiliensektor aus 15 westeuropäischen sowie vier osteuropäischen Ländern. Den Kern der EUROCONSTRUCT-Aktivitäten bilden Konferenzen, auf denen die neuesten Prognosen zum Baugeschehen in den Mitgliedsländern vorgestellt werden. Diese Veranstaltungen finden zweimal im Jahr an wechselnden Orten in Europa statt. Außerdem werden Spezialstudien zu den längerfristigen Perspektiven und zu den Strukturveränderungen im europäischen Bausektor erstellt.

Das ifo Institut ist Gründungsmitglied und deutsches Partnerinstitut des Netzwerks. Dieser Beitrag enthält ausgewählte Analysen und Prognosen der 19 Länderberichte zur 85. EUROCONSTRUCT-Konferenz, die am 8. Juni 2018 in Helsinki stattfand. Die 86. EUROCONSTRUCT-Konferenz ist für den 23. November 2018 in Paris geplant. Das Programm sowie die Anmeldeunterlagen finden Interessenten auf der Homepage des ifo Instituts sowie auf www.euroconstruct.org.

Abb. 1
Bauaktivitäten und Wirtschaftswachstum im EUROCONSTRUCT-Gebiet



Bedeutung als Wachstumslokomotive in Europa wieder einbüßen.

BAUGESCHEHEN IM VERGANGENEN JAHR DYNAMISCHER ALS GEDACHT

Ein Vergleich mit den im November 2017 veröffentlichten Zahlen zeigt, dass sich die Bauaktivitäten im vergangenen Jahr besser entwickelt haben als ursprünglich angenommen. Dies geht maßgeblich auf das lebhaftere Baugeschehen im Wohnungssektor zurück. So wurde der Zuwachs für den Wohnungsbau inzwischen von 4,7 auf 5,3% angehoben (vgl. Abb. 2). Demgegenüber sind die Tiefbauaktivitäten etwas weniger dynamisch verlaufen; die damalige Schätzung musste von 2,2 auf 2,1% zurückgenommen werden. Insgesamt erhöhten sich die Leistungen der europäischen Bauwirtschaft 2017 nicht um 3,5%, sondern um stolze 3,9%.

Auch die zukünftige Entwicklung wird insgesamt etwas positiver gesehen als im vergangenen Winter.

über hinaus wurde der Prognosewert für 2020 von rund 1½ auf etwa 2½% angehoben. Diese Aufwärtskorrektur trägt maßgeblich dazu bei, dass die gesamten Bauleistungen 2020 voraussichtlich nicht um gut 1%, sondern um fast 1½% zunehmen werden.

MITTELFRISTIG DEUTLICH SCHWÄCHERES WACHSTUM ERWARTET

Die Entwicklungen in den einzelnen Ländern unterscheiden sich jedoch zum Teil erheblich voneinander. Für eine tiefergehende Analyse der europäischen Baukonjunktur bietet sich daher die Bildung von Ländergruppen an.

Beispielsweise waren die Märkte in Spanien, Irland, Portugal und Italien – in dieser Reihenfolge – besonders heftig von den Folgen der internationalen Finanzkrise betroffen. Aufgrund der vergleichsweise frühen Zuspitzung der Situation bzw. des konsequenten Gegenlenkens der Politik schaffte Irland – was Bautätigkeit und allgemeine wirtschaftliche

Entwicklung angeht – eine frühere Trendwende. Die Erholung verlief hier besonders schwungvoll, dürfte mittelfristig aber beträchtlich an Tempo einbüßen (vgl. Abb. 3). In Spanien und Portugal stabilisierte sich die Lage dagegen wesentlich später. Nach einer bereits erfreulichen Entwicklung im vergangenen Jahr dürfte das Wachstum im laufenden Jahr ähnlich hoch ausfallen. Bis 2020 dürfte die Ausweitung der Bauaktivitäten jedoch an Schwung einbüßen. Das Schwergewicht Italien ist immer noch nicht richtig »in Gang« gekommen. 2018 wird

Abb. 2
Prognoseänderung nach Baubereichen im EUROCONSTRUCT-Gebiet
 In Preisen von 2017

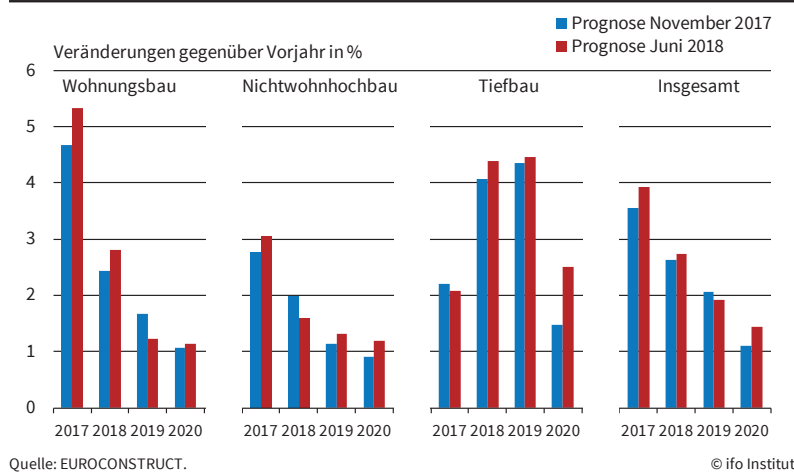
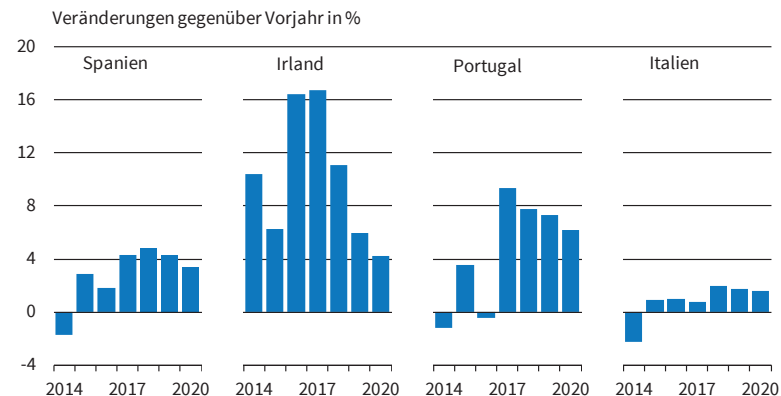


Abb. 3

Entwicklung der Bautätigkeit in ausgewählten EUROCONSTRUCT-Ländern (Teil 1)
 In Preisen von 2017


Quelle: EUROCONSTRUCT.

© ifo Institut

allerdings erstmals seit sehr langer Zeit wieder ein Zuwachs in der Größenordnung von 2% zu verzeichnen sein.

Um die beträchtliche Verringerung der Wachstumsraten des europäischen Bauvolumens – von 3,9% im Jahr 2017 auf nur noch 1,4% im Jahr 2020 – nachvollziehen zu können, empfiehlt sich die Betrachtung der Bauprognose für die vier Länder Frankreich, Deutschland, Schweden und Finnland. In den drei zuletzt genannten Märkten dürften die Bauaktivitäten ab 2019 sogar abnehmen (vgl. Abb. 4). In Schweden wird damit ein etliche Jahre dauernder, kräftiger Aufschwung zu Ende gehen. In Finnland dürfte sich das Bauvolumen im Zeitraum 2019 und 2020 am stärksten verringern. Vorausgegangen war jedoch eine spürbare Belebung im Jahr 2016 – vor allem im Hochbau.

Auch in Deutschland nahm der Bausektor in der nahen Vergangenheit deutlich an Fahrt auf. Die wesentlichen Treiber waren dabei ein stark anziehender Wohnungsneubau sowie eine Erhöhung der Investitionstätigkeit des Bundes. Hinzu kam ein »kleiner«

kaum noch Bauflächen verfügbar.

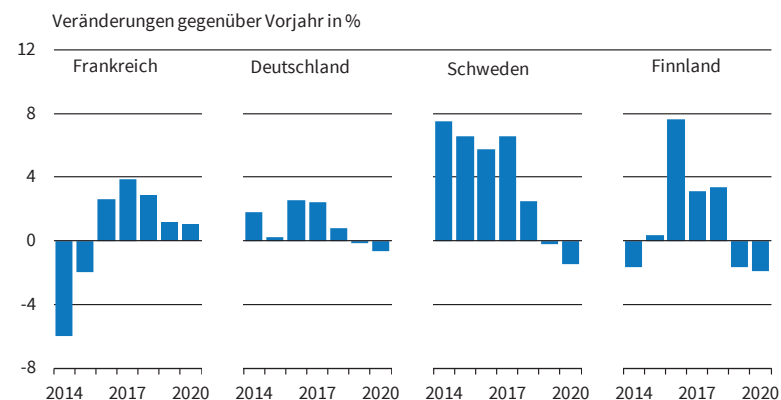
Der nach dem deutschen zweitgrößte Markt für Bauleistungen in Europa ist der französische. Nach der merklichen Belebung in den vergangenen beiden Jahren dürfte das Wachstum spätestens im kommenden Jahr wieder spürbar geringer ausfallen. Der Hauptgrund hierfür ist die konjunkturelle Abkühlung im Wohnungsbau. Demgegenüber wird der Nichtwohnbau – bestehend aus Nichtwohnhochbau und Tiefbau – sogar zusätzlich Fahrt aufnehmen.

Spätestens 2020 dürften sich Wachstumsraten in den meisten Ländern des EUROCONSTRUCT-Gebiets deutlich abgeschwächt haben. Der Aufwärtszyklus, der 2014 begann, hat seinen Höhenpunkt bereits überschritten. Es ist gut möglich, dass zu Beginn des nächsten Jahrzehnts die erbrachten Bauleistungen in Europa wieder schrumpfen werden.

WOHNUNGSNEUBAU VERLIERT IN DEN NÄCHSTEN JAHREN KRÄFTIG AN SCHWUNG

Der Wohnungsneubau war 2016 und 2017 der Teilbereich, der die Baukonjunktur in Europa am stärksten befeuert hat. So stiegen die Leistungen im Zusammenhang mit der Errichtung neuer Wohngebäude in den vergangenen beiden Jahren um insgesamt 54 Mrd. Euro auf 320 Mrd. Euro (jeweils in Preisen von 2017). 2016 betrug der Zuwachs 9%, und 2017 lag er dann sogar leicht im zweistelligen Bereich. Für das laufende Jahr wird eine weitere Zunahme um rund 5% vorhergesagt. Danach dürfte das jährliche Wachstum dann allerdings nur noch beschei-

Abb. 4

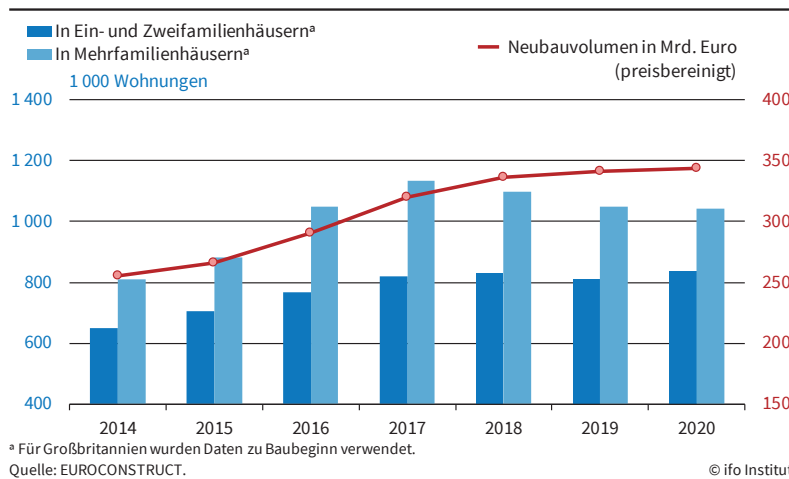
Entwicklung der Bautätigkeit in ausgewählten EUROCONSTRUCT-Ländern (Teil 2)
 In Preisen von 2017


Quelle: EUROCONSTRUCT.

© ifo Institut

Abb. 5

Wohnungsneubau im EUROCONSTRUCT-Gebiet



den ausfallen und 2020 lediglich rund ½% erreichen (vgl. Abb. 5).

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Genehmigungszahlen wider. So dürfte die Nachfrage nach neuen Mehrfamilienhausvorhaben schon 2017 ihren Zenit erreicht haben. Ausgehend von den damals rund 1,13 Mio. genehmigten Geschosswohnungen dürfte sich die Zahl der Bewilligungen bis 2020 auf gut 1,04 Mio. Einheiten verringern. Die Nachfrage nach Wohnungen in neu errichteten Ein- und Zweifamilienhäusern wird im Prognosezeitraum bis 2020 zwar noch etwas ansteigen. Im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2020 dürfte die Zahl der genehmigten Eigenheime bei etwa 825 000 Einheiten p.a. liegen und damit nur um 6 000 Wohnungen über dem 2017 erzielten Wert.

REKORDSTARKER ANSTIEG DER WOHNUNGSFERTIGSTELLUNGEN IN DEN JAHREN 2017 UND 2018

Bei den Fertigstellungen machen sich diese Entwicklungen erst mit zeitlicher Verzögerung bemerkbar. So dürfte die Zahl der Wohnungsfertigstellungen nächstes Jahr ihren Scheitelpunkt in Höhe von 1,78 Mio. Einheiten erreichen (vgl. Tab.1). 2020 wird es dann voraussichtlich zu einem Rückgang um rund 37 000 Einheiten kommen, der maßgeblich auf die rückläufige Wohnungsbautätigkeit in Frankreich zurückgeht.

Positiv hervorzuheben ist jedoch die äußerst starke

Zunahme der Wohnungsfertigstellungen im vergangenen sowie im laufenden Jahr. 2017 lag der Zuwachs bei knapp 140 000 Wohnungen, und 2018 dürfte er sogar gut 180 000 Einheiten betragen. Mit dem für das laufende Jahr prognostizierten Anstieg würde für das EUROCONSTRUCT-Gebiet ein neuer Rekord aufgestellt, was den Zubau neu errichteter Wohnungen betrifft. Der bisherige Rekordwert stammt aus dem Jahr 2006 mit einem Plus von rund 145 000 Fertigstellungen. 2018 ist – mit Ausnahme von Belgien – für alle Mitglieds-

länder von einer Zunahme der Fertigstellungszahlen auszugehen. Besonders kräftig dürfte der Anstieg dabei in Frankreich, Polen und Spanien ausfallen, gefolgt von Deutschland, Ungarn und Schweden.

WOHNUNGSBAU PROFITIERT VOR ALLEM VON VERBESSERTER ARBEITSMARKTLAGE

Bei den Einflussfaktoren, die die Wohnungsbaunachfrage begünstigen, hat sich der Faktor Arbeitsmarkt inzwischen ganz nach vorne »gearbeitet« (vgl. Abb. 6). Bis auf die Länder Portugal, die Schweiz, Schweden und Spanien werden die Effekte auf die Aktivitäten im Wohnungsbau in allen Ländern als »positiv« bzw.

Tab. 1 Wohnungsfertigstellungen^a in Europa nach Ländern 2016 bis 2020

	in 1 000 Wohneinheiten					Veränderung in %
	2016	2017	2018	2019	2020	2020/2016
Belgien	45,1	48,1	47,7	51,0	47,5	5,3
Dänemark	21,1	25,5	27,5	29,5	30,5	44,9
Deutschland ^b	235,7	245,3	260,0	275,0	280,0	18,8
Finnland	30,2	36,0	43,5	43,0	35,0	15,9
Frankreich	335,1	362,6	419,1	388,4	351,0	4,7
Großbritannien	164,6	187,0	194,0	199,0	203,0	23,3
Irland	14,9	19,3	25,0	29,0	34,0	127,7
Italien	81,6	80,6	83,1	85,6	87,6	7,3
Niederlande	54,9	62,0	67,0	67,0	74,0	34,8
Norwegen	29,4	31,6	36,0	37,5	29,6	0,5
Österreich	48,3	52,0	56,5	59,2	60,2	24,6
Portugal	6,8	8,6	10,5	12,3	14,2	110,5
Schweden	53,6	64,2	72,5	62,2	58,5	9,1
Schweiz	53,	54,5	55,2	54,6	54,2	2,3
Spanien	40,1	54,6	75,0	85,0	95,0	136,8
Westeuropa (EC-15)	1 214,4	1 331,9	1 472,6	1 478,4	1 454,3	19,8
Polen	163,4	178,5	200,0	210,0	205,0	25,5
Slowakei	15,7	16,9	18,3	17,8	17,3	10,2
Tschechien	27,4	28,6	30,1	34,0	36,4	32,8
Ungarn	10,0	14,4	30,0	35,0	25,0	150,0
Osteuropa (EC-4)	216,5	238,4	278,4	296,8	283,7	31,0
Insgesamt	1 430,9	1 570,3	1 751,0	1 775,2	1 738,0	21,5

^a Fertiggestellte Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden (Ein-, Zwei- sowie Mehrfamiliengebäude). ^b Amtlicher Wert für 2017; revidierte Prognosewerte für die Jahre 2018–2020.

Quelle: EUROCONSTRUCT.

Abb. 6

Einflussfaktoren im Wohnungsbausektor bis 2019 nach Ländern

Land	Wohnungsbau 2018 bis 2019: durchschnittliche prozentuale Veränderung p.a.	Arbeits- markt	Wirtschaftliche Aussichten	Haushalts- einkommen	Allgemeine Finanzierungs- bedingungen	Demogra- phische Effekte	Steuerliche Anreize bzw. öff. Förderung	Wohn- immobilien- preise
Ungarn	30,2	+	+	++	++	-	++	++
Irland	17,6	++	+	+	+	+	0	-
Portugal	11,4	-	+	+	++	-	+	+
Tschechien	7,4	++	+	+	+	+	0	-
Polen	6,5	++	++	++	+	+	++	0
Spanien	5,6	0	+	0	+	0	0	0
Dänemark	3,4	+	++	+	+	+	0	+
Niederlande	3,1	+	+	+	-	+	-	0
Großbritannien	2,3	+	0	0	-	+	++	-
Slowakei	1,9	+	0	+	0	0	0	-
Belgien	1,8	++	+	+	0	+	0	+
Österreich	1,6	+	+	+	0	+	0	+
Italien	1,4	+	+	+	+	0	+	0
Finnland	1,3	++	++	+	++	+	0	0
Deutschland	0,8	++	+	+	+	+	0	0
Frankreich	0,7	+	+	+	+	+	-	-
Schweiz	-0,1	0	+	+	0	+	0	-
Norwegen	-1,6	+	+	+	-	-	-	-
Schweden	-3,3	0	-	0	0	++	+	-

Erklärung: ++ starke positive Wirkung, + positive Wirkung, 0 keine oder unklare Wirkung, - negative Wirkung, -- starke negative Wirkung

Demographische Effekte: Entwicklung der Einwohnerzahl, Änderung der durchschnittlichen Haushaltsgröße, der Altersstruktur, der geographischen Bevölkerungsverteilung usw.

Quelle: EUROCONSTRUCT.

© ifo Institut

»stark positiv« bewertet. In den sechs Ländern Irland, Tschechien, Polen, Belgien, Finnland und Deutschland machen sich die merklich rückläufigen Arbeitslosenzahlen bzw. die sehr hohe Arbeitsplatzsicherheit besonders positiv bemerkbar. Lediglich in Portugal wird der Situation auf dem Arbeitsmarkt noch dämpfende Wirkungen für den Wohnungsbau zugeschrieben. Des Weiteren werden die Wohnungsbauaktivitäten durch die günstige wirtschaftliche Entwicklung, die steigenden Haushaltseinkommen, die niedrigen Finanzierungskosten sowie diverse demographische Effekte befeuert.

Die stark steigenden bzw. die bereits recht hohen Preise für Wohnimmobilien werden von insgesamt acht Experten als hemmend für den weiteren Verlauf der Wohnbautätigkeit in ihren jeweiligen Ländern eingestuft. In Frankreich wird die von den Immobilienpreisen ausgehende Wirkung sogar als »stark negativ« beurteilt. Dasselbe gilt für die aktuelle Förderpolitik. Hier geht es um die Begrenzung bisheriger Fördermaßnahmen auf Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten. In den vergangenen beiden Jahren lebte jedoch ein großer Teil der davon Begünstigten in den Landesteilen mit weniger akuter Wohnungsnot. Für die dortigen Haushalte ist zukünftig keine Förderung – in Form zinsloser Kredite für Eigennutzer bzw. Steuervorteile für die Erwerber von Mietwohnungen – mehr vorgesehen. Angesichts massiver Kritik wurde für die Inanspruchnahme der vergünstigten Kredite im Nachhinein eine 2jährige Übergangsregelung zu allerdings verschlechterten Konditionen beschlossen.

Während sich in Deutschland, Frankreich und der Schweiz das Wachstum der Wohnungsbauleistungen

inzwischen merklich abgeschwächt hat, ist für Norwegen und Schweden im Zeitraum 2018 bis 2019 von einem deutlichen Rückgang auszugehen. Hier hatte die Wohnbautätigkeit in den zurückliegenden Jahren jedoch erheblich Fahrt aufgenommen. Für den norwegischen Markt werden gleich vier Einflussfaktoren als dämpfend eingestuft: Dazu zählen die allgemeinen Finanzierungsbedingungen, demographische Effekte, steuerliche Anreize bzw. Förderpolitik sowie die Wohnimmobilienpreise. Am oberen Ende der Länderskala mit überwiegend positiven Rahmenbedingungen stehen Ungarn, Irland und Portugal mit exorbitant hohen Zuwächsen des Wohnungsbauvolumens. Aber auch in Tschechien, Polen und Spanien ist für die Zweijahresperiode bis 2019 insgesamt mit zweistelligen Anstiegen zu rechnen. Speziell für den spanischen Markt gilt zu bedenken, dass sich der Aufschwung stark auf einige, wirtschaftlich erfolgreiche Regionen konzentriert und derzeit vor allem klassische Investoren aktiv sind, während sich etwa die Nachfrage selbstnutzender Familien noch nicht wieder erholt hat.

RÜCKLÄUFIGER NICHTWOHNHOCHBAU AUF DEN BRITISCHEN INSELN

Der Nichtwohnhochbau repräsentierte 2017 das zweitgrößte Teilsegment – nach dem Wohnungsbau und vor dem Tiefbau. Insgesamt flossen im vergangenen Jahr knapp 490 Mrd. Euro (in Preisen von 2017) in den Neubau sowie den Erhalt von Nichtwohngebäuden. Das Wachstum war das stärkste seit 2007 und betrug gut 3%. Während die Neubauleistungen dabei um 4,3% zulegten, ergab sich für die Bestandsmaßnahmen ein

Abb. 7

Einflussfaktoren im Nichtwohnhochbau bis 2019 nach Ländern

Land	Nichtwohnhochbau 2018 bis 2019: durchschnittliche prozentuale Veränderung p.a.	Wirtschafts- wachstum	Unternehmens- gewinne	Gebäude- zustand und Leerstand	Erzielbare Gesamtrendite	Allgemeine Finanzierungs- bedingungen	Öff. Finanzierung und Verschuldung	Politische Einfluss- faktoren
		Einschätzung der Wirkung einzelner Einflussfaktoren						
Ungarn	10,8	+	+	++	+	++	++	++
Polen	5,7	++	+	0	+	+	+	+
Portugal	5,0	+	+	+	0	++	0	-
Norwegen	4,6	+	+	+	0	-	0	0
Niederlande	4,5	+	+	0	0	+	+	+
Spanien	3,5	+	+	0	+	+	-	-
Schweden	3,4	-	0	+	0	0	+	+
Slowakei	3,1	+	0	+	0	0	0	0
Frankreich	3,1	++	++	++	++	0	-	+
Tschechien	3,0	+	+	+	0	-	0	0
Dänemark	2,9	+	+	+	+	0	0	+
Schweiz	2,7	++	0	-	-	0	0	0
Belgien	2,0	+	+	0	+	0	-	0
Finnland	1,9	+	+	0	++	+	0	0
Österreich	1,7	+	+	0	0	0	+	0
Italien	1,6	+	+	+	0	0	0	0
Deutschland	0,0	+	+	+	+	+	+	-
Irland	-1,8	+	+	+	+	-	-	0
Großbritannien	-3,3	0	+	0	0	+	-	---

Erklärung: ++ starke positive Wirkung, + positive Wirkung, 0 keine oder unklare Wirkung, - negative Wirkung, -- starke negative Wirkung.

Quelle: EUROCONSTRUCT.

© ifo Institut

Plus von 1,8%. Letztere werden bis 2020 allerdings etwas stärker zur prognostizierten Aufwärtsentwicklung beitragen als der Neubau. Insgesamt wird der Nichtwohnhochbau bis dahin deutlich an Fahrt verlieren und im letzten Prognosejahr nur noch um gut 1% zunehmen.

Bezogen auf den Zeitraum 2018 bis 2019, sind wiederum ganz unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Ländern zu erwarten (vgl. Abb. 7). So geht die Bandbreite von einem durchschnittlichen, jährlichen Anstieg von fast 11% in Ungarn – dort befeuert die gerade bestätigte Regierung den starken Konjunkturaufschwung mit weiteren gezielten Maßnahmen – bis zu Rückgängen von 1,8 bzw. 3,3% in Irland und Großbritannien. Die britische Bautätigkeit wird dabei unter anderem vom unsicheren Ausgang der Brexit-Verhandlungen und der immer noch angespannten öffentlichen Haushaltslage gebremst. Daneben machen sich aber auch das Auslaufen der großangelegten Investitionsoffensive im Schulbereich sowie das seit Mitte 2016 verschlechterte Konsumklima negativ bemerkbar. Auch in Irland bleibt die öffentliche Kassenlage ein dämpfender Faktor; hinzu kommen verschärfte Eigenkapitalanforderungen der Banken. Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass die Bautätigkeit dort in der nahen Vergangenheit erheblich zugenommen hat und das Baugewerbe durch zunehmende Kapazitätsengpässe gekennzeichnet ist. Der von vielen erwartete, positive Schub des Brexits auf den Bürogebäudebau in Irland ist zudem bislang nicht auszumachen.

Von der Politik und der öffentlichen Finanzlage sind in den meisten Ländern keine nennenswerten

bzw. sogar negative Auswirkungen für den Nichtwohnhochbau bis 2019 zu erwarten. Die im Nichtwohnhochbau tätigen Unternehmen profitieren derzeit aber nicht nur vom Wirtschaftsaufschwung in Europa, sondern auch vom weltweiten. Neben den steigenden Unternehmensgewinnen, äußert sich dies etwa in einer gestiegenen Auslastung des Gebäudebestands bzw. einem höheren Bedarf an Erweiterungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind größere Gewerbeimmobilien weiterhin stark begehrte Anlageobjekte, denn die von Vermögensverwaltern und Versicherungen eigentlich präferierten Staatsanleihen von Ländern mit sehr guter Bonität werfen immer noch zu wenig Rendite ab.

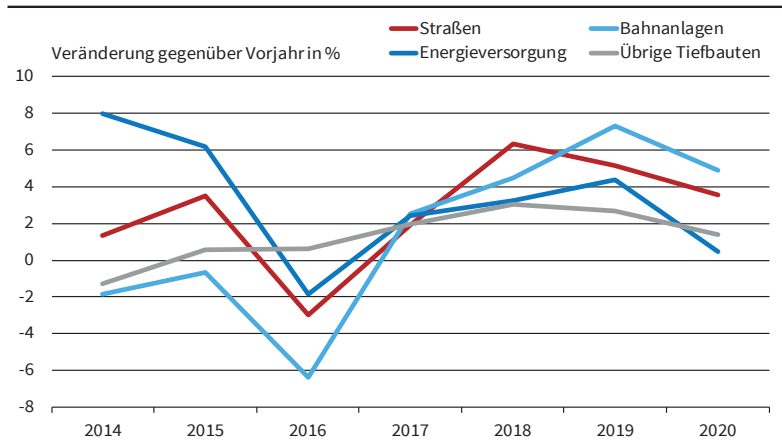
**INVESTITIONEN IN DIE VERKEHRS-
INFRASTRUKTUR STEIGEN BIS 2019 KRÄFTIG**

Nach den aktuellen Prognosen der EUROCONSTRUCT-Experten werden die Tiefbaumaßnahmen in diesem und im nächsten Jahr um jeweils rund 4½% zunehmen und damit 2019 die unangefochtene Rolle des Zugpferds der europäischen Baunachfrage übernehmen. Im Jahr 2020 dürfte das Tiefbauvolumen dann um weitere 2½% auf rund 345 Mrd. Euro klettern. Dies würde einen Zuwachs von insgesamt 36 Mrd. Euro (jeweils in Preisen von 2017) innerhalb dieses Dreijahreszeitraums bedeuten.

Die Impulse kommen insbesondere aus dem Bereich der Verkehrsinfrastruktur und dabei allen voran aus dem Straßenbau (vgl. Abb. 8). So erhöhen sich die Investitionen in den Ausbau bzw. der Sanierung der Straßennetze innerhalb von drei Jahren um insgesamt

Abb. 8

Tiefbauaktivitäten nach ausgewählten Teilbereichen
In Preisen von 2017



Quelle: EUROCONSTRUCT.

© ifo Institut

16½ Mrd. auf rund 122 Mrd. Euro im Jahr 2020. Zudem fließen bis dahin gut 7½ Mrd. Euro mehr in Bahnanlagen bzw. knapp 4½ Mrd. Euro mehr in Tiefbauten zur Energiegewinnung bzw. -verteilung. Die übrigen knapp 8 Mrd. Euro der oben beschriebenen Marktausweitung um insgesamt 36 Mrd. Euro innerhalb von drei Jahren (jeweils in Preisen von 2017) gehen auf das Konto von weiteren Verkehrsbauten, Telekommunikationsnetzen, der Wasserversorgung und diverser anderer Bauwerke wie z.B. Sportplätze oder Küstenschutzbauten.

Der mitunter deutliche Rückgang im Jahr 2016 hatte mit der letztmaligen Inanspruchnahme von EU-Mitteln aus der vorangegangenen Förderperiode 2007 bis 2013 zu tun. Gerade die osteuropä-

schen Länder, deren öffentliche Investitionen sehr stark von europäischen Zuschüssen abhängig sind, taten seinerzeit alles dafür, förderfähige Projekte rechtzeitig bis 2015 abschließen zu können und sich damit noch Zuschüsse zu sichern, die ansonsten verfallen wären. Darüber wurde allerdings die Vorbereitung neuer Vorhaben für die offiziell 2014 begonnene Förderperiode vernachlässigt. Inzwischen ist die Pipeline baureifer Tiefbauprojekte aber wieder gut gefüllt, und einige Länder arbeiten intensiv daran, die Kofinanzierung

der EU für den Zeitraum 2014 bis 2020 konsequent zu nutzen.

AKTUELL SEHR GÜNSTIGE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DEN EUROPÄISCHEN TIEFBAU

Neben den vier osteuropäischen Ländern spielen auch für die Schweiz und Portugal europäische bzw. nationale Fonds eine wichtige Rolle für die Tiefbaunachfrage in den Jahren 2018 und 2019 (vgl. Abb. 9). Einzig in Spanien wird die Wirkung dieses Einflussfaktors negativ eingeschätzt. Dies hängt dort auch mit der immer noch sehr angespannten öffentlichen Finanzlage zusammen.

Abb. 9

Einflussfaktoren im Tiefbausektor bis 2019 nach Ländern

Land	Tiefbau 2018 bis 2019: durchschnittliche prozentuale Veränderung p.a.	Infrastrukturbedingungen	Fonds (EU, national, regional)	Wirtschaftswachstum	Ökologische Faktoren und Energiepolitik	Allgemeine Finanzierungsbedingungen	Wahlen	Öff. Finanzierung und Verschuldung
		Einschätzung der Wirkung einzelner Einflussfaktoren						
Polen	18,9	+	++	++	++	++	+	+
Ungarn	14,9	0	++	++	++	++	++	+
Norwegen	12,2	++	+	+	0	0	0	+
Tschechien	9,0	+	++	+	0	-	-	0
Niederlande	6,5	+	0	+	++	+	0	+
Schweden	6,3	++	0	0	+	+	0	+
Irland	5,7	+	+	+	+	0	0	-
Großbritannien	5,1	+	+	0	-	0	0	0
Schweiz	4,8	0	++	+	+	+	0	0
Belgien	4,6	++	0	+	+	0	0	-
Frankreich	3,8	+	+	++	+	0	++	-
Slowakei	3,8	+	++	0	0	-	0	0
Spanien	3,7	0	-	0	-	0	+	---
Italien	3,5	++	+	+	+	+	-	0
Portugal	2,9	+	++	+	-	+	0	-
Österreich	1,2	0	0	+	+	+	0	0
Dänemark	0,7	+	0	+	0	+	0	0
Deutschland	-0,8	+	+	+	-	+	0	+
Finnland	-2,3	+	+	+	+	0	-	-

Erklärung: ++ starke positive Wirkung, + positive Wirkung, 0 keine oder unklare Wirkung, - negative Wirkung, -- starke negative Wirkung

Quelle: EUROCONSTRUCT.

© ifo Institut

Ähnlich positiv wie die europäischen Förderzuschüsse bzw. die nationalen Investitionsprogramme beurteilen die Länderexperten die aktuellen Infrastrukturbedingungen sowie das kräftige Wirtschaftswachstum. Dabei wird nur jeweils in vier Ländern eine lediglich neutrale Wirkung auf die Tiefbaumaßnahmen bis 2019 unterstellt. Deutlich heterogener fallen dagegen die Einschätzungen zu den ökologischen Faktoren und der Energiepolitik sowie zu den allgemeinen Finanzierungsbedingungen aus. Die staatliche Finanzsituation bzw. Verschuldung dürfte mit Bezug auf das gesamte EUROCONSTRUCT-Gebiet sogar leicht bremsend wirken.

Während in Finnland das Tiefbauvolumen in den beiden Jahren 2018 und 2019 um durchschnittlich 2,3% p.a. schrumpfen wird, dürfte das Baugeschehen in Polen, Ungarn, Norwegen und Tschechien sehr dynamisch verlaufen. In den beiden erstgenannten Ländern gehen jeweils von mehreren Einflussfaktoren starke positive Impulse aus. So wird beispielsweise in Polen derzeit unter anderem ein neuer Fonds für die Finanzierung lokaler Straßenbauprojekte vorbereitet, über den spätestens im nächsten Jahr entsprechende Vorhaben abgewickelt werden sollen. In Ungarn wird der Tiefbau-sektor dagegen auch durch die Realisierung einzelner Großprojekte in den Bereichen öffentlicher Nahverkehr, Energieerzeugung und Sport befeuert.

In Norwegen geht das Wachstum der Bauproduktion insgesamt ganz maßgeblich auf die positive Entwicklung des Tiefbaus zurück. Der Nichtwohnhochbau wächst dort mit wesentlich geringen Raten, der Wohnungsbau wird 2018 und 2019 sogar schrumpfen. Die verstärkten Tiefbauaktivitäten gehen dabei auf den öffentlich diskutierten Zustand der staatlichen Infrastruktur zurück und hat vor allem Auswirkungen auf den Straßenbau. 2018 wird rund die Hälfte der norwegischen Tiefbaumittel in diesen Teilbereich fließen. Daneben kommt die aktuelle Investitionsoffensive aber auch allen anderen Tiefbauarten zugute.

In Tschechien gewinnen die Tiefbauleistungen – nach Rückgängen in den Jahren 2016 und 2017 – der-

zeit wieder an Fahrt. 2019 wird das prozentuale Wachstum fast drei Mal so hoch ausfallen wie im laufenden Jahr. Auch hier wird eine sektorübergreifende Ausweitung der Tiefbaumaßnahmen erwartet. Allerdings wirken verschlechterte Finanzierungsbedingungen, Probleme bei der Bildung einer neuen Regierung, komplexere Beschaffungsprozesse der öffentlichen Hand sowie verzögerte Genehmigungsverfahren dämpfend auf die Tiefbaunachfrage.

RÜCKGANG DER FINNISCHEN TIEFBAULEISTUNGEN IST ALLES ANDERE ALS DRAMATISCH

In Finnland dürfte das Tiefbauvolumen im Verlauf der Jahre 2017 bis 2020 um insgesamt 8½% schrumpfen. Dies ist allerdings nicht besorgniserregend – auch wenn der erste Eindruck Schlimmes vermuten lässt. Tatsächlich erreichten nämlich die Tiefbauleistungen in Finnland 2016 den mit Abstand höchsten Wert seit Anfang der 1990er Jahre. Die Auswirkungen der Finanzkrise und der wirtschaftlichen Rezession der Jahre 2012 bis 2014 konnten den Tiefbausektor nur teilweise bremsen, so dass das 2009 erzielte Rekordniveau weiterhin in Reichweite blieb. Die Zuwächse in den Jahren 2013 bis 2016, die aus der positiven Entwicklung in sämtlichen Teilbereichen resultierten, hoben das Tiefbauvolumen dann auf Werte deutlich oberhalb des alten Rekordniveaus. Bereits 2015 wurden mehr Tiefbauarbeiten durchgeführt als in jedem der vorangegangenen 24 Einzeljahre. Die aktuell leicht rückläufige Entwicklung, die sich mindestens bis zum Ende des Jahrzehnts fortsetzen dürfte, ist demnach in erster Linie als Marktnormalisierung zu interpretieren.

LITERATUR

EUROCONSTRUCT (2018a), *85th EUROCONSTRUCT Country Report – European Construction: Market Trends until 2020, 7–8 June 2018, Helsinki, June 2018*. Hrsg. Forecon Oy, Tampere.

EUROCONSTRUCT (2018b), *85th EUROCONSTRUCT Summary Report – European Construction: Market Trends until 2020, 7–8 June 2018, Helsinki, June 2018*. Hrsg. Forecon Oy, Tampere.

Magnus Reif und Arno Städtler

Investitionen und Leasing: Nachlassende Dynamik

Der auf der Geschäftslage und den Geschäftserwartungen der Leasinggesellschaften basierende Investitionsindikator, den das ifo Institut und der Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen gemeinsam ermitteln, signalisiert für das Jahr 2018 einen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen von nominal 4,1%, nach einem Anstieg um 4,3% im Vorjahr. Auch für das kommende Jahr ist nochmals mit Wachstum zu rechnen, wenn auch mit verminderter Dynamik. Ursächlich für die weitere Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen dürfte der inzwischen acht Jahre anhaltende Aufschwung und die ständige Zunahme des Auslastungsgrads der deutschen Wirtschaft sein, die inzwischen in eine deutliche Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten, insbesondere im Baugewerbe, übergegangen ist. Es ist damit zu rechnen, dass kapazitätserweiternde Investitionen weiterhin zunehmen.

Die deutsche Wirtschaft ist auch zum Jahresbeginn 2018 gewachsen, das Tempo hat sich aber abgeschwächt, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) kürzlich mitteilte. Nach ersten Berechnungen war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal 2018 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,3% höher als im vierten Quartal 2017. Es ist damit bereits das 15. Mal in Folge im Vergleich zum Vorquartal gestiegen; das ist die längste Aufschwungsphase seit 1991. Im vergangenen Jahr war die Expansion jedoch kräftiger, zuletzt um 0,7 % im dritten und um 0,6 % im vierten Quartal 2017 (vgl. Statistisches Bundesamt 2018a).

Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich (preis-, saison- und kalenderbereinigt) aus dem Inland. Insbesondere die Investitionen zogen zum Jahresbeginn deutlich an: In Ausrüstungen wurde 1,2% mehr investiert als im vierten Quartal 2017. Dieser Anstieg ist jedoch einzig auf eine Ausweitung der Investitionsausgaben der öffentlichen Hand zurückzuführen. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen gaben im gleichen Zeitraum um 0,3% gegenüber dem Vorquartal nach. Die Bauinvestitionen stiegen um 2,1%. Zudem steigerten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben (+ 0,4%). Die staatlichen Konsumausgaben waren dagegen rückläufig (– 0,5%).

Im Vorjahresvergleich hat sich die Wirtschaftsleistung ebenfalls etwas abgeschwächt: Das preisbereinigte BIP stieg im ersten Quartal 2018 um 1,6%, nach + 2,2% im dritten und + 2,3% vierten Quartal 2017.

Auch im Vorjahresvergleich kamen die Wachstumsimpulse im ersten Quartal 2018 überwiegend aus dem Inland: Die privaten Konsumausgaben stiegen

um 1,4%, die staatlichen um 1,0%. In Ausrüstungen – darunter fallen hauptsächlich Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurde preisbereinigt 4,4% (nominal: + 4,9%) mehr investiert als im ersten Quartal 2017. Die Bauinvestitionen stiegen um 1,3%. Insgesamt stieg die inländische Verwendung um 1,6. In jeweiligen Preisen gerechnet war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2018 um 3,5% höher als im Vergleichszeitraum von 2017, die Ausrüstungsinvestitionen übertrafen also diesmal mit + 4,9% deutlich diesen Zuwachs.

GEWERBLICHE FAHRZEUGZULASSUNGEN RÜCKLÄUFIG

Obwohl der Automobilverband VDA für das Jahr 2018 mit einem Zulassungsminus bei Pkw von etwa 2% rechnet, zeigte sich die Automobilkonjunktur zu Jahresbeginn 2018 noch von ihrer besten Seite. Die Pkw-Zulassungen legten im Januar (+ 11,6%) und Februar (+ 7,4%) ordentlich zu. Zwar sanken die Neuzulassungen im März um 3,4%, das reichte im Auftaktquartal 2018 jedoch noch für ein Plus von + 4%. Dies war jedoch nur den privaten Neuzulassungen zu verdanken, die um 16% zulegen, während die gewerblichen um 2% nachgaben (vgl. Kraftfahrt-Bundesamt 2018). Das heißt, der Anteil der Fahrzeuge, die zu den Investitionen zählen ging auf 62,7% deutlich zurück (Vorjahr: 66,6%). Die Nutzfahrzeuge verzeichneten im ersten Quartal ein Zulassungsminus von 3,4%. Den Trendumfragen des Bundesverbandes Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL) zufolge ist der Anschaffungswert des Neugeschäfts mit Mobilien im ersten Quartal 2018 gegenüber dem Vorjahresquartal mit – 1% minimal zurückgegangen, was auf das

ruhigere Neugeschäft mit Pkw zurückzuführen war (vgl. BDL 2018).

INVESTITIONSINDIKATOR SIGNALISIERT SCHWÄCHEREN ZUWACHS DER AUSTRÜSTUNGSINVESTITIONEN

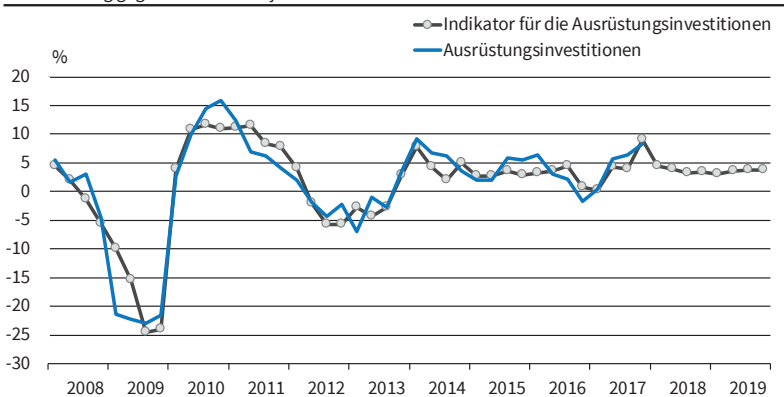
Der auf der Geschäftslage und den Geschäftserwartungen der Leasinggesellschaften basierende Investitionsindikator, den das ifo Institut und der Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen gemeinsam ermitteln, signalisiert für das Jahr 2018 einen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen von nominal 4,1%, nach einem Anstieg um 4,3% im Vorjahr. Auch für das kommende Jahr ist nochmals mit Wachstum zu rechnen, wenn auch mit verminderter Dynamik (+ 3,4%).

Dabei ist zu beachten, dass sich die Berechnung des Indikators ab 2017 methodisch von denen früherer Berechnungen unterscheidet. So wird der Indikator von nun an mittels der seit längerem erfolgreich am ifo Institut eingesetzten Prognosemethodik vorgenommen. Diese bietet die Möglichkeit, die Ergebnisse der Befragung der Leasinggesellschaften mit weiteren Indikatoren zu kombinieren, um eine bessere Abschätzung der zukünftigen Entwicklung vorzunehmen.¹

Überdies basiert die Berechnung auf einer geänderten Abgrenzung des Investitionsbegriffs, der nun alleine auf die Ausrüstungsinvestitionen abstellt und die sonstigen Anlagen nicht mehr berücksichtigt. Diese Anpassung wurde notwendig, da die anlässlich der letzten Generalrevision der VGR erheblich revidierten Investitionszahlen einen merklichen Einfluss auf die Entwicklung des Aggregats haben. Sie führten zu spürbaren Änderungen bei dem Verlauf und dem Niveau des ifo Investitionsindikators und zu einer schwächeren Performance. Die Investitionen in sonstige Anlagen (nach neuer Abgrenzung) zeigen ein weniger volatiles Entwicklungsmuster als die Ausrüstungsinvestitionen. Da Erstere nun verdreifacht wurden, führt deren höhe-

¹ Detaillierte Informationen zur Methode finden Sie in Carstensen et al. (2009) sowie Fobbe und Lehmann (2016).

Abb. 1
Investitionsindikator
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Berechnungsstand: 25. Juni 2018

Quelle: ifo Konjunkturumfragen Dienstleistungen; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

res Gewicht im Gesamtregagat zu einem glatteren Verlauf des Indikators.

Hierbei ist zu beachten, dass aufgrund der jüngsten Konzeptänderung und der Generalrevision der VGR durch das ESVG 2010 die Investitionsquoten vollständig neu berechnet und deutlich angehoben werden mussten. Denn die Behandlung von Ausgaben für Forschung und Entwicklung als Investitionen ist hier die quantitativ mit Abstand größte Konzeptänderung und für etwa 70% des Gesamteffekts für die Niveauerhöhung des BIP verantwortlich. Für das Jahr 2010 beispielsweise sind 2,3 Prozentpunkte der Niveauerhöhung des BIP (von insgesamt 3,3%) auf die Neuverbuchung von Forschung und Entwicklung zurückzuführen (vgl. Statistisches Bundesamt 2014).

Ursächlich für die weitere Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen dürfte der inzwischen acht Jahre anhaltende Aufschwung und die ständige Zunahme des Auslastungsgrads der deutschen Wirtschaft sein, die inzwischen in eine deutliche Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten, insbesondere im Baugewerbe, übergegangen ist (vgl. Wohlrabe und Wollmershäuser 2017). Es ist damit zu rechnen, dass kapazitätserweiternde Investitionen weiterhin zunehmen.

2018: INVESTOREN AGIEREN VORSICHTIGER

Ein unerwartet schwacher Jahresauftakt sowie ein zunehmend unsicheres weltwirtschaftliches Umfeld sorgen gegenwärtig für eine etwas moderatere Konjunkturentwicklung. Laut der ifo Konjunkturprognose vom Sommer dieses Jahres dürfte die konjunkturelle Entwicklung 2018 etwas weniger dynamisch als im Vorjahr verlaufen:

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft setzt sich dabei bei vermindertem Tempo fort. Für das laufende Jahr sowie das kommende Jahr rechnet das ifo Institut mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,8% (vgl. Wollmershäuser et al. 2018). Die Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürfte im Prognosezeitraum anhaltend hoch bleiben und der Lohn und Preisanstieg sich weiter verstärken. Die Weltwirtschaft wird vermutlich weniger stark expandieren als zuletzt beobachtet und weniger Impulse für die heimische Wirtschaft liefern. Überdies drücken die Debatte über die Einführung bzw. Anhebung von Zöllen im transatlantischen Handel und die Aufwertung des Euro auf die Stimmung der Unternehmer hierzulande. Vorübergehend stimulierend wirkt

jedoch die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung, da den Koalitionsvereinbarungen zufolge vor allem im kommenden Jahr staatliche Transferleistungen und Ausgabenprogramme ausgeweitet werden dürften (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2018).

Enttäuschend sind im April mit einem Minus von 2,5% zum vierten Mal in Folge die Auftragseingänge der Industrie ausgefallen, das ist die längste Phase mit Rückgängen seit 2011. Überdies ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im Vorquartalsvergleich zuletzt merklich gesunken. Diese Entwicklungen dürften einer Kombination verschiedener Faktoren geschuldet sein. Neben temporären Sondereffekten wie flächendeckenden Streiks in der Metall- und Elektroindustrie und der erhöhten Anzahl an Arbeitsunfähigkeitsmeldungen im Zuge der Grippewelle, dürfte auch die im ersten Quartal deutlich gestiegene Unsicherheit über den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs der USA sowie die Regierungsbildung in Italien dazu geführt haben, dass die Unternehmen ihre Produktion nur zögerlich ausgeweitet und bereits geplante Investitionsprojekte verschoben haben. Schließlich werden die von Präsident Trump bereits beschlossenen Maßnahmen (insbesondere die verabschiedete Unternehmensteuerreform) wohl dazu geführt haben, dass Unternehmen ihre globalen Produktionsketten überdenken und eine Ausweitung ihrer Produktions- und Investitionsvorhaben in den USA in Betracht ziehen, auf Kosten der heimischen Wirtschaft.

Es sind vor allem umfragebasierte Indikatoren, die aktuell auf ein nachlassendes Wachstumstempo bei gleichwohl noch florierender Konjunktur hindeuten:

Das ifo Geschäftsklima hat sich verschlechtert. Der Index ist im Juni auf 101,8 Punkte gesunken, nach 102,3 Punkten im Mai. Die Unternehmer waren mit ihrer aktuellen Geschäftslage weniger zufrieden. Die Erwartungen bleiben jedoch unverändert leicht optimistisch. Der Rückenwind für die deutsche Wirtschaft flaut ab (vgl. Fuest 2018a).

Die für die Investitionstätigkeit wichtigen Exporteure waren jüngst etwas weniger optimistisch. Die Stimmung unter den deutschen Exporteuren ist weiter im Sinkflug. Die ifo Exporterwartungen der Industrie sind im Juni auf 12,4 Saldenpunkte zurückgegangen, von 13,6 Saldenpunkten im Mai. Dies ist der siebte Rückgang in Folge. Die nachlassende weltwirtschaftliche Dynamik hinterlässt ihre Spuren bei den deutschen Exporteuren (vgl. Fuest 2018b).

Die Zuversicht deutscher Finanzexperten hat zuletzt spürbar nachgelassen. Die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland sind im Juni 2018 um 7,9 Punkte auf einen neuen Wert von minus 16,1 Punkten gesunken. Dies ist der niedrigste Wert seit September 2012. Der langfristige Durchschnitt (23,3 Punkte) wird erheblich unterschritten. Die Bewertung der aktuellen konjunkturellen Lage für Deutschland ist um 6,8 Punkte auf einen Stand von 80,6 Punkten zurückgegangen. »Die jüngste Eskalation im Handelskonflikt

mit den Vereinigten Staaten sowie Befürchtungen hinsichtlich einer das Finanzsystem destabilisierenden Politik der neuen italienischen Regierung hinterlassen ihre Spuren im Konjunkturausblick für Deutschland. Hinzu kommen die schlechter als erwarteten Werte für Exporte, Produktion und Auftragseingänge der deutschen Industrie für April. Der Ausblick für die nächsten sechs Monate hat sich in Folge deutlich verschlechtert. (vgl. Wambach 2018)

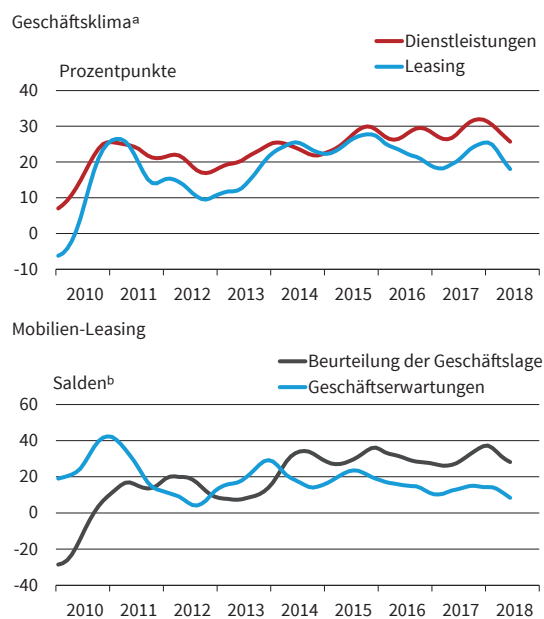
Die Wirtschaft steigert nicht nur ihre Anlageinvestitionen, sie investiert nach wie vor auch erheblich in die Gewinnung neuer Mitarbeiter und in die Qualifizierung des vorhandenen Personals. Die Bereitschaft bei deutschen Unternehmen, neues Personal einzustellen, ist auf hohem Niveau nahezu konstant geblieben. Das ifo Beschäftigungsbarometer sank im Juni nur geringfügig auf 104,0 Punkte, nach 104,1 Punkten im Mai. Der deutsche Arbeitsmarkt kennt gegenwärtig nur eine Richtung: nach oben.

Die Investitionen in Humankapital (wie z.B. innerbetriebliche Weiterbildung) werden in der VGR nicht berücksichtigt. Gerade dem Einsatz hochqualifizierten Personals kommt aber aus Wettbewerbsgesichtspunkten sowie aus Sicht der Innovationsfähigkeit von Unternehmen eine wesentliche Bedeutung zu (vgl. Sauer und Strobel 2015). Bei erfreulichem Wirtschaftswachstum steigt die Zahl der Beschäftigten in Deutschland scheinbar unaufhaltsam und hat ein Rekordniveau erreicht. Im April 2018 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 44,6 Mio. Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Gegenüber dem Vorjahresmonat stieg

Abb. 2

Unternehmensnahe Dienstleister und Leasing

Werte saisonbereinigt^a und geglättet



^aDurchschnitt der Salden aus den Prozentsätzen der positiven und der negativen Meldungen zu den Größen "Geschäftslage" und "Geschäftserwartungen".

^bDifferenz aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

die Zahl der Erwerbstätigen kräftig um 597 000 Personen oder 1,4%.

Wie die Ergebnisse der Konjunkturumfragen des ifo Instituts im Leasingsektor belegen, konnte sich hier die exzellente Stimmung vom Jahresbeginn 2018 nicht halten. Vor allem der deutlich nachlassende Optimismus bei den Geschäftserwartungen sorgte im Frühjahr für eine Abkühlung des Geschäftsklimas bei den Leasinggesellschaften, bis Mai fiel es auf 18 Saldenpunkte. Dies ist zwar noch ein ordentliches Niveau, deutet aber auf eine geringere Dynamik bei den Leasinginvestitionen der nächsten Monate hin. Die Wachstumsperspektiven der Leasinggesellschaften hängen vor allem stark von der weiteren Entwicklung der Automobilkonjunktur ab.

Dass die Automobilkonjunktur nach der überaus positiven Entwicklung von 2016 und 2017 im laufenden Jahr nochmals deutlich zulegen kann, ist eher unwahrscheinlich. Der VDA rechnet mit einem Zulassungsminus bei Pkw von etwa 2% (vgl. *Handelsblatt* 2018). Gleichwohl zeigte sich die Automobilkonjunktur zu Jahresbeginn 2018 noch von ihrer besten Seite. Die Pkw-Zulassungen legten im Januar (+ 11,6%) und Februar (+ 7,4%) noch ordentlich zu. Seither ist die Gangart jedoch deutlich ruhiger geworden. Im Mai sanken die Neuzulassungen bei Pkw um 5,8%. In den ersten fünf Monaten ist bei den Pkw gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Plus von 2,6% aufgelaufen, bei den Nutzfahrzeug-Zulassungen waren es 2,5% (vgl. Kraftfahrt-Bundesamt 2018). Straßenfahrzeuge erweisen sich damit weniger zu einem Treiber der Ausrüstungsinvestitionen als in den Vorjahren, bleiben aber eine wichtige Stütze.

Die Finanzierungsfrage sollte zunehmenden Investitionen auch im laufenden Jahr nicht im Wege stehen. Die Kredithürde für die Gewerbliche Wirtschaft war bis zuletzt anhaltend niedrig. Die Finanzierungsbedingungen sind somit weiterhin vorteilhaft, und es stehen reichlich Innenfinanzierungsmittel zur Verfügung.

Allerdings haben die Risiken für die weitere Konjunktorentwicklung in Deutschland und der Welt zuletzt deutlich zugenommen. Der Handelskonflikt mit den USA, die Sorgen um den Nahen Osten und um bestimmte Länder des Euroraums, in erster Linie Italien, verunsichern die Unternehmen und führen zu Investitionszurückhaltung.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gibt es Risiken die die Wachstumsphantasie begrenzen und insbesondere die Investitionstätigkeit treffen können. Für die deutsche Konjunktur resultieren sie insbesondere daraus, dass Unternehmen Teile ihrer Investitionsvorhaben in den nach der bereits beschlossenen Unternehmensteuerreform steuerlich attraktiver gewordenen USA realisieren und somit Teile der bisherigen Produktion des Verarbeitenden Gewerbes ebenso verlagert werden. Überdies fällt es den Unternehmen zusehends schwerer, qualifiziertes Personal zu finden, um ihre Produktion merklich auszuweiten. Mit dem sich abzeichnenden Ende der ultraexpansiven Geldpolitik seitens der EZB dürften sich überdies die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen im Prognoseverlauf graduell verschlechtern.

LITERATUR

- BDL (2018), »Trendmeldung 1. Quartal 2018«, Ergebnisse, Mai.
- Fuest, C. (2018a), »ifo Geschäftsklima sinkt – Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen im Juni 2018«, 25. Juni, verfügbar unter: www.ifo.de/de/w/3NeCMgaTm.
- Fuest, C. (2018b), »Exportwartungen gesunken – Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen im Mai 2018«, 28. Mai, verfügbar unter: www.ifo.de/de/w/3We7iGxZf.
- Kraftfahrt-Bundesamt (2018), »Fahrzeugzulassungen im Mai 2018«, Pressemitteilung Nr. 13.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2018), »Deutsche Wirtschaft im Boom – Luft wird dünner«, *ifo Schnelldienst* 71(8), 2018, 3–62.
- Sauer, St. und Th.Strobel (2015), »Aktuelle Ergebnisse der ifo Investorenrechnung: Investitionen in geistiges Eigentum gewinnen an Bedeutung«, *ifo Schnelldienst* 68(6), 40–42.
- Statistisches Bundesamt (2014), »VGR-Generalrevision 2014: Ergebnisse und Hintergründe« Hintergrundpapier zur Pressemitteilung vom 1. September.
- Statistisches Bundesamt (2018a), »Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 1. Quartal 2018«, Pressemitteilung Nr. 182, 24. Mai.
- Wambach, A. (2018), »Starker Einbruch beim Ausblick«, Pressemitteilung, 12. Mai, verfügbar unter: <https://www.zew.de/de/presse/pressearchiv/starker-einbruch-beim-ausblick/>.
- Wohlrahe, K. und T. Wollmershäuser (2017), »Zur Konstruktion einer gesamtwirtschaftlichen ifo Kapazitätsauslastung«, *ifo Schnelldienst* 70(15), 26–30.
- Wollmershäuser T., S. Delrio, M. Göttert, Chr. Grimme, J. Güntner, C. Krolage, S. Lautenbacher, R. Lehmann, S. Link, W. Nierhaus, M. Reif, R. Sauer, T. Schuler, M. Stöckli, K. Wohlrahe und A. Wolf, »ifo Konjunkturprognose Sommer 2018: Gewitterwolken am deutschen Konjunkturhimmel«, *ifo Schnelldienst* 71 (12), 2018, 33–87.

Klaus Wohlrabe

ifo Konjunkturumfragen Juni 2018 auf einen Blick: Der Rückenwind für die deutsche Wirtschaft flaut ab¹

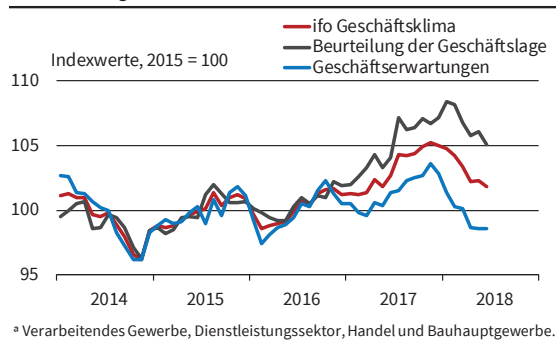
Das ifo Geschäftsklima hat sich verschlechtert. Der Index ist im Juni auf 101,8 Punkte gesunken, nach 102,3 Punkten (durch Saisonbereinigung korrigiert) im Mai. Die Unternehmer waren weniger zufrieden mit ihrer aktuellen Geschäftslage. Die Erwartungen blieben jedoch unverändert leicht optimistisch. Der Rückenwind für die deutsche Wirtschaft flaut ab.

Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Index erneut gesunken. Dies war auf eine schlechtere Lageeinschätzung zurückzuführen. Die Erwartungen der Unternehmen blieben hingegen unverändert leicht optimistisch. Die Produktion soll in den kommenden Mona-

ten ausgeweitet werden. Im Dienstleistungssektor hat sich das Geschäftsklima verschlechtert. Die Dienstleister waren auf hohem Niveau etwas weniger zufrieden mit ihrer aktuellen Geschäftslage. Auch ihre Erwartungen für die kommenden Monate nahmen sie zurück. Im Handel ist der Index merklich gesunken. Die sehr gute Lageeinschätzung verschlechterten sich etwas. Der Ausblick auf die kommenden Monate ist erstmals seit Februar 2015 leicht pessimistisch. Im Einzelhandel war der Rückgang der Indikatoren deutlich stärker ausgeprägt als im Großhandel. Im Bauhauptgewerbe gab der Geschäftsklimaindex nach. Die Bauunternehmer waren weniger zufrieden mit ihrer aktuellen Geschäftslage. Ihre Erwartungen blieben hingegen unverändert leicht optimistisch.

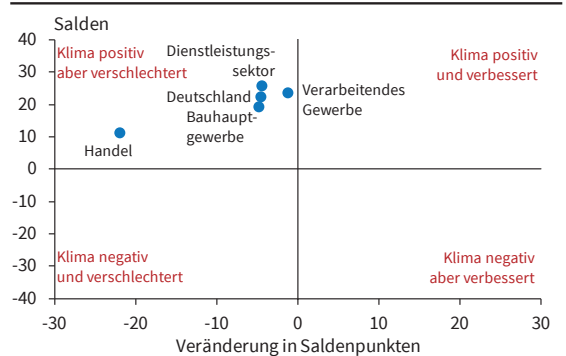
¹ Die ausführlichen Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

Abb. 1
ifo Geschäftsklima Deutschland^a
Saisonbereinigt



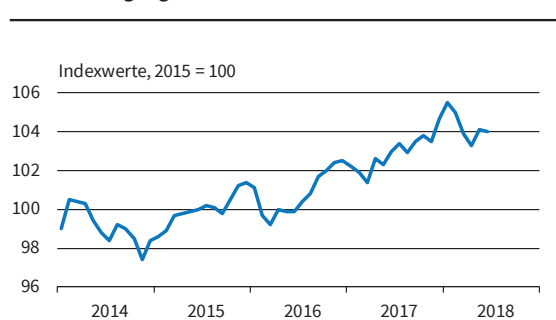
^a Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2018. © ifo Institut

Abb. 2
ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereich
Saisonbereinigt



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2018. © ifo Institut

Abb. 3
ifo Beschäftigungsbarometer^a



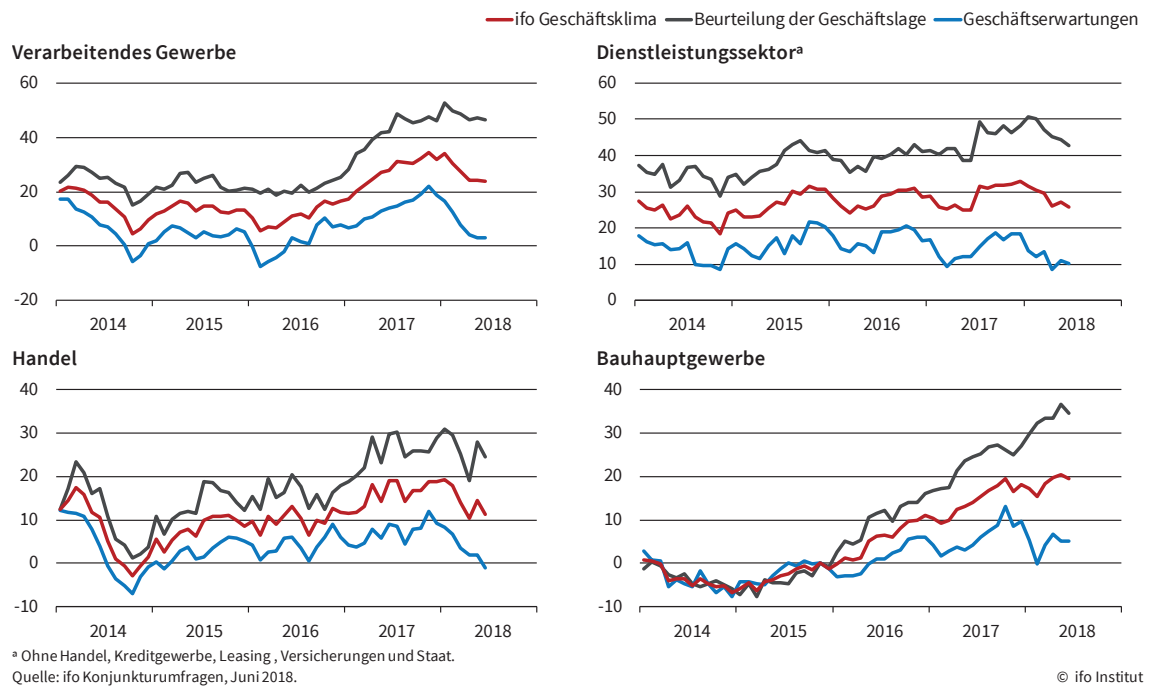
^a Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2018. © ifo Institut

Abb. 4
Exportorerwartungen im Verarbeitenden Gewerbe



^a Aus den Prozentsätzen der Meldungen über zu- und abnehmende Exportgeschäfte.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2018. © ifo Institut

Abb. 5
ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereich
 Salden, saisonbereinigt



Die Bereitschaft bei deutschen Unternehmen, neues Personal einzustellen, ist auf hohem Niveau nahezu konstant geblieben. Das Beschäftigungsbarometer sank im Juni auf 104,0 Punkte, nach 104,1 Punkten im Mai. Der deutsche Arbeitsmarkt kennt gegenwärtig nur eine Richtung: nach oben. In der Industrie sind die Beschäftigungserwartungen merklich gestiegen. Die Elektroindustrie und der Maschinenbau bleiben die wichtigsten Treiber für die Dynamik in der Branche. Im Handel, bei den Dienstleistern und im Bauhauptgewerbe gaben die Beschäftigungserwartungen hingegen etwas nach. Jedoch auch hier wollen die Unternehmen in der Summe mehr Jobs schaffen. Im Dienstleistungssektor wollen vor allem Firmen aus dem Transport und der Logistik neue Mitarbeiter einstellen.

Die Stimmung unter den deutschen Exporteuren ist weiter im Sinkflug. Die Ifo Exporterwartungen der Industrie sind im Juni auf 12,4 Saldenpunkte zurückgegangen, von 13,6 Saldenpunkten im Mai. Dies ist der siebte Rückgang in Folge. Die nachlassende weltwirtschaftliche Dynamik hinterlässt bei den deutschen Exporteuren ihre Spuren. Erstmals seit Dezember 2016 geht die deutsche Autoindustrie von keinen Zuwächsen bei ihren Exporten aus. Auch die Erwartungen der Elektroindustrie sowie der Nahrungsmittelhersteller erhielten einen deutlichen Dämpfer. Deutlich optimistischer mit Blick auf das Auslandsgeschäft waren hingegen die Hersteller aus der Textil- und Bekleidungsbranche.

ZULETZT ERSCHIENEN



THEMA DES NÄCHSTEN SCHNELLDIENSTS:

SD 14/2018 erscheint am 26. Juli

„Made in China 2025“:
Technologietransfer und
Investitionen in ausländische
Hochtechnologiefirmen
Chinas Weg zum Konkurrenten
um die Zukunftstechnologien

